



Wer ermordete Issam Sartawi (PLO)? S. 6

Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

4 DM
Friedens-
DM 5

Zur
Geschichte
des
Antisemitismus
S. 36

Jg. 13 Nr. 233 2.5.83

Volksentscheid gegen „Nachrüstung“!

Seit der Kölner Konferenz der Friedensbewegung am 16./17. April ist der Vorschlag einer Volksentscheid-Kampagne gegen die Stationierung der neuen Mittelstrecken-Raketen in der Diskussion. Als erster großer Verband hat inzwischen der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) gefordert, daß die Bundesregierung sich vor Stationierungsbeginn einer Volksabstimmung stellen soll. Noch vor der Sommerpause, so der BBU, sollte im Bundestag eine entsprechende Entscheidung verabschiedet werden.

In weiteren Verbänden, insbesondere in der Grünen Partei, wird ebenfalls diskutiert, ob man sich der Forderung nach einem Volksentscheid anschließen will. Das ist zum Teil noch umstritten, wobei verschiedene Argumente wie auch bestimmte Parteinteressen eine Rolle spielen.

Die Forderung nach einer Volksabstimmung konfrontiert die Regierung Kohl mit der durch eine Vielzahl von Umfragen festgestellten Tatsache, daß sie für den Vollzug der Stationierung keine Mehrheit in der Bevölkerung hinter sich hat. Sie entzieht ihr damit die falsche Legitimationsbasis, als hätte sie mit dem Wahlergebnis vom 6. März auch ein Mandat für die „Nachrüstung“ erhalten. Die Regierung kann dadurch in dieser Frage zu einem klaren Offenbarungseid gezwungen werden. Farbe bekennen müssen wird angesichts der Forderung nach einer Volksabstimmung auch die SPD: Will sie wirklich die Stationierung der neuen Raketen verhindern oder will sie im Gegenteil zur politischen Durchsetzung der Stationierung beitragen, indem sie sich scheinbar an die Spitze der Proteste setzt, um sie im Sande verlaufen zu lassen?

Eine Schlüsselrolle kommt den Grünen zu: Werden sie bereit sein, die Forderung nach einem Volksentscheid über die „Nachrüstung“ so bald wie möglich als parlamentarische Initiative

in den Bundestag zu tragen, oder werden sie diese wichtige politische Chance zerreden und kaputtzögern?

Was bisher an Argumenten gegen eine Volksentscheid-Kampagne vorgebracht worden ist, vermag jedenfalls nicht zu überzeugen. Da wird zum einen angezweifelt, ob es bei einer Volksabstimmung denn wirklich eine Mehrheit gegen die „Nachrüstung“ geben würde. Wenn solche Zweifel ausgerechnet aus dem DKP-nahen Spektrum vorgebracht werden, wo man sich an-

sonsten nach außen hin sehr selbstsicher gibt, daß „das Volk“ gegen die „Nachrüstung“ sei, leidet allerdings die politische Glaubwürdigkeit. Das Hauptproblem der DKP mit dem Volksentscheid-Vorschlag scheint aber zu sein, daß diese Idee nicht im DKP-Parteivorstand entstanden ist und darum — ähnlich wie die Blockade-Aktionen an Militärstandorten — erst einmal sehr mißtrauisch beäugt wird.

Ein anderes Argument zweifelt grundsätzlich das Mittel des Volksent-

scheid an: Dabei sei eigentlich immer nur Schlechtes herausgekommen. Auf diese Weise könne man auch eine Mehrheit für die Todesstrafe bekommen. Es ist inkonsequent, daß Kritiker, die so argumentieren, sich nicht auch gegen die Abhaltung allgemeiner Wahlen wenden, deren Ergebnisse schließlich auch nicht gerade nach unserem Geschmack sind. Wer so argumentiert, muß wohl davon ausgehen, daß die Bevölkerung reaktionärer und gefährlicher ist als die regierenden Politiker.

Wie man dann aber noch die „Nachrüstung“ verhindern will, müßte von den Kritikern des Volksentscheid-Vorschlags erklärt werden.

Wir veröffentlichen in diesem AK den Vorschlag des KB zu einer Volksentscheid-Kampagne, der der Kölner Konferenz vorlag, einen Bericht über die Kölner Konferenz und eine Stellungnahme von Jo Leinen (BBU).

Siehe Seiten 3 bis 5.

Bullen prügeln für Kühnen

Zu brutalen Bullen-Übergriffen und Hundeeinsätzen gegen Antifaschisten kam es am späten Nachmittag des 30.4.83 in Bad Bergzabern/ Rheinland Pfalz, als etwa 200 Antifaschisten die „braune Mafie“ der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS) verbieten wollten. Zum Auftakt der von Kühnen schon lange angekündigten Mai-Provokationen dieser Bande hatten sich etwa 2 Dutzend Nazis in einer Kneipe in Bad Bergzabern (30 km von Karlsruhe entfernt) versammelt, um vor der zahlreich erschienenen Presse ihre provokative Veranstaltung „1. Mai 33 - 1. Mai 83: 50 Jahre Sozialismus der

Tat“ mit öffentlicher Präsentation einer „ANS-Betriebsorganisation“ durchzuführen.

Ab 16.30 Uhr die ersten Antifaschisten in Bad Bergzabern ankamen, wurde das Bullenaufgebot immer mehr verstärkt, bis endlich eine ganze Hundertschaft, verstärkt durch 6 SEK-Polizisten und mehrere Hunde, den 200 Antifaschisten gegenüberstanden. Mehrfach kam es zu Ausfällen der Polizei, die Hunde wurden losgelassen und mindestens 3 Antifaschisten wurden gebissen, einer so schwer, daß er im Krankenwagen weggeführt werden mußte. Dieser Polizeieinsatz steht in denkwürdigem Gegensatz zu den Versprechungen, die die für die Verfolgung der Nazis Verantwortlichen noch wenige Tage zuvor der Öffentlichkeit gemacht hatten. Man werde dafür sorgen, daß der Spielraum der Bande maximal eingeschränkt werde, das Verbot der ANS werde ernsthaft geprüft, und was dergleichen Schnickschnack geäußert wurden. Es steht zu vermuten, daß diese erste Kundgebung in Bad Bergzabern nicht die einzige Aktivität der angereisten etwa 120 Nazis bleiben wird.

Fortsetzung S. 18

„Kulturbolschewismus“

AK-Serie über antifaschistische Exilliteratur

Ein bundesdeutscher Amtsrichter untersagte die Aushandigung einiger Bücher an einen inhaftierten Totalverweigerer, da es sich um „Terroristenliteratur“ handele (1). Die Autoren der Bücher waren: Heinrich Heine, Alfred Döblin, Heinrich Mann... Dies geschah im Januar 1983, wenige Tage vor dem 50. Jahrestag der Machtzuschreibung an den Faschismus, wenige Monate vor dem 50. Jahrestag der Bücherverbrennung, deren Opfer neben anderen auch die Bücher waren von Heinrich Heine, Alfred Döblin, Heinrich Mann...

Die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933: Es haben sich hier einige Irrtümer — teils von interessierter Seite verbreitet — hartnäckig gehalten, die meist darauf hinauslaufen, in diesem Spektakel ein sehr überraschendes, eigentlich nicht

vorhersehbares und überhaupt gänzlich aus dem sonstigen Geschehen herausragendes Ereignis zu sehen.

Fortsetzung S. 32

Nicht ohne kollegiale Häme notieren wir: Der STERN ist dem größten Schwindel seit der Fälschung der Jesus-Memoiren durch Paulus aufgesessen. Was er für teures Geld als „Hitlers Tagebücher“ sich hat andrehen lassen, ist ein plumpes Fälschikat, das auf Anordnung Hitlers in den letzten Kriegsmomenten hastig zusammengeschmiert werden mußte. Um alle Spuren zu verwischen, ließ Hitler die Pseudo-Tagebücher schließlich zusammen mit Tönen von Aufzeichnungen und Dokumenten aus dem von der Roten Armee eingekreisten Berlin ausfliegen. Durch Vermittlung des Schweizer Bankiers Genoud, ein bekannter Rechtsradikaler mit glänzenden Verbindungen zur linken Terror-Internationale und zu östlichen Geheimdiensten, wurden die Machwerke Jahrzehnte später dem STERN zugespielt.

Die echten Tagebücher Hitlers fielen, wie vom „Führer“ geplant, der anrückenden Roten Armee in die Hände und wurden sofort vom KGB unter Verschluss genommen. Als nach dem Tode Stalins die Kritik an dessen Politik einsetzte, fürchteten hochkarätige KGB-Funktionäre, daß die Tagebücher der Fraktion Chruschtschows in die Hände fallen und finstere Flecken auf das Bild ihres verehrten Meisters Stalin werfen könnten. Sie ließen sie deshalb in einer Nach-und-Nebel-Aktion nach China schaffen, wo sie später im Geheimtresor der „Vierbände“ landeten. Auf nicht näher zu beschreibenden Wegen wurden sie nach der plötzlichen Verhaftung der Vier Ende 1976 dem ARBEITERKAMPF zugespielt. Obwohl uns damit eine enorme Aufregung und der qualitative Sprung aus den roten Zahlen absolut sicher gewesen wären, entschlossen wir uns, die heißen Papiere nicht zu veröffentlichen. Allzu brisant und gefährlich schien uns ihr Inhalt. Nach dem Anlaufen der Publikation der lächerlichen Fälskate im STERN müssen wir das uns selbst auferlegte Schweigen brechen. Kommerzielle und finanzielle Aspekte dürften selbstverständlich bei dieser Entscheidung keine Rolle spielen. Uns geht es ausschließlich um die geschichtliche Wahrheit. Wir beginnen daher ab ARBEITERKAMPF Nr. 234 mit dem Abdruck der echten Hitler-Tagebücher.

Fortsetzung S. 2



Neuer Personalausweis — Schlüssel zum Computerstaat

Am 15.3. verabschiedete der Bundestag das neue Personalausweisgesetz, wonach ab 1.11.1984 der maschinenlesbare Personalausweis eingeführt werden soll. Das ist ein neuer Schritt zur Verdatung der Republik. Dies zeigt, daß mit der vorläufigen Verschlebung der Volkszählung nur ein erster Schritt ge-

tan ist. Wir veröffentlichen ein Dokument eines Mitarbeiters aus dem Projektvorbereitungskreis, das das ganze Ausmaß dieses Schrittes deutlich macht.

Fortsetzung S. 16

hat die falschen Tagebücher!
Wir veröffentlichen die echten!

Fortsetzung von S. 1

Zweite Überraschung und eigentliche Sensation der in unserem Besitz befindlichen echten Tagebücher: Hitler arbeitete seit spätestens Herbst 1934 für den KGB und in enger Abstimmung mit Stalin (in den Tagebüchern als „Jupp“, „Schnauz“ oder „ER“ bezeichnet), mit dem er durch Briefe, Telefon und Telepathie korrespondierte. Hitler hatte sich angeekelt vom Nationalsozialismus abgewendet, als er in den ersten Monaten nach der „Machtergreifung“ erleben mußte, wie wenig ernst es den meisten seiner Gefolgsleute mit der Zerschlagung des Hitler zutiefst verhassten Kapitalismus war. Eine Aufzeichnung vom 27. Juni 1934 belegt Hitlers Umorientierung: „Röhm, diese perverse Sau, setzt seine SA nur für schmutzige Tricks ein. Läßt die Bande sich an Marxisten und Juden austoben, um das deutsche Volk vom Kampf gegen die plutokratischen kapitalistischen Blutsauger abzulenken. Hat der Herr sich fein ausgedacht. Der hat sich doch von Thyssen, Krupp und Flick (sic!) einkaufen lassen. Aber man wird mich kennenlernen. Ich werde sofort alle nötigen Befehle geben, um den ganzen Verein am 30. Juni zum Teufel zu schicken“.

Wie im Laufe der folgenden Jahre dann aus Hitler der brillante Star-Agent des KGB wurde, der in den geheimsten Kartellen Moskaus unter dem Decknamen „Charly“ geführt wurde, werden Sie, liebe Leserinnen und Leser, in den kommenden Monaten dem ARBEITERKAMPF entnehmen können. Auch die bisher nie geklärte Frage, ob Hitler sich 1945 wirklich umbrachte, wird beantwortet werden.

Lesen Sie im „ARBEITERKAMPF“ 234: Hitlers geheimes Programm zur Zerschlagung des Kapitalismus. Hitler über Hindenburg: „verkauftes reaktionäres Anschloß“. Hitlers vergebliche Versuche, die antisemitischen Ausschreitungen der SA zu verhindern. Und: Der gefangene Ernst Thälmann empfängt einen geheimnisvollen Besucher.

23
—
28
M
E
I
H
E
N
G
E
L
O

FESTIVAL SOSJAAL PROTEST TYNENTE

2. Mai 1983 — Seite 2



Ein von niederländischen Jugendlichen organisiertes internationales „Tu Waa“-Festival wird vom 23. bis einschließlich 28. Mai in Hengelo (nahe der bundesdeutschen Grenze in der Höhe von Bentheim) stattfinden.

Auf dem Programm des „Film-, Aktions-, Musik- und Graffiti“-Festivals stehen:

- 23.5.: Eröffnung und Nachtkonzert
- 24.5.: Jugendarbeitslosigkeit
- 25.5.: Diskriminierung von Minderheiten
- 26.5.: Wohnungsnot und Krankbewegung
- 27.5.: Drohender Faschismus, politische Gefangene, Antimilitarismus
- 28.5.: Jugendkultur, Graffiti-Tag (der Hengeloer Einzelhandel empfiehlt sein Sprühdosen-Sortiment in einschlägigen Farben). Zum Abschluß ein Nachtkonzert.

Für den 27.5. ist außerdem eine internationale Demonstration gegen Atomkraftwerke, Atomwaffen, Faschismus und Militarismus geplant. Wer mit einem Bild-, Film-, Wort- oder sonstwie Beitrag teilnehmen oder auch nur schlicht „dabei sein“ will, kann sich anmelden bei der Initiatiefgroep DOE WAT '83, Deidenerstraat 25a, NL - Hengelo (0).

Die Veranstalter stellen Lautsprecheranlagen, Filmprojektoren, Video und offene Podien zur Verfügung. Auch Schlafplätze können vermittelt werden.

Niederlande-Kommission

Berichtigung

In den Artikel „Mehrheit für die ‚Nachrüstung‘?“ (AK 232, S.8/9) sind zwei schlimme Satzfehler platziert worden. Beide befinden sich auf der S. 8, rechte Spalte. In dem mit „Zwar, wenn der Osten angreift...“ beginnenden zweiten Absatz muß es richtig heißen: „... die uns gemeinsam mit Großbritannien (75%) mal wieder eine internationale Spitzenstellung beschleunigte (Frankreich: 57%, Italien 48%)“. Im AK sind die Prozentzahlen für GB und Frankreich leider vertauscht worden. Im selben Absatz, einige Zeilen später, muß es heißen: „... war die Zahl der Wehrwilligen sogar auf 71,1% gewachsen“. Im AK ist stattdessen von „Wehrwilligen“ die Rede.

Von geringerer Bedeutung ist ein weiterer Fehler: In dem direkt folgenden Absatz muß es richtig heißen: „Denkt man das Problem zuende, so ergibt sich: Zwar bekennt sich (auf dem Papier) eine große Mehrheit zur Landesverteidigung...“.

Und abschließend soll auch nicht verschwiegen werden, daß der Artikel im Manuskript die Überschrift trägt: „Mehrheit gegen die ‚Nachrüstung‘?“. Aus dem „gegen“ ist im AK ein „für“ geworden.

Neues zum Willkür-Paragrafen 99 — diesmal:

SPION GEGEN SPION

Seit einigen Tagen steht Flemming Sörensen, dänischer Journalist mit Wohnsitz Flensburg, in Düsseldorf vor dem dortigen Oberlandesgericht. Die Anklage wirft ihm „geheimdienstliche Agententätigkeit“ für die DDR vor - strafbar nach § 99. Der Verlauf der Verhandlung fördert nicht nur die Absurdität der Anklage zutage - der Angeklagte, prominenter Mitglied der dänischen Friedensorganisation „Naj Til Atomvaben“, entpuppt sich als Mitarbeiter des „Bundesnachrichtendienstes“ (BND, seitwellig), des „Bundesamtes für Verfassungsschutz“ (VS, seitwellig), des CIA (seitwellig) und des dänischen militärischen Nachrichtendienstes (ständiger Mitarbeiter, bis heute).

Eine waghalsige Anklage

Anfang September 1982 ist F. Sörensen verhaftet worden - obschon der Haftbefehl mehrere Wochen alt war und die Aussage der entscheidenden, weil einzigen Belastungszeugin mehrere Monate

den Behörden vorlag. Seitdem sitzt er in Untersuchungshaft, sämtliche Anträge auf Haftentlassung wurden abgelehnt.

Heute hat sich herausgestellt, daß die Beschuldigungen der Bundesanwaltschaft (und des „VS“) zig Seiten füllen über allerlei Verdächtigungen - so soll Sörensen Willy Brandt bespitzelt haben, dann wieder Egon Bahr und einen Staatssekretär im Verteidigungsministerium und so weiter. An Tatsachen und Fakten zur Beweisführung des Verstoßes gegen § 99 liegt nichts vor. Außer der Aussage seiner langjährigen Ex-Freundin Nadja D. Diese verfolgt den Journalisten nach dessen Aussage seit ihrer Trennung, um ihn zu „vernichten“.

Die Aussage selbst ist in sich sehr widersprüchlich und bezieht sich im Wesentlichen auf „Gehörtes“ im Rahmen der damaligen Beziehung zu F. Sörensen.

Die ersten Tage der Verhandlung: Eine unglaubliche Kronzeugin!

Trotz eines eindringlichen Appells des Gerichtes an die Hauptzeugin, bei der Wahrheit zu bleiben und eventuell die Möglichkeit des Widerspruchs in Betracht zu ziehen, bereitete die Ex-Freundin gerade wegen ihres Überlebens der Bundesanwaltschaft eine große Pleite: Sie verwickelte sich wiederholt in Widersprüche, konnte ein von ihr selbst vorher angegebenes Mikro-Film-Versteck in ihrer Wohnung bei einem Ortstermin nicht wiederfinden; schließlich berichtete sie zum Erstaunen der Experten, daß sie in der Lage wäre, Zahlen mit bloßem Auge auf Mikrofilmen entziffern zu können. Die Zeugenvernehmung von Nadjas nächsten Ver-

wandten bestätigten die Unglaublichkeit der 31-jährigen.

Trotz dieser Merkwürdigkeiten, die selbst die Anklagebehörde einräumen mußte, lehnte das Gericht den erneuten Antrag der Verteidigung auf Haftverschonung ab. Diese Parteilichkeit traf schon zutage, als eingangs ein Experte der Sicherheitsbehörden geladen wurde, der auch schon im Prozeß gegen H. Gaßmann seine schändliche Rolle gespielt hatte: Der Herr Fetten, seines Zeichens Abteilungsleiter im „VS“.

Ein CIA-Agent in der Friedensbewegung?

Die Verhandlung wurde mit einem Paukenschlag eröffnet: In einer Erklärung der Anwälte Macferr (Hamburg), Reinicke (Köln) und Jørgensen (Kopenhagen) enthüllten diese, daß Flemming Sörensen noch Mitarbeiter des dänischen militärischen Nachrichtendienstes, bzw. des CIA, des BND und des VS teilweise gewesen sei. Daher sei ausgeschlossen, daß Sörensen für die DDR gearbeitet haben könnte. Der Angeklagte selbst bestätigte diese Angaben in seiner 1. Einlassung vor Gericht, aber er „lehnte ab, näher auf seine Tätigkeit für den dänischen militärischen Nachrichtendienst einzugehen, weil er - wie er sagte - gegenüber den dänischen Stellen und der dänischen Regierung loyal bleiben wollte“. („Der Nordschleswiger“, 20.4.83).

Diese Neuigkeiten sind sicher nur die Spitze des Eisberges. Zwar betont F. Sörensen seine „Loyalität“ zur dänischen Regierung bzw. zum dänischen Geheimdienst. Allerdings ist er ja von BRD-Geheimdiensten angeklagt, sollte

das ohne Abstimmung oder gar gegen den dänischen Geheimdienst geschehen sein? Was soll dann diese Loyalität? Unabhängig ist es für die Friedensbewegung wichtig, daß Sörensen aus seinem halben einen ganzen Schritt macht und tatsächlich ausspuckt (vielleicht beim BND und CIA angefangen).

Dabei ist z.B. folgendes von Interesse:

„Naj Til Atomvaben“ ist keine, nennenswerte Friedensorganisation - sie war Mitveranstalter der 1. Bonner Demo am 10.10.81, sie ist gern geschehener Partner der Organisationen um den holländischen „Interkirchlichen Friedensrat“ (IKV), „Aktion Sühnezeichen“ u.a. In den führenden Gremien von „NIA“ war F. S. zu Hause, er galt als ihr Pressesprecher. Stund seine Tätigkeit für den „Nachrichtendienst“ in irgendeinem Zusammenhang mit seiner Tätigkeit in der Friedensbewegung? Wenn ja, welche konkreten Aufgaben hatte er?

F. S. ist in seiner lokalen Arbeit wesentlich dadurch aufgefallen, daß er als zügelloser Antikommunist hinter jeder Aktion der Friedensbewegung eine moskaugeteuerte Zielsetzung vermutete. Insbesondere mußten wir dies anlässlich des Ostermarsches 1982 erleben.

Gab es einen Zusammenhang zwischen diesen Geschichten und seiner Agententätigkeit?

Darüber hinaus ist „Naj til Atomvaben“ selbst gefragt, wie sie zu diesem loyalen Mitarbeiter des dänischen Staatssapparates steht. (Alle Angaben nach: „Der Nordschleswiger“, 15.4. - 27.4.83)

hn, Flensburg

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; w: Telefon/Verlag 040/435320, Abverwaltung 040/435346; V.L.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift: Abonnementspreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderbe jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abz., sonst Pöschel Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, B.L.Z. 200 800 00, Kt. 4 819 685 00. Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 4000. Eigentumsverbehalt: Nach diesem Eigentumsverbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Abnehmers, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.

3. Aktionskonferenz der Friedensbewegung: „Volksversammlungen“ am 22.10.

700 Personen aus dem ganzen Bundesgebiet waren am 16./17.4. in Köln zur 3. Aktionskonferenz der Friedensbewegung zusammengekommen, um über gemeinsame Herbstaktivitäten im Stationierungsjahr der neuen Mittelstreckenraketen zu beraten.

Konkret beschlossen wurde die Planung einer Aktionswoche mit abschließenden Großaktionen am 15.-22. Oktober. Gleichzeitig sollen in dieser UNO-Abrüstungswoche in allen Stationierungsländern, den USA und Nicaragua ähnliche Aktivitäten stattfinden.

Starke Beifallstürme ertete ein Sprecher der „Freeze-Kampagne“ aus den USA, als er den Anwesenden zurief, gemeinsam werde man die „Nachrüstung“ verhindern. Unverständlich war es in der Debatte über eine Volksentscheidskampagne gegen die

„Nachrüstung“ ausgerechnet aus den Kreisen des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KOFAP) skeptische Stimmen, ob dafür überhaupt eine Mehrheit zu gewinnen sei. Vergessen wurde auf der Konferenz jede Vorplanung für den im Dezember geplanten Stationierungsbeginn; nicht einmal eine neue Aktionsberatung ist bislang angesetzt. (Das läßt sich sicherlich nachholen, oder?)

1. Die Aktionswoche

Wenig umstritten war der Vorschlag aus der „Bonner Frühstücksrunde“ (praktisch ein zentrales Koordinations-

gremium aus 25 Personen, die aus unterschiedlichen Organisationen mit zentralerem Gewicht — wenn auch etwas willkürlich ausgewählt — stammen) für die Aktionswoche vom 15.-21. Oktober. Danach sollen am Samstag, dem 15.10., überall dezentrale Auftaktaktionen stattfinden; dann sollen sich ein „Tag der Kirchen“ (16.10.), ein „Tag der Frauen“ (17.10.), ein „Tag des Antimilitarismus“ (18.10.), ein „Tag der Arbeiter“ (19.10.) und ein „Tag der Schulen“ (20.10.), schließlich noch ein „Tag der Ministerien“ anschließen. Die Aktivitäten sollen über einen zentralen Ausschuss (ähnlich wie die „Frühstücksrunde“ zusammengesetzt) koordiniert werden. Die Grünen sind beauftragt, eine Debatte im Bundestag zu initiieren. Die Planung der einzelnen Tage wurde am ersten Konferenztag in

verschiedenen Arbeitsgruppen beraten, die Planung liegt aber noch keineswegs fest.

Am 28./29.5. wird es ein bundesweites Treffen zur Planung von Aktionen des zivilen Ungehorsams geben (in Frankfurt: Kontaktstelle Graswurzelwerkstatt, Rote Straße 40, 34 Göttingen, Tel. 0551/43345). Gleichzeitig sollen dort Aktivitäten des Antimilitarismus koordiniert werden.

Ebenfalls am 28./29.5. wird es ein Treffen der Frauen geben (in der Kölner PH).

2. Noch einmal nach Bonn?

Zentraler Streitpunkt auf der Konferenz war der Vorschlag aus sozialdemokratischen und KOFAP-Kreisen, die Aktionswoche wiederum mit einer zentralen Großaktion in Bonn zu beenden. Bis zu 1 Million Teilnehmer könnte man dort erwarten, hieß es bei den Vordiskussionen. SPD-Kreise in der „Frühstücksrunde“ untermauerten diesen Vorschlag mit der Drohung, das sie man dort erwarten, hieß es bei den Vordiskussionen. SPD-Kreise in der „Frühstücksrunde“ untermauerten diesen Vorschlag mit der Drohung, das dort sonst SPD und Gewerkschaften eventuell alleine demonstrieren würden.

Die KOFAP-Kreise hatten ebenfalls im Vorwege in ihrem Spektrum dazu aufgefordert, sich einhellig für Bonn stark zu machen. Im Rundbrief des KOFAP (vom 5.4.) hieß es dazu:

„Wir werden wieder nach Bonn gehen müssen, um mit einer riesigen Volksversammlung für den Frieden am 22. Oktober '83 den Raketenbefürwortern demonstrativ das Mandat für die Stationierung zu entziehen“. Etwas vorwiegend hatte die „Friedenszeitung“ des KOFAP (Nr. 1/83) schon behauptet, daß die Friedensoffensive im Herbst „dann am 22. Oktober '83 in der größten Friedensdemonstration unseres Volkes gipfeln wird“. Im Rundbrief in Schleswig-Holstein war die Bonner Demonstration im Terminkalender sogar schon ausgedrückt. „Die Friedensbewegung in unserem Land wird umso erfolgreicher sein“, formulierte das KOFAP (im Rundbrief vom 23.3.83), „je mehr es gelingt, die parlamentarischen und politischen Institutionen unseres Landes durch kraftvolle Aktionen unter Druck zu setzen“.

Auf der anderen Seite hatten die 500 Teilnehmer des Beratungstreffens zur Einrichtung einer Koordination des zivilen Ungehorsams (im Januar in Frankfurt) dieses erneute Bonner Unternehmen ebenso einhellig abgelehnt. Angesichts der bereits von den Herrschenden fest ins Auge gefaßten Stationierung bezeichnete Alexander Schubart („Aschu“) eine solche reine Appellationsdemonstration als „ungeeigneten Rückschritt“.

„Aschu“ war in der Arbeitsgruppe „Standorte“, wo ein erheblicher Teil der Kritiker des Bonner Konzeptes zusammengekommen war, zu ihrem Sprecher im Plenum bestimmt worden. Die Arbeitsgruppe hatte sich bei ihren Beratungen für einen Vorschlag der Hamburger Friedenskoordination ausgesprochen, statt in Bonn an 3 Orten zentral zu demonstrieren, und zwar an Stationierungsorten bzw. zentralen Militäreinrichtungen. Selbst in der „Frühstücksrunde“ waren vor der Kölner Konferenz die Meinungen geteilt: nur 13 (von 25) hatten sich für Bonn als alleinigen zentralen Demonstrationssort ausgesprochen.

Am 2. Tag versuchten die Bonn-Befürworter, alle möglichen und unmöglichen Argumente zusammenzutragen: man wolle Bonn als „politisch zentralen Stationierungsort“ „belegen“, ja sogar „24 Stunden unregierbar“ machen u.ä. Phantastereien (von Ministerien-Besetzungen war i.O. nicht die Rede). Da es absehbar war, daß ein solches Unternehmen von einem erheblichen Spektrum der Friedensbewegung nicht mehr mitgetragen würde, unterbreitete Jo Leinen (BBU) einen Kompromißvorschlag: neben Bonn sollten noch 2 weitere zentrale „Volksversammlungen“ (in Nord- und Süddeutschland) stattfinden; die Demo-Orte sollten auf regionalen Konferenzen bestimmt werden.

Für die Kritiker erklärte Alexander Schubart, daß dieser Kompromiß „schweren Herzens“ (einschließlich Bonn) akzeptiert werden könne, wenn

umgekehrt das sozialdemokratische und das KOFAP-Spektrum dies mittragen könnten. Das wurde zwar noch von einem Jusö-Sprecher in den „Kompromiß“ umzubiegen versucht, daß es dann neben der zentralen Aktion in Bonn ja auch zwei weitere geben könne, aber der Vorschlag von Jo Leinen kam mit breiter Mehrheit durch. Zum ersten Male hatten die SPD- und KOFAP-Kräfte einen deutlichen Kompromiß mit radikaleren Kräften über eine Aktionsplanung treffen müssen.

Zwar gibt es bei ihnen immer noch Überlegungen, ob sie sich nicht zentraler auf Bonn orientieren sollen; trotzdem wird es zu einer gemeinsamen Vorbereitung der Nord- und Süddemonstration kommen.

Für den Süden wird „Ohne Rüstung leben“ zu einem Treffen am 4. bzw. 5. Juni nach Stuttgart einladen.

Für die Nordregion (Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein) haben das Hamburger Forum und die Hamburger Friedenskoordination zugesagt, sich um die Vorbereitung gemeinsam zu kümmern. Sie wollen vorschlagen, sich am 4./5.6. zu treffen und sich um die Vorbereitung gemeinsam zu kümmern. Sie wollen vorschlagen, sich am 4./5.6. zu treffen und vorher Vorschläge zu sammeln und zu verschicken, damit schon vorher in den Friedensgruppen darüber beraten werden kann.

3. Die Aufruf-Debatte

Am Abend des 1. Konferenztages kam es erneut zu Meinungsverschiedenheiten, jetzt um den Aufruf für die Aktionswoche. Ein solcher Aufruf hat nach dem üblichen Verfahren wenig agitatorischen Wert, sondern gibt mehr die Plattform wieder, auf die sich nach jeweiligem Stand die Friedensbewegung (mit Mühen) verständigen kann. Trotzdem erhielt der Vorschlag von Jürgen Reents (GAL, MdB), der spontan eingebracht wurde, nämlich einen kurzen agitatorischen Text gegen die Raketen-Stationierung zu verwenden, immerhin die Zustimmung eines Drittels der Teilnehmer. Die dann auftretenden Streitigkeiten um den Aufruf waren teilweise nur noch für „Spezialisten“ zu durchschauen. Gegenüber dem Aufruf zum 10.6. vergangenen Jahres (dessen Verabschiedung die Grünen zum Eklat machen wollten) hatte der Vorbereitungskreis sich bemüht, von vornherein „ausgewogener“ zu formulieren.

Auf der einen Seite war die Auseinandersetzung um Afghanistan, Polen, die DDR-Friedensbewegung kein Streitpunkt mehr; auf der anderen Seite war die eindeutige Verurteilung der US-Interventionspolitik ebenso verwässert worden, und auch die ausdrückliche Solidarität mit den Befreiungsbewegungen war herausgelassen worden. Eine Aufforderung „zu ernsthaften“ Verhandlungen in Genf war angesichts des Verlaufs der Verhandlungen auch nicht mehr zu finden (obwohl vor dem 10.6. das linke Spektrum in dieser Frage ausdrücklich runtergestimmt worden war).

Trotz der in der „Frühstücksrunde“ reichlich vorhandenen KOFAP-Vertreter war ein Aufruf herausgekommen, der peinlichst ausgewogen die Forderungen an „Ost und West“ richtete. Selbst die Tatsache, daß die neuen Mittelstreckenraketen im Rahmen einer Strategie für einen auf Europa begrenzten Atomkrieg stehen, war anfangs „vergessen“ worden. Der Koordinationsausschuß und eine Arbeitsgruppe „Aufruf“ hatten dann noch eine ganze Reihe von (kleineren) Verbesserungen formuliert, die in der Regel auch die mehrheitliche Zustimmung fanden.

Krach gab es nur an einer Stelle: Wolfgang Biermann (SPD-Adiatus Weßkirchen, SPD-MdB), Ulrich Frey (Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden) und Henning Schierholz (jetzt Grüne, früher SPD) drohten mit ihrem Austritt und erzwangen am 2. Tag die Neuaufnahme der Aufruf-Debatte. Ohne Begründung forderten sie die Streichung der Passage, die schlicht die unbestreitbare Tatsache benannte, daß die USA eine Strategie der „Enthaltung“ der Sowjetunion, d.h. die Mog-

Vorschlag für eine Volksentscheidskampagne gegen die »Nachrüstung«

1. In wenigen Monaten soll die Stationierung der neuen Mittelstrecken-Raketen in Europa gemäß dem NATO-Doppelbeschluß von 1979 beginnen. Es ist zu erwarten, daß örtliche Vorbereitungen für die Stationierung schon in allerhöchster Zeit konkrete Gestalt annehmen werden.

2. Daß sich der Stationierungsbeginn durch den Verlauf der Verhandlungen in Genf erledigt oder zumindest zeitlich verschiebt, ist nicht zu erwarten! Für eine Einigung sind die Positionen allzu kontrovers und unvereinbar. Die Basis des sowjetischen Vorschlags ist ein ungefähres Gleichgewicht von NATO und Warschauer Pakt in Europa, wobei als Anhaltspunkt die Zahl vorhandener britischer und französischer Atomraketen dienen soll. Die NATO hingegen fordert, daß ihr eine Überlegenheit zumindest in der zahlenmäßigen Größe der britischen und französischen Atomraketen zugestanden werden müsse, indem diese in den Verhandlungen unberücksichtigt bleiben sollen. Die Sowjetunion soll zur Abrüstung verpflichtet werden, während die USA nach wie vor ihre Erstschlag-Atomraketen in Europa stationieren wollen. Diese sogenannte „Zwischenlösung“ bestätigt, daß es der NATO von Anfang an überhaupt nicht um eine Verhandlungslösung, sondern lediglich um einen Vorwand für die beschlossene Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missilen in Europa gegangen ist.

3. Zusammen mit der für die nächsten Jahre geplanten und z.T. bereits angelaufenen „konventionellen Nachrüstung“ der NATO soll die Fähigkeit entstehen, einen Krieg in Europa „erfolgreich“ führen zu können und damit die Sowjetunion vollständig erpressbar zu machen. Die Gefahr, daß die neuen Waffen nicht nur stationiert, sondern auch eingesetzt werden, ist groß. Der aktuelle Stand der Waffentechnologie macht die Verhinderung eines Krieges durch Verweigerung zu einem noch viel schwierigeren Problem als in der Vergangenheit — und schon in der Vergangenheit ist Kriegsverhinderung durch Massenwiderstand eigentlich niemals und nirgendwo gelungen. Der flinke Spruch „Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin“ impliziert eine gefährliche Unterschätzung des Problems — zumal bei der Art von „Blitzkrieg“, den die NATO für Europa vorprogrammiert, nach unsere Zustimmung ohnehin nicht lange gefragt werden wird. Umso wichtiger ist es, die allergrößten Anstrengungen zu unternehmen, um die atomare (und konventionelle) „Nachrüstung“ der NATO, die in Wahrheit eine Kriegsrüstung ist, zum Scheitern zu bringen.

4. Kann die Friedensbewegung gegen die „Nachrüstung“, die größte und wichtigste politische Bewegung seit Bestehen der BRD, die Stationierung der neuen Mittelstrecken-Raketen noch verhindern? Nach allen bisherigen Erfahrungen muß man die Chancen dafür sehr skeptisch beurteilen. Die Geschichte demokratischer und antimilitaristischer Bewegungen in der BRD verzeichnet viele schwere Niederlagen (Gründung der Bundeswehr/Remilitarisierung, Atomwaffen-Stationierung in der BRD, Notstandsgesetze u.a.m.), aber kaum echte Erfolge. Zu leichtfertigen Optimismus ist demnach kein Anlaß. Das Interesse der herrschenden Klasse an der „Nachrüstung“ ist so groß, daß sie den Widerstandsaktionen nicht leicht nachgeben wird. Dies umso mehr, weil der aktive Widerstand voraussichtlich auch in diesem Fall nicht mehr als eine letztlich doch relativ kleine Minderheit der Gesellschaft erfassen wird. Selbst die Unterschriftenkammer zum Krefelder Appell, die unverbindlichste und zugänglichste Form des Protestes, hat noch nicht einmal 10% der Wahlberechtigten erfasst.

5. Unser stärkstes Argument und unsere stärkste Waffe im Kampf gegen die „Nachrüstung“ haben wir bisher noch gar nicht praktisch ins Spiel gebracht. Gemeint ist die Tatsache, daß nach sämtlichen bekanntgewordenen Meinungsumfragen und ähnlichen Untersuchungen keine Mehrheit im Volk für den NATO-Doppelbeschluß besteht und daß die konkrete Stationierung sogar von einer klaren Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird. Um diese Mehrheit wirklich zu einem politischen Faktor zu machen, ist die Forderung nach einem Volksentscheid über die „Nachrüstung“ das einzige geeignete Mittel. Zugleich würden wir mit dieser Forderung ausdrücken, daß nicht bloß die „Nachrüstung“, sondern überhaupt die Überlebensfragen von Krieg und Frieden direkt vom Votum der Bevölkerung abhängig gemacht werden müssen.

6. Die Bundesregierung wird selbstverständlich alles tun, um eine Volksabstimmung über die „Nachrüstung“ zu verhindern. Sie gerät dadurch aber in den größtmöglichen Druck, weil sie so zu dem Offenbarungszeit gezwungen werden kann, daß sie die „Nachrüstung“ gegen den Mehrheitswillen des Volkes durchsetzen will. Die Bundesregierung würde vollständig der Möglichkeit beraubt, sich für ihre „Nachrüstungs“-Politik auf das Wahlergebnis vom 6. März zu berufen. Wir halten es jedoch noch keineswegs für ausgemacht, daß der Bundesregierung die Verhinderung und gar das Verbot eines Volksentscheids gegen die „Nachrüstung“ gelingen würde. Auf jeden Fall sind die Möglichkeiten gut, die SPD auf die Unterstützung der Forderung zu verpflichten. Denn die SPD muß sich in den nächsten Monaten irgendwie zwischen Zustimmung und Ablehnung zur Raketen-Stationierung durchkämpfen — und durch die Ablehnung der schlechten demokratischen Forderung, das Volk selbst entscheiden zu lassen, würde sich die SPD höchst unglaubwürdig machen. Die Forderung nach einem Volksentscheid könnte somit in den kommenden Monaten zum Kristallisationspunkt einer noch nicht dagewesenen Polarisierung der bundesdeutschen Gesellschaft werden, in deren Ergebnis sich vielleicht doch noch eine Chance zur Verhinderung der Stationierung eröffnet.

7. Unser Vorschlag steht selbstverständlich nicht alternativ zu den anderen Formen des Widerstands, zumal auch die Forderung nach einem Volksentscheid der Unterstützung durch vielfältige Massenaktionen bedarf. Es wäre allerdings umgekehrt fatal, wenn die Möglichkeit der Volksentscheid-Forderung jetzt überflüssig zerredet und verschleppt würde. Die Zeit bis zum vorgesehenen Stationierungs-Beginn ist knapp und muß unbedingt optimal genutzt werden. Eine entscheidende Signalfunktion könnte es haben, wenn die Bundestagsfraktion der GRÜNEN, gemeinsam mit „Nachrüstungs“-Gegnern unter den SPD-Abgeordneten, baldmöglichst eine parlamentarische Initiative für die Durchführung eines Volksentscheids unternehmen würden. Um wirkungsvoll zu sein, sollte eine Initiative unserer Absicht nach noch vor der Sommerpause unternommen werden.

8. Wir bitten alle Teile der Friedensbewegung dringend, geeignete Formen und Mittel zu erörtern, mit denen die Forderung nach einem Volksentscheid in den kommenden Monaten vorangebracht werden kann.

KOMMUNISTISCHER BUND

c/o Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19, Tel.: 040/435320

Fortsetzung nächste Seite

Fortf. von vorheriger Seite

lichkeit der Vernichtung dortiger Militärzentren ins Auge fassen. Dies war i.U. die einzige Passage, die eine (einseitige) Bedrohung der Sowjetunion durch die NATO benannte. Mit großer Mehrheit ging dieses schlichte Erpressungsmanöver durch.

4. Volksentscheid-Kampagne wird diskutiert

Zu Beginn hatte der KB einen Vorschlag verteilt, der eine Kampagne für einen Volksentscheid gegen die „Nachrüstung“ in diesem Jahr vorschlug. Möglichst noch vor der Sommerpause sollte es zu einer Initiative im Bundestag kommen (der Vorschlag ist nebenstehend dokumentiert). Die Idee eines Volksentscheides ist schon mehrfach in die Debatte gebracht worden: u.a. von Klaus Vack (Komitee für Grundrechte), dem ehemaligen Verfassungsrichter Simon, von Günter Grass in einer Report-Sendung. Der Vorschlag des KB enthält darüber hinausgehend die Aufforderung, mit einer solchen Kampagne tatsächlich und unmittelbar zu beginnen.

Es wurde in Köln zu diesem Thema eine zusätzliche Arbeitsgruppe eingerichtet. In der Arbeitsgruppe gab es Pro- und Kontra-Stimmen. U.a. machte sich die MLPD für den Vorschlag stark, die Kampagne über ein von unten zu entwickelndes Volksbegehren für einen Volksentscheid zu beginnen. Auf dem Plenum am 2. Tag wurde beantragt, zumindest eine kurze Diskussion zu dem Thema zuzulassen. Erst mit der Unterstützung von Jo Leinen (BBU) auf dem Podium wurde dem Antrag stattgegeben. Neben positiven Stimmen gab es aus den KOFÄZ-Reihen zum einen den Hinweis, daß es ja schon den Krefelder Appell gebe, der auch eine Art Volksentscheid sei. Von einem Vertreter aus dem Hamburger Forums-Kreis wurde die Befürchtung



Deutschland braucht wieder einen Bundeskanzler, der es packt.

geäußert, man könne eine tatsächlich durchgeführte Volksbefragung nicht gewinnen. Schließlich wurde ein Meinungsbild beantragt. Trotz nur kurzer Diskussion sprachen sich innerhalb 1/3 bis 1/2 der Teilnehmer (Angaben nach unterschiedlichen Schätzungen) für eine solche Kampagne aus. Nahezu ein-

hellig wurde beschlossen, daß der Vorschlag einer solchen Kampagne geprüft werden soll; der Koordinationskreis soll die Organisation eines solchen Treffens unterstützen. Damit ist der Vorschlag gleich zu Beginn auf erstaunlich positive Resonanz gestoßen.

Betr.: Vorbereitung der norddeutschen Regionalkonferenz der Friedensbewegung

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde!

Die 3. Aktionskonferenz der Friedensbewegung, die am 16./17.4.83 in Köln stattfand, hat beschlossen, daß die Aktionswoche vom 15.-21. 10. 83 durch 3 zentrale „Volksversammlungen für den Frieden“ am Samstag, den 22. 10., abgeschlossen wird.

Neben Bonn soll eine solche Volksversammlung jeweils in Norddeutschland und Süddeutschland stattfinden; die Orte dafür sollen auf Regionaltreffen bestimmt werden.

Auf der Konferenz wurde vorgeschlagen, daß erst einmal von den norddeutschen Friedenskräften gemeinsam die Organisation eines regionalen Treffens für Norddeutschland in die Hand genommen werden könnte.

Mit diesem Schreiben wenden wir uns deshalb an alle Friedensinitiativen, -gruppen, Organisationen und Interessierte in Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg.

Als Termin für die Regionalkonferenz schlagen wir das Wochenende 4./5. Juni 1983 vor. Alle anderen Termine vor den Sommerferien sind bereits mit anderen friedenspolitischen Aktivitäten belegt (Pfingsten: Festival der Jugend; Bundesweites Treffen „Widerstand an Standorten“ in Frankfurt; Kirchentag in Hannover; Festival „Jugend gegen Kriegsdienst“ usw.).

Wenn dieses Regionaltreffen gut vorbereitet wird, könnte dann noch vor der Sommerpause das Konzept und Ort für eine solche Aktion in Norddeutschland feststehen.

Wir sind bereit, die Regionalkonferenz in Hamburg zu organisieren; es können aber auch andere Vorschläge gerne gemacht werden.

Damit Aktionskonzepte nicht erst auf der Konferenz selbst vorliegen und auch die anderen wichtigen Punkte vorher örtlich diskutiert werden können, laden wir zu einer ersten Vorbesprechung für den 14. Mai (Sonntag) um 14 Uhr nach Hamburg in die Innocentiastraße 21 (Souterrain) ein. Dort können folgende Punkte besprochen werden:

- Modalitäten zur Einladung zur Aktionskonferenz
- Ablauf der Regionalkonferenz (Tagesordnung)
- Leitung der Regionalkonferenz
- Einsetzung eines norddeutschen Arbeitsausschusses
- Zusammenstellung von Unterlagen für die Regionalkonferenz
- Aufruf/Aufräuf

Danach könnte die eigentliche Einladung zur Regionalkonferenz samt vortiegenden Aktionsvorschlägen verschickt werden.

Falls ihr am 14. Mai verhindert seid, sendet uns eure Ideen und Vorschläge bis zum 13.5. schriftlich zu, damit ab Mitte Mai für alle Interessierten eine Vorbereitungsmappe zur Verfügung steht (reproduzierbare Vorlagen).

Die Initiative zur Vorbereitung der Regionalkonferenz haben bisher ergriffen:

Friedensinitiative (FI) Bauer-Verlag, FI Hoheluft-West, Arbeitsgruppe (AG) der Friedensinitiativen HH-Nord, Aktion Sühnezeichen HH, DFG-VK, LV HH, DFU LV HH, DPK Bez. HH, El Salvador-Komitee HH, Initiative „Frauen in die Bundeswehr — Wir sagen Nein!“, GAL HH, Hamburger Friedenskoordination, Jungsozialisten LV HH, Paz-Christi-Basisgruppe HH, SDAJ LV HH, SJS LV HH, SJD-Die Falken LV HH Einzelpersonen (Funktionsangaben dienen nur der Information): Heinrich Faddersen, Hans Frank (MdB), Lilo Hagen (MdB), Angela Kroll, Ingrid Kutz, Norbert Meyer, Ursula Meyer, Ursula Pohl, Gert Rabe, Dietl Riegel, Peter v. Sprockhöfen (Vors. Uni-ASTA HH), Uwe Voigt.

Kontaktadressen:
DFG-VK, HH, Innocentiastr. 21, 2000 Hamburg 13, c/o Ulrich Cremer, Tel: 040/45 55 60
Jungsozialisten, LV HH, Kurt-Schumacher-Allee, 2009 Hamburg 1, Tel: 040/24 31 80
Hamburger Friedenskoordination, c/o Bernd Kruse, Jungfernstiel 16, 2000 Hamburg 13, Tel: 040/47 63 21
Paz-Christi-HH, c/o Gisela Wiese, Bebelallee 7a, 2000 HH 60, Tel: 040/476 416

Es ist an der Zeit: Sagt nein! Keine neuen Atomraketen in unser Land!

Es ist an der Zeit: Sagt nein! Keine neuen Atomraketen in unser Land!

Die Zeit drängt: Die Stationierung von Pershing II und Cruise-Missile muß verhindert werden. Geht es nach den Plänen der US-Regierung, der NATO und der Bundesregierung, wird es Ende dieses Jahres so weit sein: Pershing-II-Raketen und Merschflugkörper sollen in unserem Land stationiert werden. Damit wird ein auf Europa begrenzter Atomkrieg denkbar. Das macht uns Angst.

Das Wehrpaten in Ost und West ist die größte Bedrohung für die Menschheit. Das System der gegenseitigen Abschreckung hat dazu entscheidend beigetragen. Jedes neue Waffensystem in Ost und West bedeutet nicht mehr, sondern weniger Sicherheit. Die Europäer sind in der Gefahr, wie die Bewohner von Hiroshima und Nagasaki, in einem atomaren Inferno vernichtet zu werden. Wir müssen aus der Geschichte lernen und uns rechtzeitig wehren.

Rüstung tötet schon jetzt — mit und auch ohne Krieg. Seit 1945 sind in über 150 Kriegen in der sogenannten Dritten Welt mehr Menschen getötet worden als im 2. Weltkrieg. Jede Minute werden weltweit 2,5 Millionen DM für die Rüstung ausgegeben; in der gleichen Zeit sterben 50 Menschen an Hunger. Während riesige Geldsummen in die Herstellung von Waffen gesteckt werden, fehlen diese Mittel zur Beseitigung der Armut, der Umweltzerstörung und der Arbeitslosigkeit.

Neue Atomraketen und Hochrüstung werden mit weiterem Sozial- und Bildungsabbau bezahlt. Rüstung schafft keine sicheren Arbeitsplätze. Im Gegenteil. Die Rüstungswirtschaft hat sich in der Vergangenheit als eine der größten Arbeitsplatzvernichter hervorgetan. Wir fordern den Stopp und die schrittweise Senkung des Rüstungshaushaltes, damit die freiwerdenden Mittel für soziale Zwecke und für ein umfassendes Beschäftigungswortprogramm eingesetzt werden können.

Das Wehrpaten Nordost in Ost und West, in Nord und Süd die Militarisation der Gesellschaften. Frauen sind hiervon besonders betroffen. Sie sollen nicht in die Militarisation als Reservearmee einbezogen werden. Dies entspricht nicht ihrer Forderung nach Selbstbestimmung, nach Wahrung ihrer sozialen und politischen Rechte und Erhaltung ihrer Würde gegen tägliche Diskriminierung.

Frieden bedeutet mehr als die Abwesenheit von Krieg zwischen Staaten. Frieden ist ein Prozeß für Gerechtigkeit, für Verminderung und Beseitigung von Not, Elend und Gewalt, die Beseitigung rassistischer, religiöser, wirtschaftlicher, sozialer und sexistischer Unterdrückung und Diskriminierung, die Gewährleistung der Menschenrechte und des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen.

Weltweit haben die Friedensbewegungen einen großen Einfluß gewonnen. Ihr Rückhalt in der Bevölkerung wächst.

Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik weiß sich mit der amerikanischen Friedensbewegung einig in der Forderung, Herstellung, Tests und Stationierung von Atomraketen einzufrieren und gemeinsam keine neuen Atomraketen in Europa zuzulassen, unabhängig vom Ausgang der Genfer Verhandlungen. Alle Atomraketen in und für Europa, einschließlich der sowjetischen SS 20, der französischen, britischen und amerikanischen Raketen, müssen abgeschafft werden. Die „Zwischenlösung“ ist ein Trick, um die Aufrüstung in Raten durchzusetzen.

Aktionswoche und Koordinierungsausschuß

Die Aktionen sollen zentral, regional und vor Ort über die ganze Woche hin oder mit täglich wechselnden Schwerpunkten, geführt werden.

● Samstag, 15. 10.: Dezentrale Auftaktaktionen mit Friedensmärschen, Demonstrationen und Kundgebungen in allen Dörfern und Städten. Aktionen zu atomwaffenfreien Straßen, Plätzen, Gebäuden usw.

● Sonntag, 16. 10.: Widerstandstag der Kirche, Aktionen vor, in und mit Kirchen.

● Montag, 17. 10.: Widerstandstag der Frauen, z. B. öffentliche Verweigerungsaktionen.

● Dienstag, 18. 10.: Tag des Antimilitarismus. Diskussionen mit Soldaten der Bundeswehr, Aktionen gegen Zivilschutz.

● Mittwoch, 19. 10.: Widerstandstag der sozialen Einrichtungen, der Arbeiter und Angestellten, Betriebe und Landwirte. Diskussionen mit Betriebsräten, Vertrauensleuten, Diskussionen von Betriebs- und Gewerkschaftsgruppen über Aufrüstung und Sozialabbau, Ak-

tionen und die Öffentlichkeit zu überzeugen. Jede „Zwischenlösung“, die die Stationierung auch nur einer einzigen Pershing II oder Cruise-Missile beinhaltet, lehnen wir ab.

Wir rufen die ganze Bevölkerung auf: Informiert euch über die Gefahren! Werdet mit uns aktiv gegen die drohende atomare Vernichtung unseres Landes! Wehren wir uns gemeinsam gegen die Stationierung der neuen Atomraketen in unserem Land!

Wir appellieren, durch Aufklärung und vielfältige Aktionen zur Verbreiterung des Widerstandes beizutragen. Viele Menschen sind bereit, sich an gewaltfreien Aktionen der zivilen Ungehorsams zu beteiligen. Ihr Handeln ist Ausdruck einer neuen Widerstandsbereitschaft in der Friedensbewegung.

Wir fordern von der Bundesregierung und den Regierungen der übrigen Mitgliedsländer der NATO:

1. Ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen Pershing II und Cruise-Missile zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atom- und aller anderen Vernichtungswaffen in West- und Osteuropa eröffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen. Jegliche Vorbereitungen der Stationierung müssen unverzüglich eingestellt werden.

2. Die Beseitigung aller in der BRD gelagerten chemischen Waffen.

3. Die Schaffung regionaler atomwaffenfreier Zonen in Europa, bei gleichzeitiger Verringerung der konventionellen Rüstungen in Ost und West; sofortige Senkung der Rüstungshaushalte zugunsten gesellschaftlich sinnvoller Produktion.

4. Eine Politik der Entspannung, die die politischen, wirtschaftlichen und menschlichen Beziehungen fördert und ein Klima für weitere Abrüstungsschritte schafft.

5. Keine Rüstungsexporte und -importe.

6. Keine Rüstungsexporte und -importe. Das Elend der Länder der sogenannten Dritten Welt ist auch ein Ergebnis zunehmender Militarisation.

Die großen Militärmächte, insbesondere die USA und die Sowjetunion, fordern wir auf:

1. Die Entwicklung, Erprobung, Herstellung und Stationierung aller Massenvernichtungswaffen sowie von Raketen, Flugzeugen und Schiffen einzufrieren, die als atomare Trägersysteme geeignet sind.

2. Darauf zu verzichten, durch neue Waffen oder Kriegführungsstrategien sowie den Ausbau von Erstschießkapazitäten eine militärische Überlegenheit herzustellen.

3. Alle Massenvernichtungsmittel, also auch die chemischen, biologisch-bakteriologischen und Strahlungswaffen zu ächten und zu beseitigen.

4. Jede militärische Einmischung und Intervention in der sogenannten Dritten Welt zu unterlassen und die Emanzipationsbestrebungen nicht unter dem Vorwand des Ost-West-Konfliktes zu erstickern.

Die Gruppen der Friedensbewegung in der Bundesrepublik rufen für die Woche vom 15. bis 22. Oktober 1983, angesichts der drohenden Stationierung neuer Atomraketen und im Zusammenhang mit der UNO-Abrüstungswoche, zu vielfältigen und gewaltfreien Aktionen und Veranstaltungen auf. Während der ganzen Woche sollen verschiedene gewaltfreie Aktionen (wie z. B. Friedenscamps, Mahnwachen, Blockaden, Schweigeminuten) stattfinden.

Erste Stellungnahmen zum Vorschlag eines Volksentscheids

Helmut Ostermeyer

Für Deutschland geht es bei der Aufstellung von Mittelstreckenatomraketen um Sein oder Nichtsein. Das deutsche Volk hat ein natürliches und unveräußerliches Recht, über die sogenannte Nachrüstung selbst zu entscheiden, auch in den Bundesländern, deren Verfassungen keinen Volksentscheid vorsehen. Die Menschen in Deutschland sind nicht gewillt, sich erneut durch einen Angriffskrieg ins Unglück stürzen zu lassen. Die Bundestagswahlen beweisen nicht das Gegenteil, weil der Wahlkampf um die Arbeitslosigkeit geführt wurde.

Helmut Ostermeyer ist Familienrichter am Blefeld und durch seine Ausführungen zum Widerstandsrecht bekannt geworden (s. am 1. Mai im Zusammenhang mit Grolsch).

Rote Fahne / MLPD

„Die MLPD unterstützt die Idee eines Volksentscheids, weil wir darin ein entscheidendes Mittel sehen, um das Bewußtsein der werktätigen Bevölkerung von der lebensbedrohenden Gefahr eines atomaren III. Weltkriegs wachzuhalten und darüber hinaus den Ausweg zur Verhinderung dieses Kriegs sowie zur Beseitigung aller Kriege aufzuzeigen. Das Volksbegehren für einen Volksentscheid ist eine geeignete Form zur Entwicklung einer Massenbewegung und kann schließlich unmittelbar zu politischen Kämpfen gegen die Stationierung überleiten.“

Die Initiative von oben durch die Aktionskonferenz muß mit einer breiten Initiative von unten beantwortet werden, so daß es in möglichst kurzer Zeit gelingt, für eine Konferenz zum Volksentscheid zu mobilisieren sowie Trägerorganisationen, Experten und Persönlichkeiten für die Durchführung zu gewinnen.“

Jo Leinen (BUU) : Volksbefragung: Der plebiszitäre Aufstand gegen die Nato-„Nachrüstung“

Welche Strategie muß die Friedensbewegung wählen, damit die Stationierung der Pershing 2 und Cruise Missiles doch noch verhindert werden kann?

Über diese Frage zerbrechen sich viele Friedensinitiativen seit Monaten den Kopf. Die Ausgangslage ist nicht gerade rosig. Die Mehrheit der Bundesbürger/innen hat am 6. März unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit einen vermeintlichen „Aufschwung“ wählen wollen und damit eine konservative Regierung an die Macht gebracht, die sich außenpolitisch als treuer Vasall der USA begreift. Da die CDU/CSU die Allianz mit den USA quasi als Bestandteil unserer Verfassung begreift, ist in wesentlichen außenpolitischen Fragestellungen keine eigenständige Politik der Bundesrepublik zu erwarten. Für die NATO-„Nachrüstung“ bedeutet dies, daß die Bundesregierung diejenige Anzahl von Mittelstreckenraketen akzeptiert, die von den USA zur Stationierung in der Bundesrepublik vorgesehen sind. In den letzten Wochen ist erneut klar geworden, daß die USA ein grundsätzliches Interesse am Vorhandensein moderner Mittelstreckenraketen in Westeuropa hat und ein Ergebnis der Genser Verhandlungen gar nicht wünscht. Die sogenannte „Zwischenlösung“, die in den Medien als „flexible Haltung“ der Amerikaner am Verhandlungstisch dargestellt wird, ist in Wirklichkeit ein Sieg der Falken in der US-Administration. Jetzt steht fest, daß auf alle Fälle eine gewisse Anzahl von Pershing 2 und Cruise Missiles stationiert werden sollen, nur der Optik halber nicht alle auf einmal sondern ratenweise.

Bürgerinitiativen fordern Volksbefragung zur Nachrüstung

F.A.Z. FRANKFURT, 24. April. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordert von der Bundesregierung eine Volksbefragung zur Nato-Nachrüstung durchzuführen. Dies hat der BBU-Vorstand am Wochenende in Bonn beschlossen. Nach Ansicht des BBU sollten Meinungsumfragen, daß die Mehrheit der Bürger gegen neue Atomwaffen ist. Das Ergebnis der Bundestagswahl könne deshalb nicht als Mandat der Bevölkerung zur Stationierung neuer Massenvernichtungswaffen angesehen werden. Der BBU forderte den Deutschen Bundestag auf, noch vor der Sommerpause eine Volksbefragung zur Nato-Nachrüstung zu beschließen. Der BBU werde zusammen mit anderen Organisationen der „Friedensbewegung“ die Diskussion über eine solche Volksbefragung vorantreiben.

aus: FR, 25.4.83

Die Ausgangslage der Friedensbewegung in allen fünf Stationierungsländern (Großbritannien, Italien, Belgien, Holland, Bundesrepublik) ist ziemlich ähnlich: Überall sind konservative Regierungen an der Macht, die sich dem Willen der USA unterordnen und von sich aus der Stationierung neuer Atomwaffen zustimmen werden. Wie läßt sich letztlich unter diesen Umständen eine Situation herstellen, die eine Stationierung politisch undurchführbar macht?

Die Friedensbewegung hat in den letzten drei Jahren drei Phasen durchlaufen, die teilweise zu einer Verbreiterung und teilweise zu einer Verhäufung des Widerstands geführt haben.

Die frühe Appellationsphase mit der Sammlung von Unterschriften gegen die NATO-„Nachrüstung“ hat sicherlich das Verdienst, daß viele Menschen

über die Gefahr eines Atomkrieges informiert und angesprochen werden konnten. Eine Unterschrift kostet nicht viel, aber sie bietet immerhin an Büchertischen, bei Versammlungen, bei Hausbesuchen, usw. eine Brücke zur Diskussion mit anderen Menschen. Der „Krefelder-Appell“ hat seine Schuldigkeit getan. Auch wenn statt der ca. 4 Millionen Unterschriften die doppelte Anzahl hinzukäme, würde damit keine Regierung, kein Parlament und keine Partei zu einer Änderung ihrer Politik gezwungen. Trotzdem, für die vielen Menschen, die noch nicht einmal mit einer Unterschrift gegen die Aufrüstung konfrontiert worden sind, kann die Appell-Aktion einen Einstieg in die Friedensdiskussion bedeuten.

2. Die anschließende Demonstrationsphase mit zwei zentralen Großdemonstrationen in Bonn und etlichen dezentralen Demonstrationen zu Ostern und anderswo hat den politischen Druck auf die Regierenden verstärken können. Auf die Straße gehen und demonstrieren ist in diesem Land noch immer etwas Außergewöhnliches. Daß am 10.10.81 ca. 300.000 Menschen in Bonn zusammengekommen sind, hat zumindest in den Reihen der SPD und des DGB zu einem Vortreiben der Diskussion über die atomare Aufrüstung geführt. Die Demonstration am 10.6.82 zum NATO-Gipfel in Bonn war zwar größer, in ihrer politischen Wirksamkeit aber bereits merklich geringer. Diese Demonstration war lediglich ein Stäkervergleich mit der Pro-USA-Demonstration der CDU interessant und hatte das Verdienst, das kunstvoll aufgebaute Image von Ronald Reagan als Friedensengel und „Freund der Europäer“ durch den Protest von 500.000 Menschen in den Augen der Weltöffentlichkeit zu relativieren. Diese Demonstration ist deshalb auch in den USA mehr beachtet worden als bei uns.

Auch wenn wir zum Abschluß der Aktionswoche am 22. Oktober 1 Million Menschen auf die Beine bringen sollten, - ein qualitativer Schritt zur Verhinderung der „Nachrüstung“ wird dies nicht mehr sein. Trotzdem, diese Massenmobilisierungen sind auch weiterhin nützlich, weil die Breite der Friedensbewegung gezeigt werden kann und viele Menschen zum ersten Mal an der Demonstration teilnehmen und so vielleicht den Zugang zur Friedensbewegung finden.

3. Seit der Blockade des Atomwaffenlagers Großengtingen im Sommer 1982 deutet sich die Phase der direkten gewaltfreien Aktionen des zivilen Ungehorsams als Speerspitze des Widerstands gegen die neuen Atomwaffen an. Die Fortführung dieser Blockadeaktion am 12.12.82 und Ostern 1983 haben in der Öffentlichkeit breite Aufmerksamkeit gefunden, wohl auch überwiegend Sympathie und Unterstützung. Das konnte jedoch nicht verhindern, daß zumindest in Baden-Württemberg und in Bayern der Staat mit einer Kriminalisierung der Blockade-Teilnehmer und einer Verschärfung des Demonstrationsrechtes durch die Einführung einer Demonstrations-„Gebühr“ (auch Polizeikostenverordnung genannt) geantwortet hat. Diese innenpolitische Abschreckungs-Politik hat bereits jetzt dazu geführt, daß im Umfeld der Friedensbewegung die Blockaden eher vom Fernsehschirm aus verfolgt werden, als daß sich zehntausende daran beteiligen würden. Trotzdem, der zivile Ungehorsam, der Boykott, die Verweigerung und der Streik sind diejenigen Aktionen, die im Herbst 83 zu einer weiteren Verschärfung des politischen Drucks führen können. An den einzelnen

Widerstandslagen der Aktionswoche vom 15.-22. Oktober müssen diese Aktionsformen auf breiter Basis begonnen werden. Aktionen in Kirchengemeinden, Schülervollversammlungen gegen den Willen des Schuldirektors, ein Warnstreik in einzelnen Betrieben, Blockaden vor ausgesuchten Einrichtungen des Militärsystems können zu einer erheblichen Intensivierung der innenpolitischen Auseinandersetzung über die NATO-„Nachrüstung“ führen.

Aber wird das alles reichen, um die Stationierung neuer Atomwaffen tatsächlich zu verhindern? Auch mit der größten Mobilisierung wird es kaum gelingen, mit traditionellen Aktionsformen mehr als ein bis drei Prozent der Bevölkerung zu aktivieren. Es muß auch damit gerechnet werden, daß die Kriminalisierung des zivilen Ungehorsams sehr schnell zu einer Einschüchterung führt und nur noch wenige Aktivitäten bei solchen Aktionen aufspornen.

4. Die Friedensbewegung muß deshalb eine vierte Widerstandsphase eröffnen, und zwar mit einem plebiszitären Aufstand durch eine Volksbefragung über die Stationierung neuer Atomwaffen. Der überproportionale Teil der Friedensbewegung ist sich in der Einschätzung einig, daß die NATO-„Nachrüstung“ nur politisch verhindert werden kann. Gegen den Willen der Bundesregierung und des Parlaments wird dies nur machbar sein, wenn es uns gelingt, einen Großteil oder sogar die Mehrheit der Bevölkerung gegen die atomare Aufrüstung zu mobilisieren. Die Chancen hierzu sind nicht schlecht. Alle Meinungsumfragen zeigen, daß die Mehrheit der Bundesbürger/innen zwar die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO befürwortet, die Stationierung neuer Atomwaffen-systeme aber ablehnt. Es ist die Aufgabe der Friedensbewegung, diese Mehrheit wahrhaftig deutlich zu machen und als politisches Kapital in die Auseinandersetzung um die Stationierung einzubringen.

Mit den herkömmlichen Aktionsmethoden bleiben wir immer eine Minderheit. Mit einer Volksbefragung könnte der Durchbruch in breite Schichten der Bevölkerung gelingen. Alle Beispiele der vergangenen Jahre zeigen, daß eine plebiszitäre Kampagne einen enormen Mobilisierungsschub erzeugt. Bürgerentscheide zur Stadtrangente in Tübingen, zum Flugplatz in Biberach, zur Autobahn in Konstanz und insbesondere das Volksbegehren gegen die Starbahn-West haben einen großen politischen Druck erzeugen können und sind (außer bei der Starbahn) meistens erfolgreich abgeschlossen worden.

Volksentscheide sind in der Verfassung nicht vorgesehen. Hierzu müßte der Bundestag mit Zwei-Drittel-Mehrheit eine Verfassungsänderung beschließen. Eine „konsultative“ Volksbefragung dagegen ist verfassungsrechtlich zulässig und kann durch ein Gesetz mit der einfachen Mehrheit des Bundestags beschlossen werden. Zwar steht auch eine „konsultative“ Volksbefragung nicht in der Verfassung, dies heißt jedoch keineswegs, daß sie rein juristisch unzulässig wäre. Die Auflösung des Bundestags trotz vorhandener politischer Mehrheiten steht auch nicht in der Verfassung, wurde aber vom Bundesverfassungsgericht wegen einer neuartigen politischen Konstellation durch Verfassungsverstöße für zulässig erklärt. In der Verfassung steht der Grundsatz, daß „alle Gewalt vom Volke ausgeht“. Das Bundesverfassungsgericht hat selbst bereits entschieden (a. Band 20, S. 98 f.), daß das Volk seinen Willen nicht nur durch Wahlen ausdrücken kann, sondern auch durch andere Formen. Bei der Stationierung von Erstschlagswaffen handelt es sich um eine existentiell so wichtige Frage, daß es keine Legitimation eines Repräsentativorgans wie des Bundestags oder der Bundesregierung gibt, hierüber alleine zu entscheiden. Über diese Schicksalsfrage muß die gesamte Bevölkerung selbst abstimmen können. Eine richtige Verfassungsverstöße, die nicht rein rückwärts gerichtet mit dem Totschlagsargument der Weimarer Verhältnisse banalisiert, muß zwangsläufig zur Zulässigkeit einer Volksbefragung gelangen.

Wie könnte ein Zeitplan für eine solche Volksbefragung aussehen?

Zu allererst muß ein breiter Konsens in der Friedensbewegung über diese Frage hergestellt werden. Auf der Aktionskonferenz am 16./17. April in Köln war eine leichte Mehrheit dafür, wobei ich den Eindruck hatte, daß das ganze KOFAS-Spektrum nur deshalb dagegen stimmte, um die „Volksabstimmung“ durch den „Krefelder-Appell“ nicht zu gefährden. Wenn die Kampagne zur Durchführung einer Volksbefragung in Schwung kommt, wird sich aber auch dieser Teil der Friedensbewegung beteiligen müssen. Bisher besteht die Vorstellung, am Wochenende nach dem Kirchentag (am 11./12. Juni) in Hannover ein bundesweites Treffen aller Gruppen durchzuführen, die eine Volksbefragung befürworten. Wenn ein ausreichend breites Spektrum zustandekommt, könnte dies der Startpunkt für eine Kampagne sein. In den Sommermonaten und im Frühjahr könnten überall Arbeitskreise, Komitees oder Initiativen „Volksbefragung“ entstehen und Unterschriften sammeln (s. Volksbegehren gegen die Starbahn-West) begleitet durch zahlreiche Veranstaltungen. Gestützt auf viele Unterschriften und eine vehemente öffentliche Diskussion müßte im Herbst im Bundestag ein Gesetz zur Durchführung einer Volksbefragung eingebracht werden. Die Grünen werden einen solchen Antrag sicherlich ohne große Schwierigkeiten beschließen können. Es muß aber auch das Ziel einer außerparlamentarischen Kampagne sein, die SPD und Teile der FDP, sowie der CDU zur Zustimmung zu einem solchen Projekt zu zwingen. Sollte eine Volksbefragung nicht offiziell zustandekommen, könnte die Friedensbewegung „Volksabstimmungen“ autonom durchführen. Hierfür bieten sich die nächsten Landtagswahlen in Hessen und Bremen an.

Ein plebiszitärer Aufstand gegen die NATO-„Nachrüstung“ und die drohende Stationierung von atomaren Erstschlagswaffen kann mehrere Vorteile bieten:

- Die demokratischen Defizite des herrschenden parlamentarischen Systems mit der reduzierten Feststellung des Volkswillens durch vierjährig stattfindende Wahlen könnten aufgezeigt werden. Am Beispiel der Stationierung atomarer Erstschlagswaffen und der Gefahr eines Atomkriegs gelingt es vielleicht, der Forderung nach Aufnahme von Volksentscheiden in die Verfassung mehr Nachdruck zu verleihen.

- Eine Kampagne für eine Volksbefragung bietet genauso wie der Volkszählungsboykott einen echt dezentralen Aktionsansatz: Alle können dort aktiv werden, wo sie leben und arbeiten.

- Die Forderung nach einer Volksbefragung kann die dramatische Situation verdeutlichen, in der wir durch die Blockkonfrontation und den Rüstungswettlauf geraten sind. Die Informationen über neue Erstschlagswaffen und Kriegsführungsstrategien, sowie die Notwendigkeit einer neuen Friedensordnung in Europa kann in hunderten von Gesprächen in der Bevölkerung verankert werden.

- Eine Volksbefragung ist viel schwieriger zu kriminalisieren als andere Aktionen und verspricht deshalb eine breite Beteiligung der verschiedensten Gruppen, aber auch vieler nichtorganisierter Menschen (s. Volkszählungsboykott).

- Eine breite Kampagne für eine Volksbefragung über die Stationierung neuer Atomwaffen wird die Bundesregierung in die Defensive bringen. Es gibt kein gutes Argument, warum die Feststellung des Volkswillens in einer so schicksalhaften Frage nicht möglich sein sollte. Eine Ablehnung der Volksbefragung würde neben der moralischen auch die politische Illegalität, ja Illegalität der Regierung deutlich machen. Dies schafft eine positive öffentliche Resonanz für weitere außerparlamentarische Aktionen.

Die Kraftprobe um die NATO-„Nachrüstung“ darf jedenfalls noch nicht als verloren angesehen werden. Die stärkste Trumpfkarte ist noch in unseren Händen. Wir müssen sie nur entschließen, aber auch überlegt nutzen.

Der Traum vom Generalstreik

Die trotzkistische GIM wird ihrem sauer erworbenen Ruf als schlauester Schlaumeier aller Bewegungen auch im Kampf gegen die „Nachrüstung“ voll gerecht. Die Konferenzen der Friedensbewegung zu diesem Thema erscheinen der GIM nicht „repräsentativ“ genug. Was an Aktionsvorschlägen diskutiert wird, trägt auch Meinung der GIM alles nicht viel. Am schlimmsten sind nach Ansicht der GIM diejenigen, die für Blockadeaktionen plädieren und damit eine Konfrontation mit dem Staat anstreben. Was notwendig ist stattdessen, teilt die GIM der Friedensbewegung auch gleich offiziell mit:

„Streik - die Kampfperspektive“.

Ja, warum eigentlich nicht? Man braucht sich doch lediglich einzubilden, daß das eine realistische Perspektive sei. Aber es ist nun einmal so, daß der politische Streik nicht gerade ein häufig angewandtes Mittel des DGB ist. Und es ist völlig unwahrscheinlich, daß sich die anfänglich der Stationierung auseinanderzusetzen im Herbst ändern wird. Die Anzeichen für ihre eigenen Illusionen über diesen einfachen Sachverhalt muß sich die GIM sehr gewalttätig zusammensuchen und zurechtbiegen. Also, 1. Gewerkschafter haben sich massiv am Ostermarsch 1983 beteiligt. Stimmt. Na und? Von Demonstrationen zu Streiks ist bekanntlich ein sehr weiter Weg. Einmal zu politischen Streiks. Und, 2. Indiz: Die „Stimmung“ in den Gewerkschaften für Streiks „wächst“ angeblich. Beweise? Aber bittschön. Die GIM kann ein paar entsprechende Entschließungen und Verlautbarungen von örtlichen Gewerkschaftsgremien zitieren. Was für Gremien? Delegiertenversammlungen der IG Drupa (Hannover und Westberlin) und der HBV (Köln). Sehr schön. Aber die GIM weiß doch sicher auch, daß diese beiden Gewerkschaften, zusammen mit der GEW, in solchen Angelegenheiten

gern mal mutig vorpreschen, ohne daß nennenswerte Wirkung für die Politik des DGB insgesamt dabei herauskommt. Ausgerechnet diese linken Außenseiter des DGB als Indikator für die „Stimmung in den Gewerkschaften“ zu präsentieren, kann doch wohl nur ein Dummenfang sein.

Es lohnt sich, einen Blick über die Schulter zurück ins Jahr 1968 zu werfen. Auch damals fehlte es nicht an phantasiereichen linken, die den Einmarsch des DGB in die Kampffront und eine Welle von Streiks gegen die damals gerade umstrittenen Notstandsgesetze in leuchtenden Farben ausmalten. Was dann real an minimal befristeten betrieblichen und örtlichen „Warnstreiks“ herauskam, dürften die Kapitalisten und der Regierung eher ein anerkennendes Schmunzeln für die vorzügliche Regie des DGB entlockt haben. Und das wird heute auch nicht wesentlich anders sein. Ich möchte die GIM denberühmte sehr gern eine Wette anbieten. Einsatz 500 DM, vom Verlierer zu spenden für den Aufbau in Nicaragua. Na, wie wär's? Es dient ja einem guten Zweck.

An sich sind die Schwärmerie der GIM (in der Hauptrolle: die schwelche Faust des Proletariats; in der schönsten Nebenrolle: die Vierte Internationale) ihre ganz private Angelegenheit. Ärgerlich wird es bloß, wenn die GIM ihre Streik-Phantasien gegen andere Aktionsvorschläge und Kampfvorstellungen auszuspielen versucht, und wenn mit der Einbeziehung des DGB gewunken wird, um die Friedensbewegung zu einem opportunistischen, anpasserischen Kurs gegenüber SPD und DGB zu überreden.

Kl.

(nach „was tun“, Zeitung der GIM, 28.4.83)

Bonn: Volksbefragung zu Raketenstationierung unzulässig

Bonn (AP)

Die vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) geforderte Volksbefragung über die Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen verstößt nach Auffassung des Bundesjustizministeriums gegen geltendes Verfassungsrecht. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Hans Klein (CSU), erklärte, Volksabstimmungen seien im Grundgesetz nur in Ausnahmefällen wie der Neugliederung des Bundesgebietes vorgesehen. Für eine Volksbefragung lediglich mit dem Ziel, die Stimmung in der Bevölkerung zu erkunden, sei eine Verfassungsänderung nötig.

aus: SZ, 29.4.83

Wer ermordete Issam Sartawi(PLO)?

Es war ein mutiger und kluger Mann, der am 10. April in Albufeira durch die Schüsse eines Attentäters getötet wurde. Er wußte, daß er von seinen Feinden zum Tode verurteilt war. Der PLO-Politiker Issam Sartawi hatte seit Jahren für einen palästinensisch-israelischen Dialog, für Frieden und Verständigung zwischen den beiden Völkern gekämpft. Daß der Dialog inzwischen — wenn auch auf beiden Seiten heiß umstritten — mit ersten kleinen Schritten begonnen hat, ist in hohem Maß dem direkten Engagement Sartawi's zu verdanken. In seiner Person sollte diese Politik getroffen werden.

Wer beauftragte den Mörder? Hinter dem Mord steht der israelische Geheimdienst, behaupten PLO-Offizielle. Sartawi sei von „radikalen Palästinensern“ ermordet worden, lautet die Version der westlichen Medien. Endgültig aufklären wird sich die Frage nicht lassen. Einige Informationen und Überlegungen sind aber angebracht, um den Vorgang und seine politischen Hintergründe besser zu verstehen.

Der Diplomat der PLO

Issam Sartawi wurde 1933 in Akko/Palästina geboren. Seine Familie flüchtete 1948 vor den israelischen Truppen. In den USA wurde Sartawi später zum Herzspezialisten ausgebildet.

Seit 1967 arbeitete Sartawi für den palästinensischen Widerstand, seit Anfang der 70er Jahre war er Mitglied der „Fatah“. Sein persönlicher Anteil an den zunehmenden Bemühungen der PLO um diplomatische Kontakte in alle Welt und um das Gespräch mit der anti-expansionistischen Opposition in Israel kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. U.a. war er Vermittler des Zusammentreffens zwischen Willy Brandt, Bruno Kreisky und Arafat in Wien im Juli 1970.

Seine Politik ist innerhalb der PLO sehr umstritten. In der Praxis hat sie sich mehr und mehr durchgesetzt. Die Tatsache, daß an der Tagung des palästinensischen Nationalrates im Februar d.J. in Algier erstmals Gäste aus der israelischen Opposition teilnahmen, weist auf einen eingeschlagenen Weg, der auch durch die Ermordung Sartawi's wohl nicht mehr zu blockieren ist.

Daran ändert auch der Streit um das Rederecht Sartawis auf der Nationalkonferenz nichts, der dazu führte, daß Sartawi die Tagung verließ und seinen Sitz im Nationalrat zurückgeben wollte. Dieser Rücktritt wurde offiziell nicht akzeptiert. Sartawi blieb Repräsentant der PLO, wie durch seine Mission bei der Konferenz der Sozialistischen Internationale in Albufeira (Südportugal) demonstriert wurde. Immerhin erreichte die Delegation der israelischen „Arbeiterpartei“ noch, daß Sartawi nicht als Vertreter, sondern nur als „Beobachter“ der PLO an der Konferenz teilnehmen durfte.

Springers „Welt“ hatte am 8.3.83 — einen Monat vor dem Attentat — behauptet, Sartawi sei von einem „PLO-Sondergericht“ in Algier am 20./21.2. zum Tode verurteilt worden. An diesem Tribunal hätten auch Arafat und sein Stellvertreter Abu Ijad teilgenommen. Arafat habe sich vorbehalten, selbst das Datum der „Hinrichtung“ festzulegen.

Diese Geschichte ist von Sartawi selbst noch als uninnig zurückgewiesen worden. Sie zeigt aber, falls die „Welt“ nicht nur ins Blaue hinein geblüffelt haben sollte, daß die Springer-Prese auf irgendeine Weise über akute Mordpläne gegen Sartawi informiert gewesen sein mußte.

Nach dem Tod Sartawi's bat Arafat den französisch-israelischen Journalisten Ilan Halevy darum, während der Schlußsitzung der SI-Konferenz den Platz von Sartawi zu übernehmen. Eine unvollständige Reaktion auf den Mord an Sartawi ist kaum vorstellbar.

In Haft als Tatverdächtiger ist ein Mann mit marokkanischem Paß. Die Frage nach den Auftraggebern und Organisatoren ist nach wie vor weitgehend offen.

Ein Wanderer zwischen Bagdad und Damaskus

Ein Wanderer zwischen Bagdad und Damaskus

Ein wichtiger Anhaltspunkt ist jedoch vorhanden: Zur Ermordung Issam Sartawi's hat sich der „Fatah-Revolutionerrat“ bekannt. Der hat trotz Namensgleichheit — die zu provokatorischen Zwecken dient — nichts mit der gleichnamigen wichtigsten Gruppierung innerhalb des Dachverbandes PLO zu tun. Vielmehr handelt es sich um dieselbe Gruppe, die auch unter dem Namen „Al Asifa“ bekannt ist. Diesen Namen hat sie übrigens auch gestohlen, nämlich von der früheren mili-

tärischen Abteilung der Fatah. Ein weiterer Name ist „Schwarzer Juni“, nach dem Massaker der libanesischen Faschisten im Palästinenserlager Tel Zatar im Juni 1976. Im allgemeinen und am häufigsten wird die Gruppe nach dem Namen ihres Chefs Abu Nidal benannt. Das wiederum ist ein Deckname für Sabri al Banna. Im Folgenden soll der Einfachheit halber die Chiffre Abu Nidal benutzt werden, wenn die Person und die unter diesem Namen agierende Gruppe gemeint ist.

Abu Nidal wird in den meisten Berichten als Mitbegründer der PLO bezeichnet (1). Jedenfalls war er mehrere Jahre lang Vertreter von Al Fatah in der irakischen Hauptstadt Bagdad. Im Oktober 1974 soll er von der Fatah unter dem Vorwurf „bewaffneter Meuterei“ in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden sein. Über den Hintergrund dieses Prozesses ist der Öffentlichkeit nichts konkretes bekannt — jedenfalls scheint es um unterschiedliche Bewertungen des Terrorismus und der palästinensischen Politik nach dem Oktoberkrieg von 1973 gegangen zu sein. Aus allen Berichten ergibt sich, daß Abu Nidal zunächst vom Irak gedeckt wurde und weiter von Bagdad aus agierte. Später, angeblich etwa 1978, soll er seine Zentrale in die syrische Hauptstadt Damaskus verlegt haben. Fürs „und“ weiter „in Bagdad“ soll agierte. Später, angeblich etwa 1978, soll er seine Zentrale in die syrische Hauptstadt Damaskus verlegt haben. Hintergrund dieses Umzugs soll die Hinwendung des Irak zu den sogenannten gemäßigten — d.h. proimperialistischen — arabischen Regimes (Saudi-Arabien, Jordanien, Ägypten) vor dem Hintergrund des Konflikts mit dem Iran gewesen sein. Der Umzug von Abu Nidal war mehr als nur ein geographischer Standortwechsel, denn die Regimes von Irak und Syrien sind einander spinnefeind. Es gibt vereinzelte Meldungen, daß Abu Nidal seit dem Frühjahr 1982 (kurz vor Israels Angriff auf den Libanon) aus Damaskus ver-



schwunden sei. Einem Artikel in „Le Monde“ zu Folge (2) soll Abu Nidal sich wieder in Bagdad befinden. Bestätigt wird das dadurch, daß Abu Nidal gerade eben ein Interview von Bagdad aus gegeben haben soll (nach FAZ, 26.4.83).

Die Morde von Abu Nidal

Die Liste der blutigen Aktivitäten, die sich direkt oder vermutungsweise mit dem Namen Abu Nidal verbinden, ist

ben. Hamani galt als Freund Sartawis und Vertreter seiner diplomatischen Linie.

— Auf Abu Nidals Konto soll auch die Ermordung des ehemaligen irakischen Regierungschefs Naif in London am 9.7.78 kommen. Die Ermordung von Exilpolitikern und Oppositionellen ist eines der wichtigsten Aufgabengebiete der Geheimdienste einiger vorgeblich progressiver arabischer Regime. Außer Irak gilt das vor allem für Libyen.

„Ich bin dafür, jedes Mittel zur Bekämpfung der Terroristen einzusetzen — nicht nur zur Vergeltung, sondern sie auch zu schlagen wo immer sie anzutreffen sind.“ (Sharon, ex-Verteidigungsminister)

lang. Sie gibt Rückschlüsse auf die politische Funktion und Strategie von Abu Nidal.

— Abu Nidal zugeschrieben wird das Massaker auf dem römischen Flughafen Fiumicino am 17.12.73: Beim Überfall von fünf Terroristen auf die Passagiere eines PanAm-Flugzeugs gab es 34 Tote. Die PLO distanzierte sich damals scharf und betonte, daß sie solche Aktionen ebenso wie Flugzeugentführungen entschieden ablehne. Auch die PFLP (die selbst an vielen Flugzeugentführungen beteiligt war — 3) und die Regierungen Syriens und Libyens verurteilten die „Operation von Barbaren und Mördern“ (4) als „vorstrebliche Untat gegen den Kampf des arabischen palästinensischen Volkes“ (5).

— Im November 1974 wurde ein britisches Verkehrsflugzeug von Dubai nach Tunis entführt. Die Entführer forderten die Freilassung der fünf Attentäter von Fiumicino, die damals in Ägypten inhaftiert waren. Auch die Tatsache, daß sich die Entführer als „Kommando Märtyrer Abu Mahmud“ bezeichneten, stellt einen direkten Bezug zu Abu Nidal her, denn jener war ein enger Mitarbeiter Nidals gewesen (6). Die PLO sprach von einer „unverantwortlichen Aktion“ und kündigte an, sie werde „jenseitig blutigen, die dieses Verbrechen angestiftet“ hätten (7).

— Eine bewaffnete Geiselnahme gab es am 28.9.76 im Hotel Semiramis in Damaskus. Die syrische Regierung konstruierte eine Verantwortung der Fatah für die Aktion — und machte daraus einen Vorwand für ihre Großoffensive gegen die Palästinenser im Libanon. Damit entzweit Syrien schließlich den Bürgerkrieg im Libanon zugunsten der arabischen und internationalen Rechten. Die Aktion wird in allen Berichten Abu Nidal zugeschrieben, ohne daß klar wird, worauf sich diese Zuordnung konkret stützt.

— Abu Nidal (oder der irakische Geheimdienst) soll die Ermordung des Londoner PLO-Repräsentanten Said Hamani im Januar 1978 organisiert ha-

— Klar scheint die Sache bei der Ermordung des Pariser PLO-Vertreters Kalak und seines Stellvertreters am 3.8.78: Die Mörder bekannten sich zur Gruppe Abu Nidals. Der Doppelmord gilt als Revanche für den Überfall auf die irakische Botschaft in Paris wenige Tage vorher. Die Regierung des Iraks hatte die PLO und den syrischen Geheimdienst für den Überfall verantwortlich gemacht, der seinerseits offenbar ein Konter gegen mehrerer irakisch inspirierter Morde (u. a. an Said Hamani, s. o.) sein sollte.

— Am 1. Mai 1981 wurde der Wiener Stadtrat Heinz Nittel erschossen. Er war Präsident der österreichisch-israelischen Gesellschaft. Inzwischen gilt aufgrund des Geständnisses des Täters als sicher, daß der Mord von Abu Nidal organisiert wurde.

— Am 29.8.81 überfielen zwei Araber — einer von ihnen war der Mörder Nidals — eine Synagoge in Wien und ließen anschließend Amok. Insgesamt gab es zwei Tote und 20 Verletzte.

— Als in Rom im Oktober 1981 der PLO-Funktionär Abu Sharar durch eine Bombenexplosion getötet wurde, bekannte sich „Al Asifa“ zu dem Mord. Abu Sharar war Chef des Informationsbüros der PLO und Leiter der Fatah. In Rom wollte er an einer Tagung zur Unterstützung palästinensischer Intellektueller teilnehmen.

— Durch Bekenntnisse und Tatsachen vollkommen bewiesen ist, daß die drei Attentäter, die am 3.6.82 in London den israelischen Botschafter Shlomo Argov niederschossen, zur Gruppe Abu Nidals gehörten. Das Attentat diente als direkter Vorwand für den israelischen Einmarsch in den Libanon. — Am 23.7.82 wurde der Pariser PLO-Vertreter Fadel el-Dani durch eine Bombe in seinem Auto getötet. Drei Tage vorher hatte er noch an einer Pressekonferenz teilgenommen, bei der der jetzt ermordete Sartawi und der ehemalige israelische Stabschef General Peled aufgetreten waren. Die Ermordung von Fadel el-Dani wird Abu Nidal zugeschrieben, Sartawi bezeich-

Antisemitische Terrorwelle seit 1980

27.7.80: Araber werfen Handgranaten auf eine Gruppe jüdischer Kinder in Antwerpen (Belgien). 1 Toter, 20 Verletzte.
28.8.80: 4 jüdische Einrichtungen in Paris — ein Kindergarten, eine Synagoge, eine Schule und eine Gedenkstätte — werden beschossen. „Bekennenerklärung“ der faschistischen FNE.
3.10.80: Bombenanschlag vor der Synagoge in der Rue Copernic, Paris. „Bekennenerklärung“ der faschistischen FNE. 4 Tote, 16 Verletzte.
19.12.80: In Erlangen werden der jüdische Verleger Shlomo Lewin und seine Freundin Frida Poeschke erschossen. Dringend tatverdächtig sind Karl-Heinz Hoffmann (Zentralfigur des bundesdeutschen Nazi-Terrorismus) und weitere Gestalten aus seinem Kreis.
1.8.81: Ermordung von Heinz Nittel, Präsident der österreichisch-israelischen Gesellschaft, in Wien. Der Täter „bekennt“ sich zu Abu Nidal.
29.8.81: Zwei Araber überfallen die Synagoge in der Seitenstettengasse, Wien, und veranstalten auf der Flucht ein Massaker. Die Täter „bekennen“ sich zu Abu Nidal. 2 Tote, 20 Verletzte.
30.10.81: Bombenanschlag im jüdischen Viertel von Antwerpen. 2 Tote, rund 100 Verletzte. Das Spektrum der offiziell Verdächtigten reicht von Linksausßen bis Rechtsaußen.

17.11.82: Bombenanschlag auf das Lokal „Mifgash Israel“ in Jerusalem. Ein totes Kleinkind, viele Verletzte. Es gibt (allesamt fragwürdige) „Bekennenerklärungen“ von einer Gruppe „Volkbund Freies Palästina“, von einer „Arabischen Organisation des 15. Mai für die Befreiung Palästinas“ (16. Mai 1949: Gründung des Staates Israel) und von einer „Front zur Befreiung Europas von amerikanischer Besetzung“ — letztere wohl nazistischer Couleur.
4.12.82: Bombenanschlag auf das Haus des Wiener Oberstadtschreibers Elsenberg.
1.1.83: Anschlag auf die Wohnung von Simon Wiesenthal, besonders bekannt durch das Aufspüren von NS-Verbrechern.
25.8.82: Anschlag auf die Wohnung des ORF-Mitarbeiters Alexander Giese.
26.7.82: Bombenanschlag auf eine Filiale der Warenhausgruppe Sigmund in Salzburg.
31.7.82: Bombenanschlag auf eine Schöps-Filiale in Wien.
2.8.82: Bombenanschlag auf das jüdische Bankhaus Winter in Wien.
Für alle hier genannten Anschläge in Wien und Salzburg gilt ein nazistischer Hintergrund als gesichert. Verhaftet wurde u.a. der seit langem einschlägig bekannte bundesdeutsche Nazi-Terrorist Ekkehard Wehl.
9.8.82: Überfall auf das Lokal von Jo Goldenberg in Paris. Die offiziellen

Ermittlungen laufen in alle Richtungen; es heißt, daß die Umstände der Tat auf Abu Nidal hindeuten. 8 Tote, 22 Verletzte.
82: Ein Brandanschlag auf eine jüdische Gebetsstätte, mit nazistischen Schmierereien, wird einem Geisteskranken zugeschrieben.
15.7.82: Bombenanschläge gegen die israelische Botschaft und eine der beiden großen Synagogen in Guatemala-Stadt.
16.7.82: Ein Terrorist schießt auf Menschen vor der Synagoge in Brüssel. 4 Verletzte.
30.8.82: Bombenanschlag auf Räume der jüdischen Gemeinde in Mailand.
8.10.82: Massaker vor der Synagoge in der Via Del Tempio, Rom. 1 Toter (ein Kind), 34 Verletzte. Nach offiziellen Angaben weisen die Umstände der Tat auf Abu Nidal.
7.8.83: Etwa hundert Meter vor der größten Synagoge Marasilles entfernt explodiert ein mit Sprengstoff beladenes Auto. Beide Insassen werden getötet. Es wird angenommen, daß ein Anschlag auf die Synagoge geplant war und die Bombe zum falschen Zeitpunkt hochging.
(Die Aufzählung ist erstens unvollständig und beschränkt sich zweitens auf jüdische Personen und Einrichtungen, enthält also nicht die anti-israelischen Anschläge.)

nete in diesem Zusammenhang damals Abu Nidal als einen „Renegaten, der mit dem Mossad verbunden ist“, also mit dem israelischen Geheimdienst. — Am 9.8.82 wurde im Restaurant des Juden Jo Goldenberg in Paris ein Massaker verübt. Sechs Menschen wurden getötet, 22 verletzt. Aus der Technik des Verbrechens und den verwendeten Waffen (vor allem eine bestimmte polnische Maschinenpistole) wurde auf eine Täterschaft von Abu Nidal geschlossen.

— In fast identischer Weise wurde am 9.10.82 die Hauptsynagoge in Rom angegriffen. Ein kleiner Junge wurde getötet, 33 Menschen wurden verletzt. Abu Nidal gilt auch in diesem Fall als Verantwortlicher.

Ebenfalls zugeschrieben werden Abu Nidal eine Reihe von weiteren Verbrechen. Dazu gehören die Ermordung des PLO-Vertreters in Kuweh, Ali Nassar Yassine; ein Bombenanschlag auf den Stellvertreter Arafats, Abu Ijad, in Belgrad; die Ermordung des ägyptischen Journalisten Sebal in Nicosia (Zypern); die Ermordung des Brüsseler PLO-Vertreters Naim Kader 1981; in manchen Darstellungen auch der Anschlag mit Handgranaten auf jüdische Kinder in Antwerpen am 27.7.80. Außerdem eine Vielzahl von anti-syrischen oder anti-irakischen Anschlüssen, deren Urheber jeweils auf der Gegenseite vermutet werden.

Bomben und Schüsse gegen den Dialog

Im wesentlichen sind unter den Abu Nidal definitiv oder vermutungsweise zuzuordnenden Anschlüssen drei Gruppen zu unterscheiden:

1. Anschläge, die sich direkt aus der Politik der Regime von Irak oder Syrien ergeben — gegen Exilpolitiker und gegen Funktionsträger und Einrichtungen des verfeindeten Regimes. Kein Anschlag dieser Kategorie kann mit Sicherheit Abu Nidal zugewiesen werden.
2. Anschläge gegen Juden und jüdische Einrichtungen, vor allem gegen Synagogen und Gemeindeführer. In einem Fall auch gegen einen israelischen Diplomaten.
3. Anschläge gegen PLO-Politiker, die der gemäßigten, d. h. tendenziell zu Dialog und Verständigung mit Israel bereiten Strömung innerhalb der PLO angehören, die durch Arafat repräsentiert wird.

Läßt man Gruppe 1 einmal beiseite, so ergeben die Anschläge der Gruppen 2 und 3 eine auffallend eindeutige, konsequente und äußerst intelligent durchdachte Strategie: Einerseits die physische Ausschaltung wichtiger palästinensischer Politiker und ständige Bedrohung aller anderen „Gemäßigten“. Auf der anderen Seite Provokation und Aufreizung der jüdischen Gemeinden in Westeuropa. Es ist mittlerweile schon Gewohnheit, daß nach jedem antisemitischen Anschlag die offiziellen israelischen Stellen mit roboterhafter Präzision die PLO verantwortlich machen. Die PLO verantwortlich machen, unter anderem eine goldene Uhr (nach „Welt“ 20.1.82). — Wer immer diesen Provokateur instruiert hat, er muß die offizielle israelische Polemik gegen Kreiskys Nahost-Politik bestens studiert haben!

Wer hat das bestellt?

Die „Neue Zürcher Zeitung“ („NZZ“) schrieb am 14.10.82: Abu Nidal „betätigt sich in einer Weise, die zur zynischen Beschreibung zwingt. Daß der israelische Geheimdienst Mossad ihn hätte erfinden müssen, gäbe es ihn nicht länger“. Das beschreibt den Sachverhalt zutreffend, zumal das offizielle Israel keinerlei Zurückhaltung kennt, wenn es darum geht, antijüdischen Terror, gleich welcher Herkunft, nach dem Dauerschema „Schuld ist immer die PLO“ auszuschichten.

Umgekehrt neigt die PLO immer wieder dazu, das „Phänomen“ Abu Nidal mit dem israelischen Geheimdienst Mossad in Verbindung zu bringen. Sie würde das wahrscheinlich noch sehr viel direkter und uneingeschränkter sagen, wenn nicht die fatale Tatsache in der Welt wäre, daß Abu Nidal über Beziehungen zu einigen wichtigen „progressiven“ arabischen Regimes verfügt bzw. verfügte. Eben dies scheint wirklich das wichtigste, kaum zu widerlegende Argument gegen die gradlinige Mossad-Hypothese zu sein.

Abu Ijad, Stellvertreter Arafats, hat nach der Ermordung Sartawis zwar davon gesprochen, daß die Verbrechen Abu Nidals Teil eines über die Person Abu Nidals hinausreichenden „israelisch-amerikanischen Komplotts“ seien. Andererseits klagte er aber auch den Irak und Syrien an, weil sie Abu Nidal Unterschlupf böten. Die PLO könne sich jedoch nicht den Luxus leisten, den Regimes von Bagdad und Damaskus den Krieg zu erklären (9). Es ist wahr, die PLO muß sich auf Möglich-

„Abu Nidal ist nur ein Regenschirm für verschiedene Elemente.“ (Arafat)

geführt hatte. Das hatte die Entwicklung einer breiten zionistischen Bewegung „Renouveau juif“ (Jüdische Erneuerung) begünstigt, die sich durch das Attentat dann selbstverständlich vollkommen bestätigt sah (8).

Ebenso auffällig — und in diesem Fall zweifellos bewußt so angestrebt — ist das „Timing“ des Massakers vor der römischen Hauptsynagoge am 9.10.82: Noch nicht einmal ein Monat war vergangen, seit PLO-Chef Arafat Italien besucht hatte und dort von den wichtigsten Politikern (mit Ausnahme des Ministerpräsidenten Spadolini) sowie vom Papst empfangen worden war. Arafats Italien-Reise war bereits im Vorfeld Gegenstand von jüdischen Protesten und Interventionsversuchen gewesen. Nun, nach dem Massaker, war die jüdische Öffentlichkeit Italiens sich fast ausnahmslos einig, daß das Verbrechen durch den Empfang Arafats begünstigt worden sei, daß die Politiker und den Papst deswegen eine „moralische Mitschuld“ treffe, daß auch die „anti-israelische“ Haltung der Medien zum Libanon-Krieg den Nährboden für das Attentat mit bereit habe.

Die unmittelbare, spontane Reaktion auf den Überfall war eine hochgradig erregte Demonstration von mehreren tausend römischen Juden zum Büro der PLO. Diese Art Reaktion wird von der Strategie Abu Nidals bewußt angestrebt und provoziert: Die beiden Terroristen, die im August 1981 die Synagoge in Wien überfielen, riefen dabei „PLO! PLO!“. Einer der Attentäter besaß eine PLO-Fahne und ein Bild Arafats. Im Prozeß behauptete er, er sei fest davon überzeugt gewesen, nicht gegen österreichische Gesetze zu verstoßen: „Ich glaubte, daß es in Österreich erlaubt ist, Israelis zu töten“. Denn er wisse doch, daß Innenminister Lenz die Einfuhr von Terroristenwaffen geduldet habe und daß er sich mit Abu Ijad (Arafats Stellvertreter) „sehr gut verstand“. Lenz habe auch „Geschenke von Palästinensern angenommen“ — „eine Uhr, eine goldene Uhr“ — „unter anderem eine goldene Uhr“ (nach „Welt“ 20.1.82). — Wer immer diesen Provokateur instruiert hat, er muß die offizielle israelische Polemik gegen Kreiskys Nahost-Politik bestens studiert haben!

keiten einlassen, die ihr von Regimes geboten wird, die gelegentlich gern im Palästinenser-Biotop baden. Und sie wird wohl auch den Widerspruch aushalten müssen, daß die PFLP-Generalkommando, eine der Teilorganisationen der PLO, den Mord an Sartawi in einer öffentlichen Erklärung begrüßt hat (10).

Wenn Abu Nidal Teil eines „imperialistischen Komplotts“ ist, läge die Frage nahe, welche Rolle in diesem Komplott eigentlich das syrische Regi-

Abu Nidals arabischer Hintergrund

Zur Annäherung an das Problem sollen einige Entwicklungen kurz skizziert werden, die zum „Phänomen“ Abu Nidal beigetragen haben könnten.

1. Das Terrorismus-Problem

Es ist allgemein bekannt, daß der Terrorismus zeitweise eine große, den äußeren Eindruck dominierende Rolle im palästinensischen Kampf gespielt hat. Weit weniger ist bekannt, daß dieser Terrorismus ein abgeschlossenes Kapitel der palästinensischen Geschichte ist. Die Phase der Flugzeugentführungen beispielsweise begann 1968 und war etwa 1975 im wesentlichen abgeschlossen. Entebbe (Juni 1976) und Mogadischu (Oktober 1977) waren allerletzte Nachzügler, die viel mehr mit dem europäischen Terrorismus als mit Palästina zu tun hatten. Auch die PFLP, die viele der spektakulärsten Entführungen (mit-)organisiert hatte, scheint dieses Mittel um die Mitte der 70er Jahre verworfen zu haben. Das geht nicht nur auf zunehmende technische Schwierigkeiten (verstärkte Sicherheitsvorkehrungen usw.) zurück, sondern offenbar auch auf Zweifel an einer bestimmten Kampfform.

Es kann heute als weitgehend geklärt gelten, daß der sagenhafte „Schwarze September“ ursprünglich wirklich ein Produkt von Arafats Al Fatah war. Sein bekanntestes Unternehmen war die Geiselnahme israelischer Sportler in München 1972. Offenbar begriff die Fatah aber sehr schnell den politischen Schaden, den solche Aktionen anrichten konnten. Diese Kritik bezog sich allgemein auf Auslands-Aktionen, aber noch nicht auf das Vorgehen gegen israelische Zivilisten (11). Es war eine taktische Kritik, keine moralische, und schon gar keine politische, die die israelische Bevölkerung als zukünftigen Partner im Auge hatte. Immerhin ist festzustellen, daß sich die PLO seit Sommer 1973 von den meisten Auslands-Aktionen schärfstens distanziert hat. Das führte, verbunden mit

Die Abkehr von den Auslands-Aktionen war zunächst verbunden mit einer Serie von Kamikaze-Aktionen in Israel, die vor allem in der Tötung von unbewaffneten Menschen bestanden. Es ist bezeichnend für diese Aktionen, daß sich dabei vor allem die engsten an der KPDSU orientierte FDPLP hervortat, die zugleich die schärfste Kritikerin aller Auslandsaktionen war. Der „bewaffnete Kampf in Israel“ scheint gewissermaßen Alibi-Funktion gehabt zu haben, um dem Vorwurf zu begegnen, man lehne die Auslandsaktionen bloß aus Feigheit ab. Auch diese Aktionen wurden im wesentlichen seit 1976 eingestellt.

Aus dieser Entwicklung ergab sich ein „Herausfallen“ von kleinen Verbänden, die sich auf den Terrorismus (fälschlich als „bewaffneter Kampf“ bezeichnet) spezialisiert hatten und die mit der Schwerpunktverlagerung hin zum politischen Kampf nicht zurechtkamen. Nebenbei spielte dabei auch die Verbindung mit der politischen Kopflösung, zum Teil bereits in Fäulnis übergehenden Terror-Szene einiger europäischer Länder und Japans eine Rolle (12).

2. Streit um die „Politische Lösung“

Dem Oktoberkrieg von 1973 folgte fast sofort die Einleitung eines „Friedens-

die prosovietische Linke, nieder. Der Irak war de facto aus dem (schein-)radikalen Lager ausgeschwenkt. Logisch also, daß Abu Nidal sein Hauptquartier verlegen mußte — natürlich nach Syrien, das nun (neben Chadafi, den aber vermutlich kaum noch jemand ernst nimmt) die Hegemonie unter den Radikalen beanspruchte.

Aber selbst in der PLO war man sich in Sachen „Standhaftigkeit“ keineswegs so einig, wie es nach den allgemeinen Verurteilungen gegen Sadat scheinen könnte. Schon im Juni 1974 war auf dem 12. Nationalrat der PLO der Weg zu einem „Teilstaat“ lediglich in den besetzten Gebieten Westbank und Gaza geöffnet worden. Dieser an sich absolut unrealistische Plan (unrealistisch, da weder Israel noch die USA einen solchen Staat wollen) führte zu heftigstem Streit in der PLO. Der PLO-Führung wurde vorgeworfen, daß sie Geheimgespräche mit den USA begonnen habe, was übrigens den Tatsachen entsprach. Es bildete sich die „Ablehnungsfront“, die ihre Vertreter demonstrativ aus der PLO-Leitung zurückzog. Die „Ablehnungsfront“ bestand aus der PFLP, der von dieser abgespaltenen PFLP-OC, der proirakischen ALF und der PPSP. Unterstützung boten zunächst in erster Linie Libyen und Irak an. Syrien (und folglich auch die prosyrische „Saika“) unter-

Gott kontra CIA

Am 18. April zerstörte eine Bombe einen großen Teil der US-Botschaft in Beirut. Zur Tat bekannte sich eine iranische Gruppe.

„Die Bombe, die in der letzten Woche die US-Botschaft in Beirut verwüstete, explodierte während eines Treffens von Mitarbeitern der Central Intelligence Agency. Ein großer Teil der CIA-Abteilung in Beirut wurde ausgelöscht. Die CIA-Mitarbeiter — darunter Agenten, Analytiker und Hilfskräfte — waren zusammengekommen, um sich mit Robert C. Ames, Top-Experte der CIA für den Nahen Osten, zu treffen, der gerade das Gebiet besuchte.“

Die genaue Zahl der Ausfälle ist noch unklar, aber CIA-Offizielle sagen, daß mindestens 7 CIA-Mitarbeiter getötet wurden und daß die endgültige Zahl höher sein könnte. Nach Angaben eines früheren CIA-Direktors wurden in Beirut mehr Mitarbeiter der Agency getötet als im Vietnam-Krieg. Viele der Mitarbeiter, die jetzt bei der Arbeit getötet wurden, hatten im Nahen Osten getarnt als Diplomaten und Vertreter anderer US-Behörden gearbeitet — eine übliche Praxis im Geheimdienst-Geschäft.

Mr. Ames, Direktor des (CIA-) Büros für Analysen über den Nahen Osten und Südasien, ... hatte eine zentrale

Rolle in der Entwicklung von Reagans Friedensinitiative für den Nahen Osten gespielt; er hatte sich bei mehreren Gelegenheiten offen mit Staatssekretär George Shultz (Reagans Beauftragter für die Verhandlungen insbesondere zwischen Israel und Libanon) getroffen. („International Herald Tribune“, 27.4.83).

„Die extremistische und annexionistische religiöse Kach-Bewegung des Rabbi Meir Kahane meint, daß das Attentat gegen die amerikanische Botschaft in Beirut eine göttliche Strafe für die Reagan-Regierung sei, aufgrund der anti-israelischen Politik, die sie voranzutreiben versucht.“

In einem am 20. April in Jerusalem publizierten Kommuniqué bezieht die Kach-Bewegung sich auf einen Vers im 1. Buch Mose, wo es heißt, daß der göttliche Schutz den Freunden Israels gewährt wird, während seine Feinde bestraft werden. „Die amerikanische Regierung hat ein Embargo über Waffen für Israel verhängt und hat versucht, Druck auszuüben, um einseitige Zugeständnisse zu erreichen.“ Die USA haben also erhalten, was sie verdienen“, heißt es in dem Kommuniqué. („Le Monde“, 22.4.83).

„Durch die Anerkennung der PLO als Verhandlungspartnerin ermuntern die Länder der EG die anti-semitischen Aktivitäten in Europa.“ (Außenminister Shmir)

den teilweise völlig außer Kontrolle geratenen Abläufen mancher Aktionen, zu einer Einstellung der Auslands-Aktionen durch alle Teilorganisationen der PLO. (Es besteht ein enger Zusammenhang zum Streben der PLO nach diplomatischer Anerkennung, honoriert mit Arafats Auftritt vor der UNO am 13.11.74). Schon Anfang 1974 zeichnete sich ab, daß die PLO zu Geheimabreden mit den europäischen Regierungen zu kommen versuchte. Basis ihres Angebots war der Verzicht auf Auslands-Aktionen und die Weitergabe von Informationen und aktuellen Warnungen über geplante Aktionen unkontrollierter Gruppen. Das wuchs sich 1979 zu regelrechten Kontakten zwischen PLO und Bundeskriminalamt aus, die anscheinend lediglich aufgrund des Skandal-Geschreis der bundesdeutschen Medien nicht weiterentwickelt werden konnten.

Präsident Carter nach Kairo, und im September 1978 wurde im Camp David-Abkommen die Sache unter Dach und Fach gebracht. Die arabische Welt verurteilte scheinbar einhellig den „Verrat“. Die Kritik an Sadat war vor allem, daß er einen Separat-Frieden abgeschlossen hatte, der weder die Interessen Syriens (Golan-Gebiet) noch die der Palästinenser berücksichtigte. Unmittelbar nach Camp David kam in Damaskus die „Front der Standhaftigkeit“ zusammen — bestehend aus der PLO sowie Algerien, Libyen, Syrien und Südjemen. Der Irak, der eigentlich auch zur „Front“ gehörte, blieb unter super-radikalen Vorwänden der Konferenz fern. In Wirklichkeit ging es darum, daß die Annäherung Iraks an die „gemäßigten“ arabischen Regimes und an den Westen schon voll im Gang war. Innenpolitisch schlug sich das in verstärkter Repression, besonders gegen

stützte damals den Kurs der PLO-Mehrheit. Die „Ablehnungsfront“ brach spätestens 1979 zusammen; alle Organisationen strebten zurück in die PLO-Leitung, ohne daß allerdings die politischen Streitpunkte erledigt waren.

3. Bürgerkrieg im Libanon

Dem Verlust der politischen Basis der Palästinenser in Jordanien (September 1970) folgten heftige militärische Kämpfe um ihre Etablierung im Libanon, die ihnen vor allem von den Faschisten der Kataeb (hierzuande meist freundlich als „Christen“ beschönigt) streitig gemacht wurde. Phasen schwerer Gefechte wechselten sich ab mit Phasen relativer Ruhe, die dennoch alles andere als ruhig waren. Der Kampf eskalierte 1975/76. Immer deutlicher trat die militärische Überlegenheit der Palästinenser hervor. Da möchte das syrische Regime, selbst voller Ambitionen auf Teile des Libanon, nicht tatenlos zusehen. Zunächst wurde die von Syrien kontrollierte Palästinenser-Organisation „Saika“ in Marsch gesetzt, dann die noch totaler von Syrien abhängige PLA (P. Befreiungsarmee). Als der militärische Erfolg sich trotz dem nicht einstellen wollte, begann im Juni 1976 der direkte syrische Einmarsch. Das langte, um das Kräfteverhältnis zugunsten der Rechten entscheidend zu verändern: In dieser Phase (vor allem Ende 1976/Anfang 1977) kam es zu Kämpfen zwischen insbesondere linken Kräften innerhalb der PLO und syrischen Truppen.

Die Lage veränderte sich erneut, als die Faschisten (seit 1977) zunehmend aktiver gegen die Syrer im Libanon wurden, und als schließlich (März 1978) Israel in den Südlibanon einmarschierte, wo es im April 1979 von seinem Statthalter Major Haddad ein Protektorat „Freier Libanon“ ausrufen ließ.

Diese Entwicklung brachte Syrien und die Palästinenser wieder näher zueinander. Heute wird Syrien, trotz aller einschränkenden Kritik, von der PLO und insbesondere von deren sich als radikaler verhaltenden Teilorganisationen als wichtiger Rückhalt des palästinensischen Kampfes angesehen.

Einige weitere Faktoren kommen hinzu, um den Wirtswart kontroverser und ständig in Bewegung und Wechsel befindlicher Interessen im Nahen Osten noch zu verstärken. So der Krieg zwischen Iran und Irak (13), in dem viele arabische Staaten Partei genommen haben (Syrien unterstützt den Iran), der anhaltende Konflikt zwischen dem Regime von Syrien und Irak, die niemals aufgeklärte Rolle des libanesischen Regimes in den verschiedensten Turbulenzen, neuerdings auch terroristische Aktivitäten des iranischen Geheimdienstes bzw. von dem iranischen Modell sympathisierenden Gruppen (14), und manches andere mehr.

„Israels langer Arm“?

Seit von Abu Nidal gesprochen wird, ist der Vorwurf oder Verdacht in der Welt, Abu Nidal sei ein Produkt des israelischen Geheimdienstes Mossad oder werde zumindest von diesem „manipuliert“, für dessen eigene Vorhaben funktionalisiert. Erst kürzlich, noch vor dem Mord an Sartawi, hatte die zum linken Flügel der PLO zählende PFLP behauptet, sie habe „eindeutige Informationen“, daß der Mossad die Anschläge auf die Synagogen in Paris (1980) und Wien (1981) sowie auf Goldenbergs Restaurant in Paris (1982) verübt habe. Ähnliches ist schon oft behauptet worden, aber keine palästinensische Organisation hat jemals den Versuch gemacht, der internationalen Öffentlichkeit Beweismittel oder handfeste Indizien für die Mossad-Hypothese vorzulegen. PLO-Chef Arafat, der es am besten wissen sollte, antwortete auf die Frage „Wer ist eigentlich Abu Nidal?“ lediglich knapp und ungenau: „Abu Nidal ist nur ein Regenschirm für verschiedene Elemente. Und das ist genug für Sie“ (15).

Daß der Verdacht einer Beteiligung Israels an der Firma Abu Nidal niemals verstummt ist, hat dennoch gute Gründe. Ein wesentliches Argument für diesen Verdacht ist die Tatsache, daß Israel (bzw. genauer gesagt, jene Kräfte Israels, die von der Regierung Begin repräsentiert werden) den Hauptnutzen der im Namen Abu Nidals betriebenen Strategie hat. Das ist oben schon begründet worden. Hinzu kommt, daß Abu Nidal zwar gern den radikal-entschlossenen, furchtlosen Kampf gegen Israel im Wappens führt — aber daß von allen Anschlägen, die ihm zugeschrieben werden, nur einer sich überhaupt gegen einen Funktionsträger oder eine Einrichtung Israels richtete. Das war das Attentat auf den Londoner Botschafter Argov — und dieses lieferte den erwünschten Vorwand, den seit langem geplanten und vorbereiteten Einmarsch in den Libanon zwecks Zerschlagung der PLO zu starten.

Israel ist dafür bekannt, daß es auf geheimdienstlichem Gebiet (ebenso wie seit langem geplanten und vorbereiteten Einmarsch in den Libanon zwecks Zerschlagung der PLO zu starten.

Israel ist dafür bekannt, daß es auf geheimdienstlichem Gebiet (ebenso wie

auf militärischem) Leistungen erbringt, die zur Weltspitze gehören und die einem so kleinen Land und Volk alle Ehren machen würden — wenn es sich nur um etwas freundlichere Dinge handeln würde als ausgerechnet Zerstörung und Töten. Der Mossad hat seine Fähigkeiten unter Beweis gestellt, z. B. als er 1972 bis etwa 1974 eine konzentrierte Mordserie gegen führende PLO-Funktionäre in Europa und Beirut organisierte (16).

Anlaß der damaligen Morde war der Überfall des „Schwarzen September“ auf die israelische Olympia-Mannschaft in München am 5.9.72. Kurz darauf hatte die damalige Regierungschefin Golda Meir verkündet, Israel werde seine Schläge überall hintragen, wo sich palästinensische Terroristen befinden, um ihnen zu zeigen, daß sie sich irgendwo auf der Welt sicher fühlen können (17). Einige Monate später, im Mai 1974, wurde Begin, damals Oppositionsführer, noch deutlicher: Auf einer Kundgebung nach dem Massaker in Maalot (18) forderte Begin „die Bildung einer Untergrundorganisation, die mit stillschweigender Unterstützung der Regierung in aller Welt arabische Terroristen jagen sollte“ (19).

Während mittlerweile die PLO (und ihre Unterorganisationen) die Auslandsaktionen völlig eingestellt hat, wiederholen Israels Regierungspolitiker unbeirrt ihre Morddrohungen gegen die PLO. Der damalige Verteidigungsminister Sharon erklärte im August 1981: „Ich bin dafür, jedes Mittel zur Bekämpfung der Terroristen einzusetzen — nicht nur zur Vergeltung, sondern sie auch schon zu schlagen, wo immer sie anzutreffen sind“ (20). Außenminister Shamir kündigte Anfang April 1982 an: „Israels Streitkräfte würden die Terrororganisationen, ihre Führer, ihre Zentren und ihre Stützpunkte ausmerzen“. Konkret gemeint war nicht (nur) der Libanon, sondern (auch) „besonders die PLO-Vertretungen in Europa“ (21). Und gleichfalls Shamir: „Die Quelle dieser Taten“ — der antilebanesischen Aktivitäten in Europa — „muß ohne Zögern zerschlagen werden: nämlich die arabisch-palästinensischen Organisationen, die in Europa agieren“ (nach „Le Monde“, 9.10.80). Es ist daran zu erinnern, daß es für die herrschenden Kreise Israels keine Differenzierung zwischen der PLO und irgendwelchen suspektierten Terrorgruppen wie Abu Nidal gibt: Die PLO ist und bleibt eine „Mörderbande“, die „ausgemerzt“ werden muß. Und daß Israels führende Politiker nicht nur wilde Reden aus dem Fenster halten, sondern womöglich Taten folgen lassen, muß wohl als ausreichend bewiesen angesehen werden.

Außer den offiziellen israelischen Formationen (Mossad u. a.) kommen auch „wilde“ zionistische Terror-Einheiten für Anschläge in Betracht. Da gibt es zum einen legale oder halb-legale Aktivitäten wie die des aus Europa nach Israel geflüchteten Wirtschaftsverbrechens (und Knesset-Abgeordneten) Flatto-Sharon, der ein Killerkommando zur Jagd auf Idi Amin finanzierte (22), aber auch einen

bewaffneten Wachdienst für jüdische Einrichtungen in Europa auf die Beine stellte (23). Es gibt spektakuläre Terrorgruppen wie die „Kach“ des Rabbi Kahane und die „Gusch Emunim“ (25), und aus der Anonymität operierende Einheiten wie die „Zionistische Aktionsgruppe“, die im August 1982 in Lissabon sehr effektive Anschläge gegen die Büros von Lufthansa und Air France verübte. Daneben scheint es einen wenig organisierten ad-hoc-Terrorismus aus dem jüdischen Milieu in Europa zu geben, der möglicherweise mit den militanten „Selbstverteidigungsorganisationen“ in Zusammenhang steht, die in Italien und Frankreich entstanden sind (24). Letzteren scheint es aber lediglich um Verteidigung gegen Bedrohungen und direkte Revanche-Aktionen zu gehen, nicht jedoch um Mordanschläge und Provokationen.

Daß dem offiziellen Zionismus Provokationsstrategien nicht fremd sind, ist aus der Geschichte bekannt. So stellt die Ermordung des Grafen Bernadotte in Palästina im September 1948 geradezu ein Vorbild für die Strategie Abu Nidals dar: Bernadotte war Verhandlungsvermittler zwischen den sich bekriegenden Juden und Arabern in Palästina. Seine Mörder gehörten der Terrorgruppe an, deren Chef Menachem Begin war. Versucht wurde zunächst, die Tat „arabischen Fanatikern“ anzulasten. Getroffen werden sollten in der Person Bernadottes die Verhandlungsbemühungen, um den Weg freizumachen für die militärische Ausprägung des Konflikts.

Ein anderes Beispiel zionistischer Provokationsstrategie war die „Lavon-Affäre“ vom Juli 1954: Israelische Agenten unternahmen damals Bombenanschläge auf britische und amerikanische Einrichtungen in Ägypten und lenkten den Verdacht auf die radikalreligiöse Moslembruderschaft. Der Zweck war eine Destabilisierung und Diskreditierung Ägyptens. Der Hintergrund wurde jedoch von den ägyptischen Behörden aufgedeckt und von Israel im wesentlichen schließend eingestanden.

Alles das demonstriert, daß Abu Nidal von Israel her „manipuliert“ sein könnte. Mehr aber auch nicht. Es gibt, das sei nochmals betont, für diese Hypothese nicht den geringsten praktischen Anhaltspunkt, geschweige denn Beweis. Im Gegenteil, alle bekannten Tatsachen deuten auf eine Beteiligung von arabischen Regimes und vielleicht auch Palästinensergruppen am Unternehmen Abu Nidal hin. Falls irgendein Geheimdienst sich das zunutze macht (auch der KGB ist selbstverständlich stets als Verdächtiger im Spiel), so liegt es in erster Linie an einer verfehlten, verhängnisvollen und verbrecherischen Politik, die von Teilen des „progressiven arabischen Lagers“ betrieben wird. Das Wort haben nach dem Mord an Issam Sartawi die arabischen Gastgeber von Abu Nidal. Das Wort hat auch die PLO, die zur Aufklärung der Zusammenhänge sicher vieles beitragen könnte.

Projekt Abu Nidal

Projekt Abu Nidal

Projekt Abu Nidal

Und sie freuen sich auch noch . . .

Der erschossene PLO-Funktionär Sartawi gehörte zu den „gemäßigten“ Palästinensern, heißt es. Was immer darunter zu verstehen ist: Er werde von palästinensischen Scharfmachern ermordet, nur weil er Gespräche mit Israel suchte; mit „Freude“ begrüßten seine Feinde gestern offiziell den Mord. Welche Beweise braucht die Welt eigentlich noch dafür, daß die wahren Unruhestifter im Nahen Osten palästinensische Extremisten sind?

Aus: Bild, 11.4.83

Anmerkungen

1. Im Gegensatz zur üblichen Version heißt es in einem dpa-Bericht, daß Abu Nidal erst 1967 der PLO beigetreten sei. Seit 1970 sei er Repräsentant der PLO in Bagdad gewesen (nach „Hamburger Abendblatt“, 12.4.83).
2. Philippe Boggio in „Le Monde“ — „LM“ — am 13.10.82 (weitere Teile des Artikels in „LM“ am 12. und 14.10.). Der Verfasser scheint über reichlich geheimdienstliches Material verfügt zu haben. — Vergl. auch eine Anmerkung in der „Welt“ vom 16.8.82: „Wo sich Nidal zur Zeit aufhält, ist unbekannt. Den letzten Geheimdienstinformationen zufolge verließ er die syrische Hauptstadt Damaskus Ende Frühjahr/Anfang Sommer dieses Jahres“. Laut Boggio geschah das im März 1982.
3. Das größte Unternehmen, das von der PFLP organisiert wurde, war die Entführung von drei Flugzeugen nach Jordanien im September 1970, die zum Auslöser des jordanischen Bürgerkriegs wurde (der sogenannte schwarze September, nach dem dann die gleichnamige Terror-Gruppe benannt wurde). Die PFLP mit ihren angeblichen Querverbindungen zu deutschen, japanischen und türkischen Linksextremisten ist ein zentraler Faktor in sämtlichen einschlägigen Publikationen zum internationalen Terrorismus. Wieviel diese Darstellungen ungefähr zutreffend sind, kann hier nicht qualifiziert werden. Jedenfalls geht aus den Berichten hervor — was im übrigen durch die Praxis bestätigt wird —, daß sich die PFLP spätestens 1975/76 von Flugzeugentführungen und ähnlichen Auslandsaktionen als Mittel der Politik getrennt hat.
4. So die syrische Regierungszahlung „Al Baath“, laut „Süddeutsche Zeitung“ — „SZ“, vom 19.12.73.
5. entfällt
6. Abu Mahmud war ein Deckname von Ahmed Abdul Ghafur, der mit Abu Nidal zusammen eine Gruppe „Arabische Nationale Jugendorganisation für die Befreiung Palästinas“ gegründet hatte. Nach dem Massaker von Fiumicino wurde er aus Libyen ausgewiesen. Am 12.9.74 wurde er in Beirut von Unbekannten erschossen. — Darstellung nach einem verblüffend gut informierten Hintergrundartikel von Thamer von Münchhausen in der „Frankfurter Allgemeinen“ — „FAZ“, vom 30.11.74. Dieser Artikel ist im übrigen ein schlagendes Argument gegen alle neueren von Münchhausen in der „Frankfurter Allgemeinen“ — „FAZ“, vom 30.11.74. Dieser Artikel ist im übrigen ein schlagendes Argument gegen alle neueren Medien-Versionen, die den Eindruck erwecken, als sei Abu Nidal erst irgendwann Ende der 70er Jahre plötzlich aus dem Nebel aufgetaucht.
7. Nach „FAZ“, 25.11.74. Weiter heißt es in dem PLO-Statement: „Wir kennen jetzt die Gruppe, die das Verbrechen beging, und die Kreise, die sie mit Mitteln, Geld und Publizität unterstützen, sind uns ebenfalls bekannt“. Das kann man wohl glauben. Typisch ist aber — das gilt für viele ähnliche Vorfälle — daß von der PLO mit Enthüllungen immer nur gedroht wurde. Das deutet schwer widerlegbar darauf hin, daß die gemeinten Vorgänge mit arabischen Regimes zu tun haben, mit denen die PLO keinen Bruch riskieren will.
8. Vergl. dazu den Artikel im AK 187, S. 8 bis 10, der sich ausführlich mit den Hintergründen des antijüdischen Terrors in Frankreich und in diesem Zusammenhang auch mit jüdischen und israelischen Reaktionen befaßt. Speziell zu „Renouveau juif“ vgl. „faz“, 8.10.80.
9. Nach „LM“, 13.4.83.
10. Die von Ahmed Jibril geführte PFLP-GC gilt als „prosyrisch“. In ihrer in Damaskus verbreiteten Stellungnahme heißt es, Sartawi habe sterben müssen wie Sadat, denn das sei immer das Schicksal der Verräter, die gegen ihr Vaterland und ihre Nation konspirieren. Die Mörder Sartawis seien dieselben, die Sadat töteten (nach „LM“, 13.4.).
11. Von allen Organisationen der PLO wurde (und wird) eine Trennung zwischen Juden und Israel gemacht. Ohne die Anschläge gegen israelische Zivilisten im geringsten beschönigen zu wollen, ist — gerade auch im Unterschied zu den Praktiken Abu Nidals — festzustellen, daß alle Organisationen der PLO Terror gegen Juden ablehnen und stets abgelehnt haben. Das wissen selbstverständlich auch jene offiziellen jüdischen und israelischen Stellen, die bei jedem antijüdischen Anschlag Schuldzuweisungen an die PLO produzieren.
12. Es ist bezeichnend für diese Va-

riante des Terrorismus, daß bei vielen ihrer spektakulären Veranstaltungen (z. B. Geiselnahme bei der OPEC-Konferenz 1975, Ermordung Moros 1976) unmöglich gesagt werden kann, ob damit nicht einer geheimdienstlichen Operation zugeordnet wurde, und falls ja, welcher.

13. Die „Welt“ rief sich schon wenige Wochen nach Beginn dieses Krieges schadenfroh die Hände: „Hätte man Niccolò Macchiavelli, den philosophischen Vater der nackten Gewalt, aus dem Grab geholt und gefragt, wie die arabisch-moslemische Welt am besten zu zerstören sei, wäre ihm bestimmt kein wirksames Rezept eingefallen: Die wenigen Wochen des Krieges zwischen Irak und Iran haben die politische Einheit der arabischen und moslemischen Länder praktisch in Ruinen gelegt. . . . Israel und Ägypten, von Chaos umgeben, gelten nun plötzlich als Oasen des Friedens“ („Welt“, 12.11.80).

Der irakisch-iranische Waffengang scheint vor allem ein Stellvertreterkrieg zugunsten Israels gewesen zu sein, kommentierte die „Zeit“ (4.6.82). Israel habe Waffenteile und Munition im Wert von 60 Mio. DM an den Iran geliefert. — Der Irak erhielt für den Krieg vor allem französische Waffen und saudisches Geld.

14. Auf ihr Konto gehen nach eigenen Angaben die Bombenanschläge auf die Botschaften des Irak (Dezember 1981, über 30 Tote), Frankreich (Mai 1982, 11 Tote) und der USA (18.4.83, etwa 60 Tote) in Beirut. Ferner eine Reihe kleinerer Angriffe auf Soldaten der internationalen Truppe im Libanon und Anschläge gegen irakische Einrichtungen in Europa.

15. Spiegel-Interview, 13.9.82.

16. Ermordet wurden u. a. Wasel Zuaiter, PLO-Vertreter in Rom (16.10.72); Mahmud Hamchari, PLO-Vertreter in Paris (8.12.72); Mohammed Boudia, Gründungsmitglied der algerischen FNL und Sympathisant der PLO, in Paris (28.6.73); Basil Kubalei, Funktionär der PFLP, in Paris (5.4.73); Abul Kheir, PLO-Vertreter in Nicosia/Zypern (24.1.73). In Paris sind also drei PLO-Vertreter nacheinander ermordet worden: Hamchari 1972, Kalak 1978 und el-Dani 1982 — die beiden letzteren im Namen von Abu Nidal. Zu der Mordserie gehört ferner der 10.4.73, als israelische Killer-Kommandos in Beirut drei führende palästinensische Politiker (Kamal Nasser, Abu Jussuf und Kamal

er gehört ferner der 10.4.73, als israelische Killer-Kommandos in Beirut drei führende palästinensische Politiker (Kamal Nasser, Abu Jussuf und Kamal Aduane) in ihren Wohnungen erschossen. In einem einzigen Fall — Ermordung eines marokkanischen Kellners in Norwegen, vermutlich ein Irrtum — wurden die israelischen Attentäter gestellt und verurteilt. Sie waren vorwiegend aus Paris angereist, das dem seinen Ruf als Mossad-Hochburg Nr. 1 in Europa festigen konnte. — Angaben nach der Broschüre „Les Crimes Israéliens en Europe“, Paris 1974. Hrg. vom Collectif National pour le Palestine.

17. Zitiert nach der eben genannten Broschüre.

18. Palästinensische Terroristen halten Schöler als Geiseln genommen. Beim israelischen Angriff auf die Schule kamen viele der Schüler ums Leben. Nach offizieller Darstellung wurden sie von den Palästinensern ermordet; tatsächlich jedoch starben vermutlich viele aufgrund der totalen Rücksichtslosigkeit, mit der die Armee ihren Sturm auf die Schule durchführte.

19. Zit. nach „SZ“, 22.5.74.

20. Zit. nach „Welt“, 15.8.81.

21. Zit. nach „Welt“, 6.4.82.

22. nach „Welt“, 25.4.79. Anlaß war die angebliche Rolle Idi Amin bei der Flugzeugentführung von Entebbe.

23. nach „FR“, 28.10.80. Eingesetzt wurden dafür „ehemalige Angehörige von Spezialeinheiten der israelischen Armee“.

24. Vermutlich sind solchen Kreisen die Bombenanschläge vor der syrischen Botschaft und dem islamischen Kulturzentrum in Rom zuzuschreiben, die sich am Abend nach dem Überfall auf die Synagoge (9.10.82) ereigneten. Ebenfalls diesem Kreis angehörend wurde ein Bombenanschlag auf den autonomen Sender Onda Rossa in Rom, wenige Tage später (vgl. „faz“, 14.10.82).

25. Mitglieder der radikalnationalistischen „Gusch Emunim“ verübten z. B. im Juni 1980 Bombenanschläge auf drei palästinensische Bürgermeister in den besetzten Gebieten, bei denen diese zum Teil schwer verletzt wurden. Die „Gusch Emunim“ erfreuen sich hochgradiger Toleranz der Regierung Begin.



Aus FAZ, 10.4.83

Buchvorstellung:

Monetarismus am Beispiel der Türkei

Im März ist das Buch „Modell“ Türkei - Ein Land wird kaputtgemacht von Rainer Werle erschienen (Junfermann Verlag Hamburg, 212 S., DM 18,-). Auf den ersten Blick ein Buch über die Türkei, ist es doch auch in anderer Hinsicht interessant, denn am Beispiel der Türkei wird in dem Buch der Versuch unternommen, den Übergang vom Keynesianismus zum Monetarismus nachzuvollziehen.

Dazu schreibt der Autor in der Einleitung: „Sicherlich ist die Entwicklung des Monetarismus in der Türkei als einem abhängigen Entwicklungsland nicht direkt zu vergleichen mit der monetaristischen Politik in Industrieländern, aber zahlreiche der dargestellten Mechanismen und Schlußfolgerungen dieses Buches haben auch für andere Länder ihre Bedeutung. Die Sanierung der türkischen Wirtschaft mit monetaristischen Methoden wird gerade von ihren Verfechtern als „Modell Türkei“ bezeichnet. So gesehen versucht dieses Buch eine Kritik am Modell, um auch die zahlreichen monetaristischen Varianten in anderen Ländern einer Kritik zugänglich zu machen.“ (S. 15).

Abhängigkeit und Unterentwicklung

Das Buch gliedert sich in drei Hauptkapitel. Das erste Kapitel ist ein Rückblick auf die Entwicklung der Türkei nach dem Zweiten Weltkrieg und dient dem Ziel, die Mechanismen der Abhängigkeit sowie ihre Folgen, Unterentwicklung und immer schärfere Wirtschaftskrisen, darzustellen.

Diese Entwicklung vollzog sich im Zeichen der Wirtschaftstheorie des

Keynesianismus

„Der Keynesianismus war die Theorie und Ideologie des Wirtschaftsaufschwungs nach dem zweiten Weltkrieg. Seine Strategie war es, durch staatliche Maßnahmen ein möglichst hohes Wachstum zu erreichen.“ (S. 70)

Angesichts der abhängigen Entwicklung der Türkei seit dem zweiten Weltkrieg zeigt sich der Keynesianismus hier in Form des

Konzept der Importsubstitution

„Allen Konzepten zur Überwindung der Importabhängigkeit war gemeinsam, daß sie die Lösung des Problems im Aufbau einer türkischen Industrie sahen, die jene Waren herstellen sollte, die bisher eingeführt werden mußten. Dieses Ziel wurde zusammengefaßt unter dem Begriff der Strategie der importsubstituierenden (= ersetzen, Anm. AK) Investitionen. Das heißt, der türkische Staat sollte Investitionen vornehmen, um

Fabriken zu bauen, die ausländische Waren ersetzen konnten.“ (S. 56)

Die Durchführung dieses Konzepts war paradoxerweise nur mithilfe eines hohen Maßes an ausländischem Kapital und Know-how möglich, führte also nur noch mehr zu Abhängigkeit, Auslandsverschuldung und einem wachsenden Zahlungsbilanzdefizit. „Doch gerade diese Politik führte Ende der sechziger Jahre in die große Wirtschaftskrise, denn mit zunehmender Importabhängigkeit wuchs auch Zahlungsbilanzdefizit und Verschuldung der Türkei. (...) An neue Investitionen war bei solchem Devisenmangel kaum noch

strielandern von Bedeutung ist, liegt daran, daß Werle zunächst den Monetarismus allgemein charakterisiert, um dann zu zeigen, wie in die allgemeine Theorie die besonderen Probleme von Entwicklungsländern eingebaut werden. Allgemein leitet der Autor den Drang zum Monetarismus aus den Entwicklungstendenzen in den westlichen Industrieländern her: „Der Monetarismus ist dabei, den Keynesianismus abzulösen, weil er dieser Entwicklung in den Industrieländern Rechnung trägt. Das Funktionieren der Wirtschaft wird nicht mehr daran gemessen, ob eine allgemeine Wohlstandsmehrung stattfindet, sondern einzig daran, ob die Unternehmen durch die optimale Geldmenge die Freiheit der Profitmaximie-

2. Forderungen zum Ausgleich der Zahlungsbilanz: Abwertung der Landeswährung, Exportförderung, Öffnung des Landes für ausländisches Kapital;

3. Forderungen zur Krisenüberwindung: Bildung eines entwickelten Kapitalmarktes, Kontrolle von Löhnen und Gehältern, Anregen der Sparfähigkeit durch Zinserhöhung.“ (S. 76)

Ebenfalls von grundsätzlichem Interesse in diesem zweiten Teil des Buches ist eine Darstellung der Mechanismen, wie die Industrieländer ihre Vorstellungen einem Entwicklungsland diktieren können. Eine besondere Rolle kommt dabei dem Internationalen Währungsfond, der Weltbank und der OECD zu. Den Schluß des zweiten Teils bildet ein Kapitel, das dem Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in der Türkei gewidmet ist.

Der Monetarismus an der Macht

Der dritte Teil des Buches befaßt sich mit den Auswirkungen und Perspektiven der monetaristischen Wirtschaftspolitik. „Die wirtschaftlichen Erfolgsmeldungen der türkischen Militärregierung werden mit der tatsächlichen Entwicklung verglichen. Dabei ergibt sich, daß die Erfolgsmeldungen sehr wohl einen realen Hintergrund haben, aber die Militärregierung nennt nicht den Preis, den ihre Erfolge kosten, sie verschweigt oder verharmlost, daß ganze Industriezweige unter der monetaristischen Politik vor dem Bankrott stehen und die Mehrzahl der Bevölkerung einer Verelendung unterliegt, die weitestgehend als davor. Die Arbeitslosigkeit ist in die Höhe geschossen, die Reallohn sind drastisch gesunken.“ (S. 15)

Bezeichnend für die Darstellungswiese Werles ist, daß er gerade diese Untersuchung anhand von Zahlen und Fakten offizieller Stellen durchführt. Er zitiert das türkische Statistische Amt, den türkischen Unternehmerverband (TUSIAD), die Großbank Is Bankası und andere Kapitalkreise. Er durchleuchtet das Material, inwiefern es wirklich aussagekräftig ist und zerpfückt Statistiken, wenn sie die Wirklichkeit vertuschen. Dabei kommen zum Teil geradezu groteske Zahlenstricks ans Licht, etwa wenn er darauf hinweist, daß die Lebenshaltungskosten für Heizung und Beleuchtung in der Türkei anhand des Preises für Stearinkerzen ermittelt werden und in den gleichen Statistiken die sprunghaft gestiegenen Mietkosten als konstant betrachtet werden.

Nachdem auf diese Weise die Fakten auf dem Tisch liegen, geht es dem Autor um den Nachweis, daß das monetaristische „Modell“ auf Dauer zur erneuten und verschärften Krise führen muß. Dabei werden die Parallelen zur Entwicklung in Chile gezogen und die

Rolle der Türkei im Welthandel betrachtet. „Während Chile und andere Länder noch vor wenigen Jahren durch die monetaristische Schockpolitik ihre Wirtschaft auf den Export orientieren konnten, heute allerdings damit vor großen Problemen stehen, ist anzunehmen, daß in der Türkei die Entwicklung anders verläuft. Die Wirtschaftskrise Ende der sechziger Jahre war entstanden, weil die türkische Wirtschaft die zur Produktion nötigen Importe nicht mehr bezahlen konnte, während die Nachfrage hoch war. Die nächste Wirtschaftskrise wird aufgrund der monetaristischen Politik entstehen, weil durch die gesunkene Nachfrage zwar keine Importengüsse mehr bestehen, aber die Industrie auf ihren Waren sitzenbleibt. Die monetaristische Politik in der Türkei hat zwar die Vorzeichen umgedreht, aber das Ergebnis ist dasselbe geblieben.“ (S. 178)

Monetarismus auf dem Prüfstand

Den Schluß des Buches bildet ein Kapitel, das sich über die Türkei hinaus mit „Bilanzen und Perspektiven des Monetarismus“ beschäftigt. Damit zieht der Autor den Schlußstrich unter das Generalthema des Buches, den Monetarismus grundsätzlich und am „Modell“ zu kritisieren. Ausgegangen war er von der Frage, warum der Monetarismus sich immer mehr durchsetzt. Kurz zusammengefaßt ist dies im Kapitel III.6.3: „Die Entwicklung des Weltmarktes nach dem zweiten Weltkrieg bis in die sechziger Jahre war gekennzeichnet von einer hohen Zuwachsrates des Welthandels. Neue Märkte wurden erschlossen, und die relative Zunahme der Reallohn in den Industrieländern ließ auch die Binnenmärkte expandieren. In den sechziger Jahren stieß diese expansive Entwicklung an ihre Grenzen. Immer weniger bestand die Möglichkeit, neue Märkte zu erschließen, und um auf den vorhandenen Märkten konkurrenzfähig zu sein, sind die Unternehmen gezwungen, ihre Produktion zu rationalisieren. Dazu sind große Kapitalsummen notwendig, und gerade deshalb ist die monetaristische Theorie auf dem Vormarsch, weil sie im Kern die Senkung der Nachfrage und damit der Einkommen der Bevölkerung beinhaltet und dadurch Gelder auf dem Kapitalmarkt effektiver umverteilt werden können. Durch die Rationalisierung der Produktion werden die Waren einerseits billiger produziert, andererseits führt die dazu notwendige Nachfragesenkung zu Absatzstockungen, zu einer Einengung der Märkte.“ (S. 173)

Ich denke, Rainer Werles Buch ist sowohl für die Türkei-Solidaritätsbewegung als auch für die grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Monetarismus von Bedeutung.

H., Tübingen



zu denken. (...) Der rasche Rückgang der Investitionstätigkeit markiert das Scheitern der Strategie der importsubstituierenden Investitionen. (...) Damit war der Boden bereitet für die Durchsetzung eines völlig neuen Wirtschaftskonzepts: des Monetarismus.“ (S. 60)

Monetarismus

Der zweite Teil des Buches ist sicherlich jener, der auch über das Thema Türkei hinaus besonders von Interesse ist. Er stellt zunächst eine knappe, aber im wesentlichen verständliche Zusammenfassung der Theorie und Ideologie des Monetarismus dar. Dabei beschränkt sich der Autor auf die monetaristische Variante, wie sie von Milton Friedman vertreten wird.

Daß diese Darstellung auch für das Verständnis des Monetarismus in Indu-

rien besitzen.“ (S. 71) Von hier ausgehend wendet er sich dem Problem zu:

Monetarismus in Entwicklungsländern

„Auf Entwicklungsländer übertragen, muß der Monetarismus angepaßt werden an die besonderen Erfordernisse von Entwicklungsländern, die durch ihre Importabhängigkeit auf ausländische Devisen angewiesen sind. Im Falle der Türkei kommt als weiteres Problem hinzu, daß die monetaristische Politik auf eine Wirtschaft angewandt werden muß, die in eine tiefe Wirtschaftskrise geraten ist. Deshalb lassen sich die Forderungen einer monetaristischen Politik für die Türkei in drei Gruppen aufteilen:

1. Allgemeine monetaristische Forderungen: Steuerung des Geldumlaufs durch den Staat, Senkung der Staatsausgaben und der Steuern, Verzicht des Staates auf Subventionen und Hilfen;

Zum Rogers-Plan: ein Nachtrag

Mit dem Rogers-Plan (s. AK 230, S. 3/7 und AK 232, S. 7) will die NATO eine konventionelle Kriegsfähigkeit in Europa erlangen, wobei allerdings die Drohung des Atomwaffeneinsatzes auf allen Ebenen bestehen bleiben soll. Die NATO will eine Option, um die Grenzen Europas nach wieder mit einem Krieg verändern zu können (s. Zitat von Gray). Hier sollen dazu einige Angaben nachgetragen werden (die im letzten AK vergessen worden waren).



Eine entsprechende „konventionelle Atomwaffe“ ist die MW-1 von Messerschmitt Bolkow Blohm (MBB), die von einem Tornado aus über ein Ziel gleitet, wo aus 42 Ausstoßrohren bis zu 3 Tonnen „Submunition“ verschossen wird, die je nach Ausführung ganze Kampfverbände oder Flugplätze vernichten kann.

Ein Flugeinsatz mit entsprechender Submunition soll bereits die gleiche Wirkung wie eine „taktische“ Atomwaffe (im unteren Kilotonnen-Bereich) erzielen. Von Rüstungsfirmen der USA, aber auch der BRD sind solche Waffen entwickelt worden.

Hochwertige Ziele in den 1. und 3. Staffeln der Divisionskräfte des Warschauer Paktes					
Art des Ziels	Entfernung hinter der Demarkationslinie				
	0-30 km	30-100 km	100-300 km	300-800 km	Gesamt
Festziele					
Flugplätze (Hauptstützbasen)		13	31	28	72
Engpässe (Briden, Verkehrswege, Ausbuchtungen, Verengungen)	12	10	81	78	181
Bunker (Kernsicher, Befehlszentren, Kraftstofflager)	5	27	87	43	162
Gesamtzahl der Festziele	17	50	209	149	425
Bewegziele					
Kampfgruppen- und Artillerieschwärme in 76 Divisionen	832	132	420	294	1 684
Atom-FK- und Unterstützungsbataillone	298	129	104	87	576
Gesamtzahl der Bewegziele	1 080	361	530	381	2 360
Gesamtzahl der Ziele	1 105	320	739	530	2 685

Innerhalb von Stunden sollen strategische Ziele des Warschauer Paktes in einer Tiefe von 800 km mit unbemannten Flugkörpern (insgesamt 1000 sollen angeschafft werden) ausgeschaltet und damit eine absolute Luftüberlegenheit der NATO erreicht werden (Counter Air). 425 Ziele verzeichnet die nebenstehende Zielliste für diesen Angriffsplan, wobei bereits der Großteil der Ziele, nämlich 191 „Engpässe“, in einer 2. Welle angegriffen werden sollen, wenn sich dort die „Bewegziele“, d.h. entsprechende Kampfgruppen aufhalten. Auch hier sind, nach Entfernung aufgeteilt, bereits jetzt die Truppen ins Abschlußvisier genommen.

Colin S. Gray, einer der Väter der NATO-Doktrin vom „Sieg im Atomkrieg“, forderte schon 1979 (in „Military Review“) „... ein nicht-nukleares Truppenkontingent, das fähig ist, sich gegen den Fehlschlag der Hauptstrategie der Verteidigung abzuschotten und das vorbereitet in der Lage ist, in Osteuropa einzumarschieren. Den Sowjets müssen Optionen verweigert werden, die ihnen ein geringes Risiko eintragen. Sollte es in Europa zu einem Krieg kommen, müssen sie wissen, daß es einen Status Quo nicht länger gibt. Die Frage der Struktur Osteuropas — dies ist das mindeste — ist wieder einmal offen ...“.

Der Streit um den Hirtenbrief amerikanischer Bischöfe

Seit knapp einem Jahr macht die katholische Kirche in den USA von sich reden: vom „größten Zusammenprall zwischen Religion und Politik in der Geschichte der Vereinigten Staaten“ wird da gesprochen, Bilder von verhafteten Mönchen, Nonnen und Priestern gingen durch die Presse, der Papst wurde eingeschaltet ebenso wie der Führungssitz des Pentagons und der Reagan-Administration. Anlaß des Streits ist ein sog. „Hirtenbrief“ mit dem Titel „Die Herausforderung des Friedens: Gottes Verheißung und unsere Antwort“ (Ein Hirtenbrief ist eine Art Denkschrift, die in unregelmäßiger Folge zu jeweils aktuellen Themen von hoher Kirchenebene herausgegeben wird).

Ein Grund für die große Publicity, die den Hirtenbrief von Anfang an begleitet hat, liegt darin, daß erstmalig ein bischöflicher Text vor seiner endgültigen Herausgabe einem öffentlichen Disput ausgesetzt wurde. Einmal abgesehen davon, daß es demokratischen Vorstellungen zufolge ohnehin so sein sollte, spielte bei dieser Entscheidung der Vorveröffentlichung sicher auch eine Rolle, daß der katholische Klerus sich durch eine Bestätigung durch das Kirchenvolk bessere Chancen gegenüber den erwarteten Angriffen Reagans ausrechnete. Der Text des ersten Entwurfs wurde im Juni 1982 verfaßt und veröffentlicht. Vorausgegangen waren zahlreiche Anhörungen von Spezialisten aus Militär, Kirche und Friedensbewegung. Die Aufforderung zur Diskussion stand im Raum, auf einer Bischofssynode vom 15. - 18.11.82 sollten die eingegangenen Kritiken zu einem zweiten Entwurf zusammengetragen werden.

Der Einfluß auf die freeze-Bewegung

Der Einfluß auf die freeze-Bewegung

Zwei Wochen vor diesem Termin hatten in den USA Zwischenwahlen stattgefunden, die auf Antrag von den „Demokraten“ auch gleichzeitig zur Abstimmung eines freeze-Textes genutzt wurden. Das Ergebnis brachte empfindliche Schlappen für Reagans Kriegskurs: Im Kongreß und bei der Verteilung der Gouverneursämter konnten die „Demokraten“ gut zulegen und Mehrheiten für sich ausbauen. Woher die Stimmen kamen, war eindeutig: acht von neun Bundesstaaten votierten für die Annahme der freeze-Resolution, für das Einfrieren der Atomrüstung der USA und UdSSR auf dem jetzigen Stand. Ebenso deutlich war aber auch, daß an diesem Erfolg von freeze die katholische Kirche einen großen Anteil hatte: in dem veröffentlichten Entwurf des Hirtenbriefs übernahmen die Bischöfe fast wörtlich Forderungen der freeze-Resolution; in der Vorwahlzeit stellten die Katholiken der Friedensbewegung ihre Räume, Geld und — nicht zu unterschätzen — ihren jeweils persönlichen Einsatz in endlosen Nachbarschaftsgesprächen zur Verfügung. Vor allem aber verliehen sie der freeze-Bewegung moralische Respektabilität, gegen die sich selbst die in Demagogie und Lüge geschulten Organe wie z.B. „Readers Digest“ schwer taten und tun. Gegen das Wort des Kle-

rus — bislang ja selbst auf der Aufrüster-Seite — werden Angriffe wie z.B. der, die Kirche schwäche die Vereinigten Staaten zugunsten einer kommunistischen Tyrannei (so Readers Digest) unglaublich und verfangen nicht in dem gewöhnlichen Maße.

So empfand die Staatsmacht die Politik des katholischen Klerus als „erstaunliche Herausforderung“ (nach „Spiegel“ 45/82), der sie entschieden begegnen mußte, wollte sie nicht weitere Rückschläge bei der Durchsetzung ihres Kriegsprogramms in Kauf nehmen — die freeze-Resolution war zu diesem Zeitpunkt im Kongreß gerade knapp mit nur 202 gegen 204 gescheitert.

„Wir lassen uns nicht einschüchtern!“

Als am 15.11.82 die Synode der 350 Bischöfe begann, zeigte ein Meinungsbild über den vorliegenden Entwurf, daß gut 70% der anwesenden Bischöfe den Text grundsätzlich billigten. Von den verbleibenden 30% hatte ein Teil größere Bedenken, während nur relativ wenige den Text ganz ablehnten.

Das bedeutete explizit eine Unterstützung von freeze, den erklärten amerikanischen Verzicht auf Erstsatz von Atomwaffen sowie sofortige Vereinbarungen mit der SU über den Stopp der Produktion, Erprobung und Aufstellung. Die Bischöfe blieben damit auf deutlichem Konfliktkurs mit der Regierung, wie gesagt erstmalig und wohl auch zur Überraschung Reagans, dessen mittlerweile gestarteten Versuche, über regierungstreue Katholiken Einfluß innerhalb des katholischen Klerus zu gewinnen, über Strohfeuer nicht hinausgekommen waren: Sondersitzungen konservativer Verbände beschlossen zwar die Notwendigkeit von Nuklearrüstung (Kardinal John Krol: „Ich bin kein sowjetischer Frontsoldat“, FR v. 23.11.82), zwar schickte die US-Regierung einen Sonderbotschafter, einen Ex-General mit Kälter-Kriegs-Reputation, Vernon Walters, zum Papst; die amerikanischen Bischöfe hielten aber an ihrem Vorgehen fest.

So schickte Reagan kurzfristig seinen Sicherheitsberater Clark noch auf die laufende Synode, der dort allen Bischöfen einen vorab in der New-York Times veröffentlichten Brief übergab. Dieser Brief enthielt im wesentlichen neben der Darstellung der von den Bischöfen angeblich „fehlinterpretierten“ regierungsmäßigen Verteidigungspolitik politische und moralische Erwägungen zur Einschätzung der SU. Clark erntete auf der Synode jedoch überwiegend nur sarkastische und brüskierende Antworten; die Bischöfe wurden selbstbewußter und konterten vor gut besuchten Pressekonferenzen: „Wir sind nicht einzuschüchtern!“ (Erzbischof J. Bernardin als Sprecher der Initiatoren des Ganzen). Hier richteten sich für die Nuklearplaner deren dummdemagogischen Ausfälle gegen die katholische Kirche in den vorangegangenen Monaten; brillant formulierte moraltheologische Kontrapositionen gingen ins Leere: „Ich bin sicher, daß die

Bischöfe über die Politik der Vereinigten Staaten mehr verstehen als Mister Clark über Moraltheologie.“ (so Bernardin).

Die katholische Hierarchie greift ein

Als sich die Stimmung in der katholischen Kirche immer weiter ausbreitete und der Klerus sich von der Regierung offenbar nicht zurückziehen ließ, bekamen die Bischöfe Druck von ihrem (noch) irdischen Vorgesetzten. Der Botschafter des Vatikans in den USA, Pio Laghi, wurde vorstellig. Nun war gerade vorher Außenminister Shultz in Rom gewesen, so daß sich vermuten läßt, wer wen geschickt hat. Wenn man verhindern wollte, so mahnte Laghi, daß der scharfe Hirtenbrief der US-Bischöfe gegen die Atompolitik der Reagan-Regierung auch in den europäischen Kirchen Unruhe stifte, müsse sich Rom nun direkt zu Wort melden (nach „Spiegel“ 4/83). In aller Eile wurde für den 18. Januar 83 in Rom ein Gipfentreffen organisiert, an dem 10 Vertreter der Kurie (Papst-Berater) und 20 Kirchenvertreter aus den NATO-Staaten USA, BRD, Belgien, Holland und England und zusätzlich aus Frankreich teilnahmen. Ziel dieses Treffens, so ein Geistlicher im Vatikan zum „Spiegel“, war es, „die heikle moralische Frage über den gerechten Krieg ... unter der Kontrolle der Mutterkirche (zu) diskutieren“ („Spiegel“ 4/83). Die amerikanischen Bischöfe versicherten vor dem Treffen, daß sie sich in ihrer Haltung „nicht wesentlich beeinflussen“ (ebd.) ließen. Nachher jedoch — so weiß ebenfalls der „Spiegel“ zu berichten — seien die Amerikaner „weicher, dialogfreudiger“ gewesen. Inhaltlich bedeutete das v.a. ein Zuständnis an den militanten Antikommunisten, daß die „heikle moralische Frage“ (ebd.) über den gerechten Krieg ... unter der Kontrolle der Mutterkirche (zu) diskutieren“ („Spiegel“ 4/83). Die amerikanischen Bischöfe versicherten vor dem Treffen, daß sie sich in ihrer Haltung „nicht wesentlich beeinflussen“ (ebd.) ließen. Nachher jedoch — so weiß ebenfalls der „Spiegel“ zu berichten — seien die Amerikaner „weicher, dialogfreudiger“ gewesen. Inhaltlich bedeutete das v.a. ein Zuständnis an den militanten Antikommunisten, daß die „heikle moralische Frage“ (ebd.) über den gerechten Krieg ... unter der Kontrolle der Mutterkirche (zu) diskutieren“ („Spiegel“ 4/83).

Ein zweiter Punkt wird der aktiv praktizierte Widerstand gewesen sein, wie z.B. Steuerboykott u.ä., zu dem die amerikanischen Bischöfe ermutigten. Jedenfalls nehmen zahlreiche vatikanische Stellungnahmen Bezug auf die feinen Unterschiede zwischen Appell und Handeln. Es ist auch deutlich herausgekommen, daß auf jener Sitzung in Rom v.a. die beiden westdeutschen Vertreter, Höfner und Ratzinger, sich nur „für einen begrenzten Pazifismus“ einsetzen und in typisch kleinerer Scheinheiligkeit zu „weiterem und tieferem Nachdenken ermahnten“ (ebd.).

Doch nicht nur aus Kreisen der Kirche wurden Versuche zur Beeinflussung gestartet. Rechtzeitig vor ihrer abschließenden Beratung erreichte die katholischen Bischöfe ein Brief zweier prominenter BRD-Katholiken: Ex-Verdichtungsminister Leber (SPD) und Staatsminister im Auswärtigen Amt Alois Mertes (CDU). Formuliert in dem Stil vorzüglicher Bedenken und „christlicher Bruderschaft“ enthielten sie in ihrem gemeinsamen Brief ihre eigene Militärstrategie, die sie dann in einer unangenehm und auffallend plumpen Weise mit dem Text des Hirtenbriefs konfrontierten. Jedoch schon zu Beginn ihrer Aussagen (nachzulesen in der FR-Dokumentation vom 15.4.83) kommen sie zu ihrem Anliegen, nämlich die Bischöfe von der Verabschiedung des Hirtenbriefs abzuhalten, weil „dessen Schlüsselforderungen Krieg und Unterwerfung wahrscheinlicher machen“.

Die revidierte Fassung

Ergebnis all dessen ist der nun vorliegende 3. und endgültige Text, der Anfang Mai in allen katholischen Kirchen Amerikas verlesen wird.

Nüchtern betrachtet fehlen jetzt einige Schärpen der vorherigen Entwürfe: so werden z.B. einzelne Waffen(systeme) nicht mehr explizit genannt. So fordert der Text nicht mehr „unmittelbare Beendigung“ und ein „Aufhören“ der Hochrüstung, sondern eine „Einschränkung“ der

Produktion, Stationierung und Abschreckung von/mit Atomwaffen. Offensichtlich auf Drängen westdeutscher Antiskollegen steht jetzt auch ein Satz drin, demzufolge speziell in Europa die Abschreckung eines russischen Nuklearrangriffs eine Zeitlang Nuklearwaffen erfordern könne.

Meines Erachtens besteht die schwerwiegendste Änderung des Entwurfs darin, daß direkt der SU die Schuld an der Rüstung zugeschoben wird, zwar nicht die alleinige — dazu kommen nach wie vor die USA zu schlecht weg — aber insgesamt nimmt das dem Text einige Spitzen, die genau darin bestanden, daß die militärische und weltpolitische Konstellation in der Frage von Atomwaffeneinsatz klar benannt und dann durchgehend vorausgesetzt wurde. So werden z.B. im dritten Entwurf der Reagan-Regierung echte Abrüstungsbestrebungen angedeutet. Auch tragen solche Änderungen leider dem militanten Antikommunismus Rechnung, der nach wie vor als (zu) stabile ideologische Grundlage für Reagans Rüstungsprogramme herhält, und den zu durchbrechen eine angemessene auch kirchliche Aufgabe wäre.

Doch ebenso nüchtern betrachtet muß man feststellen, daß die vorgelegte Fassung des Pentagons über den nun angeblich erreichten Konsens lupenreine Zweckpropaganda ist. Denn: „in der Sache bleiben die Bischöfe hart“ titelte die FR (am 8.4.) richtig: der Hirtenbrief fordert nach wie vor „klare öffentlichen Widerstand“ gegen alle Spielarten der nuklearen Pläne, sei es „Gewinnbarkeit“ oder hin-zureichender begrenzter Nuklearkrieg. Der „victory is possible“-Strategie weht der Wind kalt ins Gesicht, da ist nichts versucht worden. Und auch trotz der Übernahme der regierungsmäßigen Einschätzung der SU als Rüstungsstreiber nehmen die Bischöfe das Argument, die USA müßten des-

trotz der Übernahme der regierungsmäßigen Einschätzung der SU als Rüstungsstreiber nehmen die Bischöfe das Argument, die USA müßten deswegen nach- oder vorrücken, nicht mehr hin.

Und entscheidender als manche Textstelle ist auch das Ergebnis des ganzen Prozesses, der ganzen Diskussion: die katholische Kirche der USA ist aufgestanden gegen entscheidende Wesenszüge der Kriegsplaner und steht im Lager der freeze-Bewegung. Die bürgerliche Friedensbewegung, die — wie auch immer man sie im einzelnen politisch beurteilen mag — z.Zt. in den Staaten die einzige Kraft ist, die in der Lage ist, den Atomkriegsplanern einen Knüppel zwischen die Beine zu werfen, geht enorm gestärkt aus dem Konflikt hervor. Schon überlegen sich evangelische Kirchenführer, auf Hirtenbriefebene das nachzuvollziehen, was in der Praxis schon kirchenübergreifend läuft. Zeitgleich mit den Katholen wollen sie in ihren Kirchen einen entsprechenden Text verlesen. „Die amerikanischen Protestanten sind politischer geworden“ kommentiert die FAZ (21.2.83) diesen Prozeß. Und international scheint sich das zu bestätigen, was Monsignore Laghi befürchtet hat: Unruhe ist auch in den europäischen Kirchen gekommen. So überraschten die österreichischen Bischöfe mit einem Abrüstungsappell, die deutschen Katholikenführer werden es schwerer denn je haben, ihre Zurückhaltung zu begründen. Die skandinavischen Bischöfe haben sich noch Mitte April zu einer Konferenz getroffen, der englische Rat der Kirchen beschloß bereits Mitte März die finanzielle und rechtliche Unterstützung von Kriegsteuerboykottoren und sprach sich für gewaffneten Widerstand gegen die Atomrüstung aus. Der Erzbischof von Canterbury bemüht sich derzeit um die Einberufung einer Weltfriedenskonferenz christlicher Kirchen.

Was die Friedensbewegungen hier wie in den Staaten von den katholischen Christen an Selbstverständnis mindestens gebrauchen können, drückte ein langjähriger amerikanischer Anti-Atomwaffenaktivist — und Christ — so aus: „Wir haben den Fachleuten 37 Jahre lang zugehört, und sie haben uns an den Abgrund geführt. Wir (die Kirchenvertreter) haben mindestens ebensoviel Fachkenntnis wie viele Kongreßmitglieder. Das Wesentliche ist jedoch, daß Atomwaffen unser Leben bedrohen und niemals toleriert werden können.“

Anti-Kriegs-Buch weiter unter Beschuß

Die Hamburger Justiz will das im Buntbuch-Verlag erschienene Buch „Laßt mich bloß in Frieden“ offenbar mit allen Mitteln vom Markt haben. Die eben ergangene Begründung zur Aufrechterhaltung der bereits erfolgten Beschlagnahme des Buches bis zur Hauptverhandlung läßt jedenfalls wenig Illusionen in die Absichten von Staatsanwaltschaft und Gericht zu. Die Anwälte des Verlages gaben dazu die folgende Presseerklärung ab:

Presseerklärung

Das Landgericht Hamburg hat in einer Entscheidung vom 24.03.1983 beschlossen, daß die Bundesflagge als Verfassungsgut höher zu bewerten ist als die Kunstfreiheitsgarantie. In der Entscheidung geht es um das Friedensbuch des Buntbuchverlages von H. Venske, S. Merian u.ä., auf dessen Rückseite eine satirische Fotomontage abgebildet ist, bei der eine männliche Person blickend in ein Fahneneldzeremoniell urinert. Die Staatsanwaltschaft erhob deswegen Anklage wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole nach § 90 a StGB. Vom Amtsgericht Hamburg wurden die Angeklagten — Schöpfer der Fotomontage, Mitherausgeber und Verlagsangestellte — am 03.12.1982 freigesprochen, wobei zugleich die erfolgte Beschlagnahme der Bücher aufgehoben wurde. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft Beschwerde ein. Nachdem das Landgericht der Beschwerde noch am 03.12.1982 vorläufig stattgegeben hatte, legte es jetzt — also erst vier Monate später — seine endgültige Entscheidung vor.

Darin erklärt das Landgericht die Bundesflagge zum obersten Grundwert der Verfassung und hebt sie damit auf gleiche Stufe wie das Grundrecht auf Kunstfreiheit.

Bundesflagge zum obersten Grundwert der Verfassung und hebt sie damit auf gleiche Stufe wie das Grundrecht auf Kunstfreiheit. Damit nicht genug: Bei der verfassungsrechtlich gebotenen Abwägung zwischen beiden Verfassungsgütern hat das Landgericht — ohne mit einem Wort eine solche Abwägung darzulegen — entschieden, daß dringende Gründe dafür sprechen, daß im vorliegenden Fall der Bundesflagge der Vorrang vor der Kunstfreiheit gebührt.

50 Jahre nach der Bücherverbrennung werden damit wieder zwei Klassen von Kunst geschaffen, solche, die durch die Verfassung geschützt ist, und solche, die dieser Schutz zu versagen ist, da sie vermeintlich staatliche Interessen beeinträchtigt. Wie man sieht, genügt hierfür eine symbolische Beschmutzung der Bundesflagge, die noch nicht einmal bezweckt war, da sich die Fotomontage allein gegen den Fahneneld und gerade gegen die Verwendung der Bundesflagge hierbei gerichtet hat. Die Verunglimpfung des Fahneneldzeremoniells wäre jedoch nicht strafbar gewesen, also müßte die Bundesflagge erhalten. Daß sie dabei gleich zum obersten Verfassungsgut erhoben wird — vergleichbar der freiheitlich demokratischen Grundordnung —, ist juristisch neu und verfassungsrechtlich nicht haltbar. Daß nun aber die Bundesflagge über das Grundrecht auf Kunstfreiheit gestellt wird und diese einschränken soll, muß jeden Demokraten erschüttern. Ist doch gerade die Bundesflagge Symbol für die Grundrechte der Bürger als Abwehrrechte gegen den Staat. Dieser Funktion werden die Grundrechte jedoch völlig beraubt, wenn es möglich sein sollte, die Grundrechte jedesmal dann einzuschränken, wenn sich der Staat in seinen Interessen oder seinem Ansehen beeinträchtigt sieht. Dabei haben die Grundrechte nur Sinn, wenn sie gerade in diesen Fällen ihre Schutzwirkung entfalten, denn unpolitische Kunst braucht verfassungsrechtlichen Schutz nicht.

Mit dieser Presseerklärung werden wir uns gegen die anliegende Entscheidung des Landgerichts Hamburg, deren Bedeutung für die demokratische Öffentlichkeit nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.



Amerikas Katholiken auf Gegenkurs

Der zweite Entwurf des Hirtenbriefes wurde auf einer Konferenz der Katholischen Bischöfe der USA zu Krieg und Frieden im November 1982 verabschiedet. Wir dokumentieren im folgenden einige längere Passagen aus der Übersetzung aus dem Oekumenischen Informationsdienst:

Im folgenden einige Aussagen aus der Übersetzung:

"Wir sind in einer äußerten Krise, weil der Nuklearkrieg die Existenz unseres Planeten bedroht; es ist eine gefährliche Drohung als alles, was die Welt bisher gesehen hat. Wir wollen nicht die Furcht der Menschen ausnutzen, sondern ein Wort der Hoffnung und Ermunterung inmitten von Krisen und Angst sprechen. Als Amerikaner, als Bürger der ersten Nation, die Atomwaffen hergestellt hat, der einzigen, die sie eingesetzt hat, und einer der wenigen, die heute unmittelbarer Einfluß auf den Ausgang dieser größten Krise nehmen können, haben wir die einmalige menschliche, moralische und politische Verantwortung, dafür zu sorgen, daß eine "bewußte Entscheidung" getroffen wird, um die Menschheit zu retten. Die Anerkennung der Verantwortung der Kirche, sich mit anderen zur Arbeit für den Frieden zu vereinen, ist die treibende Kraft hinter dem Ruf nach der Entwicklung einer Friedensethik heute."

Christen sind aufgerufen, in der Spannung zwischen der Vision des Reiches Gottes und seiner konkreten Verwirklichung in der Geschichte zu leben. Jede sündige Tat ist eine Konfrontation des Geschöpfes mit seinem Schöpfer. Das heutige Zerstörungspotential jedoch bedroht das Herrschaft Gottes über die Welt, die er geschaffen hat. Wir könnten sein Werk zerstören.

Heute sind die Möglichkeiten, einen Atomkrieg politisch und moralisch zu begrenzen, so unendlich gering, daß die moralische Aufgabe wie die medizinische lautet: Vorbeugen! Als Volk müssen wir uns weigern, den Gedanken eines Atomkrieges für legitim zu erklären. Es muß einen deutlichen öffentlichen Widerstand gegen das Gerede vom "gewinnbaren" Nuklearkrieg, vom "Überleben" eines nuklearen Schlagabtausches und von der Strategie eines "langdauernden Atomkrieges" geben.

Es ist klar, daß sich die Tradition der Gewaltlosigkeit in der Kirche gegen jeden Einsatz von Atomwaffen unter allen nur denkbaren Umständen wendet. Für die Tradition, die einen gewissen legitimen Einsatz von Gewalt anerkennt, dehnen die jetzigen Nuklearstrategien die moralischen Grenzen über das erlaubte Maß hinaus aus. Ein gerechtfertigter Einsatz von Gewalt muß sowohl zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten unterscheiden als auch die Verhältnismäßigkeit der Mittel wahren. Gewisse Aspekte der Strategien der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion genügen diesen beiden Anforderungen nicht. Die Fachliteratur und die Aussagen von Regierungsvertretern, die mit der Nuklearstrategie der USA bestens vertraut sind, haben uns überzeugt, daß es höchst unwahrscheinlich ist, daß ein nuklearer Schlagabtausch sich begrenzen ließe.

Wir erkennen ausdrücklich an, daß in den Reihen unserer Bischöfe und unter den Katholiken der USA viele Stimmen laut werden, die bezweifeln, daß die Strategie der

Wir erkennen ausdrücklich an, daß in den Reihen unserer Bischöfe und unter den Katholiken der USA viele Stimmen laut werden, die bezweifeln, daß die Strategie der Abschreckung eine geeignete Antwort auf den Rüstungswettlauf unserer Tage ist. Sie weisen auf die historische Tatsache hin, daß die Abschreckung nicht zu einem Abrüstungsprozeß geführt hat. Im Gegenteil, unter ihrem Einfluß hat eine fast unbegrenzte Beschleunigung der Aufrüstung stattgefunden. Fortschritte auf eine Welt hin, die von der Bedrohung durch Abschreckung befreit ist, müssen mit Umsicht durchgeführt werden. Aber sie dürfen nicht hinausgezögert werden.

— Wir sind gegen neue Waffen, die wahrscheinlich zum Angriff einladen und daher dem Gedanken Vorschub lei-

sten, daß die USA eine Erstschlagkapazität zur Zerstörung verbunkelter gegnerischer Anlagen (hard target kill) anstreben; die MX-Raketen könnten unter diese Kategorie fallen.

— Wir sind gegen die Bereitschaft, strategische Planungen zu begünstigen, die einen Atomkrieg führbar machen wollen.

— Wir lehnen Pläne ab, die eine Senkung der atomaren Schwelle zur Folge haben und den Unterschied zwischen Atomwaffen und konventionellen Waffen verwischen.

Die Bischöfe fordern gezielte Schritte zur Verminderung der Kriegsfahr.

Rüstungskontrolle, Rüstungsminderung und Abrüstung

— Abrüstung muß sich in einem Prozeß von kontrollierbaren Vereinbarungen zwischen den beiden Supermächten vollziehen. Die Vereinigten Staaten sollten bereit sein, einige unabhängige Initiativen zu ergreifen.

— Die Vereinigten Staaten sollten eine Politik intensiver politischer Kommunikation mit Regierungen potentieller Gegner betreiben, um immer wieder gründliche Diskussionen und Verhandlungen über Reibungspunkte sicherzustellen, politische Spannungen abzubauen.

— Die Vereinigten Staaten sollten zusammen mit anderen Spalmaterial exportierenden Staaten ihre Maßnahmen und Programme ernstlich überprüfen und ihre Entschlossenheit deutlich machen, Geist und Buchstaben des Atomsperrvertrags von 1968 zu erfüllen.

Verminderung des Risikos eines nicht-nuklearen Krieges

— Wir empfehlen dringend Verhandlungen zur Begrenzung und Reduzierung konventioneller Streitkräfte und wirksame Achtung chemischer und biologischer Waffen. Selbst bei einem Verzicht auf den Einsatz von Kernwaffen ist ein konventioneller Konflikt der wahrscheinlichste Auslöser für einen Atomkrieg.

— Der Waffenhandel der Vereinigten Staaten hat sich in den letzten zehn Jahren noch ausgeweitet. Die Vereinigten Staaten sollten bereit sein, abgewogene unabhängige Initiativen zur Eindämmung des internationalen Waffenhandels zu ergreifen.

— Die Nationen müssen eine Beschränkung jener Interessen anerkennen, die militärische Gewalt rechtfertigen.

Gewaltfreie Methoden zur Konfliktlösung

— Die Kunst der Diplomatie, der Verhandlung und des Kompromisses muß weiter entwickelt und voll eingesetzt werden.

— Indem Vertreter der Gewaltlosigkeit an ihren Wertesystemen und ethischen Grundsätzen festhalten, werden sie

— Indem Vertreter der Gewaltlosigkeit an ihren Wertesystemen und ethischen Grundsätzen festhalten, werden sie

— Wir brauchen einen Ausschuss von Wissenschaftlern, Ingenieuren und Waffenspezialisten, der den Wert und die Brauchbarkeit von Zivilschutzplänen realistisch prüft.

— Mit Johannes Paul II fordern wir pädagogische und Forschungsrichtungen auf, sich während der Ausarbeitung von Friedensstudien zu beteiligen. Wir fordern dringend, daß ein festgelegter Prozentsatz (1/10%) des Militärbudgets bewußt in die Friedensforschung investiert

wird.

— Wir empfehlen allen Bürgern dringend, die Einübung von Konfliktbewältigung und anderen Formen von "Frieden lernen" zu unterstützen.

Moralische Grundsätze können nur dann die Macht wirkungsvoll in Schranken halten, wenn sie in politisches Handeln umgesetzt werden und die einzelnen sich daran halten. Wir unterstützen deshalb auch die Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen und der selektiven Verweigerung aus Gewissensgründen in einem bestimmten Krieg.

Gestaltung einer friedlichen Welt

Die Vermeidung von Krieg ist kein hinreichendes Konzept für die internationalen Beziehungen heute. Sowohl die politischen Notwendigkeiten als auch die moralische Herausforderung unserer Zeit erfordern eine positive Konzeption von Frieden. Was der Weltordnung heute fehlt, ist eine legale politische Autorität, die imstande ist, unsere materielle Interdependenz in Richtung auf eine politische umzugestalten.

So wichtig die Wahrung des Friedens im Atomzeitalter auch ist — die anderen großen aktuellen Probleme sind damit noch nicht gelöst. Zu diesen Problemen gehört vorrangig die fortwährende Kluft im Lebensstandard zwischen den Industrienationen (Ost und West) und der Dritten Welt.

Die Sicherheit und Stabilität einer interdependenten Welt wird nicht nur von Raketen und Bombern bedroht. Wenn der Rüstungswettlauf in all seinen Ausprägungen nicht umgekehrt wird, werden Ressourcen fehlen für die Deckung dringender menschlicher Bedürfnisse in großen Teilen der Welt und auch in unserem eigenen Land. Wir wissen aber auch, daß es nur ein erster Schritt ist, solche Ressourcen bereitzustellen; es kommt auch darauf an, damit sorgfältig umzugehen.

Wir sagen, daß der politische Wille, Ressourcen stärker an menschlichen Bedürfnissen zu orientieren und industrielle, wissenschaftliche und technologische Kapazitäten umzuverteilen, so daß sie diesen Bedürfnissen gerecht werden, ein Teil der Herausforderung des Atomzeitalters ist.

Wir sind bereit zuzugeben, daß wir in einer Welt leben, die die christlichen Werte zunehmend fremder werden. Um Christ zu bleiben, muß man entschlossen gegen die allgemein akzeptierten Grundsätze der Welt stehen. Gott macht die Menschheit zu Verwaltern der Erde; diese Verantwortung können wir nicht abschütteln.

Daher fordern wir jede Diözese und Pfarrei dringend auf, ausgewogene und anerkundige Fortbildungsprogramme durchzuführen, die die Werte der Kirche fördern.

Daher fordern wir jede Diözese und Pfarrei dringend auf, ausgewogene und anerkundige Fortbildungsprogramme durchzuführen, um Christen aller Altersstufen für die Fragen von Krieg und Frieden zu sensibilisieren.

Die Tatsache, daß Fragen von Krieg und Frieden auch politisch sind, enthebt die Kirche nicht der Verpflichtung, ihren Gläubigern die Hilfe zu geben, die diese brauchen, um ihr Gewissen zu schärfen. Wir weisen daher die Kritik zurück, die Kirche "mische sich in politische Angelegenheiten ein", wenn sie sich um diese Probleme kümmert.

Wir sind aufgerufen, von der Dikussion zum Zeugnis und zum Handeln überzugehen."

Der Text ist inhaltlich insofern wichtig, als er mit seinen Schlußfolgerungen nicht so sehr (wie B. noch nicht einmal in erster Linie) von einem radikalen christlichen Pazifismus her argumentiert, sondern eher im Sinne einer ethischen und materiellen Überabwägung. Das beinhaltet u.a. auch den Vergleich zwischen den zu schützenden Werten (US-Freiheit), die von den Bischöfen kritisch betrachtet werden, und den dazu eingesetzten Mitteln (Androhung eines Nuklearkrieges). Die Ergebnisse dieser Überabwägung fallen notgedrungen politisch präziser aus als ein christlicher Pazifismus an Argumentation zu leisten in der Lage ist. Das alles bedeutet zusammengefaßt, daß von Seiten der katholischen Kirche eine den Pentagonkonzepten in Absicht und Vokabular adäquate und diametral entgegengesetzte Kampagne entwickelt worden ist.

Der Hirtenbrief ist zweitens wichtig, indem er die Entwicklung der katholischen Kirche von einer stets und immer regierungstreuen Position hin zu einer Säule der Friedensbewegung ausdrückt. Mit fast 31 Millionen Menschen (das sind rund 23% der Bevölkerung) ist die katholische Kirche die größte Religionsgemeinschaft in den

USA. In der Armee beträgt der Anteil jedoch schon über 30%. Der US-amerikanische Katholizismus zeichnete sich in diesem Jahrhundert bislang durch „200prozentigen Patriotismus“ (so der Theologe G. Zahn) aus, dem Klerus ging es dabei um die Entgegnung des Vorwurfs, sie hätten als „Agenten des Papstes“ eine gespaltene Loyalität zu Amerika. „Katholiken schwenken die Flagge besonders eifrig. Kardinal Francis Spellman, Freund von Konrad Adenauer, segnete den Kalten Krieg. In Vietnam trugen katholische GI's Abschieds: „Kul e Commie for Christ“ — „Tote einen Kommunisten für Christus“.

Den „Victory is possible“-Strategen Grey und Payne konnten die „6 Richtlinien der katholischen Kirche für die Anwendung von Gewalt“ ohne große inhaltliche Bräunungen dafür erhalten, „die derzeitige US-Strategie (die der Aera von Reagan, Anis d. Verf.) mit zumindest drei der sechs Richtlinien für den gerechten Krieg (als) nicht vereinbar“ zu erklären (nach „Z“ Nr. 2).

Und selbst als 1964 auf dem 2. Vatikanischen Konzil (nach dem Papst oberstes beschließendes Gremium der katholischen Kirche) zahlreiche Bischöfe ihre Amtsbrüder zum Zusam-

menschuß gegen „die schreckliche Drohung, daß die Menschheit zerstört wird“ (aus dem Antrag) aufriefen, wandte sich der amerikanische Klerus nahezu geschlossen energisch dagegen. Gleichwohl bedeutete Vietnam auch für manche Katholiken eine Weggänge. Hinzu kam die Erfahrung zahlreicher katholischer Ein- und Auswanderer aus Ländern Lateinamerikas, die jetzt in den Staaten Zeugnis der politischen Virulenz des christlichen Glaubens in den Befreiungskämpfen ihrer Heimatländer und gleichfalls der imperialistischen Politik US-Amerikas gaben. Amerikanische Nonnen starben in El Salvador unter den Kugeln rechter Nationalgardisten, US-Bischöfe waren Zeugen des Blutbades, das Regierungsstruppen bei der Beerdigung des gleichfalls ermordeten Erzbischofs Romero anrichteten.

In der sich aus dem Vietnam Protest zaghafte entwickelnden Friedensbewegung spielten sodann einzelne katholische Persönlichkeiten tragende Rollen. Weltweit bekannt wurden die beiden Brüder Berrigan, die mit teils symbolischen (Blutbeutelwürfe auf Weiße Haus), teils mit handfesteren (Demonstration eines Atomsprenghkopfs) Aktionen der Bewegung zu Öffentlichkeit und

Ansehen verhalfen. Zu diesen beiden „einfachen“ Jesuitenpatern gesellte sich in den letzten Jahren neben vielen Gleichartigen auch kirchliche Prominenz: Bischof Mathiesen (Texas) forderte die Arbeiter einer heutzutage Atomwaffenfabrik zur Kündigung auf, sein Amtsbruder Hunkausen aus Seattle propagiert den Knegesteuerboykott. Allen Aktionen gemeinsam war die Grundlage des gewaltfreien Widerstands, der allerdings — besonders durch die Gestalt Martin Luther Kings — sich in den USA aus anderen Traditionen nährt als wo wir es manchmal hier in der BRD sehen. Sofern sich so etwas überhaupt verallgemeinern läßt, kann man ihn als eher aggressiv bezeichnen, er scheint auch weniger den Konflikt mit dem bürgerlichen Recht.

Eine weitere Wegmarke des katholischen Klerus zu ihren Hirtenbrief ist der Streit um die Benennung eines Atom-U-Boots: es sollte „Corpus Christi“ (= Leib Christi) heißen. Diese auch von gänzlich unpolitischen Christen so empfundene Unschmacklosigkeit führte zu einem weltweit bekannt gewordenen Hungerstreik, der dem Marineministerium im Pentagon eine Menge publizistischen Ärger einbrachte.

Natürlich geben diese bislang genannten Punkte nur einen kleinen Ausschnitt dessen wieder, was die Umkehr des katholischen Klerus von einer Kahlen-Krieger-Kirche zu einer Kirche von Friedensbewegten erklärt. Als wichtige gesellschaftliche Komponenten sind neben der Begegnung mit den lateinamerikanischen Katholiken noch zu nennen die Existenz der bürgerlichen Friedensbewegung „Freers“, die den Abrüstung von einer staatsloyalen Kirchenpolitik nicht zu teuer werden zu lassen verspricht. Immerhin pflegten so ranghohe Freze-Propagandisten wie der Katholik Kennedy ihre Kontakte zu dem Klerus. Dazu kommt auch noch der nötige Druck von unten, d.h. vor allem aus dem Unterbau der Kirche, wo seit Vietnam latent Widerstandsbehaftet gegen Kriegspolitik schwebte. Zum letzten gehört auch, daß die katholische Kirche, die in noch weit höherem Maße als die protestantischen Kirchen im sozialen Bereich arbeiten, die Folgen der menschenverachtenden Sozialpolitik der Reagan-Regierung hautnah zu spüren bekamen.

— Tauchten in der Vorbereitungsphase Kontroversen über die Festlegung auf „gewaltfreie Aktionen“ des Widerstands auf, so haben die Aktionen dann z.T. Differenzen gezeigt, ob solche „gewaltfreien Aktionen“ Konfrontationen überhaupt vermeiden sollen. Der nachstehend abgedruckte Bericht über die Blockade in Meyn ist sicherlich ein extremes Beispiel für solche Auseinandersetzungen. Symptomatisch aber dürfte sein, daß

1. In der Regel die (teils panische) Diskussion um die Gewaltfreiheit der Aktion im Vordergrund stand, was z.B. in Opherdicke dazu führte, sich in einem „Blockade-Spiel“, daß als wichtige Aktionsvorbereitung gedacht war, hauptsächlich mit Gegenmaßnahmen gegen „Gewalttätige Störer“ zu beschäftigen. Als solche traten vermummte Gesalten (Kennzeichen „Krieg dem Krieg“) auf. Diese wurden in der gängigen Terminologie von gewaltfreien Friedensfreunden als „Provokateure“, „Störer“, „Chaoten“, „Milibianie“ und „Autonome“ bezeichnet und ganz spielerisch durch Ketten, aber durchaus auch mit massivem körperlichen Einsatz von der Aktion ferngehalten – gewaltfreier Widerstand?

2. eine solche Auseinandersetzung muß natürlich auch für die Kräfte des „gewaltfreien Widerstands“, die eine Konfrontation erreichen wollen, bzw. keineswegs rein symbolische Blockaden anstreben, zu einem starken Hindernis werden. Bisher sind solche Vorkommnisse allerdings allzuoft gänzlich der mangelnden Übung, bzw. der für viele bewerteten Situation zuzuschreiben worden.

Blockade in Meyn

stirnt zwar gegen das einbücker Geräumel bei Gewährnissen, erscheint aber unerheblich. Wennquens ist das Lager jetzt komplett geschlossen. Das wiederum ruft die Büllerei auf den Plan, die nun in Herden auftritt. Die Einzeltier fordert die Schleswiger ultimativ auf: entweder ihr räumt binnen einer halben Stunde freiwillig, oder ihr werdet geräumt. Wir diskutieren hin und her. Bei den meisten Bezeuggruppen findet der Vorschlag Zustimmung, daß im Falle der Räumung der Schleswiger sie sich im letzten Moment freiwillig zurückziehen und eine Gruppe direkt neben dem Hauptort die Situation nutzt und unmittelbar am Hauptort das Lager endgültig abschließt. Der Vorschlag wird von den Hensburger CFA-Leuten unterstützt. Deren Sprecherin betont noch, daß sie unbedingt sitzen bleiben wollen. Die Situation spitzt sich zu, und die Zeit drängt. Einzig die Hausner sind nicht einverstanden. In diesem Moment ist der Sprecher hat gehandelt. Und gerade da wollen die Büllen die Schleswiger räumen.

kurz bevor die Bullen räumen wollen, hört einer zwei Bullen zu einem Gespräch über die Blockierung („Die sind ja stoffig.“ – „Ja, und nochher schlafen sie auch noch zusammen“). Als er das den anderen Sprechenden erzählt, kreischen die Bullen und fangen an zu räumen, kurz danach wird er festgenommen und ihm soll „Aufforderung zu einer Straftat“, „Beamtenbeleidigung“ und „Nötigung“ anhängen.

Es geht auf Miting, und das Ende naht. Die CFA'er aus Flensburg merken, **■** sie ja gar **■** mehr mitblockieren, und setzen sich zu zehn vor das Haupttor. Alleine sitzen sie da an einer Stelle, wo gestern gerade 150 - 200 gereicht haben. Es sieht lächerlich aus. Einige empfinden es auch so und wollen zu den anderen Blockierern. Diese Differenz tragen sie bis zum Schluß aus. Schließlich kommt der Ostermarsch und holt die Blockierer ab.

Blockade in Fürfeld

Wir werden den Beginn und das Ende bekannt zu machen so daß Polizei und US-Army nicht darauf eingestellen konnten. Das Lager wird von deutschen Wachmannschaften bei der US-Army angestellt, im 8-Stunden Schichtwechsel bewacht. Weil wir diesen Rhythmus erfüllen, blockieren wir auch noch den letzten Wachwechsel am Sonntag um 16.00 Uhr. Die Wachmannschaften hatten für die Zeit unserer Aktion kugelsichere Westen an.

Mit weißen Kreuzen und Transparenten am Straßenrand machen wir vorbeifahrende auf die ...



Eine weitere Erfahrung war, daß wir gut vor den Wachwechseln neue Taktiken überlegen konnten und das Ganze vor Ort in relativ kurzer Zeit mit Konsens beschlossen werden konnte.

Ein Sympthiant auf Nubur

Lüneburg:

**Öffentliche Rekrutenvereidigung
am 17. Juni**

Mit einer demonstrativ öffentlichen Rekrutierungsverdingung auf dem historischen Lüneburger Marktplatz soll am Vorabend des 17. Juni ein hochbrisantes Gebüh von revanchistischer Aufhetzung und militaristischem Trommelfeu über die Bühne gehen. Lüneburg ist bundesweit einer der größten Bundeswehrstandorte — von der Stadtbewohner trägt jeder Zehnte Uniform! Dennoch provozierte der letzte Versuch einer öffentlichen Verdingung am Stadtrand Lüneburgs im Herbst 1980 breite Proteste und eine Gegendemonstration mit 1.400 Teilnehmern (AK 188/189). Zum Schutz der Militärinstitute wurden ganze umliegende Wohngebiete in einen Ausnahmezustand versetzt und u.a. mit Pepperflog-Kanonen ausgestattete Polizeiverbände aus ganz Niedersachsen zum Einsatz gebracht. Seitdem fanden auch in Lüneburg Verdingungen nur hinter den Kasernenmauern statt. Mit

Auf Initiative der im Gesamtverband oppositioneller Lüneburger Ortsgruppe der DFO/VK hat sich kurz nach Bekanntwerden dieser Pläne ein „Aktionskreis gegen Rekrutenverdrängung“ gegründet. Vorgesprochen und u.a. massenhafte Aufmärsche und auch eine Intervention grüner Ratvertreter/innen mit dem Ziel, die Stadt Lüneburg zur entzogenen Streichung des geplanten Militärsockels zu veranlassen.

Kontakt (auch für überregionale Unterstützung der Proteste):
Conny Hubisch
Kirchgellenser Str. 7
2121 Sudergellensen
Tel.: 04133/7500



1. Mai 1983 -

kein Grund,

sich einzumischen?

Den Vorbereitungen des DGB zum diesjährigen 1. Mai ist kaum Beachtung geschenkt worden. Für was sollen in diesem Jahr die Arbeiter und Angestellten auf die Straße gehen? Zur Feier einer Lohnrunde, die einen weiteren Reallohnverlust brachte und deren Ausgang nach der entsprechenden Verzichtsentscheidung in den Medien und den letzten Konjunkturdaten allgemein schon vor Forderungsausspielung eine klare Sache war? Das alljährliche Tarifritual hat längst den Beigeschmack eines Ekels bekommen, führt von Jahr zu Jahr zur Demobilisierung und Desorientierung der abhängig Beschäftigten. Die Warnstreiks im Rahmen der „neuen Beweglichkeit“ sind zum Pflichtprogramm geworden, ohne daß einer der Beteiligten mehr an eine Wirkung glauben kann. Hoffnungen auf gewerkschaftliche Erfolge für die kommenden Monate sind an diesem 1. Mai nicht auszumachen. An die „Auseinandersetzung dieses Jahrzehnts“ um die 35-Stundenwoche mag bei nüchternen Betrachtung der Sachlage schon jetzt ebenso kaum einer mehr

zählen, um die 35-Stundenwoche mag bei nüchternen Betrachtung der Sachlage schon jetzt ebenso kaum einer mehr glauben. Mit ihrem Durchstarten zur diesjährigen Tarifrunde wollte die IG-Chemieführung zeigen, daß eine Gewerkschaft für Arbeitszeitverkürzung auch im bescheidensten Umfang schon bereit ist, schließlich jeden nur erdenklichen Preis zu zahlen. Was werden andere Gewerkschaften — und das dürfen die meisten sein — dieser Vorgabe nicht folgen und die 35-Stundenwoche für „a Appel und 'n Ei vier weitere Jahre verschieben wollen; aber wirin liegt eigentlich die grundlegende Alternative etwa der IG Metall, die heute bereits in aller Öffentlichkeit ihre Einsicht bekundet, daß die Arbeitszeitverkürzung „ihren Preis“ kostet? Für eine Arbeitszeitverkürzung, bei der es augenscheinlich nur noch darum gehen soll, wie tief die Lohnabhängigen auch hierfür wieder in die Tasche greifen sollen und in wieviel Stufen ihre Einführung erfolgen soll, läßt sich freilich schlecht mobilisieren, zumal auch der so häufig betonte arbeitsmarktpolitische Effekt in diesem Fall faktisch Null wäre. Vom politisch-emanzipatorischen Wert, den die Forderung nach Verkürzung des Arbeitstages in der Geschichte der Arbeiterbewegung ursprünglich einmal hatte, wird heute allenfalls in gewerkschaftlichen Stammtischen geplaudert.

Die Enttäuschung über die laiche Gangart ihrer Führer in der Krise, über die Verstrickung der oberen DGB-Bürokratie in diverse Fälle von Korruption und Bestechung (Neue Heimat-Standal) auf Kosten der Mitglieder, über die fremdbestimmte Staatstrennung, die sie eintreiben, wenn sie einmal in Aktion treten — all das ist gewiß weit verbreitet und wird sich mit Sicherheit wiederum in einer rückläufigen Mobilisierung zum diesjährigen 1. Mai niederschlagen. Nachlassendes Interesse an gewerkschaftlichen Aktivitäten

überhaupt („es kommt ja sowieso nichts dabei heraus“) bis hin zur Aufkündigung der Mitgliedschaft ist eine aktuelle Tendenz. Insofern kommt der zunehmende Legitimitätsverlust der DGB-Führung heute in erster Linie den Herrschenden zugute, denen eine längerfristige Schwächung der Gewerkschaften nur recht sein kann.

Allerdings können wir am diesjährigen 1. Mai auch auf einige erfreuliche Gegen Tendenzen blicken, namentlich aus Betrieben und Branchen, die am härtesten von der Krise betroffen sind. Unsicherheit und Existenznot fördern eben nicht nur und zwangsläufig reaktionäre Verdummung und Resignation. Selbst in einem Land wie der BRD bleibt auch die andere Seite der Dialektik historischer Abläufe nicht für immer und ewig verborgen, wenn auch vor dem Hintergrund der Gesamtentwicklung bei der Bewertung dieser Vorgänge Zurückhaltung geboten erscheint.

— So haben in den letzten Monaten einige Betriebsbesetzungen stattgefunden, unterschiedlich von ihrer Radikalität und ihrem Erfolg. Meist konnte eine zeitliche Streckung der Kapitalistenkonzepte und bessere Sozialpläne erreicht werden. Ob die betreffenden Belegschaften unter anderen Umständen, wie im Falle Arbo-Saarstahl (Beispiele dieser Art „amerikanischer Verhaltens“ häufen sich), auch zum Lohnverzicht und zur Aufgabe tariflicher Vereinbarungen als Gegenleistung für Versprechungen auf Arbeitsplatz erhalten bereit gewesen wären, darüber soll hier nicht spekuliert werden. Die Radikalität der Krise selbst diktiert hier die Bedingungen. Eines haben die Betriebsbesetzungen jedenfalls bewirkt: Betriebsbesetzungen werden in fortschrittlichen Gewerkschaftskreisen wieder als eine der Möglichkeiten im Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung und Betriebsstilllegung konkret diskutiert.

— Hervorgehoben werden soll auch die in der Stahlindustrie in Gang gekommene Diskussion über Verstaatlichung. Die miserable Situation auch in den staatlichen Betrieben (allein bei der Bundesbahn werden bis zum Ende dieses Jahrzehnts 100 000 Arbeitsplätze wegrationiert) und die abweisende Haltung der KGM-Führung und sicherlich zwei Momente, die eine weitere Verankerung dieser Forderung auf Massenebene erschweren. Dabei hat das „Dortmunder Konzept“ herzlich wenig mit der karrierten Form von Verstaatlichung zu tun. Heute wird die Verstaatlichungsforderung an ganz bestimmte Bedingungen geknüpft (Erhalt der Arbeitsplätze und Stahlindustrie, Schaffung alternativer Arbeitsplätze durch Diversifikation der Produktion u.a.). Die schroff ablehnende Haltung von Staat und Regierung in dieser wirtschaftlichen Situation wird wohl kaum dazu beitragen, Illusionen in den Belegschaften in staatlichen Handeln zu fördern, eher im Gegenteil.

Eine interessante Auseinandersetzung um die Verstaatlichungsforderung könnte sich auch innerhalb der IG Metall fortsetzen. Die Meinung praktisch aller Vertrauensleutekörper der relevanten Stahlbetriebe in NRW (plus in Bremen der Klöcker-Betriebsrat) finden hier ihren Widerstand zur offiziellen Vorstandspolitik, auch wenn mit der letzten IGM-Stahlkonferenz die Wogen vorübergehend etwas geglättet zu sein scheinen.

Aus Anlaß dieser neuen Diskussion sollte daran erinnert werden, daß an ähnlicher Stelle nicht viele Jahre her betriebsbasierte Konkurrenzprojekte und auch der Ruf nach Protektionismus die Runde machten.

— Diesbezüglich hat auch in Teilen der Belegschaften in norddeutschen Werftbetrieben ein Entwicklungsprozeß stattgefunden. Insbesondere die Tatsache, daß Betriebsräte und Vertrauensleute namhafter Schiffbaugroßbetriebe der Verlockung mit Arbeitsplatz über die Ankurbelung des Kriegsschiffbaus bislang erfolgreich widerstanden und sich Boden für eigene al-

ternativen Forderungen nach dem Erhalt von Arbeitsplätzen (alternative Produktion, Rüstungskonversion u.a.) schaffen konnten, verdient große Wertschätzung. Auch in diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß nicht wenige Monate her Belegschaften der Kieler HDW für den Bau von U-Booten für Chile demonstrierten (was freilich nicht heißen soll, daß sich ähnliches in Zukunft nicht wiederholen kann). Speziell für die Diskussion in der Norddeutschen Werftindustrie sind zwei neue Elemente hinzugekommen, die den Wert der Existenz alternativer Wahlbündnisse bei der Unterstützung von Betriebskämpfen unter Beweis stellen könnten. Die GAL Hamburg, die die Forderungen und Aktionen der HDW-Kollegenschaft aufgegriffen hat und aktiv mitträgt (und auch parlamentarisch vertritt), beteiligt sich aktuell an der Vorbereitung zu einer alternativen norddeutschen Werftkonferenz, nachdem auf der von Dohnanyi zustandegebrachten das HDW-Sanierungskonzept der Geschäftsleitung sowie einschneidende „Strukturveränderungen“ für die Großwerften abgesegnet wurden.

In Bremen haben sich in einem Betrieblichen Alternativen Bündnis (BAB) Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute namhafter Betriebe auf einer ersten gemeinsamen politischen Plattform zusammengefunden. Zum ersten Mal aus den Betrieben heraus entwickelt sich ein Bündnis, daß mit dieser Zusammenarbeit und einer angestrebten parlamentarischen Vertretung heraus eine Erweiterung seiner Kampfsmöglichkeiten entwickeln will. Auch das ist der 1. Mai 1983. Kein Grund, sich einzumischen?

Ein Genosse der Kommission Betrieb und Gewerkschaft

„Lieber nützliche Dinge produzieren als gar nichts“

In der Frankfurter Zentralverwaltung der AEG existiert seit einiger Zeit der Arbeitskreis von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, Technikern, Ingenieuren, Physikern und Designern einer AEG-Entwicklungsabteilung. Dieser Arbeitskreis stellt sich die Aufgabe, die Forderung nach Erhaltung aller Arbeitsplätze bei der AEG durch die Erarbeitung von Produkt-Alternativen zu unterstützen.

Begonnen hat alles damit, daß einige aktive Vertrauensleute neben Aktionen in der Öffentlichkeit auch Befragungen im Betrieb durchführten, um herauszufinden, wie Kollegen zu der Möglichkeit von Produkt-Alternativen stehen. Aufgrund der guten Resonanz, gerade unter Fachleuten, entstand dann der Arbeitskreis „arbeitsplatzsichernde Zukunftsforschung“.

Die Gruppe formuliert Produkt-Ideen, die sie an die IGM-Vertrauensleute weitergibt. Sie erwarten, daß von dort ihre Vorschläge an den Betriebsrat, die IG-Metall und die jeweils zuständigen Politiker weitergeleitet werden. Bemerkenswert ist das methodische Konzept des Arbeitskreises. Am Anfang der Diskussion steht jeweils ein gesellschaftliches Problem. Erst bei der Diskussion von Lösungsvorschlägen kommen die Teilnehmer auf Produkte zu sprechen, die sie später konkreter definieren wollen. Ein Ausgangspunkt für Produkt-Ideen war z. B. das Problem der beruflichen Integration Schwerbehinderter.

Der Arbeitskreis schlägt gezielte Maßnahmen vor, unter anderem eine erhebliche Ausgleichsabgabe, die ein Unternehmen bei unzureichender Beschäftigungsquote von Schwerbehinderten zu zahlen hätte. Die dadurch erzielten Mehreinnahmen sollen teilweise für die Entwicklung von Geräten verwendet werden, die eine berufliche Integration von Schwerbehinderten ermöglichen. Davon verspricht sich der Arbeitskreis auch einen Beschäftigungseffekt für Nichtbehinderte. Andere Vorschläge betreffen auch auf Maßnahmen, die

von AEG-Betrieben entwickelt und gefertigt werden. Die derzeit bestehenden Möglichkeiten einer Unterstützung durch die öffentliche Hand bei der Eingliederung von Schwerbehinderten sollen genutzt, auf eine Ausweitung dieser Mittel soll hingewirkt werden. Eine Ausweitung der Entwicklung behindertengerechter Produkte, allein für den Eigenbedarf der AEG, könnte wenigstens einen Teil der geplanten Entlassungen verhindern. Dabei denkt der Arbeitskreis zunächst an herkömmliche Geräte, z. B. Lesegeräte für Blinde. Zusätzliche Märkte könnten erschlossen werden, wenn man solche Produkte unter Einsatz moderner Mikroelektronik weiterentwickelt, und zwar in Richtung auf geringere Kosten und größere Handlichkeit. Dadurch könnte man z. B. Blinden ein tragbares Lesegerät für ihren privaten Bereich anbieten.

Die Qualität der Produkte soll durch das Prinzip der „Interaktion“ verbessert werden. Die Gruppe versteht darunter eine Übertragung von mehr Kompetenz an den Behinderten bei der Benutzung eines Gerätes. So könnte z. B. ein Lesegerät durch einen Blinden selbst, in Zusammenarbeit mit einer Hilfsperson, auf seine Bedürfnisse und eventuell auch auf schwierige Schrifttypen eingestellt werden. Dadurch würde die technische Leistung verbessert und zugleich das Selbstvertrauen der Behinderten gestärkt.

Ein weiterer Ansatzpunkt für Produkt-Ideen ist der Vorschlag, den Stromverbrauch von Privathaushalten zu senken, daß die Einführung von Solarenergie und anderen „sauberen“ Technologien erleichtert wird. Außerdem diskutieren der Arbeitskreis über die Bereiche „Entwicklungshilfe“, Umweltschutz, Verkehr, Kommunikation und Arbeitsplatzgestaltung.

Die ersten Vorschläge des Arbeitskreises sind in einer Abteilungsver-sammlung, von den Vertrauensleuten

des ersten Vorschlags des Arbeitskreises sind in einer Abteilungsver-sammlung, von den Vertrauensleuten und im Betriebsrat diskutiert worden, und haben dabei uneingeschränkte Zustimmung gefunden. (Informationen nach „Frankfurter Metallbote“, März 83)

Ein Gen. des KB/Gruppe Frankfurt

Stehen

Anzeige

Massenausweisungen

bevor?



Preis: DM 3,-

Die geplanten Verschärfungen des Ausländergesetzes

Auswertung der Berichte der Bund-Länder-Kommission „Ausländerpolitik“

Bestellungen an: Franz Scheuerer, Weißenhof 37, 2100 Hamburg 90. Tel. 040/77 08 73, nur gegen Vorauskassa (je Exemplar 1,- DM Porto). Konto: Haspe, BLZ 200 508 50, Kontonr. 1037/763610, H.C. Schulz

Bremen : Grüne wollen kein Wahlbündnis

Zu den Bremer Bürgerschaftswahlen im September wollen die Grünen im Alleingang antreten. Eine bremetisch gegen die böse „Altlinke“ und andere „intellektuelle Bubs verschiedener Haker Couleur“ (O-Ton des Grünen-Chefs Willers) abgeschottete Liste soll allerdings „offen“ sein für interessante Leute von der Basis, die den Grünen genehm sind und die den strengen Sektens-Mief der grünen Solo-Liste ein mißliches mildern sollen.

Verwunderlich ist der Vorgang überhaupt nicht. Der Bremer Landesverband steht nicht auch innerhalb der grünen Bundespartei durch seine speziell arbeiterfeindlichen Theorien und Eskapaden unangenehm hervor. In Bremen ist man am eifrigsten, wenn es darum geht, der Mehrheit der Beschäftigten eine Arbeitszeitverkürzung o h n a Lohnausgleich (also Lohnabbau) zu verordnen. Das macht den Arbeitern gar nichts aus, denn sie haben sowieso zuviel Geld und kaufen davon doch bloß schädliche Produkte. Und überhaupt, sagt Willers, „Wir sind aus gutem Grund keine Klassenkampfpartei“ (Jedenfalls nicht für die Arbeiter!), denn die Arbeiter seien ohnehin nur „30 % der Gesamtbevölkerung und es werden immer weniger“ (die anderen 70 % arbeiten n i c h t oder wie?!). Und diese 30 % sind sowieso verblödet, sagt Willers, wofür sie aber nichts können, weil es an der „stumpfsinnigen Arbeit“ und am „geisttötenden Freizeitkonsum“ liegt.

Die Bremer Grünen scheinen entschlossen, die Nachfolge der alten BGL (Bremer Grüne Liste) anzutreten: Die BGL (derzeit drei Abgeordnete in der Bürgerschaft) hat sich mittlerweile zur astreinen Spießbürgerpartei in der Bürgerschaft (mit) und nicht mehr vor dem Appell an niedrige (zum nicht zu sagen: fauchbioiden) Instinkte bei ihrer Klientel nicht zurückschreckt, beispielsweise bei der Stimmungsmache gegen unangepaßte Jugendliche und gegen radikale Linke.

Links bieten Bündnis an

Um das Gegeneinander mehrerer konkurrierender Listen zu vermeiden — auch die BGL wird wieder kandidieren — ist von Seiten der Bremer Linken (bisher vergeblich) um ein Wahlbündnis mit den Grünen geworben worden. Hauptkraft ist dabei das Betrieblich-Alternative Bündnis (BAB), das in der bundesdeutschen Alternativszene eine sehr beachtliche Besonderheit darstellt: Hier haben sich „gestandene“ Aktivi-

Um das Gegeneinander mehrerer konkurrierender Listen zu vermeiden — auch die BGL wird wieder kandidieren — ist von Seiten der Bremer Linken (bisher vergeblich) um ein Wahlbündnis mit den Grünen geworben worden. Hauptkraft ist dabei das Betrieblich-Alternative Bündnis (BAB), das in der bundesdeutschen Alternativszene eine sehr beachtliche Besonderheit darstellt: Hier haben sich „gestandene“ Aktivi-

sten aus Betrieb und Gewerkschaft zu einer politischen Gemeinschaft links von der SPD zusammengeschlossen. In diesem Zusammenschluß spielt, auch das ist wohl einmalig im Land, die DKP aufgrund ihrer besonderen betrieblichen Verankerung in Bremen eine wichtige Rolle, ohne daraus bisher eine penetrante Dominanz im Sinne üblicher DKP-„Bündnispolitik“ gemacht zu haben. Gemeinsam mit der seit den letzten Wahlen (1979) bestehenden Alternativen Liste/AL und vielen anderen Interessierten organisierte

das BAB im März einen ersten kommunalpolitischen Kongreß, zu dem auch die Grünen zur gleichberechtigten Teilnahme eingeladen waren. Nach manchem Hin und Her beschränkten sich die Grünen jedoch auf eine nicht sehr konstruktive Gastrolle am Rande.

Am 13. April fand, gewissermaßen als Fortführung des kommunalpolitischen Kongresses, ein erstes „Wahlplenum“ statt, auf dem die Frage einer eventuellen eigenständigen Listenbildung — bei Scheitern aller Angebote an die Grünen — beraten werden sollte. Das BAB legte dazu eine Stellungnahme vor, in der alle interessierten Kräfte, insbesondere die Grünen, aufgefordert wurden, sich „auf der Grundlage eines gemeinsam zu erarbeitenden kommunalpolitischen Programms“ zusammenzuschließen zur Bildung einer gemeinsamen Liste „in Fragen, die durch das kommunalpolitische Programm nicht erfaßt werden, ist für die Kandidaten des BAB — die politischen Positionen des BAB maßgebend. Das gilt für alle anderen Gruppen entsprechend“.

Das BAB fordert also keine Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner (Minimalkonsens) und Ausklammerung aller strittigen Punkte, sondern der BAB-Vorschlag würde es allen beteiligten Gruppen ermöglichen, im Einzelfall voneinander abweichende Positionen im Parlament zu vertreten.

Da die Grünen bereits zuvor kategorisch und ultimativ jede Zusammenarbeit mit der DKP ausgeschlossen hatten, war das Verhältnis zur DKP Diskussionssthema im Wahlplenum: Obgleich, so mehrere Redner aus dem alternativen Spektrum, sie von der DKP in Fragen der gesellschaftlichen Aufgabe wie auch in manchen Tagesfragen tiefe Gräben trennen, sei die Mitarbeit von DKPern in einer gemeinsamen Liste kein Punkt, an dem man sich grünem Diktat zu beugen bereit wäre. Zwar gibt es starke Vorbehalte gegen die DKP, aber gerade der unverschämte, war was verstanden zu werden, so mehrere Redner aus dem alternativen Spektrum, sie von der DKP in Fragen der gesellschaftlichen Aufgabe wie auch in manchen Tagesfragen tiefe Gräben trennen, sei die Mitarbeit von DKPern in einer gemeinsamen Liste kein Punkt, an dem man sich grünem Diktat zu beugen bereit wäre. Zwar gibt es starke Vorbehalte gegen die DKP, aber gerade der unverschämte

Zur Fortsetzung der Diskussion soll ein zweites Wahlplenum am 15. Mai stattfinden. Dort sollen die „Grundzüge eines kommunalpolitischen Programms für Bremen beraten werden können“. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob die Notwendigkeit und ob ausreichende Grundrissen für eine eigenständige Listenbildung bestehen, falls die Grünen an ihrer strengen Verweigerungshaltung festhalten. Im Vorfeld dieses Wahlplenums sind auf allen Sachgebieten Gespräche mit grünen AG's geplant, um eine inhaltliche Abstimmung nach Möglichkeit zu erreichen.

„Wir sind die einzige wirkliche Opposition im Lande ...“

... prahlte Grünen-Chef Willers in einem Papier, in dem er dafür plädiert, sich endlich nicht mehr mit den Linken und mit den „linken Arbeiterführern“ abzugeben (mit denen habe man sowieso schon viel zu viel Geduld gehabt!), sondern konsequent die Schritte zur Allein kandidatur einzukleimen. Andere Diskussionspapiere aus dem grünen Landesverband zeigen ein ähnliches Selbstverständnis in erster Linie Ablehnung der eigenen Einzigartigkeit, die sich nicht nur darin ausdrückt, daß man die korrekteste aller Listen hat, sondern daß man auch (als einzige) über völlig neue „politische Umgangsformen“, wahre Menschlichkeit, völlig neues „Demokratieverständnis“ usw. usw. verfügt. Eine Orga von wohltuender Ernsthaftigkeit und maßvoller Selbstschätzung!

So vorbereitet verabschiedeten die Grünen auf ihrer Mitgliederversammlung am 23.4. ihre „Grünen Grundpositionen zur Bürgerschaftswahl 1983“. Darin sollen „unverzichtbare Grundpositionen einer Listenbildung zur Bürgerschaft“ festgehalten sein, „die nicht Gegenstand von Kompromissen sein können“. Das Papier enthält im wesentlichen die bekannten grünen bzw. Bremen-grünen Positionen zur Ökologie und Wirtschaftspolitik. Festgehalten ist außerdem der Schwur auf die „Gewaltfreiheit“ und — zwecks Fernhaltung von DKPern — die Solidarität mit der „autonomen

Friedensbewegung der DDR“ und der polnischen Solidarnosc. Insgesamt betrachtet, handelt es sich aber, verglichen etwa mit den Theorien von Rudolf Bahro, um eine relativ maßvolle Plattform.

In der Diskussion auf der Grünen-MV strebten zwei erkennbare Strömungen auf unterschiedlichem Weg dem gleichen Ziel zu, Allein kandidatur im Gewand einer „offenen Liste“. Während der wirklich uraltlinke Routinier Ralf Fücks (Ex-KBW, Ex-ISP, derzeit einer der grünen Chefideologen in Bremen) mit wechselndem Erfolg versuchte, die Grünen vor den größten taktischen Dummheiten und Eigentoren zu bewahren, brannten Jo Müller und Peter Willers darauf, den „Verhandlungszirkus“ mit den Linken vom Wahlplenum endlich abzubringen und hochherhebend Hauptes den Durchmarsch zur Solo-kandidatur zu beschließen. Weitere Redner übertrugen sich in Denunziationen des BAB als Hilfsgruppe der DKP und Angriffen auf die in Bremen relevante Gruppe Arbeiterpolitik, die sich als eine von abartigen „Organisationsinteressen geprägte Funktionselchtheit“ zwischen die Grünen und die anständigen Arbeiter „an der Basis“ schiebe. Weitere Diskussionen mit dem Kreis ums Wahlplenum seien reinste Zeitverschwendung.

Problematisch ist der Kurs auf Durchmarsch aber doch, weil unter denjenigen, die bisher die Grünen unterstützen, manche sind, denen bei

einer derart unverblühten und schroffen Absage an ein Bündnis mit der sozialistischen und Arbeiter-Linken nicht ganz wohl ist.

Letztlich verabschiedet wurde eine etwas veränderte Vorlage von Willers, die de facto die Ablehnung einer Zusammenarbeit zur Bürgerschaftswahl mit den Kräften ums Wahlplenum enthält: „Wir wollen kein taktisch begründetes Wahlbündnis mit denen, die das Bündnis nur aus gruppenegoistischen Gründen suchen“ — und wer damit gemeint ist, ist nach allen Äußerungen im grünen Landesverband 100%ig klar. Zugleich wurde von der Grünen-MV ein Wahlauschuß gewählt, „der die notwendigen Arbeiten der Wahlvorbereitung in Angriff nimmt“.

Daß die Grünen von diesem Kurs noch abzubringen sind, ist unwahrscheinlich. Falls dafür noch eine minimale Chance besteht, so liegt sie ganz bestimmt nicht im weiteren Abwarten und im Hoffen auf ein Wunder, sondern im Setzen eindeutiger Fakten, die den Grünen einen Strich durchs Kalkül machen. Das kann nach Lage der Dinge nur bedeuten: Einleitung aller Schritte für eine eigenständige Kandidatur aus dem Kreis ums Wahlplenum. Möglich, daß die Grünen dann über die Frage eines Wahlbündnisses doch noch einmal neu nachdenken müssen. Bisher verlassen sie sich ja einfach darauf, daß die Einschluß- und Talkraft beim Wahlplenum für eine eigene Liste nicht reichen wird. Ob sie damit recht behalten werden?

„Wir sind doch keine Masochisten ...“

„Wir sind doch keine Masochisten ...“

Peter Willers (Ex-SPD und ehemaliges Mitglied der Bremer Grünen Liste/BGL) hat sich „Einige heterotische Gedanken zu Zustand und Selbstverständnis der GRÜNEN nach den letzten Erfahrungen“ von „Grün 83“ mitgeteilt. Wir dokumentieren den vollen Wortlaut von Willers' „ketzerischen Gedanken“. Wobei das schöne Wort „ketzerisch“ wieder einmal für den Versuch beibehalten muß, abgewandene altlinke Plättchen und Klischees möglichst interessant und attraktiv darzustellen. Willers, 1979 Partner des BGL-Chefs Dörmel bei der Ausgrenzung sozialistischer Linker, hat vorher offenbar nichts dazugelernt. Jedenfalls nichts, was für die Herstellung eines breiten demokratischen Bündnisses fruchtbar sein könnte.

halb werden wir auch gewählt.
2) Diese Tatsache kann uns ruhig Selbstbewußtsein geben, ohne daß wir uns schon zu bekümmern dürfen, denn
3) verwirklichen können wir diesen Anspruch nur mit viel Arbeit und Engagement.

Wir haben eine politische Identität, die mit unseren vier Grundsätzen ökologisch, basierendemokratisch, sozial und gewaltfrei allgemein, aber zureichend beschrieben ist in einigen Bereichen haben wir noch Nachholbedarf, in diesen Grundsätzen zu konkretisieren, in anderen ist es gelungen. Diese vier Grundsätze liegen gemein verankert keine andere Partei oder Gruppe.

Diese Identität können wir verlieren oder verteidigen und ausbauen.

Wenn wir in Bremen (Stadt) so weiter machen wie in der letzten Zeit, werden wir sie verlieren. Und das ist in erster Linie eine Kritik an uns selbst zu verstehen.

Unsere organisatorischen und inhaltlichen Vorstellungen liegen quer zum traditionellen Verständnis von Politik. Darum sind wir auch keine linke Partei nach bishenigem Strickmuster. Unsere Ziele:

- Priorität der Ökologie,
- Abbau staatlicher Macht — darum u.a. auch keine „Verstaatlichung“ der Wirtschaft,
- Dezentralisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen,
- Infragestellung des technischen Fortschritts als Vorbedingung für sozialen Fortschritt,
- Friedenspolitik durch Blockfreiheit,
- Abbau von Hierarchien auch in der politischen Organisation

finden auch in keinem altlinken Konzept. Darum unterscheiden wir uns grundlegend von ihnen, am meisten aber von der DKP.

Oberflächliche Übereinstimmungen, mit Fleiß beschworen, daß wir doch alle den Frieden wollten z.B. dürfen aber diesen Diskurs nicht hinwegwischen. Minimalismus ist zudem kein parlamentarisch handbares Prinzip. Wir sind aus gutem Grund keine Klassenkampfpartei. 30 Prozent der Gesamtbevölkerung (und es werden immer weniger) sind noch Arbeiter. Gerade diesem Teil der Bevölkerung ist das Klassenbewußtsein durch stumpfsinnige, entfremdende Arbeit und geisttötenden Freizeitkonsum nachhaltig ausgefräsen worden (worum sonst wurden sie solche Gewerkschaften? a s i h r e Interessenverwirklichung). Wir können und wollen da keine Stellvertreterpolitik machen.

Fortsetzung nächste Seite

Bremens "grüner Stahlexperte" macht in Nationalismus

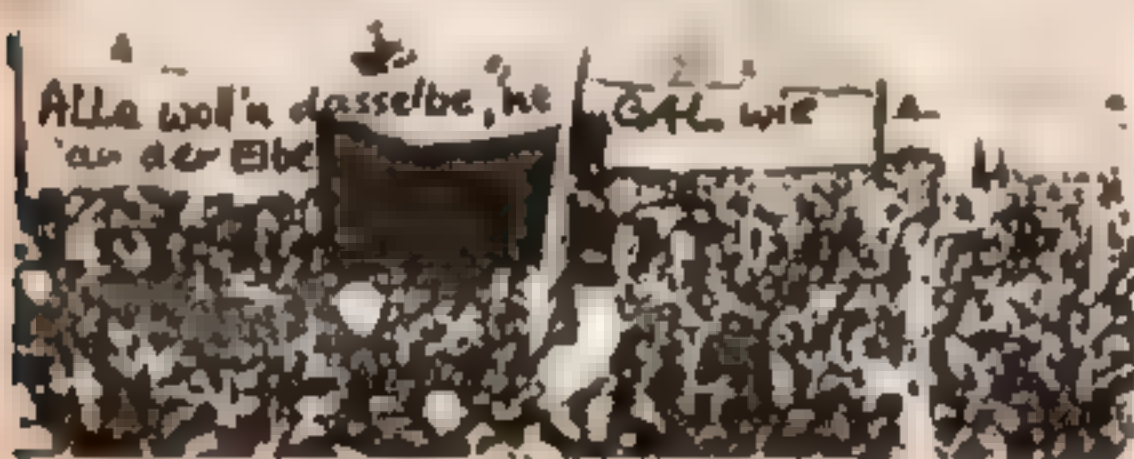
Einem Tag vor der Mitgliederversammlung der Grünen fand am 22.4. die BAB-Veranstaltung „Konzerte zerstören eine Region“ statt. 700 Teilnehmer/innen stellten die Anziehungskraft des BAB unter Beweis. Das BAB nutzte die Veranstaltung, die eigene Position zu betrieblichen Problemen (35-Stunden-Woche, Verstaatlichung, alternative Produktion) und zur selbständigen politischen Vertretung darzustellen. Aus dem Rahmen der konkreten und an den Kollegeninteressen orientierten Beiträge aus dem Publikum fielen allein die Ausführungen der MQ (Marxistische Gruppe) und von Ralf Fücks, der insbesondere das Steckpferd der Bremer Grünen, die Beschränkung des Lohnausgleichs auf unsere Einkommen bei Arbeitszeitverkürzung, verteidigte, und der diese Spaltung der Beschäftigten als Solidarität mit den Arbeitslosen verkaufen wollte.

Der westdeutsche Stahlkonzern Klöckner hat von der europäischen Kommission eine Bußgeldforderung über 110 Millionen Mark wegen Überschreitung der Stahlquoten erhalten. Dazu erklärte „der Stahlexperte der Bremer Fraktion, Jo Müller, Bremen“, „Bonn muß bei der EG-Kommission vorstellig werden. Die durch maßlose

Subventionierung veralteter französischer, britischer und belgischer Stahlwerke entstandene Krisenlast dürfte jetzt nicht auf die deutschen Stahlwerke abgeschoben werden ... Müller sprach den Verdacht aus, daß durch die Ausschüttung der Klöckner-Werke das entscheidende Kapazitätsproblem der europäischen Stahlindustrie gelöst werden sollte. Dahinter ständen die Interessen französischer, britischer und belgischer Unternehmen.“

Klöckner-Betriebsrat Peter Sörgel machte deutlich, daß die gesamte Quotenregelung allein ein Mittel der Konzerne sei, die Belegschaften gegeneinander aufzuheizen und für die Subventionierung des „eigenen“ Konzerns und das Zusammenbrechen der anderen zu mobilisieren. Zugleich sollte das Schüren von Chauvinismus („gegen die Franzosen“ usw.) erlischert werden. Der Klöckner-Betriebsrat und die Belegschaft hätten sich bisher gegen diese Politik der Spaltung gewandt und die Schwächung der Kampfkraft nicht mitgemacht. Es sei umso erschütternder, daß nun ohne jede Rücksprache mit dem Betriebsrat gerade ein Grüner in das gleiche Horn wie der Konzern-Vorstand blase.

KB/Gruppe Bremen.



Hessische DS gegen Alleinkandidatur

Der Landesverband Hessen der „Demokratischen Sozialisten“ (DS) beschloß auf seinem Parteitag am 17. April, zu eventuell noch in diesem Jahr stattfindenden Neuwahlen des Landtags nicht mit einer eigenen Liste anzutreten. Am selben Tag hatte der Landeshauptauschuß der Grünen beschlossen, keinem Auflösungsantrag für den Landtag zuzustimmen. Neuwahlen dürften daher frühestens zu dem von der SPD vorgeschlagenen Termin im September stattfinden.

Nach Bekanntwerden der Neuwahlpläne der vereinigten etablierten Parteien im Landtag war in den Orts- und Kreisgruppen der DS erneut die eigene Wahlbeteiligung heftig umstritten. Es war von vornherein klar, daß ein von allen als erstrebenswert angesehenes breites Wahlbündnis einmal mehr am Widerstand der Grünen scheitern würde. Dies war spätestens auf einem landesweiten Sondersprechtag von einem (allerdings nicht autorisierten) Vertreter der Grünen ebenso deutlich zum Ausdruck gebracht worden wie von anderen Grünen bei örtlichen Gesprächen.

Für die Befürworter einer Wahlbeteiligung um Manfred Coppik — vor allem aus der Ortsgruppe Darmstadt und Teilen der Offenbacher, Frankfurter und Kasseler Gruppen — war damit die Situation klar: eine eigene Liste der DS sollte aufgestellt werden, wie es vorher auch schon die von der FDP abgespaltenen „Liberalen Demokraten“ (LD) beschlossen hatten.

Wer weder die Grüne Partei noch die SPD als die Alternative fortschrittlicher Kräfte gegen die Rechtskoalition akzeptieren könne, müsse für eine DS-Liste auch dann eintreten, wenn diese keine Chance habe, in den Landtag zu kommen, oder wenn den Grünen dadurch Stimmen verloren gehen würden. Die Grünen — so Coppik — hätten 1980 unter der gleichen Voraussetzung zum Bundestag kandidiert und damit bewußt das Risiko einer Kanzlerschaft von Strauß in Kauf genommen. Wenn man eine neue Partei bekanntmachen und als politische Kraft entwickeln wolle, so käme man um eine eigene Wahlbeteiligung nicht umhin. Eine Reihe von DS-Mitgliedern wußten zu berichten, daß die Leute „draußen im Lande und in den Betrieben“ die DS ohne eine Wahlbeteiligung nicht ernstnehmen würden.

Gerade in der gegenwärtigen Stagnationsphase der DS in Hessen sei eine Kandidatur notwendig, um die Partei auch nach innen zu konsolidieren. Auch eine kleine Partei wie die DS sei bei geschlossenem Handeln aller Mit-

glieder in der Lage, einen originellen und effektiven Wahlkampf zu organisieren. Die Wahlbeteiligungsgegner — die Mehrheit der Frankfurter, Offenbacher und Kasseler Gruppe, die gesamte Marburger Gruppe und einige kleinere Orte — wandten demgegenüber ein, daß auch jetzt noch nicht, ebenso wie vor einem halben Jahr bei der letzten Landtagswahl, die politischen Voraussetzungen für eine DS-Kandidatur gegeben seien. Es komme vielmehr darauf an, die Arbeit in Initiativen vor Ort zu entwickeln und eigene politische Aktivitäten zu unternehmen. Bei der geringen Mitgliederzahl könne niemand für einen noch dazu

auszuschließenden Wahlkampf mobilisiert werden. Hinzu komme, daß mit den Grünen eine Partei zur Wahl anstrebe, die durchaus unterstützenswert sei, bei aller Kritik im einzelnen. Wenn man die Absicht habe, eine sozialistische Partei aufzubauen, könne dies sicher nicht schwerpunktmäßig über eine Wahlbeteiligung laufen. Von Seiten der DS solle weiterhin angestrebt werden, Wahlbündnisse zu organisieren; aber dazu gehöre auch, daß man in dieser Richtung in den Orten und Kreisen Initiativ wird, um mit den Grünen und sonstigen Leuten ins Gespräch und in eine gemeinsame Arbeit zu kommen. Nur vor Wahlterminen sich hinstellen und rufen „wir wollen ein Bündnis“ zeuge von politischem Dilettantismus.

Die Marburger Gruppe berichtete von ersten Versuchen in diese Richtung. Auf Einladung der DS-Gruppe trafen sich dort Vertreter der Grünen, der DKP, der Jusos, des SHB und der DFU zu einem Gespräch über Möglichkeiten gemeinsamer Wahlbeteiligung. Wie zu erwarten, zeigten die Grünen wenig Bereitschaft. Im Verlauf des Gesprächs wurde aber auch deutlich, daß allgemeines Interesse an weiterer Zusammenarbeit besteht. So ist geplant, im Wahlkampf eine gemeinsame Veranstaltung der Grünen, DS und DKP (ggf. erweitert um andere Gruppen) durchzuführen, in der der Kampf gegen Hochrüstung und Sozialabbau im Vordergrund stehen soll. Außerdem soll in weiteren Gesprächen über Gemeinsamkeiten und Differenzen im Einzelnen gesprochen werden, weil bisher bei Gesprächen über Wahlbündnisse diese Fragen meist hinter taktischen Geplänkel versteckt wurden. Der hessische DKP-Vorstand hatte in einem Brief an den Landesparteitag den Vorschlag gemacht, DS und DKP sollten gemeinsam an die Grünen herantreten, um eine Beteiligung an einer dann wirklich „offenen“ Liste zu erreichen. Offenbar nach Bremer Vorbild sollten bevorzugt Leute aus dem betrieblichen Bereich hierzu benannt werden.

Dieser Vorschlag wurde von der DS kaum weiter diskutiert. Es wurde ein weiteres Mal als Konsens festgehalten, daß die DS sich jederzeit an Wahlbündnisse beteiligen würden, ohne allerdings konkrete inhaltliche und taktische Schritte zu beschließen. Ein weiteres Mal wurde damit die taktische Unbeweglichkeit weiter Teile der DS deutlich, die nur in Extrem-Alternativen denken kann: wenn kein gleichberechtigtes Bündnis mit den Grünen zustande kommt, dann ist eine Alleinkandidatur das einzige Gegenmittel. Beteiligung an einer offenen Liste — diesmal im Gegensatz zur letzten Wahl sogar von der DKP als Möglichkeit gesehen — wurde gar nicht erst diskutiert, obwohl mehrere Hinweise aus der Grünen Partei darauf hindeuten, daß eine „wirklich offene“ Liste heute auf Sympathie bei mehr Grünen trifft als noch vor einem halben Jahr.

Es ist jedenfalls zu begrüßen, daß sich innerhalb der DS die realistische „Fraktion“ in Bezug auf eine Wahlbeteiligung durchgesetzt hat. Eine Alleinkandidatur der DS wäre sicher sehr hundertlich beim Aufbau linker (Wahl-)Bündnisse gewesen.

KB-Gruppe Marburg

- unsere eigenen GRÜNEN Ziele genauer als bisher bestimmen, diskutieren, so daß möglichst alle Grünen sicher und selbstbewußt unsere Politik vertreten können;
- GRÜNE Politik offensiv vor- und zur Diskussion stellen im BAB, in Friedensinitiativen, in eigenen Veranstaltungen zu Sachthemen und durch den lange geplanten Kongress zu Arbeit und Wirtschaft in Bremen;
- in „GRÜN 83“ schnellstmöglich zu einem Abschluß der inhaltlichen Programmdiskussion (und nur noch der) kommen;
- unsere Arbeit so weit wie möglich mit Stadtteilgruppen dezentralisieren, also Probleme — auch die kleinen — unten und vor Ort aufgreifen. Das ist unsere Stärke und macht Spaß, weil es menschliche Kontakte ermöglicht;
- Mit diesen Aktivitäten inhaltlich begründet klarmachen — und es dann aber auch klar und unmissverständlich sagen — daß DIE GRÜNEN aus diesen inhaltlichen Gründen für die parlamentarische Arbeit (nicht für punktuelle außerparlamentarische) keine anderen Organisationsformen als Huchopeckreisende wünschen



Warnstreik bei Philips gegen die Schließung der Fabrik

Foto: C. Arlons

„An Grenzen rütteln ...“

lautet der Titel eines Textes über Probleme von Frauen in den Gewerkschaften. Er ist erschienen in dem Buch der Niederländerin Anja Meulenbelt „Feminismus — Aufsätze zur Frauenbefreiung“. Der Titel könnte auch das Leitmotiv für das gesamte Buch sein. Es ist — zumindest auf den ersten Blick — ein buntes Sammelalbum von Artikeln, die Anja Meulenbelt (sprich: Mölenbelt) in den Jahren 1973-1980 geschrieben hat. Die elf Aufsätze lassen sich grob in drei Bereiche gliedern, die aber nicht so abgegrenzt oder gar in dieser Reihenfolge abgedruckt sind. Neben Artikeln zur ökonomischen Frage (Hausarbeit, Gewerkschaften, Arbeitsbedingungen) steht eine Kollage zur Sexualität und ein kürzerer Artikel zur Pornographie; die übrigen Texte sind weitgehend Auseinandersetzungen mit Positionen der Frauenbewegung, der Linken, der „Männerfrage“. Den Abschluß bilden „Anmerkungen zu einem nie geschriebenen Artikel über Frauenkultur“. Diese Vielfalt zeigt nicht nur in der reichen Themenauswahl, sondern auch in der Herangehensweise.

Neben Analysen und Darstellungen finden sich mehr oder weniger provokative Auseinandersetzungen von Fakten, Geschichten, Erfahrungen und Assoziationen; der Schluß ist rein politisch. Neben Analysen und Darstellungen finden sich mehr oder weniger provokative Auseinandersetzungen von Fakten, Geschichten, Erfahrungen und Assoziationen; der Schluß ist rein politisch.

„... Infolge der Krise drohen innerhalb der Frauenbewegung neue Spaltungen zu entstehen. Frauen auf der einen Seite erkennen, in welchem Maße es mit der Wirtschaft bergab geht und greifen von neuem auf die alten Analysen der Linken zurück. Es geht um die Wirtschaft, um Arbeitsplätze, um soziale Errungenschaften. Sieh mit Privilegienangelegenheiten wie Beziehungen oder Heterosexualität oder Lesbianismus zu beschäftigen, sei Luxus und lenke vom eigentlichen Kampf ab. Frauen auf der anderen Seite ziehen es vor — weil sie mit dem Ergebnis des ganzen feministischen Kampfes unzufrieden sind, da sich nicht schnell genug die gewünschten Erfolgsergebnisse abzeichnen —, all diese Energie lieber in eine feministische Subkultur zu investieren, in das schöne, warme, schwermütliche Nest. So droht die Verbindung zwischen dem Persönlichen und dem Politischen wieder verloren zu gehen. Mit einigen Artikeln dieses Bandes möchte ich begreiflich machen, daß die Verbindung nicht verlorengehen darf, wollen wir uns nicht selbst entmachten.“ (Vorwort, S. 11/12).

„Menschen oder Frauen“

In dem 1980 geschriebenen Artikel zu Problemen von Frauen in den Gewerkschaften werden einige der Widersprüche deutlich, in denen wir Frauen stecken, die sich keiner der beiden von A. Meulenbelt dargestellten Extrempositionen zurechnen (bei der Über- oder Unterrepräsentation wird das allerdings auch kaum

eine Frau tun).

Sie schildert das Dilemma der Frauen, die in der Gewerkschaft arbeiten und dort Frauenaufbau machen wollen, angefangen bei den Differenzen mit „alten“ Gewerkschaftsfrauen, die jahrelang für ihre Gleichstellung und -behandlung gekämpft haben, für ihre Integration, und die deshalb die Gründung von autonomen Frauengruppen in der Gewerkschaft als Rückschritt ansehen. Autonome Frauengruppen werden außerdem mit dem bekannten Spruch: „Nur gemeinsam sind wir stark“ angegriffen, der tatsächlich meist nur die Unterstützung der Männer durch die Frauen, aber sehr selten das Gegenstück beinhaltet.

Der niedrige Organisationsgrad von Frauen sei zwar mittlerweile durchaus Thema, aber die Ursachen werden vorwiegend bei den Frauen selbst gesucht, während gleichzeitig so „einfache“ Fragen wie Kinderbetreuung auf Seminare Streitpunkte und oder einfach „vergessen“ werden.

„Solange Frauenprobleme als Frauenprobleme und nicht als Gewerkschaftsprobleme betrachtet werden, wird der Blick weiterhin auf die Frauen gerichtet und nicht auf die Strukturen der Gewerkschaften und die Männer darin als Teil des Problems.“ (S. 113).

„... Infolge der Krise drohen innerhalb der Frauenbewegung neue Spaltungen zu entstehen. Frauen auf der einen Seite erkennen, in welchem Maße es mit der Wirtschaft bergab geht und greifen von neuem auf die alten Analysen der Linken zurück. Es geht um die Wirtschaft, um Arbeitsplätze, um soziale Errungenschaften. Sieh mit Privilegienangelegenheiten wie Beziehungen oder Heterosexualität oder Lesbianismus zu beschäftigen, sei Luxus und lenke vom eigentlichen Kampf ab. Frauen auf der anderen Seite ziehen es vor — weil sie mit dem Ergebnis des ganzen feministischen Kampfes unzufrieden sind, da sich nicht schnell genug die gewünschten Erfolgsergebnisse abzeichnen —, all diese Energie lieber in eine feministische Subkultur zu investieren, in das schöne, warme, schwermütliche Nest. So droht die Verbindung zwischen dem Persönlichen und dem Politischen wieder verloren zu gehen. Mit einigen Artikeln dieses Bandes möchte ich begreiflich machen, daß die Verbindung nicht verlorengehen darf, wollen wir uns nicht selbst entmachten.“ (Vorwort, S. 11/12).

Ersteres ändert nichts an der enormen Arbeitsbelastung, letzteres schwächt die Position auf dem Arbeitsmarkt. An zwei Beispielen zeigt A. Meulenbelt mögliche Lösungen: „Wenn wir Teilzeitarbeitsplätze fordern, weil wir sonst überlastet sind, während die Männer weiterhin ganztägig arbeiten und daher immer einen Grund haben, ihren Anteil an der Hausarbeit und der Kinderbetreuung auf uns abzuwälzen, werden wir die Verlierer bleiben. Deshalb müssen wir darauf hinarbeiten, daß Männer Teilzeitarbeitsplätze fordern... wir müssen nicht unseren „Schutz“ gegen Nacharbeit im Namen von Emanzipation und Gleichheit aufgeben, sondern die Männer müssen fordern, daß sie den gleichen Schutz gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen erhalten wie wir“ (S. 116).

Darüberhinaus beschreibt A. Meulenbelt die Schwierigkeit, „feministische Organisationsformen“ (Gesprächsguppen, kleine Arbeitsgruppen) in den Gewerkschaften anzubringen, Forde-

rungen, die über die rein ökonomische Ebene hinausgehen, einigermaßen unbeschadet durch die Antragsmaschinerie zu retten, gleichzeitig Frauen- und Fachgruppenarbeit machen zu müssen, um nicht ins Arbeitsgedrängte zu werden. Als letzten Punkt setzt sie sich mit der mehr oder weniger offenen Frauenfeindlichkeit auseinander, die auch in der Gewerkschaft noch lange nicht ausgerottet ist und unterstützt werde von einer Arbeiterkultur, die als Ideal immer noch den starken, markigen Muskelmann verehrt.

Ihre Schlußfolgerungen aus den Darlegungen lauten: „Dieselben Gründe, die drüht so schwer machen, in den Gewerkschaften zu arbeiten, sind genau die Gründe, zu bleiben. Wir können nicht weiterhin akzeptieren, daß Kindererziehung als ein Frauenproblem definiert wird. Wir können nicht zulassen, daß Männer für wöchentliche Arbeitszeitverkürzung kämpfen, während wir für tägliche Arbeitszeitverkürzung kämpfen... Wenn wir etwas an unserer Stellung verändern wollen, dann werden wir einen Fuß zwischen die Tür setzen müssen.“ (S. 130).

Diese kurze Darstellung eines Aufsatzes sollte ein wenig verdeutlichen, warum ich diesen Band für sehr disku-

Diese kurze Darstellung eines Aufsatzes sollte ein wenig verdeutlichen, warum ich diesen Band für sehr diskutierenswert halte. An vielen Stellen habe ich mich über A. Meulenbelts Positionen, Verallgemeinerungen, verkürzte Geschichtsauffassungen geirrt, aber auf keiner Seite habe ich mich gelangweilt. Besonders interessant ist auch der 1975 verfaßte Artikel zur „Ökonomie der Reproduktionsarbeit“, in dem verschiedene Ansätze der Erklärung der Hausarbeit sowie A. Meulenbelts eigene Ableitungen sehr übersichtlich und einleuchtend dargelegt werden. Abgesehen davon, daß — was bei A. Meulenbelt aber schlicht unvermeidlich ist — sie sich ein sehr vereinfachtes Weltbild von der Linken geschaffen hat: „Sowohl in linken Gruppen überhaupt als Frauen nachgedacht wird, gilt immer noch: Nur Frauen in Lohnabhängigkeit besitzen ein revolutionäres Potential, und die Ungleichheit von Männern und Frauen wird erst in der sozialistischen Gesellschaft vollständig aufgehoben werden können. Die Strategie für die Frauenemanzipation, sofern davon überhaupt die Rede ist, lautet dann auch meistens: Aufnahme von Frauen in die Produktion; Organisation von Frauen in Zusammenhang mit ihrer Lohnabhängigkeit, nicht lohnabhängig arbeitende Frauen müssen weiterhin dem Klassenkampf auf andere Weise dienen, indem sie die Striks unterstützen usw.“ (S. 41).

Zur Auseinandersetzung reizt auch ein Text von 1978 zum Stand der Frauenbewegung. Im Titel klingt schon an, wo die Differenzen liegen: „Die Insel der Separatistinnen oder der sichere Hafen der Linken. eine Navigationsfrage.“

Falls Ihr neugierig geworden seid: Anja Meulenbelt, „Feminismus — Aufsätze zur Frauenbefreiung“, Verlag Frauenoffensive, München 1982, 22,- DM.

Do., Niederlande-Kommunisten

Fortf. von vorheriger Seite

Auch die linken Arbeiterführer täuschen über diese Situation nicht hinweg. Einige von ihnen benutzen das ihnen für ihre betriebliche Arbeit gegebene Mandat für allgemeine politische und parteigekunderte Aktivitäten, die von der Bewußtseinslage der Arbeiter Meilen entfernt ist.

Noch weniger glaubhaft als besuchfragte — oder sich selbst besuchfragende — Interessensvertreter der Bevölkerung oder eines Teils davon sind jene intellektuellen Buben verschiedener linker Couleur, an deren Traktätschen mit belehrenden Einschätzungen zur Lage man so schwer vorbeikommt, wenn man irgendwo mit mehr als zehn Leuten zusammenkommt.

Ich meine, wir haben lange, fast bis zur Selbstaufgabe mit dem Geduld gehabt, die uns in ein Bündnis linker Kaderorganisationen pressen und unsere Erfolge für sich nutzen wollen. Wir sind doch keine Maoisten, die sich oben umarmen und unten in den Bauch treten lassen.

Wie gesagt, ich denke, wir haben es was zu verlieren.

Und darum, meine ich, müssen wir folgendes tun.

Neuer Personalausweis — Schlüssel zum Computerstaat?

Die Volkszählung ist vorläufig gekippt. Das ist ein schöner Erfolg der Boykottbewegung und eines gewachsenen öffentlichen Problembewußtseins in Sachen Datenschutz. Die Verdrängung der Republik und der Ausbau eines auf Totalität ausgelegten staatlichen Kontrollapparats sind davon allerdings noch nicht berührt. Ausgerechnet im Schatten der Proteste gegen die Volkszählung verabschiedete der Bundestag am 15.3.83 das neue Personalausweisgesetz, wonach ab 1.11.84 die maschinenlesbare Personalkarte bundesweit eingeführt werden soll. Die neue Personalkarte soll nun offenbar — ersatzweise für die von der öffentlichen Kritik abgelehnte Personenkennziffer (PKZ) — die Numerierung der West-Deutschen übernehmen: Als Universal Schlüssel soll sie in Zukunft jederzeit überall in der BRD in Sekundenschnelle den gesamten Datenbestand des inzwischen aufgebauten staatlichen Datenverbundnetzes aktivieren — von den kommunalen Einwohnerdatenbanken bis hin zu den Datenbanken der „Sicherheits- und Ordnungsbehörden“. Diesen wird im neuen Personalausweisgesetz überdies ausdrücklich die Ermächtigung ausgesprochen, die Personalkarte zur automatisierten Erschließung und Einrichtung von Dateien zu verwenden! Künftige Personalkarten-Kontrollen sollen ihrerseits zur Kontrolle automatisch gespeichert werden. Auf diese Weise können umfassende Bewegungsprofile von einzelnen und von Gruppen aufgezeichnet werden. Einführung der maschinenlesbaren Personalkarte bedeutet also Einführung eines in der bisherigen Geschichte staatlicher Überwachung einzigartigen automatisierten und tendenziell totalen Massenkontrollmittels. Nicht umsonst frohlockte schon der ehemalige BKA-Präsident Horst Herold: „Der neue Ausweis wird sich als Sesam-öffne-dich erweisen.“ Der Bevölkerung wird die neue Personalkarte als „Verwaltungsvereinfachung“, „Entbürokratisierung“, „bürgernahe Verwaltung“ u.ä. und als „fälschungssicherer Personalausweis“ angedient. Tatsächlich wird die neue Personalkarte für die Bevölkerung Erleichterungen im Umgang mit „den Behörden“ bringen. Bei nicht wenigen wird auch das Argument verfangen, zukünftig vor Paßklausen durch Terroristen sicher zu sein. Insofern kann die Einführung der Personalkarte durchaus mit breiterer Sympathie rechnen. Umso mehr kommt es darauf an, das neu entstandene Datenschutzbewußtsein und den Schub der Volkszählungsboykottbewegung für eine Kampagne gegen die Einführung der Personalkarte und die weitere Einrichtung der Einwohnerdatenbanken zu nutzen. In Frankreich wurde im Herbst '81 die Einführung einer maschinenlesbaren Personalkarte von der Nationalversammlung mit Hinweis auf die Erfahrungen mit dem Faschismus und denkbare ähnliche zukünftige Entwicklungen abgelehnt. Diese Argumentation gilt ja wohl nicht weniger für die BRD. Auch wenn das neue Personalausweisgesetz schon beschlossen ist, muß doch alle Kraft darauf verwendet werden, sein Inkrafttreten am 1.11.84 zu verhindern. Im einzelnen heißt das:

- Weg mit dem Personalausweisgesetz; keine Einführung der maschinenlesbaren Personalkarte
- Weg mit den Einwohnerdatenbanken; Datenschutzgesetz statt Meldegesetz
- Unterbindung des direkten Daten-Verbands zwischen Polizei- und anderen Behörden, insbesondere im kommunalen Bereich

derjenige Teil, den man sehen und greifen kann,

2. dazu aber auch die rechtlichen Regeln, die seine Verwendung normieren wie sind im Personalausweisgesetz und in anderen juristischen Bestimmungen enthalten,
3. der unsichtbare Inhalt der Personalkarte

(1) Die Plastikkarte, also der sichtbare Teil, enthält folgende Informationen:

1. Name/Erburtsname,
2. Vornamen
3. Ordens- / Künstlername,
4. Geburtsdatum,
5. Geburtsort,
6. Geschlecht
7. Größe und Farbe der Augen, unveränderliche Kennzeichen, Wohnort und Wohnung,
8. Staatsangehörigkeit, ferner
9. die Seriennummer,
10. das Lichtbild
11. die Unterschrift.

Verschlüsselte, d.h. für den Inhaber unleserliche oder unsichtbare Informationen über den Inhaber enthält die PK ebenso wenig wie „Säuerbalken“, Fingerabdrücke u.ä.

Gegen Fälschung und (Teil-)Verfälschung sollen Wasserzeichenpapier und ein spezielles Herstellungsverfahren schützen. Allein die Bundesdruckerei (die auch die Banknoten herstellt) darf den ausgefüllten Ausweis in eine spezielle Plastikkapsel einschweißen, die bei jedem Änderungsversuch irreparabel zerbricht.

(2) Im ... (unleserlich im Original — Anm. AK) Personalausweisgesetz vom 1980 und seiner kommenden Neufassung muß jeder entweder den (unhandlichen) Paß oder die PK mit sich führen, um sich bei Polizei- und Grenzkontrollen ausweisen zu können, sonst drohen Bußgeld und/oder Festsetzung der Person auf dem Revier, gelegentlich nach Orisliste sogar „erkenntnisdienliche Behandlung“ (Abnahme von Fingerabdrücken, Schrift- oder Stimmproben, Eingabe dieser Daten in einen Polizeicomputer).

Auch andere Behörden können das Vorzeigen der PK verlangen. Auch selbst im kommerziellen Bereich sieht das Personalausweisgesetz die Verwendung als Ausweispapier und zur Legitimation ausdrücklich vor, also z.B. bei Banken, Versicherungen oder beim Arbeitgeber.

(3) Unsichtbare Eintragungen. Ursprünglich sollte die neue PK bei bestimmten Personen auch einen Grenzsperrvermerk enthalten, der die Grenzbehörden darauf hinweist, daß der PK-Inhaber das Gebiet der BRD nicht verlassen dürfe — Da die PK aber im gesamten staatlichen und wirtschaftlichen Bereich verwendet werden sollte, wäre ein solcher Vermerk für den Inhaber fatal, da sie ihn für viele Kreise diffamiert hätte. Darum fand man folgende „datenschutzfreundliche“ Regelung der Sperrvermerk wird dem Betroffenen förmlich mitgeteilt, er kann ihn im verwaltungstechnischen Verfahren anfechten und er wird nur den Grenzbehörden zur Kenntnis gegeben. (Da der Ausweis maschinenlesbar bleiben soll, werden die Grenzbehörden nicht im Handbüchern nachschlagen wie bisher, sondern beim maschinellen Ablesen des Ausweises einen elektronischen Hinweis auf die Sperr erhalten, was voraussetzt, daß alle grenzgesperrten Personen in einer Fahndungsdatei zusammengeführt sind, die bei jedem Kontrollierten abgefragt wird).

Der Dateninhalt wird also sowohl „unsichtbarer Inhalt“ der PK — er wirkt genauso, wie wenn die Grenzbehörden ihn maschinell vom Ausweis ablesen.

2.2 Der Ausweisleser

Kernstück ist also der „Ausweisleser“ (=AL). Das ist ein kleines Kästchen mit Übertragungsvorrichtung (eine Art „Wand“, das die PK-Daten des Inhabers vom Ausweis in Sekundenbruchteilen abliest, speichert und per Funk oder Draht überträgt).

Wohin der AL die Daten überträgt, kann der Bürger nicht sehen; selbst der kontrollierende Polizist braucht es

nicht zu wissen: Dieser erhält nur eine verschlüsselte Antwort vom Empfänger, die etwa heißen kann „bestimmen“, „unauffällig genau kontrollieren und die Daten durchgeben“, „Bei der nächsten Polizeidatenbank Genaueres nachfragen“, „Über den Inhaber sind keine besonderen Daten gespeichert; passieren lassen!“

Diese Antworten können im ganzen Bundesgebiet binnen ca. 3 Sekunden empfangen werden.

Der AL verbindet also den in der PK verdrängten Bürger auf maschinellem Wege (d.h. praktisch fehler- und verzögerungsfrei) mit den Computern der politischen Informationsysteme, die

1. diese Anfragen aufbewahren („speichern“)
2. und mit Antworten an den Kontrollleur beantworten, wie dieser sich zu verhalten habe, ohne daß dieser die Richtigkeit der Angaben überprüfen kann

Wichtig ist besonders die „Negativabfrage“. Aus „Sicherungsgründen“ wird auch Anlaß, Ort und Zeit der Anfrage abgespeichert, wenn der Polizeicomputer „keine besonderen Angaben“ antwortet.

Bild-Kommentar

Ein Stück Demokratie

Der Berliner Brief ist kein Demago für die neue Regierung. Sie hat sich zwar für die Volkszählung eingesetzt, aber verfassungsrechtlich haben die früheren SPD nicht-minister Vogel und Schmidt ihren Segen gegeben.

Der ganze Vorgang ist ein Methodenfehler der demokratischen Demokratie. Bürger, die Bedenken gegen eine staatliche Entscheidung haben, helfen nicht zum „Widerstand“ auf, sondern gehen vor Gericht. Das ist rechtsstaatlich.

Sollte das Verfassungsgericht im Herbst der Volkszählung zustimmen, werden alle Bürger wissen, daß die Zählung verfassungsgemäß ist. Selbstge wisse erreicht.

aus: Bild, 14.4.83

Im Folgenden dokumentieren wir ein — jetzt in einem internen Volkszählungsboykottinfo bekanntgewordenes — Papier eines Mitarbeiters (Name ist der Redaktion bekannt) aus dem behördlichen Projektvorbereitungsbereich zur Personalkarte, mit dem dieser bereits im Dezember 1979 an die DVD (Deutsche Vereinigung zum Datenschutz) appellierte, sich beim DGB und bei den Parteien für eine Öffentlichkeitskampagne gegen die neue Personalkarte einzusetzen. Das hat derzeit offenbar wenig Gehör gefunden. Die Vorbereitungen der Behörden konnten bis zur Verabschiedung des neuen Personalausweisgesetzes weitgehend unbeschadet von der Öffentlichkeit durchgeführt werden. Nichtsdestoweniger ist das Papier auch für die jetzt anstehenden Aktivitäten (leider) noch aktuell, manches hat sich noch verschärft. Siehe dazu die Anmerkungen im Anschluß an das Papier.

0. Vorbemerkung

0.1 Zur Funktion der Sprache

(1) Ich vermeide den unpersönlichen Behördenjargon, der mit seinem subjektiven Passiv-Stil die Sach-Autorität des Sachverhalts vortäuscht. „Die mit der maschinellen Lesbarkeit verbundenen Gefahren für die Privatsphäre des Bürgers (werden durch) strenge datenschutzrechtliche Bestimmungen — zumindest in Grenzen gehalten“ (Bericht der Abgeordneten, BT-Drs. 8.3498). Stattdessen verwende ich für unsere Behauptungen die Wir-Form. Damit schaffe ich bewußt ein Gegengewicht zu der besüßlichen Ich-Form der Bundes- und Länderdatenschutzbeauftragten. Vor allem drücke ich damit aus, daß wir, die NET GmbH, die Verantwortung für diesen Text und seine Argumente übernehmen.

(2) Auch sonst vermeide ich die Passiv-Form und zwingt mich dazu, auch sprachlich das handelnde und dafür verantwortliche Subjekt zu benennen. Statt „Der Personalausweis wird eingeführt“ „Der Bundesminister des Innern führt ein“.

(3) Im übrigen verschmähe ich nicht untergeordnete Denkhaltungen, statt

„PA“ (Personalausweis) spreche ich von der assoziationshaltigen „PK“ (Personalkarte), üblicherweise Abkürzung für Personalkennzeichen; hier „PKZ“.

Wir können überlegen, ob wir diese entlarvende Sprachverwendung nicht explizit machen sollten.

0.2 Gliederung

1. Das PK-Problem
2. Ist-Zustand
 - 2.1. Plastikkarte
 - 2.2. Ausweisleser
 - 2.3. POLIS
 - 2.4. Melderegister
3. Würdigung
 - 3.1. für den Sicherheitsbereich
 - 3.2. für Staat und Wirtschaft und sonstige
4. Vorkkehrungen gegen die Gefahren
 - 4.1. Die einzelnen gesetzlichen Maßnahmen
 - 4.2. Deren Vergeblichkeit
 - 4.3. Resultat
5. Auswege und Alternativen

These

Die bereits für Herbst 1981 vorgesehene Einführung eines „fälschungssicheren und maschinell lesbaren Personalausweises“ (PA; im folgenden kurz Personalkarte (PK) genannt) wird ihr angebliches Ziel nicht erreichen, wie PK fälschungssicher zu machen.

Stattdessen entsteht in der BRD als dem ersten/zuletzt zivilisierten Staat der Welt das erste technische Massenkontrollmittel der Neuzeit. Es ist allenfalls vergleichbar den Kastenzeichen des alten Indiens oder dem deutlich sichtbar zu tragenden Judenstern, um zwei vornehmliche Gruppenkennzeichen zu erwähnen.

1.2 Erläuterung:

Für sich betrachtet ist die PK sozial unschädlich, da für den Bürger bequemer und für die Sicherheitsbehörden vorteilhafter als der bisherige PA in Heftform, da die PK ist klein und handlich, darum leicht mitzuführen und oben-dreiß schwieriger zu fälschen oder zu verfälschen.

Aber die Bürger dürfen die PK ebenso wenig isoliert sehen, wie dies die einflüsternden Polizeibehörden tun. Für sie ist die PK nur ein unselbständiger Bestandteil eines komplizierten Überwachungsapparats, bei dem erst das Zusammenwirken seiner Teile die gewünschte Voraussetzung für das Handeln von Sicherheitsorganen hervorbringen.

Darum muß auch jeder, der sich eine Meinung über die möglichen Gefahren einer PK bilden will, auch die anderen zugehörigen Teile des Sicherheitsapparates kennen.

Es muß also fünfteilig kennen:

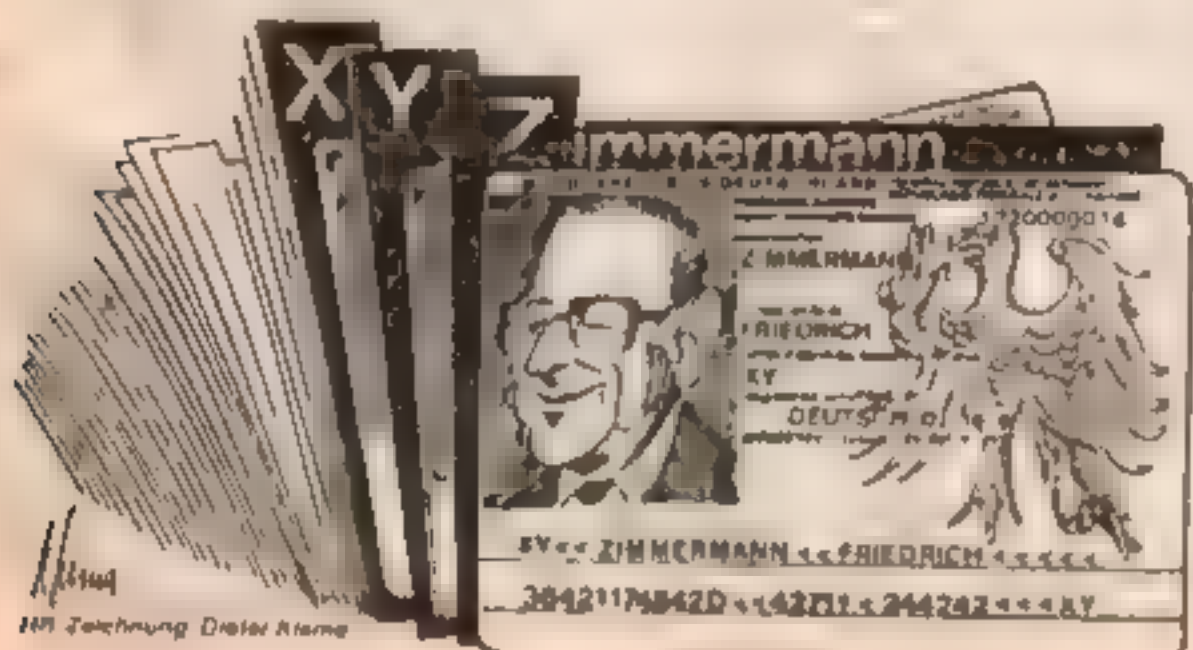
1. die Personalkarte
2. den PK-Leser
3. die zugehörigen anderen Teile des politischen Systems
4. die Wechselwirkung zwischen 1., 2. und 3.
5. die Auswirkungen auf den Menschen in seinem sozialen und privaten Verhalten.

Ist-Zustand

2.1 Die Personalkarte

Die PK besteht aus drei Teilen:

1. eine sichtbare Plastikkarte, also



119 Zeichnung Dieter Harn

Bahnreisen usw. ergibt; und zwar auch dann wenn über den Bürger nicht mit hinreichender Genauigkeit war „Negativauskunft“)

2.4 Meldewesen

Zwar ist in den POLIS (nach einer Schätzung des „Spiegel“) nur jeder fünfte erwachsene Bundesbürger enthalten; das reicht jedoch nach Meinung unserer Sicherheitsbehörden nicht aus, obwohl zusätzlich eingeführte Computerverbindungen mit dem Informationssystem des Kraftfahrzeugbundes (mit bisher mit NADIS, dem einzigen gemeinsamen Informationssystem der drei BRD-Landesdienste, bestehen, daneben zahlreiche andere Datenlieferungen aus öffentlichen und privaten Quellen.

Darum haben die meisten Länderpolizeien seit geraumer Zeit eine gut funktionierende Querverbindung zu den „Melderegistern“ der Meldebehörden hergestellt. Sie ist deswegen für Sicherheitszwecke so wertvoll, weil sie Daten über alle Einwohner und Gäste der Bundesrepublik, also über 100% aller Bundesbürger, mit dem jeweiligen Aufenthaltsort enthalten.

Dazu muß man wissen, daß die Innenministerien einiger Länder die Melderegister zu regelrechten Einwohnerdatenbanken erweitert haben; etwa im LWDIS (= Einwohnerinformationssystem) von Rheinland-Pfalz, oder in Bayern, wo der sogenannte „Einwohnerdatensatz“ (= die pro Einwohner vorrätigen Daten) mehr als tausend Felder (= Eintragungsmöglichkeiten) umfassen, die über — ebenfalls gespeicherte — Aktenzeichen u.ä. weitere Datenbestände anderer Behörden erschließen.

Außerdem haben zahlreiche Bundesländer die Melderegister gleich bei der Polizei eingerichtet, die auf diesem Wege mehr oder minder legal über die gesamten Einwohnerdatenbestände verfügt.

Künftig sollen sogar diese „Melderegister“ samt den Erweiterungen der Länder bundeseinheitlich und rund um die Uhr so abgespeichert werden, daß die Sicherheitsbehörden (Polizei und Nachrichtendienste) ohne weitere Prüfung von jeder Stelle des Bundesgebietes aus einzelne oder alle Daten (einschließlich Aktenzeichen) dieser „verreichten Einwohnerdatenbank“ abrufen können. — Diese interessanten neuen Möglichkeiten ergeben sich aus dem Bundesmelderegistrierungsgesetzesentwurf des Bundesinnenministers, der in der nächsten Legislaturperiode den Bundesrat passieren soll. (siehe Anmerkung 2)

3. Würdigung

3. Würdigung

(1) Positive Auswirkung der Pk-Kennzeichnung: Kein Zweifel — zwar ist die neue PK nicht so fälschungssicher wie sie ausgegeben wird (man muß sich nur das Wasserzeichenpapier besorgen, Schwerbautomasen für echt aussehende Fälschungen gibt es voraussichtlich genug); aber man wird mit Sicherheit die „Kontrolllichter“ an den Grenzübergangsstellen oder bei Autokontrollen im Lande auf hundert Prozent steigern können, zahlreiche Klein- und einige mittlere Kriminalität aufdecken und besonders Pk-W-Diebstähle riskanter werden lassen.

Zur unmittelbaren Terrorismusbekämpfung dürfte das neue Instrumentarium ebenso wenig geeignet sein wie die Ausweitungskontrollen bisher — da unsere Sicherheitsbehörden auf diesem Wege unsere Wissens erfohllos waren, werden sie auch künftig nur feststellen, daß der Kontrollierte kein Terrorist ist; sie werden dies nur wesentlich schneller und mit maschineller Präzision wissen (falls die POLIS-Daten stimmen).

(2) Gruppenüberwachung durch Maschinenlesbarkeit: Wichtiger sind andere unmittelbare Auswirkungen im Sicherheitsbereich. Nicht nur wird die „beobachtende Fahndung“ (das ist die berühmte „Befe“) sozusagen normiert, d.h. maschinensicher und mit wesentlich geringerem Aufwand auch massenweise durchführbar.

Der mögliche Umfang von zu beobachtenden Personengruppen wird bei gleichem Personal- und sinkendem Finanzbedarf erheblich größer, da die funktionelle Kontrolleinheit aus PK, AL und INPOL/POLIS-Inhalten es gestattet, ohne Zeitverlust Personengruppen beliebiger Zusammensetzung und Größe als solche zu überwachen; Zusammensetzung und Größe der kontrollierten Gruppe steuert die Polizei selbst, durch Aufbau entsprechender INPOL-Daten, die Kontrollintensität ergibt sich aus der personellen und technischen Ausstattung (1000 AL sollen an die Polizei und andere berechnete Dienststellen gehen) im Verein mit den geschaffenen oder noch zu schaffenden juristischen Kompetenzen (zunehmend bundesweit führend: Bayern mit seinem neuen Meldegesetz).

(3) Mobilitätsüberwachung nach Ort und Zeit: Der Haupteffekt dürfte aber in einem anderen Umstand bestehen. Der AL (dessen Einführung nach herrschender Rechtsauffassung keiner gesetzlichen Grundlage bedarf; lediglich im betrieblichen Bereich ist er — nach bestrittener Auffassung — mitbestimmungspflichtig, während die „normale“ Bevölkerung (wie auch das Parlament) kein Mitbestimmungsrecht hat) ist die erste Massenkontrolltechnologie, die ein zivilisiertes Land in West oder Ost einführt.

Sie erst macht die PK — im Verein mit den unsichtbaren Daten aus den POLIS — zu einem gefährlichen, weil unauffällig und massenhaft verwendbaren, Instrument in der Hand der Sicherheitsbehörden.

Fortan wird die Kontrolle an den Grenzen und im Inland bequemer und ebenso dicht sein wie bei den Oststaaten; Versammlungen und Demonstrationen können ebenso zu 100% kontrolliert werden wie Stadtreise oder Straßenverbindungen; — desgleichen Teilnahme an „polizeilichen Großaktionen“ (offizieller INPOL-Sprachgebrauch) wie etwa der Brokdorf-„Entsorgung“, oder ähnliches.

Mit anderen Worten, es entstehen

Mobilitäts- und Verhaltensprofile, die weitgehende Rückschlüsse auf die Person, ihrer sozialen und politischen Verhaltensweisen, ihr örtliches und zeitliches Verhalten etc. gestatten und zwar ohne Möglichkeit der Gegenwehr des Bürgers (vgl. NET Nr. 5g zu den Bürgerrechten im Datenbereich).

Die letzte Konsequenz ist die weiter abnehmende Bereitschaft des Bürgers zur Wahrnehmung seiner verfassungsmäßigen Rechte.

(4) Die PK als PKZ:

Eine weittragende Nebenwirkung ergibt sich aus dem Inhalt der PK. Da er maschinenlesbar ist und „zufällig“ mit den Suchkriterien übereinstimmt, mit denen Informationssysteme anderer Verwaltungsbehörden arbeiten, können die Sicherheitsbehörden mit den Angaben auf der PK leichter die Datenbestände anderer Behörden erschließen oder neue Dateien aufbauen, da dies mit maschineller Genauigkeit geschieht — wo die technischen Vorkehrungen hierzu getroffen sind. „Mit Hand“ wäre dies nicht möglich, da wegen der menschlichen Fehler binnen kurzem das System zusammenbrechen würde.

Das gleiche geht übrigens noch einfacher mit den Daten der Einwohnerdatenbank „Melderegister“.

Mit anderen Worten: Die PK wird zum berüchtigten PAZ (= Personen-kennzeichen).

PK als PKZ für sonstige Behörden und für Wirtschaftsunternehmen

Bisher war es so, daß der Aufwand zur Durchnumerierung aller Personen der BRD von keiner Einzelbehörde und erst recht keinem Einzelunternehmen allein erbracht werden konnte. Nur wenn bundesweit durch eine aufwendige Organisation garantiert war, daß keine zwei Personen das gleiche Kennzeichen erhielten, war der Genauigkeitsgrad erreicht, den Computereysteme benötigen.

Diese immense Mühe und diese gewaltige Investition nimmt nunmehr das Bundesinnenministerium im Verein mit den seit 1969 laufenden Planungen der Länderinnenministerien durch Einführung der PK den Technikern und Unternehmen ab.

Damit wird die PK auch sonst in Staat und Wirtschaft zum „Schlüssel zum Computer“.

Sie wirkt also nicht nur als persönlicher Ausweis und, weil ziemlich fälschungssicher, als „Identifikator“, sondern, weil maschinenlesbar, als PKZ mit all seinen Möglichkeiten.

— das PKZ hilft den Verwaltungen von Behörden und Unternehmen, PKZ mit all seinen Möglichkeiten

— das PKZ hilft den Verwaltungen von Behörden und Unternehmen, ihre vorhandenen Dateien einheitlich so zu kennzeichnen, daß stets erkennbar ist, auf welche Person im Bundesgebiet sie sich beziehen.

— das PKZ erlaubt es, getrennte Dateien und Datenbanken unter einer „Adresse“ zusammenzuführen, nämlich eben diesem PKZ.

— das PKZ ermöglicht es, neue Dateien aus dem PK-Inhalt aufzubauen und diese ganz oder in Teilen mit anderen Dateien zu verbinden.

— das PKZ hilft sogar (Passage im Original auch leuglich — Anm. AK) im Datenbereich aufzuheben. Mit seiner Hilfe kann nun jedes personenbezogene Datum, gleich ob im staatlichen oder wirtschaftlichen Bereich, daraufhin befragt werden, auf welche Personen es sich bezieht, wenn es nur mit den PK-Inhalten verbunden ist und im Wege des Datenaustausches zwischen Staat und Wirtschaft (oder umgekehrt) transferiert werden.

Mit anderen Worten, Behörden, Banken, Versicherungen, Wirtschaftsunternehmen werden in Zukunft die Vorzüge der Personalkarte verlangen und per Ausweisleser die Inhalte abspichern; Nach Angabe des AL-Herstellers sollen 80.000 Stück verkauft werden. Staatliche Behörden und Wirtschaftsunternehmen können dann den maschinell gelesenen Ausweis-Inhalt mit anderen Dateien zusammenführen, ihre Akten durchnumerieren, die Konten irrtumsfrei kennzeichnen (die Scheckkarte und Clubkarten können entfallen); im gewissen Sinn entsteht damit aus allen Datenbanken und Dateien, Kartonen und Aktenbeständen des Bundesgebietes eine einzige für den Zugriff vereinheitlichte und vereinfachte Datenbank quer durch Staat und Wirtschaft.

(es folgt im Original handschriftlich)

4. Vorkehrungen gegen Gefahren

— vgl. anliegendes Papier —

5. Alternativen und Auswege

— oder Begründung warum in diesem Kontext keine möglich sind. — weiß ich keine, außer die Maschi-

nenlesbarkeit = den AL zu verbieten. Aber es gibt keine Lobby zur Durchsetzung.

(es folgt die Unterschrift)

Anmerkung 1: DISPOL und CEBI

Die Übertragungs-, Datenverkehrs- und Anwendungssysteme wurden seit 1979 erheblich weiter ausgebaut: So verfügt die Polizei seit Mitte '82 über DISPOL (digitales Sondernetz für die polizeiliche Datenübertragung), das die automatische und computergesteuerte Direktverbindung zwischen den polizeilichen Informationssystemen einseitig und dem öffentlichen Kommunikationsnetz andererseits herstellt (über Leitungen der Post neben eigenen Direktleitungen). Neben anderen Verbindungen ist über DISPOL vor allem auch die Direkt-Koppelung zu den Gemeindeverwaltungen dabei als Dauer-einrichtung installiert worden, bzw. als jederzeit aktivierbare automatische Leitung (siehe dazu: ODV/online, 7/82, Fernschreib- und Datenverkehr im integrierten Sondernetz).

Weiter wurde das System CEBI entwickelt (Computerunterstützung in Einsatzzentralen der Polizei), ein Einsatzbezogenes automatisches Auswertungs-, Observations- und Einsatzsteuerungsprogramm, das insbesondere auf die konkrete Verarbeitung allgemein verfügbarer Daten auf den bestimmten Einsatzpunkt hin konstruiert ist. Seine Erfinder loben vor allem die Zugriffsmöglichkeiten auf die örtlichen und überörtlichen Dateien. „Im Rahmen des CEBI-Systems können sich Einsatzbeobachter jederzeit zusätzliche Informationen aus internen und externen Datenbeständen auf dem Auskunftschartm ihres Leitstands anzeigen lassen.“ (ODV/online, 11/80, Computerunterstützung in Einsatzzentralen der Polizei).



In der Praxis bedeutet das: Zwischen kommunalen Datenzentren und dem Informationssystem der „Ordnungsbehörden“ — Polizei und andere — besteht über DISPOL und CEBI neben dem schon lange ausgebauten vertikalen Kanal über LKAs und BKA etc. in zunehmendem Maße auch eine unmittelbare horizontale Direkt-Schaltung, computertisch gesprochen: „online“, die alle vor Ort relevanten Informationssysteme nach oben und zur Seite kurz schließt.

In der Praxis bedeutet das: Zwischen kommunalen Datenzentren und dem Informationssystem der „Ordnungsbehörden“ — Polizei und andere — besteht über DISPOL und CEBI neben dem schon lange ausgebauten vertikalen Kanal über LKAs und BKA etc. in zunehmendem Maße auch eine unmittelbare horizontale Direkt-Schaltung, computertisch gesprochen: „online“, die alle vor Ort relevanten Informationssysteme nach oben und zur Seite kurz schließt.

Anmerkung 2: Datenstammsätze, AIDA, „online“ zwischen Verwaltung und Polizei

Das Bundesmelderegistrierungsgesetz (MRRO) ist seit 1980 verabschiedet, ebenso bis auf West-Berlin, Niedersachsen und Bayern die entsprechenden Melderegister der Länder. Dann bestätigten sich die befürchteten Entwicklungen, vor allem bezüglich der entsprechenden Länderverfassungen der neuen Melderegister. Ich beschränke mich auf die zwei wichtigsten Punkte.

1. Zwar werden die Einrichtungen von Einwohnerdatenbanken im MRRO und den meisten Landesgesetzen nicht ausdrücklich gesetzlich verankert, aber sie werden auch nicht ausdrücklich ausgeschlossen. Sie werden vielmehr in der Regel nicht erwähnt — derweil aber in der Praxis der Länder betrieben. Schon seit Ende 82 ist ein entsprechendes Gemeinschaftsprojekt der Länder-Innenminister „Forschung und Entwicklungsgemeinschaft im Einwohnerwesen“ für seine Betreiber positiv abgeschlossen worden. Danach gelten die informationstechnologischen und strukturellen Probleme für den Betrieb eines länderübergreifenden Informations-Verbund-Systems aller staatlichen Behörden einschließlich der „Ordnungs-“ und „Sicherheitsbehörden“ als gelöst und gibt es nunmehr um dessen praktische Durchsetzung. In Zukunft soll das Ergebnis dieses — auch bereits praktisch erprobten — Projekts die zentrale Verfügbarkeit der

vom Staat begehrten Daten nicht mehr — wie in der ersten Phase der Automatisierung des Verwaltungswesens seit ca. 67/68 bis 79 — aus der bloßen Zentralisierung in über 70 kommunalen Datenzentren oder der Mammut-Speicherung in überdimensionalen Groß-Computeranlagen erfolgen, sondern aus der Zentralisierung einfacher Leit-Daten auf der einen bei gleichzeitiger Dezentralisierung von Teil-, Sonder-, Kommunal- und Archiv-Daten auf der anderen. Das bedeutet: Höchste Vereinfachung des zentralen Zugriffs auf der einen bei gleichzeitiger Differenzierungsmöglichkeit, d.h. auch wachsender Realisierbarkeit auf der anderen.

Folgerichtig wird die bisher beklagte notwendige „Stapelverarbeitung“ bei Erfassung und Auswertung, d.h. nachträgliche Bearbeitung bereits gewonnener Daten, zunehmend abgelehnt durch sog. „Echtzeit-Verarbeitung“, d.h. den unmittelbaren „Dialog“ zwischen Informationserfassung „vor Ort“ und Informationsausgabe aus dem Gesamtsystem, sei es ebenfalls wieder vor Ort oder zentral über die Organisation des Verbund-Netzes mittels der allgemeinen Ordnungsmerkmale der Stammsatzdateien und dem AIDA-System seien die verschiedenen angeschlossenen Informationssysteme außerdem nicht nur vertikal, sondern auch horizontal kommunikationsfähig — womit das aus Überzentralisierung resultierende Problem der Schwerfälligkeit, Überlastung usw. von Super-Daten-Systemen nach Ansicht der Projektbetreiber vom Ansatz her als bewältigt angesehen werden könne. Über die AIDA sei außerdem eine Kompatibilität der Systeme und Computer-Generationen ohne Schwierigkeit möglich.

Die beachtliche Einführung der maschinenlesbaren Personalkarte beweist, daß Innenminister und Regierung den informationstechnologischen Stand des staatlichen Daten-Verbundsystems für ausreichend entwickelt halten und daß die Einwohnerdatenbanken und das ihnen angeschlossene System inzwischen ausreichend weit eingerichtet sein müssen — anderenfalls hätte die neue Personalkarte keinen Sinn. Vor dem angegebenen Hintergrund allerdings kann die „Lücke“ zwischen zentraler Informationsverarbeitung und konkreter Erfassung gegen Null in Richtung absoluter Kontrollierbarkeit drücken — sowohl in die legale und kontrollierbare Existenz von Menschen betrifft (ODV/online 8/82 und 9/82, Gemeindefortschritt im Einwohnerwesen — ein gelungener Versuch?; ODV/online 12/80, Datenverarbeitung auf der Ebene der Gemeinden, Kreise und Regionen).

2. Das Melderegistrierungsgesetz sowie die entsprechenden Landesverfassungen schreiben darüberhinaus direkte Schaltungen, online-Verbindungen, zwischen dem allgemeinen Verwaltungsinformationssystem und dem Informationssystem der „Ordnungs- und Sicherheitskräfte“ ausdrücklich gesetzlich fest. So heißt es im MRRO § 18, Absatz 3: „Wird die Meldebehörde von dem Bundesamt für Verfassungsschutz, dem Bundesnachrichtendienst, dem Militärischen Abschirmdienst, dem Bundeskriminalamt oder dem Generalbundesanwalt um Übermittlung von Daten oder Hinweisen nach Absatz 2 zur rechtmäßigen Erfüllung der in der Zuständigkeit dieser Behörden liegenden Aufgaben ersucht, so erfolgt die Prüfung durch die Meldebehörde, ob die Voraussetzungen nach Absatz 2 und § 6 (Schutzwürdige Belange) — Anm. AK) vorliegen“. Diese Bestimmungen „gelten für die in den Ländern für Sicherheitsaufgaben, die Strafverfolgung, die Strafverfolgung und den Strafvollzug zuständigen Behörden entsprechend“ (Bundesgesetzblatt Nr. 50).

Im niederrheinischen Entwurf werden die besonderen Einsichtsrechte der Polizei mit der Forderung begründet, daß die „Verwaltungsbehörden der Gefahrenabwehr, zu denen die Meldebehörde zählt, sicherzustellen haben, daß die Aufgaben der Gefahrenabwehr auch außerhalb der Dienstzeit wahrgenommen werden können. Dies kann auch durch die Gewährung von online-Anschlüssen erfolgen“ (Entwurf Niedersächsisches Meldegesetz, Landtagsdrucksache 10/140, S.33). Diese Forderung steht nur exemplarisch für die übrigen Landesmelderegister, die nur geringfügig davon abweichen. Kurzum: über kommunale Melderegister und maschinenlesbare Personalkarte ist die sicherheitspolizeiliche Erfassung jeder/er Einzelnen total.

Interessant/uns/er für deren Themenbereich dringend gesucht! Chiffre: 1984 — F. — Antifa

Erklärung der Hamburger Boykott-Initiativen Personalausweis und Personalinformationssysteme

Die Durchführung der Volkszählung ist vorläufig verhindert! Das Bundesverfassungsgericht mußte dem Druck der Öffentlichkeit nachgeben. Diese Entscheidung ist für die Regierenden dieses Landes die einzige Möglichkeit, das Gesetz zu wahren. Hätte die Entscheidung anders ausgefallen, wäre der Ort nach unseren Daten ein finanzielles und politisches Desaster des Staates geworden.

Längst sehen wir die Volkszählung im Zusammenhang mit der Einführung des computerisierten Personalausweises, der Verklebung der Bundesrepublik und von Personalinformationssystemen in den Betrieben.

WIR WEHREN UNS GEGEN

- einen Personalausweis, der es dem Staat ermöglicht, uns ständig zu überwachen und zu kontrollieren;

- eine Verklebung, mit der wir bei uns im Wohnzimmer hängen überwacht werden;
- Personalinformationssysteme, die Arbeitsplätze vergratungswerten und die Arbeit immer un-menschlicher machen.

In diesem Sinne begreifen wir die Initiativen gegen die Volkszählung, um auch als INITIATIVEN GEGEN CENSURWACHUNG UND COMPUTER-

STAAT und werden unsere Arbeit fortsetzen!

Dank des höchstschwierigen Unterscheidungs brauchen wir dringend Spenden für Materialkosten, um unsere nicht verkaufte Materialen einzulagern. Spendenkonto: Hamburger Sparkasse, R. Schulz, Kto 1103/778113. Verwendungszweck: Volkszählung.

aus: taz, 25.4.83

Kampf dem Faschismus Bullen prügeln für Kühnen

AK 232 — 2. Mai 1983 — Seite 18

Fortsetzung von S. 1

Schon am Freitagabend waren an den vorher bekannten Treffpunkten Hildesheim und Baden-Baden insgesamt drei Reisebusse uniformierter (!) Nazis und eine Reihe weiterer Privatwagen gesehen worden. Als Stützpunkt der Nazis wurde in Bad Bergzabern ein privater Campingplatz gewählt, der offenbar in der Vergangenheit auch schon dem Stahlhelm und der Wiking-Jugend als Übungsplatz gedient hatte. Von antifaschistischer Seite hatten YVN, DGB und 17 weitere Organisationen für Samstag, 12 Uhr nach Karlsruhe zu einer Demonstration aufgerufen, zu der gut 1500 Menschen erschienen. Die linken Kräfte hatten sich nach dieser Demonstration am Karlsruher Bahnhof (teilweise von den Nazis angegebener Treffpunkt) versammelt, um über ihr weiteres Vorgehen zu beraten und schließlich mit etwa 200 Menschen an den Ort des Geschehens zu fahren.

(Stand 30.4.1983, 31 Uhr)

Kühnens „Brauner Mai“

Ausgerechnet zum 1. Mai hatte Kühnen eine erste große öffentliche Aktion seines Vereins „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten“ angekündigt. Mit dieser Aktion soll - so Kühnen - nach einer Phase der Sammlung zur Massenpolitik übergegangen werden. Mitte April waren die näheren Planungen bekannt geworden. Unter dem Deckmantel eines „Freundeskreises Deutsche Politik“ lud ANS/NA zu einer Kundgebung am 30.4.1983 ein, die unter dem Titel „1. Mai 33-1 Mai 83. 50 Jahre Sozialismus der Tat“ angekündigt wurde und auf der u.a. eine „ANS-Betriebsorganisation“ vorgestellt werden sollte. In bekannt konspirativer Art wurden für diese Kundgebung nur Anreisetreffpunkte bekanntgegeben, so daß erst wenige Tage vor dem 30.4. der genaue Treffpunkt bekannt wurde. Dennoch hatten verschiedene antifaschistische Initiativen und Gruppen teils zu einer Demonstration aufgerufen (YVN, DGB u.a.), teils

mobilsierten sie zu flexiblen Aktionen gegen die Nazis. Nach außen wurde die Veranstaltung der Nazis von einem bis dahin unbekannten „Freundeskreis Deutsche Politik“ verantwortet. Die gesamte Mobilisierung der Nazis allerdings lief allein über die ANS und ihr Führungstriumvirat Kühnen, Marx und Brehl. Daß der „Freundeskreis“ lediglich ein in der vielen Tarnmantele dieser Nazi-Bande darstellt, wird u.a. deutlich an dessen erstem Vorsitzenden, dem Altnazi und Rittkreuzträger Otto Franz Richa. Dieser kandidierte nicht nur schon 1968 bei den Frankfurter Kommunalwahlen für die NPD, sondern war in jüngerer Vergangenheit auch Kontaktperson für Schönborns „NSDAP“ („Nationalsozialistische Demokratische (!) Arbeiterpartei“) sowie Mitglied der „Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener“ (HNO), der u.a. auch die kühnen-Aktivisten Beyer und Koch angehören (gegen letzteren wird z.Zt. wegen des Verdachts auf Anstiftung zum Bankraub ermittelt). Richa scheint geradezu ein Musterexemplar der Gattung „Älterer

Kameraden“ zu sein, deren finanzieller Förderung Kühnen sich rühmt. Als selbständige Taxunternehmer in Frankfurt (Frankenallee 40; geb. 12.8.1921) konnte ja die eine oder andere Mark als Spende ihm nicht allzu schwer fallen...

Sind Kühnens Umtriebe nicht strafbar?

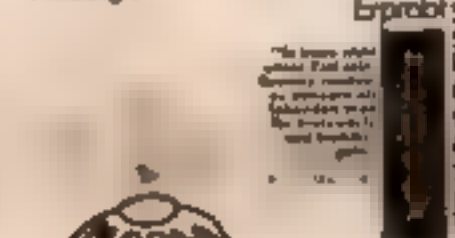
Der Polizeieinsatz gegen antifaschistische Demonstrationen am 30.4. steht in einer Linie mit dem bisherigen Vorgehen der zuständigen Behörden gegen Kühnens neue Bande. So ist z.B. nach Ansicht der Frankfurter Staatsanwaltschaft die zentrale Forderung der ANS/NA - die Aufhebung des NSDAP-Verbots - nicht strafbar. Ein entsprechendes Ermittlungsverfahren wurde eingestellt, ohne daß auch nur ein Gericht darüber entschieden hätte. Mit anderen Worten: Nach Ansicht der Frankfurter Staatsanwaltschaft ist es durch die freiheitlich-demokratische

Grundordnung abgedeckt, für die Wiedereinführung des Faschismus zu werben. Ebenfalls eingestellt wurde in Hessen ein Ermittlungsverfahren wegen „Verdacht der Bildung einer kriminellen Vereinigung“. Angeblich - so die Staatsanwaltschaft - handele es sich bei der ANS „nur um einen lockeren Zusammenschluß von Nationalsozialisten, die keinen Organisationsplan haben und auch nicht arbeitsteilig arbeiten“. Es wird das Geheimnis des ermittelnden Staatsanwaltes bleiben, was er damit aussagen wollte. Immerhin gibt es mindestens fünf sogenannte „Kameradschaften“, gibt es „Stützpunkte“, ANS-Kader, ein „Korps der politischen Leiter“ und eine Organisationsleitung. Die einzige Äußerung eines ANS/NA-Führers, die diesen „lockeren Zusammenhang“ herausstellt, stammt von Thomas Brehl und datiert vom November 82; seitdem wird von der ANS/NA nichts anderes propagiert als der Aufbau einer festen Organisation.

Überhaupt keinen Anlaß, ein Ermittlungsverfahren auch nur einzuleiten, sah die Staatsanwaltschaft in Köln, die für die Verfolgung des von der ANS/NA-Führern im Fernbereich getriebenen Propaganda zuständig wäre. Von staatlicher Seite ist unseres Wissens nur noch ein Verfahren gegen Kühnen beim Landgericht Braunschweig anhängig. Angesichts dieser Nicht-Verfolgungen, Einstellungsbescheiden und Perilscheitens für die Nazis ist es nichts als Hohn, wenn der zuständige hessische Innenminister Herbert Günther ankündigt, er werde „alle Möglichkeiten zum Verbot der rechtsradikalen Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS) im Rhein-Main-Gebiet prüfen“.

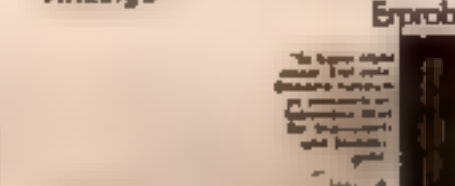
Antifa-Kommission Hamburg

Anzeige



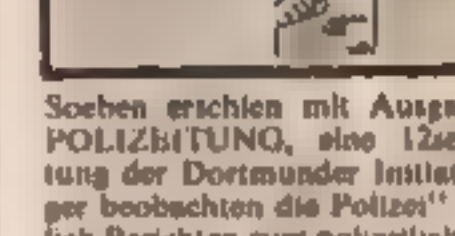
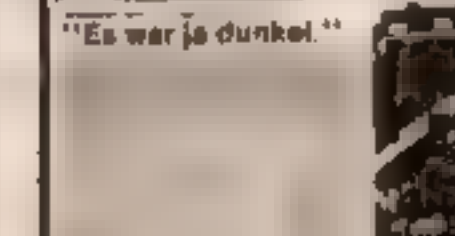
Antifa-Kommission Hamburg

Anzeige



aus dem Inhalt: Entwicklung und Technik von Gummigeschossen, Debatte um die Einführung in der BRD, Erfahrungen aus der Schweiz und Nordeuropa...

Herausgeber: AL-Berlin, DIE GRÜNEN Baden-Württemberg, GAL-Hamburg, FD, Demokratie und Recht 36 Seiten, DM 3,- (+ Porto). Zu beziehen über die Herausgeber oder beim Förderverein Umweltschutz Untereibe, Bartelsstraße 26, 2000 Hamburg 8, Tel. 04103 30 11



Soeben erschien mit Ausgabe 1: Die POLIZEITUNG, eine 12seitige Zeitung der Dortmunder Initiative „Bürger beobachten die Polizei“ mit reichlich Berichten zum polizeilichen Alltag, Vandalismus, Übergriffe, Verdunkelungen, Aufforderung und Angebote an die Leser/innen, sich zu wehren. Soll in Zukunft in unregelmäßiger Folge erscheinen

Bezugsadresse: Richard Kehler (Kommunikator) 83 46 Dortmund 1

Zur Kriminalisierung der Forderung nach Zusammenlegung

Im folgenden dokumentieren wir Teile der Presseerklärungen und Resolutionen, die zu dem am 8.4.83 erfolgten bundesweiten Zellendurchsuchungen und Hausdurchsuchungen, erschienen sind.

Die in letzter Zeit stattfindenden Diskussionen über Zusammenlegungsforderungen waren offensichtlich Anlaß, nicht nur bei über 30 Gefangenen Zellenrazien durchzuführen, sondern auch die Angehörigen und Freunde draußen, die oft der einzige Kontakt für die Gefangenen sind, massiv durch Hausdurchsuchungen und Ermittlungsverfahren nach § 129a zu bedrohen.

anti rep g.

Presseerklärung
Karlsruhe 22.4.83

Selt dem 18.4.83 kämpft mein Mandant Bernd Rössner, Gefangener aus der Raf, mit einem Schmutzstreik für seine Verlegung in die bestehende Gruppe von Gefangenen aus der Raf in Celle.

Aus der Streikerklärung meines Mandanten

Presseerklärung
Karlsruhe 22.4.83

Selt dem 18.4.83 kämpft mein Mandant Bernd Rössner, Gefangener aus der Raf, mit einem Schmutzstreik für seine Verlegung in die bestehende Gruppe von Gefangenen aus der Raf in Celle.

Aus der Streikerklärung meines Mandanten

- ... mein Schmutzstreik ist konkret so, daß ich:
- meine tägliche Notdurft nicht mehr in das Klosettbecken verrichte, sondern auf den Fußboden der Zelle;
- das wöchentliche zweimalige Duschen verweigere;
- ab sofort alle gerührten Speisen und alle Getränke aus dem Boiler des Essenswagens verweigere, zur Vermeidung von evtl. beigemischter manipulativen Medikamenten;
- die Scheibe meines Zellenfensters rausschlagen werde, falls das Sicherheitschloss im Fenster abgesperrt wurde, die letzte Frischluft mit entzogen würde

Bernd Rössner ist seit 8 Jahren isoliert. Im Rahmen einer neuen Initiative für die Zusammenlegung der Gefangenen aus der Raf und dem Widerstand beantragte er als erster Gefangener am 8.2.83 beim Justizministerium Rheinland-Pfalz seine Verlegung in eine Gruppe von politischen Gefangenen.

Am 8.4.83 führte das BKA bundesweit eine Zellenrazia bei über dreißig politischen Gefangenen durch, bei der Briefe zur Zusammenlegungsforderung beschlagnahmt wurden. Ziel der Razzien war, Initiativen, die die Veränderung der Isolationsbedingungen zum Inhalt haben, zu verhindern und schon die Auseinandersetzung darüber zu kriminalisieren.

Bereits am 21.2.83 wurde Bernd Rössner der Hofgang gestrichen; d.h. er ist seither 24 Stunden täglich isoliert auf der Zelle, ohne Bewegungsmöglichkeit und ohne frische Luft.

Am 29.3.83 wurde er - wie schon in der Presseerklärung vom 31.3.83 mitgeteilt - unter dem Vorwand, er habe gegen die Anstaltsordnung verstoßen, in der JVA Frankenthal von einem Rollkommando von 10 Beamten überwältigt, gefesselt und mit systematischen Schlägen schwer mißhandelt.

Die verantwortlichen Behörden erreichten ihr Ziel nicht. Bernd Rössner brachte weiterhin seine Entschlossenheit zum Ausdruck, für seine Verlegung nach Celle zu kämpfen.

In einem Gespräch mit den Verteidigern von Bernd Rössner am 15.4.83 kündigte ein Vertreter des Justizministeriums Rheinland-Pfalz die Rückverlegung von Bernd Rössner in die JVA Straubing (Bayern) innerhalb der nächsten Wochen an, sobald Christian Klar von Straubing wegverlegt werde. Dies sei von Anfang an so geplant gewesen.

In Straubing war Bernd Rössner in den letzten 5 Jahren seiner bisher 8-jährigen Gefangenschaft - bis zu seiner Verlegung in die JVA Frankenthal im Dezember 82 - isoliert.

Alle entsprechenden Anträge wurden vom bayrischen Justizministerium abgelehnt.

Seit Beginn seines Schmutzstreiks ist Bernd Rössner in der Bunkrzelle eingesperrt. In dieser Zelle - glänzend weiß gekachelt, grell neonbeleuchtet, völlig leer - wird durch Heißluftumwälzung aus vergitterten Schächten einer Wand heraus sehr trockene Luft erzeugt, die Atemnot bereitet. Besuch wird ihm verweigert. Außer Verteidigerpost darf er keine Post abschicken noch erhalten.

Bernd Rössner hat erklärt, daß er den Schmutzstreik unter allen Umständen, gegen jeden weiteren Versuch, seinen Kampf zu brechen und an jedem Ort solange fortsetzen wird, bis er nach Celle verlegt ist.

Matthies
Rechtanwalt

Aus der Presseerklärung von den Angehörigen

"Am Freitag, dem 8. April 1983, hat das BKA Zellenrazien bei 31 politischen Gefangenen und Hausdurchsuchungen in mehreren Städten der BRD durchgeführt. Betroffen sind auch wir als Angehörige von politischen Gefangenen: die Verlobte von Christof Wackernagel und die Schwester von Christa Eckes. Sie haben unsere Wohnungen und Arbeitsplätze durchsucht, die Schwester von Christa Eckes wurde erkrankungsdienstlich behandelt. Uns beiden wird vorgeworfen, daß wir die Raf mit einem „illegalen Informationssystem“ unterstützen, deshalb wird gegen uns ein Ermittlungsverfahren nach § 129a StGB geführt."

Informationen über Kontaktadresse:
Renate Eisel,
Sonnenstraße 30, 4630 Bochum 7, Tel. 02434/29 47 00 oder 6 06 96

Aus der Presseerklärung von den Angehörigen

"Am Freitag, dem 8. April 1983, hat das BKA Zellenrazien bei 31 politischen Gefangenen und Hausdurchsuchungen in mehreren Städten der BRD durchgeführt. Betroffen sind auch wir als Angehörige von politischen Gefangenen: die Verlobte von Christof Wackernagel und die Schwester von Christa Eckes. Sie haben unsere Wohnungen und Arbeitsplätze durchsucht, die Schwester von Christa Eckes wurde erkrankungsdienstlich behandelt. Uns beiden wird vorgeworfen, daß wir die Raf mit einem „illegalen Informationssystem“ unterstützen, deshalb wird gegen uns ein Ermittlungsverfahren nach § 129a StGB geführt."

Informationen über Kontaktadresse:
Renate Eisel,
Sonnenstraße 30, 4630 Bochum 7, Tel. 02434/29 47 00 oder 6 06 96

RESOLUTION

Auf den beiden letzten Strafverteidigertagen 1981 in Berlin und 1982 in Hamburg wurden jeweils Resolutionen verabschiedet, die die Zusammenlegung von politischen Gefangenen in interaktionsfähigen Gruppen forderten.

Mittlerweile sind zwei Jahre vergangen, ohne daß wesentliche Veränderungen in den Haftbedingungen eingetreten sind.

Noch immer befinden sich die Mehrzahl der Gefangenen in Einzel- oder Doppel-Isolation, ohne daß sie in die zusammengelegten Gruppen zusammengelagt worden sind.

In Gegenteil, inzwischen ist eine weitere Verschärfung der Situation dadurch eingetreten, daß bereits die Forderung nach Zusammenlegung und die Diskussion hierüber kriminalisiert wird.

So fanden am 8.4.1983 Durchsuchungen bei mindestens 32 Gefangenen, sieben Wohnungen und Büros von Verwandten, Freunden und Rechtsanwälten in verschiedenen Städten der BRD - unter Einsatz von mindestens 250 Beamten - statt, mit der Begründung, daß "die Forderung nach Zusammenlegung der inhaftierten Unterstufen und Mitglieder der 'RAF' zur Aufrechterhaltung des organisatorischen Zusammenhangs und der Fortsetzung des 'Kampfes' diene".

Hierbei wurde auch der Gedanken austausch über die Forderung nach Zusammenlegung illegalisiert, obwohl es sich durchweg um Briefe handelte, die die Kontrolle und Zensur von Gerichten und Gefängnisdirektoren unbefristet passiert hatten, sowie um überwachte Gespräche bei Besuchen. Sichergestellt wurde auch eine Vielzahl von Verteidigerpost, die bereits von dem Kontrollrichter zensuriert worden war.

Diese Reaktion der Bundesanwaltschaft ist in Zusammenhang damit zu sehen, daß mittlerweile auch Gefangene aus anderen und anti-imperialistischen Gruppen ihre Zusammenlegung mit Gefangenen aus der RAF fordern.

Wir wehren uns auf das schärfste gegen diese Kriminalisierung der Forderung nach Zusammenlegung und der Diskussion hierüber - eine Forderung, die bereits seit Jahren von zehntausenden Persönlichkeiten und Organisationen wie z.B. Amnesty - international und auch von Strafverteidigern vertreten wird. Diese Forderung ist nicht nur ein Mittel, um die politische Identität der Gefangenen zu zerstören, sondern auch ein Mittel, um die politische Identität der Strafgefangenen zu zerstören.

Der 7. Strafverteidigertag fordert daher die hierfür Verantwortlichen auf, die Zusammenlegung in interaktionsfähigen Gruppen endlich zu verwirklichen.

Antifaschistische Aktion gegen ANS in Hamburg

Gegen Kühnens Hamburger ANS-Bande — nach Kühnens Angaben etwa 50 Personen stark, wenn auch als ANS bislang nicht organisiert aufgetreten — unternahm die „Antifaschistische Aktion“ Hamburg am Freitag, 22.4.83 eine Aktion. Nachdem Überwachungen ergeben hatten, daß die Wienerwaldkneipe in der Langen Reihe/ St. Georg Treffpunkt der Nazis ist, versammelten sich eine erkleckliche Anzahl von Antifaschisten, um in der Kneipe eine der weltberühmten Hähnechen zu essen. Den Nazis muß diese Aussicht nicht so geschmeckt haben, denn sie waren schon beim Eintreffen der Antifaschisten über alle Berge und nur ein paar mußten noch ihre Beine in die Hände nehmen, um nicht noch mehr Prügel einzustecken. Völlig präsent war stattdessen die Polizei, die offenbar ihre ganzen Innenstadteinheiten in die lange Reihe beorderte, wo über 2 Dutzend (11) rotierende Blaulichter die passende Kulisse für das Verleihen der mitgebrachten Flugblätter abgaben. Leider wurde offenbar ein Antifaschist festgenommen. Hartnäckig halten sich Vermutungen, daß die Polizei den Nazis einen Fluchtweg aus der Kneipe offengehalten habe und auch sonst sehr gut Bescheid wußte. Zumal ein Kneipsgast (vermutlich ein Spitzel) entzog sich der Rangel durch Flucht in einem Stroifenwagen, wo er offenbar bekannt war.

Dokumentation über Kühnens neue Umtriebe erschienen

Antifaschistische Arbeitskreise aus Hamburg, Flensburg, Lübeck, Göttingen, Initiativen aus Hannover und Elm sowie die Antifa-Kommission des KB Hamburg haben eine Dokumentation erstellt über die „Reorganisation der Neonazis seit der Haftentlassung von Michael Kühn“. Die Dokumentation umfaßt die Chronologie der bisherigen Provokationen, stellt die wichtigsten beteiligten Gruppen und Personen vor, dokumentiert die staatlichen (Nicht-)Reaktionen. Die Dokumentation kann bezogen werden gegen die Voreinsendung von 3 DM plus Porto (bitte in Briefmarken) über: Antifaschistische Initiative Hannover Lister Meile 4/ Pavillon 3000 Hannover 1

NPD-Parteitag soll verhindert werden

Die NPD plant für den 12.5. ihren Landesparteitag NRW in Bochum-Wattenscheid. Die Stadt Bochum hat mit der NPD bereits Mietverträge über die kommunale Stadthalle abgeschlossen. Auf Nachfrage erklärte die Stadt Bochum, daß sie nicht daran denke, die Verträge rückgängig zu machen und auch in Zukunft der NPD Räume zur Verfügung stellen werde.

Dagegen hat sich ein Aktionsbündnis (Falken, VVN, Volksfront, Jusos, u.a.) gebildet, das zur Verhinderung des Parteitags aufruft. Der Asta der FH Bochum und die örtliche ÖTV haben sich dem Protest bereits angeschlossen, und weitere Erklärungen von örtlichen Gewerkschaften sind in Vorbereitung.

Das Aktionsbündnis ruft alle Antifaschisten auf, sich an den Aktionen am 11.5. und 12.5. zu beteiligen:

11.5. 18 Uhr Demonstration ab Wattenscheid-Günningfeld
20 Uhr Abschlusskundgebung

Im Anschluß daran wird die Nacht über eine Mahnwache vor der Stadthalle stattfinden.

12.5. 8 Uhr Treffen vor Stadthalle zur Blockade des NPD-Parteitags



Zwei Jahre nach dem Tod des brandenburgischen Wirtschaftsministers Karry (21.12.81) gibt es keine einzige neue kriminalistische Erkenntnis über das mysteriöse Attentat im Frankfurter Stadthallenhochhaus. So gehören in das Ergebnis der weiterführenden mit viel Klimateil eingerichteten „honderdkommission Karry“ beim brandenburgischen Landesministerpräsidenten — vorausgesetzt, die „honderdkommission“ hatte wirklich die Aufgabe, das Mordfall aufzuklären.

Abhängig bei sich die politische Diskussion um den Tod des Ministers ein bisschen weiterbewegt — freilich eher in falscher Richtung. Seit sich herausgestellt hat, daß Neonazis verantwortlich sind für Anschläge auf US-Funktionen in Hesse, von denen man einmündig angenommen hatte, es wäre die „eigene Leute“ gewesen, findet in der militärischen Barock der BND und Westberlins eine Debatte über Desorientierung und Verunsicherung statt. In dieser Auseinandersetzung spielt auch die Bewertung des Karry Attentats eine Rolle, was die im ARBEITSSAMPAU mehrfach verteilte These untermauert, daß die damalige Ereignisphase ganz entscheidend zur Verunsicherung darüber, was sich mitunter hinter dem Marksteinen RZ verbirgt, beigetragen haben.

Lange Zeit galt es sowohl im bürgerlichen Lager als auch bei den Linken überhaupt nicht als ausgemacht, wo die Urheber des Karry-Attentats zu suchen wären. An dieser offenen Situation änderte auch ein in mit „RZ“ (Revolutionäre Zelle) unterzeichnetes „Bekennerschreiben“, das mit dreiwöchiger Verspätung auftauchte, kaum etwas. Denn dieses Schreiben enthielt zum Teilhergang derart Ungereimtes und Widersprüchliches, daß — Fälschung hin, Fälschung her — jedenfalls so viel sicher ist: Der (die) „Bekannter“ hat (haben) mit der Tat selbst nichts zu tun gehabt. Diese Auffassung wurde nicht nur von der liberalen Presse geteilt (FR), sondern zeitweise sogar vom LKA Hessen vertreten (s. dazu AK 221, S.48). In der Folge legte der Staatsschutz größten Wert auf die (übrigens durch nichts bewiesene) Behauptung, das Bekennerschreiben zum Karry-Attentat sei ungeschichtet der einzelnen Widersprüche, d.h. es stamme „nach Stil und Diktion“ zweifelsfrei aus Kreisen der Revolutionären Zellen. War diese These erst einmal durchgesetzt, so konnte auch — ohne ein einziges neues Indiz vorzulegen — die Tat selbst den RZ zugeordnet werden.

Dieses rein politische Manöver scheint jetzt abgeschlossen zu sein. Ohne die Spur eines Beweises, ja ohne jeden Bezug auf polizeiliche Ermittlungen verzeichnet der letzte, bereits von Zimmermann herausgegebene Verfassungsschutzbericht lapidar, die RZ hätten das Attentat begangen, was ihre neue Qualität als „gefährlichste Terrorgruppe“ begründet.

Die gleiche Auffassung scheint inzwischen auch bei Teilen der militanten Szene zu greifen — auch hier erstaunlicherweise ohne jede Begründung. So sind in der Zeitung „radikal“ vom März 83 (Nr. 114) zwei Papiere abgedruckt, die bei ansonsten unterschiedlicher Intention beide von einer Urhebererschaft der RZ im Fall Karry ausgehen. Zum einen handelt es sich um eine RZ-Erklärung (1) „zu den counterinsurgenten in Butzbach und Darmstadt“, das andere (2) ist ein Diskussionsbeitrag von einem Teil der Autonomen aus der Anti-Stadt-Bewegung mit dem Titel „Thesen zur Anti-Stadt-Bewegung der Revolutionären Zellen“. Bemerkenswerterweise wird bezüglich der RZ-Erklärung (1) in einem anderen Text (3) Revolutionärer Zellen („122“ vom 6.4.83) von „jener a n g e b l i c h e n „RZ““ gesprochen, deren Bewertung der Nazi-Anschläge scharf angegriffen wird („barer Unsinn“). Papier (3) geht auf die Karry-Affäre nicht ein, vermerkt aber allgemein „verstärkte Anstrengungen“ des Staatsschutzes, „polizeikontrollierte terroristische Gruppen aufzubauen, die in unserem oder anderem Namen operieren bzw. jegliche Verantwortung ablehnen“.

„Fehler“?

Das Papier der Autonomen (2) beweist den Anschlag auf Karry als „Fehler“ der RZ. Die Aktion und ihre Begründung stünden im Widerspruch zu den „formulierten Prinzipien“ der RZ. Positiv an den RZ finden die Autonomen, daß sie sich in Abgrenzung zur RAF stärker auf reale Protestbewegungen beziehen würden. Zustimmung wird aus der RZ-Zeitung „Revolutionärer Zorn“ Nr. 6 (Jan. 81) zitiert: „Angriffe gegen zentrale staatliche Institutionen helfen wir zur Zeit für politische unmöglich: wir können die Machtfrage nicht stellen! Wir führen keinen Krieg! Wir stehen vielmehr immer noch am Anfang eines langwierigen mühseligen Kampfes um die Köpfe der Menschen — nicht in irgendeiner Etappe um einen militärischen Sieg!“

Das Karry-Attentat sei demgegenüber, so meinen die Autonomen, eine Art Rückfall in die RAF-Politik. „Der

„Im Gegensatz zur Studentenbewegung ist unsere Stärke nicht die Analyse sondern eher unser Gefühl“
rhein-main-autonome („radikal“, Febr. 83)

praktische Ausgang des Anschlags auf Karry jedoch rückt ihn von der Qualität (Tod einer zentralen Figur des politischen Machtfeldes) auf die RAF-Ebene, was jedoch nicht aufgrund einer These“.

Ähnlich kritisch werden von den Autonomen zwei weitere RZ-Aktionen des Jahres 1981 im Rhein-Main-Gebiet beurteilt:

— die Zerstörung eines Funktowers am Flughafen Frankfurt am Main (2.3.11.81) als Reaktion auf die politische Raumdung des Hüttendorfs gegen die Stadtbahn West („die Aktion hat gegen den Konsum verstoßen, die Flugsicherung nicht anzugreifen“)

— und eine (nicht zündende) Sprengladung vor dem bezichen Wirtschaftsministerium im Dezember 81 („Stimmen die Zeitungsmeldungen, so war der Fundplatz der Bombe getriggert, eher und völlig unpräzise Menschen zu treffen und zu verletzen und nicht das Objekt bzw. politische Repräsentanten“).

Dieser politischen Kritik aus dem autonomen Lager wäre, vorausgesetzt die Prämisse — jeweilige Urheberchaft der RZ — stimmt, einiges hinzuzufügen. Nach vergleichsweise vernünftigen Aussagen um „Revolutionärer Zorn“ Nr. 6 wurde unter dem Signum RZ denn das ganze Jahr 1981 hindurch praktisch nur Mist gebaut. Zumal wäre noch jener sagenhafte „Beitrag“ der RZ zum Hungerstreik der RAF-Gefangenen zu nennen, als nach dem Motto verfahren wurde: Der Hungerstreik ist Scheiße, die Unterernährung aber ebenso, aber um zu zeigen, daß wir auch noch da sind, haben wir in Frankfurter Kaufhäusern geründelt, wobei die Zünder teilweise zu früh losgingen, aber das macht auch nichts. Da-

zu schreiben antirassistische Gruppen damals durchaus treffend

„der Ausdruck, daß es sich bei diesen Aktionen um gezielte counterrevolutionäre gehandelt hätte mit dem Ziel, die solidarische Arbeit und die sie flankierenden praktischen Aktionen zum Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF zu destabilisieren, diskreditieren und ihnen durch den volksfeindlichen Charakter die Richtung zu nehmen, was aufgrund vieler Tatsachen zwingend“ (aus einer Dokumentation zum Hungerstreik vom 2.2. - 16.4.81).

Das Grundmuster der Kritik der Autonomen an den RZ — anspruchsvolle Theorie, aber in der Praxis wie die RAF — läßt sich bei genauerer Betrachtung nicht aufrechterhalten. Es wäre nicht als ungerecht gegenüber der damaligen RAF, etwa das Karry-Attentat auf eine Stufe mit der Schleyer-Entführung zu stellen. Immerhin war Schleyer die Symbolfigur für ungebrochene faschistische Tradition des deutschen Kapitals, während Karry als Mitglied einer z.T. jüdischen Familie unter den Nazis jedenfalls nichts zu lachen hatte und von seiner Vergangenheit her eher eine Ausnahmeerscheinung in der bundesdeutschen Politikertiere war. Es kann auch nicht unter den Tisch fallen, in welcher politischen Situation das Attentat stattfand. Damals stand die Einleitung eines Volksbegehrens gegen die Stadtbahn West unmittelbar bevor, und der Protest machte erste Anstalten, sich grob gesagt von einer lokalen „Kuriosität“ („Kirchturnpolitik von Morfelden-Waldorf“) zur landesweiten Bewegung mit einzigartiger Massenhaftigkeit zu entwickeln. Die Ermordung Karrys, der wie kein anderer Politiker das Stadtbahnprojekt vorangetrieben hatte, war durchaus geeignet, diese Perspektive schon im Ansatz zu zerstören.

Nun ist zwar bekannt, daß die RZ erblitterte Gegner einer solchen Massenpolitik sind. Dies kann aber kein Attentat rechtfertigen, das in dieser Situation objektiv voll gegen das Volksbegehren auszuweichen mußte und sich damit auch gegen die Bürgerbewegung wandte, die diesen Weg nun einmal beschlossen hatte. Wer es auch immer gewesen ist — die Erschießung Karrys kann, wenn man diesen politischen Zusammenhang berücksichtigt, nur als klassische Provokation bezeichnet werden.

Interessanterweise schreiben die Autonomen, die Umstände und die Durchführung der Aktion „Neben uns zuerst auf einen Anschlag entweder aus der Profunterwelt oder auf Faschos schließen“. Diesen Eindruck haben sie offenbar nur deswegen korrigiert, weil es auf das Bekennerschreiben kein Dementi der RZ gab.

„Vollwertig“?

In der eingangs erwähnten RZ-Erklärung (1) findet sich zu Karry die irrationale Passage: „Viele kleine herztöfliche haben schon bewiesen, daß wir es ernst meinen und bis zum letzten Atemzug kämpfen, auch wenn sie uns zur Öffentlichkeit hin noch immer nicht so richtig als vollwertig akzeptieren, weil außer dem Karryschwein noch niemand umgelegt worden ist, doch revolutionäre Gewalt sollte sich vorerst auf Einrichtungen richten, die dem Faschismus dienen und ihn mitten drin beherrschten erst später können wir dann unsere Kampfmaßnahmen gegen einzelne schwere Vollverbrecher richten“. Irrsinnig ist daran zunächst die Terminologie, die jedem Brutalo-Western Ehre machen würde. In der aber revolutionäre Überzeugungen nicht einmal spurenweise mehr zu erkennen sind. Inhaltlich wird indirekt zugegeben, daß Karry kein Faschist war (nebenbei bemerkt: die Aussage, revolutionäre Gewalt müsse sich gegen den Faschismus richten, ist nicht mehr als eine hohle Phrase; bisher gibt es keine RZ Praxis, die dem auch nur annähernd gerecht wurde). Als „schwerer Vollverbrecher“ — die Erläuterungen dieser feinen Differenzierung zu Faschismus überlassen wir einstweilen den Erläutern — sei er eigentlich erst später drangewechselt. Hier wird also eine sicher nicht unerhebliche Zahl von nicht näher beschriebenen „schweren Vollverbrechern“ zum Abschluß in einer unbestimmt bleibenden zukünftigen Situation pauschal freigegeben, wobei es möglicherweise angebracht sein kann, sich den einen oder anderen zwecks eigener „Aufwertung“ schon früher vorzunehmen: bei aller politischen Kriterien! Das ist sicher vorteilhaft geeignet, um „die Köpfe und Herzen der Menschen zu gewinnen“.

Noch verdrückter wird es, wenn man bedenkt, daß gemäß Bekennerschrei-

ben vom Mai 81 der Tod Karrys nicht beabsichtigt gewesen sein, sondern ein „Unfall“. Angeblich sollte der Minister nur verletzt werden, damit er „länger, als ihm lieb ist, im Rollstuhl sitzt“. Was soll man nun davon halten? Wäre es „korrekt“ gewesen, Karry erstmal in die Beine zu schießen, um ihn „später“ dann „umzulegen“? Oder war die Aktion insgesamt falsch („zu früh“), hatte aber, wie der Zufall so spielt, den positiven Effekt einer Aufwertung der RZ?

Wann gehen denn Revolutionäre aus Fehlern gestärkt hervor? Bestenfalls, wenn sie es verstehen, diese selbstkritisch aufzuarbeiten, und wenn sie daraus lernen. Mit der Art, in der RZ-Kreise diesen angeblichen „Fehler“ behandelte, entziehen sie sich selbst jede Glaubwürdigkeit. Denn in Wirklichkeit wird in jeder dazu vorliegenden RZ-Außerung herabgemogelt und vernein, den „Fehler“ irgendwie doch in einen „Erfolg“ umzumünzen.

Der Schlimmste wird immer größer

Man könnte sagen: Es gibt mehrere Äußerungen aus RZ-Kreisen, in denen direkt oder indirekt eine Verantwortung für das Karry-Attentat übernommen wird. Gegenteiliges Übernehmen gibt es nicht. Folglich war es eine „RZ“, die damit einen schweren Fehler begangen hat. Die RZ sind insgesamt nicht in der Lage, diesen Fehler in seiner Tragweite zu begreifen und selbstkritisch aufzuarbeiten, was nicht gerade für diese Gruppe(n) spricht, und damit fertig. Warum überhaupt noch die Täterchaft der RZ infrage stellen?

Doch das Karry-Attentat weist zu viele Merkwürdigkeiten und Kompliziertheiten auf, um sich damit zufrieden zu geben.

1. Karry stand — neben Namen von Antifaschisten wie Kogon oder Carlebach — auf einer „schwarzen Liste“ von heussischen Faschisten. Dies war lange vor seinem Tod bekannt und wurde nicht nur in der „FR“ sondern auch in antifaschistischen Broschüren (u.a. unserer Firma) publiziert. Waren die RZ an dem Phänomen Faschismus/Neofaschismus wirklich so interessiert, wie es neueren Papieren zu entnehmen ist, so hätte diese Tatsache

interessiert, wie es neueren Papieren zu entnehmen ist, so hätte diese Tatsache

„Es ist beruhigend, zu lesen, wie dumm Bullen sein können. Nichtsdestotrotz können wir auch verdammt dumm sein. Gerade darin liegt ja gerade so bestürzende Aktualität. Also Leute, benehmt euch noch schlauer in Zukunft, denn fallen die pigs unter uns noch mehr auf!“
Kommando Heinrich Lübke, Rote Armee Fiktion („radikal“, Febr. 83)

in Überlegungen, diesen Mann anzugreifen, eine Rolle spielen müssen. Ist dieses Interesse seitens der RZ jedoch ganz neu entdeckt worden, so wäre es angesichts der „Demonstrierung der Szene“ eine Auseinandersetzung wert, warum in diesem Fall tatsächlich dasselbe Ziel ins Visier genommen wurde wie von den Neonazis.

2. Das Attentat soll dem Minister vorher in Drohbriefen angekündigt worden sein — und zwar exakt in der Weise, wie es angeblich von der RZ geplant war. Karry, Bömer und Walzmann sollen gleichlautende anonyme Briefe erhalten haben, in denen damit gedroht wurde, sie würden „die Einweihung der Stadtbahn im Rollstuhl erleben“. Das wurde von der Presse nach Karrys Tod berichtet. Prompt bestätigte einige Zeit später das RZ-Bekennerschreiben, dies sei tatsächlich das ursprüngliche Ziel gewesen. Für die Aktion einer „linken Querilla“ ein außergewöhnlicher, ja einzigartiger Umstand.

3. Die Unfallversion und die mehr als kläglichen Begründungen dafür, warum der Minister dann doch tödlich getroffen wurde, stellten im Widerspruch zu der proflutige coolen Ausführung der Tat — nach allem, was man darüber erfahren konnte. Sie stehen auch im Widerspruch zu der Aussage von Frau Karry, die neben ihrem erschossenen Mann im Bett lag (vgl. AK 221). Schließlich steht die Unfallversion auch noch im Widerspruch zu den späteren RZ-Außerungen in Sachen Karry. War der Tod Karrys wirklich in unbeabsichtigtes Versehen, dann hätte

Fortsetzung nächste Seite

Unter Freunden

Karry war als Bundesschatzmeister der FDP in Spendensaffären der unterschiedlichsten Art verwickelt. Das weitverzweigte System sog. „staatsbürgerlicher Vereinigungen“, im Volksmund Geldwasch-Institute genannt, geht nicht zuletzt auf seine unglaubliche Kreativität zurück. Nun kann Karry leider nicht mehr zu seiner Rechtfertigung vorbringen. Dafür hängt Lambsdorff als Wirtschaftsminister einer ehrbaren Bundesregierung dick in der Fick-Affäre. Karry schweigt, Lambsdorff kann nicht auf Dauer schweigen. Lambsdorff spricht. Karry ha-

be die Gelder in Empfang genommen, die ein bürokratischer Fick-Buchhalter unglücklicherweise unter dem Namen Lambsdorff verzeichnet habe. Eine prima Idee. Über Tote soll man, so schreibt es die bürgerlich-humoralistische Bildung vor, bekanntlich nur Schlechtes sagen...

Lambsdorff würde bestimmt an jeder Trauerfeierlichkeit für seinen toten Freund Heinz Herbert teilnehmen. Und er würde bestimmt die besten Worte über und für ihn finden. Zweifellos auch einen schwarzen Anzug tragen, wie es die Kleiderordnung vorschreibt.

Fortf. von vorheriger Seite

die Aktion logischerweise besser gar nicht stattgefunden, und diese Argumentation müßte auch durchgehalten werden. Alle späteren RZ-Außerungen bezogen aber, daß es doch ganz gut war, „das Karryschwein umzuzeigen“. 4. Es bleibt nun einmal eine unverrückbare Tatsache, daß das Bekennerschreiben nicht vom Täter/aus der Tätergruppe stammt. Damit wäre also der für spontaneitlich-autonome Kreise so wohltuende Anspruch „unabhängig voneinander operierender Kleingruppen“ im Inneren. Es gäbe in der Tat eine Art „ZK der RZ“ oder wenigstens einen „Pressereferenten“, zuständig für Bekennerschreiben der etwas heiklen Art in diesem Fall hätte demnach der „Proverbioren“ den Auftrag übernommen, die fabrizierte Scheiße durch ein wohlklingendes Bekennerschreiben in Grenzen zu halten, wobei er in allen Details, die den Tatvergang betreffen, patzte. Dies würde in vollständigem Widerspruch zu den politischen Grundsätzen der RZ bedeuten.

— Derjenige, der eine Aktion durchführt, braucht dies nicht selbst zu verantworten und

— derjenige, der die Aktion begründet, bewertet und politisch einordnet, kann angeklagt nicht kontrollieren, was eigentlich geschieht wird.

Und das unter Bedingungen illegaler Arbeit. Wenn die Praxis so aussehen sollte, würde ich persönlich eine Revolution a la RZ lieber vermeiden wollen.

Manch nicht, daß die Annahme, die RZ hätten Karry erschossen zu katastrophalen Schlußfolgerungen führt (freilich kann niemand total ausschließen, daß diese Annahme trotzdem zutrifft). D.h. diese These verweist die Widersprüchlichkeiten des Falles, anstatt etwas zu klären. Es mag ja sein, daß einige verwirrten Gemütern der militanten Szene aus revolutionärem Zorn oder falsch verstandener Solidarität heraus sich demüßigt fühlen, das Karry-Alibi zu rechtfertigen (wobei vielleicht etwas coolere Leute die falschen Suchworte geben...). Dies führt dann zu so klassischen Fehlleitungen wie jener Parole, „Ich hab's getötet, aber ich hab's nicht getötet“.

Die falschen Fehlleitungen wie jener Parole, die immer noch als abschreckendes Dokument an der Flughafenmauer in Frankfurt zu sehen ist (und die FAG wird die letzte sein, die das wegmachen läßt). „Erst Karry-Mord, dann Grenzüber“ Diese Parole dokumentiert ja nicht nur eine beachtliche Geschmackslosigkeit, sondern auch ein kaum zu überbietendes Maß an Dummheit und Fehleinschätzung. Von Unes spricht heute niemand mehr, da er mit seiner FDP (und sogar noch innerhalb derselben!) demaltes abgeschrieben ist, daß man sich ein unruhiges Ende für eine Politiker-Karriere kaum vorstellen kann — und ebenso wäre es natürlich auch Karry ergangen, hätte man ihn nur gelassen.

Aber all dies bringt zwar für die Staatsschutzpropaganda gegen die RZ (und natürlich auch gegen die Linken insgesamt) eine Menge Munition, für die Aufklärung des Karry-Mordes dagegen so gut wie nichts. Denn dazu müßten Fakten und nicht Meinungen erörtert werden. Um diese Seite der Angelegenheit ein bißchen zu beleben, soll noch ein Thema angeschnitten werden, das bei allem konjunkturellen „Interesse“ am Neofaschismus doch so gut wie tabu zu sein scheint.

Schwarze Spur

In der Zeit nach dem Attentat gab es eine Reihe von Hinweisen, die auf eine „schwarze Spur“ (Faschisten) hindeuteten und die damals — im Unterschied zu heute von der Presse auch ernst genommen wurden.

— Die Erwähnung Karrys auf einer schwarzen Liste von zu ermordenden Personen (s.o.), die in Hanauer Faschistenkreisen kursierte.

— Ein Telefonanruf bei der „Bild-Zeitung“ am Tag nach der Tat, in dem sich eine „Bewegung Drittes Reich“ dazu bekannte.

— Drohungen aus Faschistenkreisen, man werde die Bestattungsfunktionen für den Mörder durch Aktionen stören.

— Der eigenartige Umstand, daß am Tatort zwar die Waffe, nicht aber das dazugehörige Magazin gefunden wurde (es handelte sich um eine wenig gebräuchliche amerikanische Kiernkaliberpistole). Ein passendes Magazin soll angeblich einige Zeit später direkt vor der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe gefunden worden sein, als ob jemand auf diese Weise beweisen wollte, die Tat begangen zu haben, was auch nicht gerade den Gepflogenheiten linken Querfrontgruppen entspräche.

— Der verschiedentlich nachzuweisende Versuch von Faschisten, auf der Anti-Stadt-Bewegung ihre Suppen zu kochen. In eine nicht unterzeichnete

ten Flugblatt, dessen Fascho-Machart un schwer zu identifizieren ist, wurde übrigens ausdrücklich zu Angriffen auf die Flugsicherung aufgerufen — eine Sache, die sich originellerweise später eine angebliche RZ (s.o.) zu eigen machte (jaja, unseren peniblen Untersuchungsarbeit entgeht halt nix, das ist bekannt. Auch nicht, daß in Teilen der legendären Hüttendorf-Crew mit der Parole „Keine Besatzer in Westdeutschland“ operiert wurde, was — wie inzwischen auch andere gemerkt haben — eine ganz spezifische Wortwahl von rechts ist. Aber aus dem Hüttendorf durfte ja nie jemand kritisiert werden.).

Bekannt nicht wahrgenommen wurde, daß ausgerechnet die ganze Geschichte, die sich um die Tatwaffe rankt — neben dem Bekennerschreiben zentralen Argument des Staatsschutzes gegen die RZ — eher zum Indiz gegen die RZ-Hypothese geworden ist. Die Fahnder hatten behauptet, die Tatwaffe stamme aus einem Diebstahl Anfang der 70er Jahre in einer Butzbacher US-Kaserne; sämtliche Waffen aus diesem Coup seien über verschiedene Kanäle in „linksextremistische Terrorkreise“, vor allem RZ, gelangt. Das war schon reichlich schräg; so wurde mit Rainer Hochstein ein „Kanale“ angegeben, der beim Staatsschutz endet. Den Verbleib der entsprechenden Waffe zu erkunden, dürfte also sehr einfach sein. Abgesehen davon führen die Erkundungen der anderen „Kanäle“ offenbar zu keinerlei Ergebnis. Es gab Hausdurchsuchungen — in Frankfurt angeblich aufgrund eines Hinweises von Bommil Baumann, was ebenfalls nicht unbedingt stimmen muß — und gewiß Nachforschungen aller Art: Fehlansätze!

Erwas später wußte jedoch die „FR“ zu berichten, eine der in Butzbach entwendeten Pistolen sei über einen Hanauer Waffenhändler weiterverkauft worden. Frage der Polizei an die Bevölkerung (!): Sind noch weitere Waffen der beschriebenen Art dort gekauft worden (der Händler „kann sich nicht erinnern“)? Der aufmerksame „FR“-Leser schließt also Waffenhändler gleich Faschist und schon wieder Karry... Jädelich, aber in dem was der gleich Faschist und schon wieder Hanau. Freilich gibt es in dem von der „FR“ angegebenen Hanauer Stadtteil gar kein Waffengeschäft, und so wäre die ganze Angelegenheit heute vollständig in Vergessenheit geraten, wenn die Volksmassen nicht so flüchtig wären, wie sie es nun einmal sind. Es gibt dort nämlich eine „Antiquitätenhandlung“, die auch Waffen verlobt und sammelt z.B. Kontaraktos um dem „Dritten Reich“ freilebt. Womit auch der Eindruck verfestigt, daß es sich hierbei um einen schwarzen, präziser braunen Kanal handelt. Ach so. Hanau gilt in Hessen aktuell als Zentrum der neuen faschistisch-terroristischen Sammlungsbewegung um Kuhn und Co. — Arndt Mark (Wehrsportgruppe Hoffmann) hat seinen Standort dorthin verlegt, bestimmt weil er dort keine Freunde hat und überhaupt niemanden kennt.

Problem Nr. 1 bei der Geschichte ist, daß Polizei und Staatsschutz diese schwarze Spur natürlich längst kennen, daß sie nicht wie wir zünftig darauf gestoßen sind und daß sie sicher weit mehr darüber wissen. Doch die unzulässige „Sonderkommission Karry“ hat in zwei vollen Jahren nicht ein Sternchen darüber verloren, sondern ausschließlich über die RZ spekuliert. Da weiß man, mit welchen Leuten man da dort zu tun hat. Vielleicht könnten die Grünen im Landtag einmal versuchen, diese Tücken und Implikationen der Öffentlichkeit bewußt zu machen. Auch dazu ein interessantes Detail. Nach der letzten Hessenwahl, aber noch vor der Konstituierung des neuen Landtags wurde das Thema Karry nochmal schnell im zuständigen Ausschuß abgehandelt. Die Grünen konnten Einblick erhalten.

Problem Nr. 2 ist, daß man solche Informationen eigentlich mit gemächten Gefühlen publiziert. Weiß man doch, daß die einzige Wirkung einer Veröffentlichung darin besteht, daß der Staatsschutz noch einmal alles durchcheckt, um jeden noch so winzigen Hinweis auf die schwarze Spur zu eintreiben. Anfragen, die etwa die Grünen mal ganz harmlos stellen könnten, werden nun total gähne, stromlinienförmige Antworten produzieren, auf denen man nichts anfangen kann. Doch es wird zur Zeit wieder einmal ein Volksentwurf diskutiert, diesmal zur Frage der Raketensatzierung, und da scheint es nicht ausgeschlossen, daß verschentlich „Unfälle“ passieren, die dann unter dem bismarck RZ verkauft werden. Nachher glauben die Leute noch daran. Es hilft also nichts, als weiter auf die Fährlichkeit der Volksmassen zu vertrauen.

Komitee für Katastrophenschutz (in Zusammenarbeit mit Komitee für Denkmalschutz)

Ausländerpolitik und Menschenrechtsverletzung

Öffentliche Anklage 3.-5. Juni in Frankfurt

Von der „faz“ lanciert, aufgegriffen u.a. von der GEW Hessen, wird anlässlich der Zimmermann-Pläne vom 3. bis zum 5. Juni eine Protestveranstaltung zum Ausländerpolitik, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus in Frankfurt stattfinden.

Ursprünglich wurde ein regelrechtes Tribunal aus Auge gefaßt, mit ausländischer Beteiligung und der Hoffnung auf eine entsprechende Publizität auch außerhalb der BRD-Grenzen. Das in dieser Form noch für den Juni zu organisieren, wurde aufgrund der knappen zur Verfügung stehenden Zeit als unrealistisch erachtet. Die jetzt geplante 3-tägige Veranstaltung soll aber dennoch den Charakter einer öffentlichen Anklage beibehalten. Bevor das (vorläufige) Programm geschildert wird, die bisherige Untersuchung.

Initiativsausschuß ausländischer Mitbürger in Hessen, IAF-Bundesverband, Arbeitskreise der KSC-Frankfurt, GEW-Landesverband Hessen, Die Grünen im Hessischen Landtag, Asia Uni Frankfurt, „faz“, VIA (Bundesverband der Initiativgruppen Ausländerarbeit), Casa di Cultura/Ffm, Pao-lin Sprachschule, Ffm, Demokratische Sozialisten (Bundesverband), Saz-Rock (Verein für Jugendliche aus der Türkei und aus der BRD), Afrikanischer Kulturverein (AKV), Frankfurter Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit, Progressive Volkseinheit aus der Türkei (PHOB), Iran-Komitee/Ffm, Türkei-Komitee/Ffm, GIM, KB, Deutsch-Ausländische Fraueninitiative „Gemeinsam und wir stark“, Pfaffenstrand/Ffm.

PROGRAMM

Freitag, 3. Juni, 19 Uhr (Universität Frankfurt)
ERÖFFNUNGSVERANSTALTUNG.

Beiträge:
— Anlauf und Zielvorstellung der Veranstaltung, die Absichten der neuen Ausländerpolitik betreffen auch die Deutschen,
— Ausländerpolitik, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus;
— Cabaret;
— ANGEKLAGT: AUSWEISUNGS-

PRAXIS
(Beitrag zur Ausweisung wegen zu kleiner Wohnung, Bezug von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe, Drogenabhängigkeit, Ordnungswidrigkeiten, politischer Betätigung);
— Falldarstellung und Beiträge zu psycho-sozialen Folgen und Rückkehrideo-logie;
— Öffentliche Diskussion, betroffene Ausländer berichten.

Samstag, 4. Juni, 10—12 Uhr und 13—15 Uhr (Universität Frankfurt).

Arbeitsgruppen

Themen:
— Betrieb, Gewerkschaft, Arbeitslosigkeit;
— Besondere Lage der ausländischen Arbeiter;
— Türkei/BRD, Ursachen der Emigration und Bedeutung für beide Länder;
— Ausländerfeindlichkeit und Rassismus;
— Ausländische Jugendliche;
— Ausländische Studenten;
— Ausländer im Exil;
— Kulturelle und nationale Identität;

— Erfahrungsaustausch von Auswanderern und Strategiediskussion;
— Politische Betätigung von Ausländern/innen in den BRD;
— Multikulturelle Gesellschaft als politische Zielvorstellung u.a.

Samstag, 4. Juni, 16 — 17 30 Uhr (Universität Frankfurt).

ANGEKLAGT: FAMILIENZERNÜTTUNGSPOLITIK;
— Falldarstellung
— Beiträge von Psychologen, Bildungsexperten, Kirchen-Vertretern, Schriftstellern

18 00 bis 19 30 Uhr
ANGEKLAGT: ASYLPRAXIS;

— Falldarstellung;
— Beiträge von Faschismusexperten, Emigration, Psychologen, Schriftstellern

ab 20 00 Uhr
„FEST 1001 Nach“
(1 in Film).

Sonntag 5. Juni, 11 00 Uhr
ABSCHLUSSEVERANSTALTUNG
(Auswertung der AGs, Perspektiven, etc.)

Kontaktadresse

Initiative Ausländerpolitik und Menschenrechte
Mainzer Landstraße 239—241,
6000 Frankfurt/Main
Tel. täglich Mo — Fr, von 17 bis 20
Uhr; 0611/73 78 98

KB-Gruppe Frankfurt

Beschluß der Landesvertreterversammlung der GEW Hessen vom 27.3.83 und des bundesweiten Vorbereitungstreffens vom 9.4.83

Bundeskanzler Helmut Kohl hat behauptet, daß seine „Politik der Ausländerbegrenzung und -rückführung“ auf eine „menschlich anständige Weise“ durchgeführt werden soll.

Für „menschlich anständig“ hält die Bundesregierung, daß den über 6 Jahre alten ausländischen Kindern der Nachzug zu ihren Familien in der Bundesrepublik verboten werden soll, und daß sogar Trennungszertifikate für Ehepaare bis auf 6 Jahre ausgeweitet werden sollen; Tausende ausländischer Familien wurden getrennt und zerstört.

Für „menschlich anständig“ hält Minister Zimmermann die Idee, bis 1990 die Hälfte, zwei Millionen Ausländer, aus der Bundesrepublik zu vertreiben; nachrechenbar wird das nicht nur Türken, sondern zunächst einmal Arbeitslose, Arbeitsunfähige und Kranke, im weiteren solche Ausländer, die sich in demokratischen Organisationen gegen ihre Diskriminierung wehren. Als „menschlich anständig“ bedeutet die Bundesregierung auch die sogenannten „Rückkehrprämien“, mit denen die fortgewünschten Ausländer um bis zu 50 Prozent der ihnen zustehenden Leistungen aus der Arbeitslosen- wie der Rentenversicherung betrogen werden.

Mit „menschlichem Anstand“ werden den Ausländern auch die politischen Teilhaberechte verweigert, die im übrigen Europa immer selbstverständlich werden.

„Menschlich anständig“ werden die Asylgesetze verschärft. Zu Zeiten des „Dritten Reiches“ hatten 1,5 Millionen Deutsche das Land verlassen und in anderen Staaten um Asyl nachsuchen müssen. Vor diesem Hintergrund ist das einseitige liberale Asylrecht der Bundesrepublik entstanden.

Dieses Asylrecht ist nur noch Makulatur. Für Flüchtlinge aus der Dritten Welt sind die Grenzen dicht, für ein Verbleiben in der Bundesrepublik müssen sie vor den Augen ihrer Verfolger Schlinge stehen.

In der Bundesrepublik werden Asylbewerber unter menschenunwürdigen Bedingungen in „Sammlagarn“ zusammengepfercht. Durch die Weitergabe der Asyl-Akten an die Verfolgerländer ermöglichen deutsche Geheimdienste dort die weitere Verfolgung von Flüchtlingen.

Mit all diesen Maßnahmen verstößt die Bundesregierung gegen die von der Bundesrepublik unterzeichnete Schlußakte von Helsinki und setzt sich in krasser Weise über das Grundgesetz hinweg. Vor allem mißachtet sie rücksichtslos die Menschenrechte. Es ist bestürzend, daß nach den schrecklichen Demütigungen und Verfolgungen, die ethnische Minderheiten während der Nazi-Zeit erleben mußten, heute in diesem Land — 50 Jahre „danach“ — wieder gegen Menschen anderer Völker und Kulturzugehörigkeit Existenzvernichtung mit Verordnungen und Gesetzen betrieben werden soll.

„Integrationsfähig“ und „Integrationswillig“ waren z.B. Türken jahrelang als Arbeiter — „illuzifremd“ und „Integrationsunfähig“ sollen sie jetzt die „nationale Identität unterwandert“ haben. Sie sind „unerwünschte Minderheiten“. Das ist Rassismus.

Auch für die deutschen Arbeitnehmer, Arbeitslosen und sozial Benachteiligten ist eine solche Politik nichts anderes als eine Drohung. Die ausländischen Kollegen werden zu Sündenböcken der Arbeitslosigkeit erklärt, deren Ursachen doch „zu mageren Gewinnen“, profitablen Geldanlagen im Ausland und vor allem arbeitsplatzvernichtende Rationalisierungen sind. Mit dem Schlagwort: „Die Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg“ wird die Konkurrenz zwischen den Arbeitnehmern insgesamt geschürt. Eine gemeinsame solidarische Bewältigung der ökonomischen Probleme wird unmöglich.

Mit dem Argument: „Es sind zu viele“ (Ausländer) wird auf ein Krisenmanagement eingestimmt, bei dem auch einige Deutsche schon „zu viele“ sind und immer mehr sein werden, insbesondere Jugendliche, Frauen, Frührentner. Die Masse der Arbeitnehmer wird in immer schlechteren Lohn- und Arbeitsbedingungen genötigt, für einige sind die Löhne im „sozialen Netz“ schon jetzt existenzbedrohend.

Ein Test, wie weit im Bedarfsfall gegen wachsenden Protest, gegen demokratische Opposition und die Gewerkschaftsbewegung, vorgegangen werden kann, sind die zahllosen Erlasse und Verordnungen gegen Ausländer. Haben die Innenminister schon bisher eine unmenschliche Praxis von Polizei- und Ordnungsämtern ermöglicht, oft am Rande der Legalität, soll diese Praxis nun gesetzlich festgeschrieben, verschärft und erweitert werden.

— der Datenaustausch zwischen Behörden mit „gegenseitiger Amtshilfe“ (Sozialamt/Arbeitsamt/Ausländerbehörde)

— die Pflicht, immer seinen Paß bei sich zu tragen, andernfalls dies als „Ordnungswidrigkeit“ verfolgt werden kann (für Ausländer ein gesetzlicher Ausweisungsgrund)

— gravierende Einschränkungen der politischen Betätigung

— die beabsichtigte Leibesvisitation „ohne begründeten Verdacht“ durch den Bundesgrenzschutz

— All diese und noch andere Absichten führen zu einer immer umfassenderen Überwachung

Diese Vertreibungsprogramme und diese Überwachungs- und Einschüchterungsprogramme bezeichnen den Punkt, an dem Zusehen und Nichtstun zum Mitleid wird.

Gewerkschafter gegen Aschu-Urteil

Am 9.4. fand in Frankfurt eine Veranstaltung unter dem Motto: „Das Aschu-Urteil und seine Bedeutung für die Gewerkschafter“ statt. Dazu aufgerufen hatten die Ortsverwaltung der DPG und die Bezirksverwaltung der GfW. Das Ganze lief in Form einer einseitigen Schulungsveranstaltung ab und richtete sich vorwiegend an aktive Mitglieder und Funktionäre von DPG, GfW und andere Einzelgewerkschaften.

In seinem einleitenden Referat ging Sebastian Cobler, einer von Aschus Anwälten, auf die Bedeutung des Urteils ein. Die Aschu unterstellte Nötigung der hessischen Landesregierung habe darin bestanden, daß er ein Moratorium (Blutstopp an der Startbahn West) bis zur Entscheidung über die Rechtmäßigkeit des Volksbegehrens durch den hessischen Staatsgerichtshof forderte. Nur in diesem Zusammenhang habe Aschu dazu aufgefordert, am 15.11.81 dem Flughafen einen Besuch abzustatten. Die Forderung nach einem Moratorium sei aber

vollkommen berechtigt gewesen und die Landesregierung hätte, wenn sie sich an die Verfassung gehalten hätte, darauf eingehen müssen. (Wolfgang Abendroth in einem späteren Beitrag. Wenn überhaupt, habe Aschu die Landesregierung zu einem rechtmäßigen Vorgehen „genötigt“).

Cobler meinte, das Gericht habe in seiner Urteilsbegründung eine bürgerkriegsähnliche Situation, schwere Ausschreitungen usw. auf der Demonstration am 15.11. unterstellt. Demgegenüber stehe eine Schadenshöhe von lediglich 80.000 DM. Also ein ziemlich kostengünstiger „Aufstand“... Cobler zog einen Vergleich zum Fluglotsenstreik, wo die Bundesregierung vom Fluglotsenverband 230 Millionen DM Schadensersatz forderte. Eine Kriminalisierung durch Anklage wegen Nötigung von Verfassungsorganen erfolgte damals aber nicht, obwohl die Aktionen der Lotsen häufig als Nötigung dargestellt wurden.

Frank Deppe und Wolfgang Abendroth gingen auf grund-

sätzlich Aspekte von Klassenjustiz ein. Deppe beschäftigte sich dabei mit dem KPD-Verbot und der Repressionswelle gegen zehntausende von tatsächlichen oder vermeintlichen Kommunisten. Abendroths Beitrag behandelte die Tradition der Klassenjustiz gegen die Arbeiterbewegung seit Anfang dieses Jahrhunderts. Beide Beiträge waren recht allgemein und gaben wenig zum Thema der Veranstaltung her.

Uli Mückenberger, Prof. für Arbeitsrecht in Bremen, sprach zur Entwicklung des Arbeitskampfrechts seit 1945. Sein hochinteressanter Beitrag streifte alle wesentlichen Arbeitskämpfe seit 45 sowie einschneidende höchstrichterliche Urteile. Zusammenfassend kann man sagen, daß Streiks ausschließlich im Zusammenhang mit Tariffragen erlaubt sind. Insbesondere über allen politischen Streiks schwebt das Damoklesschwert des Verbots wegen Nötigung von Verfassungsorganen. Unter dem Beifall der Teilnehmer meinte Mückenberger, daß die obli-

chen Streiks heute ein staatlich inszeniertes Ritual seien. Die Gewerkschaften sind seit dem zweitägigen Zeitungstreik von 1952, der sich gegen das geplante Betriebsverfassungsgesetz von Adenauer richtete, jedem weiteren politischen Streik aus dem Wege gegangen. Ein sehr markanter Beispielfall ist der Versuch der Rundfunk-Fernseh-Union (RFFU), 1980 einen Streik gegen die Pläne zur Zerschlagung des NDR zu führen. Die Gewerkschaftsspitze argumentierte: 1. sei dies kein politischer Streik sondern gehe um Arbeitsplatzvernichtung infolge einer NDR Auflösung, und 2. werde sie jedes Urteil zum Streik akzeptieren. Das prompte Ergebnis war das Verbot des Streiks mit der wesentlichen Begründung, daß ein Streik gegen die öffentlich-rechtlichen Anstalten praktisch ein Streik gegen die Parlamente sei.

Ein politischer Konflikt, wie er dem Aschu-Urteil zugrunde liegt, etwa der Kampf um das demokratische Recht eines Volksbegehrens (das zudem noch in der hessischen Verfassung verankert ist) gegen die Startbahn-West, ist den Gewerkschaften zumindest als Gegenstand von Kampfmaßnahmen völlig fremd. Der Verzicht auf politische Streiks und Kampfmaßnahmen (siehe auch Notstandsgesetz) hat eine reaktionäre Rechtsprechung begünstigt, in der die Grenzen immer enger gezogen wurden. Es gab keinen einzigen Fall, wo der Besitzer des DGB beim Bundesgerichtshof sein Amt niedergelegt oder protestiert hätte. Die reaktionäre Rechtsprechung zum Arbeitskampfrecht kommt den DGB-Offiziellen insofern entgegen, als es dabei oft um kleine Berufsgruppen wie Netzmacher, Estrichleger, Croupiers, Fluglotsen u.a. ging.

Mückenberger ging in seinem Beitrag so weit, den Begriff Klassenjustiz abzulehnen oder zumindest zu hinterfragen, weil seiner Ansicht nach die Gewerkschaften selbst ein großes Maß von Mitsprache an dieser Misere tragen.

In weiteren vorbereiteten Kurzbeiträgen wurde anschließend über einige z.T. aktuelle Konflikte informiert. Ein Kollege der IG Druck und Papier informierte über den „Times“-Konflikt 1979, auf dem Höhepunkt des Streiks bei der englischen „Times“, war eine türkische Druckerin in Zeppelnhelm bei Frankfurt dazu

ausgerufen, eine Streikbrecherausgabe der „Times“ zu drucken. Die Frankfurter Ortsverwaltung der IG Druck und Papier rief zu einer Demonstration vor der Druckerei auf. Sie verlief vollkommen friedlich, hatte allerdings zur Folge, daß das „Times“-Management einen Rückzieher machte: der Streikbruch gegen die englischen Kollegen war verhindert. Seitdem muß ein Streikverfahren u.a. wegen Nötigung gegen drei Frankfurter Druck-Funktionäre (Eine Entscheidung steht noch aus).

Jeweils ein Kollege der Postgewerkschaft und der GfW informierten über Arbeitskämpfe. Zum einen geht es darum, daß jeder Streik im öffentlichen Dienst von Kampagnen mit dem Vorwurf der Nötigung begleitet wird. Andererseits geht es im öffentlichen Dienst um die Einbeziehung von Beamten in Streiks. Gegen dieses Ansinnen haben entsprechende Stellen bereits mit strafrechtlicher Verfolgung gedroht. Während die DPG auf die Einbeziehung von Beamten in Streiks bislang verzichtet hat (im Unterschied zur GfW), ordnete das Postministerium seinerseits beim Poststreik 1980 den Einsatz von Beamten zu Streikbrecherdiensten an.

Ein Kollege der RFFU berichtete über den Versuch eines Streiks 1980 (siehe oben).

und ein Fluglotsen berichtete nochmals ausführlich über ihre go-slow-Aktionen und das Urteil gegen den Fluglotsenverband von 1978.

Jacob Moneta von der IGM wandte sich in seinem Beitrag dagegen, alles schwarz zu sehen. Er habe in betrieblichen Aktionen erlebt, wie Kollegen mit viel Phantasie rechtliche Hürden umgehen würden. Vielfach stehe nicht die Frage im Vordergrund, ob etwas legal sei, sondern ob es legitim sei. Moneta mußte aber eigentlich wissen, daß zahlreiche Belegschaften, auf die er sich bezog, von ihren Gewerkschaften weitgehend im Stich gelassen wurden.

Die etwa 100 Teilnehmer der Veranstaltung haben reichlich Informationen mit nach Hause genommen. Oodacht war das Treffen als ein Auftakt zur Diskussion der Fragen, die das Aschu-Urteil für die Gewerkschaften stellt. Das Treffen hat gezeigt, daß in diesem Sinne noch viel zu tun ist, aber auch viel getan werden kann.

Ein Genosse des KB/Gruppe Frankfurt

7. Strafverteidigertag:

Anwälte lehnen geplanten „kurzen Prozeß“ einhellig ab

Die geplanten Veränderungen sollen angeblich dem Ziel dienen, die Kosten des Strafjustiz-Apparates zu senken und v.a. die Verfahren zu beschleunigen. Vorgesehen sind im Wesentlichen folgende Maßnahmen (Einzelheiten vgl. AK 226)

- das Recht, als Angeklagter selbst Beweisanträge zu stellen, soll im Verfahren vor dem Amtsgericht abgeschafft werden;
- die Sprungrevision, d.h. die Möglichkeit, Urteile des Amtsgerichts unter rechtlichen Gesichtspunkten, v.a. auf die Einhaltung formeller Vorschriften hin überprüfen zu lassen, soll abgeschafft werden;
- die Möglichkeit, nach einer 2. Berufungsinstantz auch noch die 3. Instanz anzurufen, soll nur noch bei ausdrücklicher Zulassung durch das Gericht bestehen;
- die Ablehnung eines Richters wegen Befangenheit soll für bestimmte Verfahrensstadien aus der öffentlichen Hauptverhandlung verboten werden zu ein schriftliches Antragsverfahren;
- das Recht, Anträge zu begründen, selbst Fragen an Zeugen und Sachverständige zu stellen und Erklärungen abzugeben, soll eingeschränkt werden; der Richter soll die Befugnis bekommen, dem Verteidiger das Wort zu erteilen;
- statt Zeugen unmittelbar zu hören, soll es in Zukunft zulässig sein, frühere Vernehmungprotokolle zu verlesen; beweiserhebliche Urkunden brauchen u.U. noch nicht einmal mehr vorgelesen zu werden;
- für die Überprüfung von Haftbefehlen durch die Oberlandesgerichte, die nach einer bestimmten Dauer der Untersuchungshaft obligatorisch vorgeschrieben sind, sollen künftig längere Fristen gelten

Während die Beschneidungen von Verteidigerrechten wie sie in den 70er Jahren von der SPD-FDP Regierung im Zuge der sogenannten Terrorismusbekämpfung vorgenommen worden sind, noch weitgehend widerspruchslos und widerstandslos von der Mehrheit der Anwaltschaft hingenommen worden sind, nicht sich der Gesetzgeber mit diesen Plänen der einseitigen Abkehrung durch die gesamte Anwaltschaft gegenüber. Wie sah sich dieser „Sinneswandel“ erklären?

Einen wenig erfreulichen Kommentar hatte Felix Kurz in der „tas“ parat (19.4.83): Man habe sich eben darauf beschränkt, „brav defense!“ zu argumentieren, habe sogar die Vokabel vom „Mißbrauch von Verteidigerrechten“ bereitwillig von der Siegeswette übernommen und „sich in Verständnis füreinander“ geübt. Ist die Einseitigkeit der Ablehnung also durch eine Verwässerung der Positionen, durch Anbiederung erkauft?

Meines Erachtens hat diese Entwicklung ihre Ursache weniger in einem Bewußtseinswandel der Strafverteidiger zum Schlechten, als in dem veränderten politischen Charakter des jetzigen Gesetzgebungsprozesses selbst gegenüber den Strafrechtsänderungen der letzten Jahre. Diese zielten vorwiegend auf die politisch brisanten und spektakulären, in ihrer Zahl aber verschwindend geringen „Terroristenprozesse“, bzw. wurden jedenfalls mit Blick auf diese Mammutverfahren legitimiert. Dagegen treffen die jetzt angestrebten Änderungen in erster Linie das am weitesten verbreitete Strafverfahren, wo 97-99% aller Prozesse durchgeführt werden. Die Pläne werden auch ausdrücklich damit begründet, daß die Justiz von der Masse der „normalen“, kleinen Strafverfahren überlastet sei. Mit dem neuen Gesetz soll also das Instrumentarium geschaffen werden, mit dem — bei gegebenen Kapazitäten — die zunehmende Zahl kleinerer Delikte „bewältigt“, sprich abgeurteilt werden kann.

Entscheidend für die jetzige Gesetzesinitiative dürfte aber nicht nur die in den letzten Jahren stetig steigende Kriminalitätsstatistik sein, sondern auch die erst noch auf uns zukommende Welle der Kriminalisierung im Bereich des Demonstrationsrechts. Neben der von der CDU-FDP Regierung geplanten Verschärfung des Demonstrationsrechts sollen also auch gleich die verfahrensrechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß der weitere „Strafanspruch des Staates“ nicht nur auf dem Papier — oder besser: im Gesetzbuch — steht, sondern auch die entsprechenden Verurteilungen folgen werden. Diesen Zusammenhang erwähnte beispielsweise sogar der bereits erwähnte DAV. Indem er in einer Stellungnahme zu den rechtspolitischen Plänen der neuen Regierung kürzlich meinte, die Änderung des Demonstrationsrechts könne zu einer „Überschwerung von Gerichten“ führen („FR“, 5.4.83).

Zu einer Einordnung der geplanten Strafverfahrensänderungen vor diesem politischen Hintergrund ist es bei den Diskussionen auf dem Strafverteidigertag allerdings nicht gekommen. Die Ablehnung der Anwälte rührt vielmehr tatsächlich einmal aus einem „Standesinteresse“. Denn die Vorschläge — sollten sie Gesetz werden — würden die Verteidigerrechte in weiten Bereichen so weit aushöhlen, daß die Verteidigung als Institut des Strafprozesses tendenziell überflüssig wird. Niemand wird sich mit Anwaltskosten belasten, wenn der Verteidiger mangels effektiver Verteidigerrechte sowieso nichts erreichen kann. Weil die Änderungsarbeiten nicht nur wenige außer gewöhnliche Prozesse, sondern die Masse der „normalen“ Verfahren betreffen, zieht auch das Argument vom angeblichen „Mißbrauch von Verteidigerrechten“, mit dem es bei den Strafrechtsänderungen der letzten

Jahre gefungen ist, die Anwaltschaft zu spalten, diesmal nicht mehr.

Daß die Anwälte in ihrer Gesamtheit durch ihre Gegnerschaft zur offiziellen Regierungspolitik im Handumdrehen gleich zu Linken Systemkritikern werden, hatte allerdings — außer offenbar Felix Kurz — niemand erwartet. Die Auseinandersetzungen auf dem Strafverteidigertag waren eher durch Illusionen gekennzeichnet.

So wurde beispielsweise die Ansicht geäußert, über den einschneidendsten Punkt, die Abschaffung des Beweisantragsrechts, brauche man nicht zu diskutieren, weil das sowieso kein Gesetzgeber umsetzen würde. Ebensovwenig wurde auch nur erwogen, was zu tun sei, wenn der vorliegende Referentenentwurf doch Gesetz wird. Erst bei der Verabschiedung der Abschlusserklärung entwarf doch Gesetz wird. Erst bei der Verabschiedung der Abschlusserklärung fiel dem einem Anwalt auf, so daß wenigstens der Beschluß gefaßt wurde, in diesem Falle einen außerordentlichen Strafverteidigertag einzuberufen, um das weitere Vorgehen zu beraten.

Stattdessen wurde sich lebhaft darüber gestritten, wer nun eigentlich der „geborene Gegner“ eines liberalen Strafverfahrens sei — die Ministerialbürokratie oder die Richterschaft. Dabei wurde überwiegend die Ansicht vertreten, daß man die Richterschaft als Bündnispartner im Kampf gegen den Abbau von Verteidigerrechten gewinnen sollte, weil doch auch sie ein Interesse am Erhalt eines rechtsstaatlichen Verfahrens haben müsse. Abgesehen davon, daß diese Sichtweise die Interessenlage und das Bewußtsein der Richterschaft — von Ausnahmen abgesehen — verkennt (denn sie ist ja immerhin als sogenannte „Dritte Gewalt“ unmittelbar Trägerin staatlicher Herrschaft und hat in dieser Funktion ihrerseits bereits einiges zum Abbau von Verteidigerrechten beigetragen), kommt hier speziell hinzu, daß die abgelehnten Vorschläge der Justizministerkonferenz wie des Referentenentwurfs auf „Anvergnügen von der Praxis“, d.h. Forderungen der Richterschaft beruhen.

In welche Richtung die Reise (weiter)geht, machte denn auch der Vorschlag eines Podiumsdiskussions der Abschlusssitzung deutlich. Er propagierte — praktisch parallel zur Durchbrechung des Legalitätsprinzips im Bereich polizeilicher Strafverfolgungstätigkeit — eine punktuelle Durchbrechung des Schuldprinzips im Bereich gerichtlicher Strafverfolgung. Man solle doch einmal überlegen, ob nicht für Bußgelder im Straßenverkehr bis zu 100 DM die Verschuldenshaftung aufgehoben werden sollte, so daß diese Bußen bezahlt werden müssen, gleichgültig ob sie den Richtigen treffen oder nicht. Das würde die Gerichte enorm entlasten...

Diesen Vorschlag machte ein Richter, Vorsitzender beim Bundesgerichtshof

Dr. Ant-Rep.-Kommission Hamburg

Anzeige

Anzeige

Resultate Nr. 9

Theoretisches Organ der
MARXISTISCHEN GRUPPE

Die nationalsozialistische Herrschaft

- Begriff des Faschismus • Hitler - ein deutscher Politiker
- Demokratische Vergangenheitsbewältigung

München 1983, 224 Seiten, DM 10,- ISBN 3-922935-15-1

Dieses Buch beteiligt sich nicht — mitamt der umfangreichen Festliteratur zum 50. Jahrestag des Amtsantritts Hitlers — an der moralischen Verurteilung des 3. Reiches, sondern erklärt das faschistische Staatsprogramm, das den Notstandstraum aller ausländischen Demokraten wahrnimmt:

„Faschisten mißtrauen der Außenwelt durch die freie Konkurrenz und konzentrieren ihre Wirkungen durch die geordneten, von jedem Zufall befreite Sortierung der Menschen in „gutes Volk“ und „Volkseinde“.“

„Faschisten verneinen das zielstrebige Beschäftigungsprogramm, das sie mit Arbeitslosen unternommen wurde: ihre Verwandlung in Soldaten — nicht nur — der Arbeit.“

„Faschisten setzen den sozialen Frieden durch den demokratischen Gewerkschaftler mitverantworten wollen.“

„Faschisten gehen den dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus, den die christlichen Weltverbesserer suchen.“

„Faschisten führen den nationalen „Befreiungskrieg“, den die BRD als NATO-Frontstaat nicht nötig hat.“

„Kurzum: Faschisten machen ernst mit dem Krisenparanoiden, dem Gerechtigkeitswahn und dem Fortschrittswahn eines guten Staatsbürgers. Sie verwirklichen das Konsequenz „Wir“ aller Deutschen.“

Diese und andere für Demokraten verwerfliche Wahrheiten über die Form bürgerlicher Klassenherrschaft, die Faschismus heißt, enthält Band 9 der Resultate-Reihe.

Resultate Nr. 9 erhältlich im linken Buchhandel, an Universitätsbuchhandlungen der MARXISTISCHEN GRUPPE (MG) oder über MHB-Buchladen, Hartungstr. 7 (Tiefgarhof), 2000 Hamburg 13 Tel. 44 82 34, Öffnungszeiten: Mo - Fr 10 - 14 Uhr, Sa 11 - 14 Uhr, Do auch 16.30 - 18.30 Uhr.

Fortf. von vorheriger Seite

einzuwirken — wie es der notorische Neonazi Rechtsanwalt Jürgen Rieger als Verteidiger eines wegen NS-Verbrechen Angeklagten unlängst in einem Hamburger Prozess behauptete — sondern diese Menschenmassen ohne jede hygienische Betreuung sollten durch Seuchen dezimiert und liquidiert werden!

Am 22. Juli 1942 fand eine für das weitere Schicksal der Juden im Ghetto entscheidende Sitzung des SS-Oberkommandos statt. Dem Judenrat wurde angekündigt, daß mit diesem Tag die Aussiedlung der Juden aus dem Ghetto stattfände. Dem Judenrat wurde anbefohlen, diese „Aussiedlung“, die faktisch die Deportation in das Vernichtungslager Treblinka bedeutete, zu organisieren und durchzuführen, andernfalls der Judenrat selbst deportiert werden würde. Zwei Tage später beging der Vorsitzende des Judenrats, Adam Czerwinski, Selbstmord. Im März 1942 hatte schon die Dachorganisation der sozialistisch-zionistischen Jugend, der „Hechalutz“ (der Pionier) eine Konferenz einberufen, an der verschiedene sozialistisch-zionistische, kommunistische und sozialdemokratisch-jüdische Gruppen teilnahmen. Es wurde die Schaffung einer Kampforganisation beschlossen, die alle politischen Gruppen umfassen sollte. Am 18. Juli 1942 wurde beschlossen, eine Kampfgruppe zu bilden, die den Nazis gegenüber offenen Widerstand leisten, zum allgemeinen Widerstand aufrufen und diejenigen ausschalten bzw. liquidieren sollte, die den Widerstand verhindern wollten. Es wurden Aufrufe in polnischer Sprache verfaßt, die von der „Zydowska Organizacja Bojowa“ ZOB (Jüdische Kampforganisation) unterzeichnet waren. Diese Organisation begann also schon im Sommer 1942 mit den Vorbereitungen zum Widerstand. Zahlenmäßig war es zunächst eine kleine Gruppe, vielleicht zweihundert Kämpfer und Kämpferinnen. Es fehlte total an Waffen. Am 18. Januar 1943 wurde das Ghetto von der SS völlig abgeriegelt. Bei dieser Gelegenheit leitete die Kampforganisation den ersten aktiven Widerstand. Fast alle jüdischen Kämpfer kamen ums Leben. Die Organisation zog daraus die Konsequenz, daß Straßenkämpfe gegen SS und Wehrmacht (!) zu große Opfer forderten. Man stellte sich auf Partisanentaktik um.

Der offene Kampf brach am 19. April 1943 aus, in der Nacht um 2 Uhr. Deutsche, lettische und ukrainische Posten umstellten das Ghetto. Etwas später erkundeten Spähtruppen der ZOB Konzentrationen größerer SS-Einheiten im Ghetto. Zwischen vier und fünf Uhr waren alle jüdischen Kampfgruppen in die vorbereiteten Stellungen gegangen. Etwas zwei Stunden später rückten 2.000 SS-Männer mit Panzern, Schnellfeuergeschützen und Maschi-

nengewehren nach. Die „Umajdung“ sollte beginnen, d.h. diese militärische Übermacht sollte die Deportation erzwingen. So fanden sich auch alle SS- und Polizeikommandeure ein, die, ebenso wie die Gestapo, diese Deportation leiten sollten. Vom einsetzenden militärischen Widerstand der Juden völlig überrascht, zogen sich die SS-Panzer und SS-Truppen zunächst zurück. Ein Panzer wurde außer Gefecht gesetzt, auch Tote und Verwundete waren zu verzeichnen.

Zwei Tage vor Beginn der Kämpfe, also am 17. April, war der neue Chef der SS und Polizei im Distrikt Warschau, General Jürgen Stroop, eingetroffen, der die Liquidierung der Juden und die Niederbrechung des Ghettoa leiten sollte. Da aber die Aktion nicht nach vorgefaßtem Plan verlief, übernahm Stroop nunmehr die Niederschlagung des Aufstands mit dem ihm zur Verfügung stehenden militärischen Apparat, gegen den das Häuflein der Aufständischen letztlich machtlos war.

Es erbrachte wenig an Informationen, wollte man nun einzelne Phasen des wahrhaft heroischen Kampfes schildern. Eine durch Hunger, Epidemien und Terror, durch stets Furcht vor Deportation und durch die tatsächlich stattfindenden Deportationen demoralisierte, physisch und psychisch

Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk — in Warschau mehr!

Titelblatt vom Stroop-Bericht

total erschöpfte Masse war zu einem organisierten Massenwiderstand nicht in der Lage. Das gilt für Warschau, wie es in aller Welt so ist bzw. sein würde. Alle Voraussetzungen fehlten, um mit Aussicht auf Erfolg Appelle zum Widerstand an die Massen — Alte, Kranke, Ausgehungerte, verwahrloste Kinder — richten zu können, zumal keinerlei Aussicht auf Hilfe war. Ein Schandmal der europäischen und polnischen Geschichte, die ohnehin gegenüber den Juden von dunklen Flecken bedeckt ist, bleibt — und da helfen auch keine Retuschen! — darin bestehen, daß selbst der polnische und euro-

päische Widerstand gegen die Nazis es an einem quantitativ und qualitativ relevanten Bestand fehlten ließen. Die wenigen Ausnahmen zählen höchstens moralisch, aber nicht militärisch. Man unternahm keine Entlastungsoperationen; man half nicht mit relevanten Waffenlieferungen. Die Aussichtslosigkeit des Aufstands bestand nicht zuletzt in seiner Isoliertheit, in seiner Resonanzlosigkeit in der nichtjüdischen Umwelt!

Einer der führenden Köpfe, Mordechai Anielewicz, führendes Mitglied der zionistisch-linksozialistischen Jugend-Organisation „Hashomer hazair“ (Wächter der Jugend), Kommandant der Kampf-Organisation, kam Anfang Mai mit seinem Führungsstab ums Leben, als die SS den Kommandobunker entdeckte und Gas in ihn einleitete. Anielewicz und viele seiner Genossen endeten durch Selbstmord. Der Henker Jürgen Stroop führte in dem nach ihm benannten „Stroop-Bericht“, in seinen Ereignismeldungen, vom 20. April bis zum 24. Mai 1943, genau Buch über das mörderische Geschehen. So heißt es im Fazit, daß außer den 36.065 (sechshundertsechzigtausendfünfundsechzig) „vernichteten Juden“ 5 - 600 „schätzungsweise bei Sprengungen und durch Feuer vernichtet wurden“. Aber Stroop ist gezwungen, vom nicht nachlassenden Widerstand „der Banditen und Unter-menschen“ zu berichten. So auch am 10. Mai, als sich Angehörige der jüdischen Hauptkampfgruppen in die Ruinen zurückzogen, „um von dort fern, den eingesetzten Kommandos Verluste beizubringen.“ Am gleichen Tag berichtet Stroop auch „vom guten Einvernehmen mit der Wehrmacht“, die auch „eine größere Menge Sprengmunition zur Verfügung stellte.“ Erst am 16. Mai, also nach fast vierwöchigem Kampf, nach heldenhaftem Widerstand der jüdischen Kämpfer konnte Stroop berichten: „Das ehemalige jüdische Wohnviertel Warschau besteht nicht mehr. Mit der Sprengung der Warschauer Synagoge wurde die Großaktion am 20.15 Uhr beendet!“ Auch in diesem Fall bezeugt das „gute Einvernehmen mit der Wehrmacht“, wie diese auch hier — wie in so vielen anderen Fällen — an den Mordverbrechen des NS-Regimes beteiligt war! (Stroop wurde nach 1945 an Polen ausgeliefert, dort zweimal zum Tode verurteilt und 1952 gehängt.)

Der Untergang des Warschauer Ghettos ist Teil der Vernichtung der jüdischen Kultur Polens. Aber der Widerstand war ein Signal. Der Aufstand schüttelte an der Übermacht, an der systematischen Ausrückung und Ver-

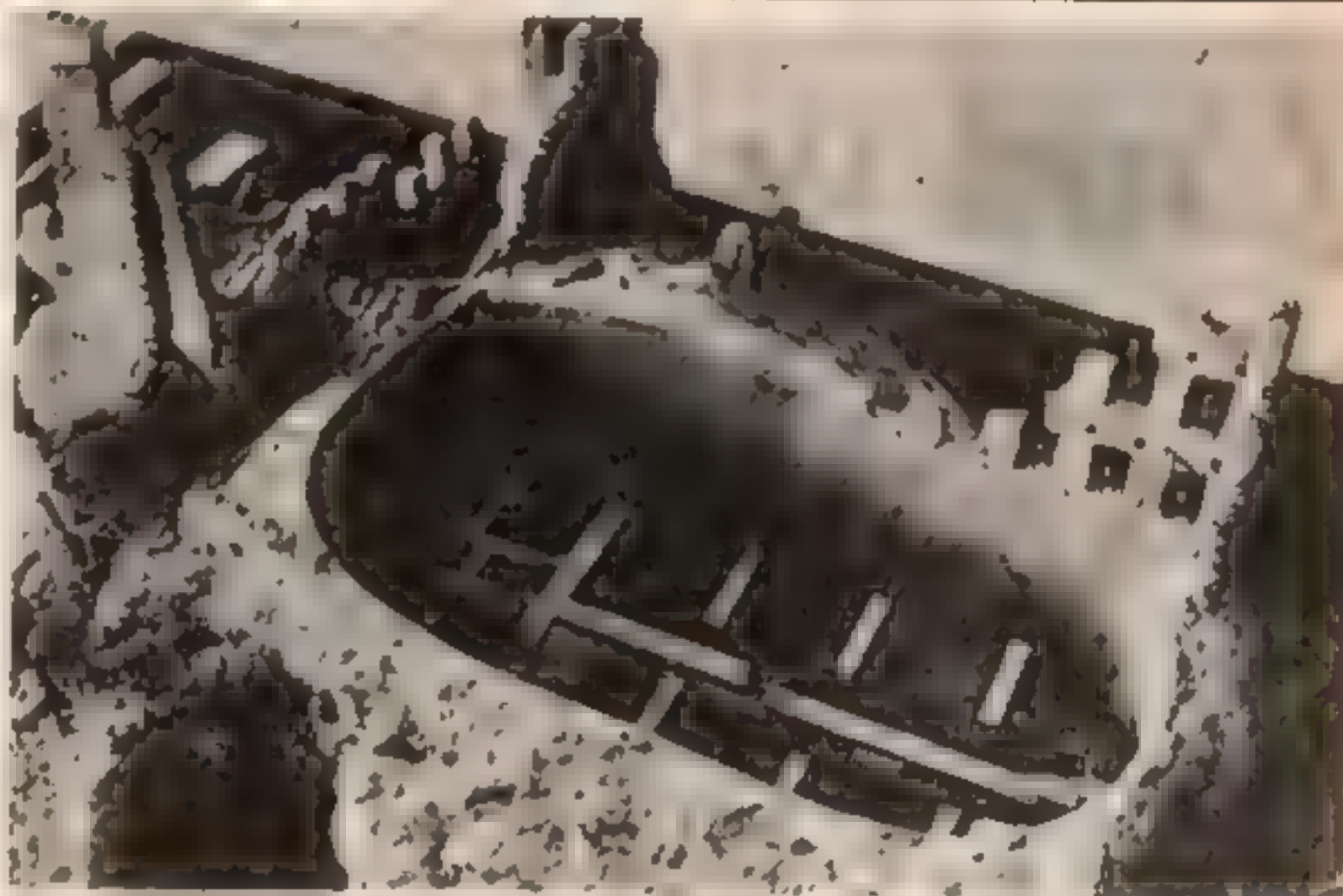


Foto: Aris Goral

Nachgebildetes Modell vom Führerbunker

nichtung des Ghettos. Die Tagebücher des Emanuel Ringelblum, Widerstandskämpfer, der selbst im Ghetto umkam, sind ein unvergängliches Zeugnis für den heroischen Kampf derer, die das Chaos und die Deportationen zwar nicht aufhalten konnten, die aber den Nazimördern und der Welt zeigten, daß Widerstand selbst in der Aussichtslosigkeit als „Ethik des Widerstands“ Sinn hat. Volksdichter sangen Lieder des Kampfes im Ghetto. Janusz Korczak betreute die verwaiseten Kinder und ging mit ihnen dann in den Tod in Treblinka. Chaim A. Kaplan beschrieb in seinem Tagebuch die Agonie des Ghettos. Der Dichter Jizhak Katzenelson schrieb in jiddischer Sprache sein Gedichtepos „Das Lied vom letzten Juden“, in dem es heißt: „Sing fun die letzte Yidn in eyropas erd!“

Der Chronist, der hier berichtet, gab Nachricht vom Leben und Tod einer kämpfenden jüdischen Jugendbewegung, die ihm einst nahestand. Er

versuchte damit, einen Teil der Unkenntnis abzubauen, der zumeist unter nichtjüdischen Kameraden und Genossen vorherrschte. Diese Ignoranz kommt oft einer Diskriminierung gleich. Denn der Widerstand jener zumeist jungen Juden und Jüdinnen ist eins der wenigen Lichtzeichen aus dunkler Zeit. Ich widme diesen Bericht dem Andenken von Josef Wulf, geb. 1912, 1941 — 1943 Mitglied jüdischer Kampforganisationen in Ghetto, 1943 — 1945 Häftling in Auschwitz, Autor vieler Bücher über das Dritte Reich und seine Verbrechen, so auch des Buches „Das Dritte Reich und seine Vollstrecker“ — Die Liquidation von 300.000 Juden im Ghetto Warschau — Josef Wulf, Ratgeber und Mahner, der aus Verzweiflung über Unverständnis und abweisende Kalte seiner Umwelt 1974 in West-Berlin Selbstmord beging. Seine Bücher sind neuerdings in Taschenbuchform (Ullstein-Verlag) wieder erhältlich.



DER AUFSTAND IM WARSCHAUER GHETTO

APRIL/MAI 1943

Eine Veranstaltung der Erinnerung und der Mahnung
MITTWOCH, 4. Mai 1983 um 19.00 Uhr, MARKTHALLE, Elsterstr. 4.



Jüdischer Partisan

Foto: Aris Goral

Carl von Ossietzky

„Kulturbolschewismus“ von Carl v. Ossietzky

Jede Phase der gesellschaftlichen Entwicklung hat ihre besonderen Schlagworte. Wenn der menschliche Verstand inmitten eines schnell fortschreitenden Prozesses zu fähigen beginnt, daß die anonymen sozialen Kräfte sich nicht bremsen lassen, dann flüchtet der empfindlich Organisierte in Mystik, während der Grobknochige sich nach Zeitgenossen umsieht, die er als greifbare Anstifter abscheulicher dunkler Vorgänge haltbar machen kann. So entstand im Mittelalter, das unter schrecklichen Epidemien von weiblicher Hysterie litt, der Hexenwahn. Weil man an die Ursache nicht herankam, hielt man sich wenigstens an den Opfern der Krankheit schadlos. „Meinetwegen, ihr werdet deswegen nicht heller sehen“, rüft in Georg Büchners „Danton“ der junge Mann, den man an die Leierne knüpfen will. Hier liegt der Kern der Sache.

Auch in der heutigen krisenhaften Zeit geht die Rache nach dem Feind, den man für alles belangen kann. Mit einem neuen Schlagwort sucht man den Feind, der das alles angerichtet hat, zu kennzeichnen, zu erfassen; deshalb variiert man ganze Menschengattungen. Wir kennen diese großmäuligen, kurzbeinigen Schlagworte, deren Lebensdauer so eng an bestimmte Verhältnisse geknüpft ist. Im Krieg war der Feind das perfide Albion, die habgierige Britannia, unter deren Untertürken sich seitdem unsere Diplomaten und Militärs bei jedem Unwetter verkrochen haben. Die Liberalen der Bismarckzeit sahen alle Tücke der Erde bei den Ultramontanen verkörpert, den „Römelingen“, und der große Kanzler hatte sich als Promotor aller Hindernisse den „Reichsfeind“ konstruiert, ein Wesen in königlich hannoverschen Junkerstiefeln und mit der Ballonmütze auf dem Kopf, aber dem roten Hund eine schwarze Soutane, in deren Innentasche eine freimaurerische Satzung und ein noch druckfrisches Exemplar der „Völkischen Zeitung“ steckten. Die Jagd nach diesem komischen Phantom hat tausenden von Deutschen Kerker und Verbannung eingetragen. Das herrschende Schlagwort von heute heißt: „Kulturbolschewismus“ und wird in ein paar Jahren schon ebenso absurd und unverstehlich erscheinen wie das Schöffeln nach den „Reichsfeinden“ und andere willkürlich gewählten Trägern des bösen Prinzips.

Das Komplement zum Kulturbolschewismus ist der „Marxismus“, eine vor etwa sieben Jahren im Dunkel von Miasma oder Mäusen geborne Albernheit. Wer für den Kulturbolschewismus Autorenrahmen in Anspruch zu nehmen hat, wissen wir nicht, wahrscheinlich kommt auch diese nichtsagende aber steifrigste Formulierung aus dem Dunkelweis der Journale des Herrn Cobmann. Während der Marxismus sich auf die prononzierten Rechtsblätter beschränkt, ist der Kulturbolschewismus dagegen zum Gemeinplatz fast der gesamten bürgerlichen Presse geworden, mit Ausnahme großer liberaler Zeitungen, die ihre geistige Tradition nicht verleugnen und deshalb selbst der Verdammnis teilhaftig werden. In puncto Kulturbolschewismus sind auch Wirth und Goebbels einig, die beiden großen Josephs, von denen der Eine die Keuschheit auf sein Banner geschrieben hat, niemals werden wir verraten, welcher von beiden. Die sozialdemokratische Presse vermeidet noch die kompromittierende Vokabel, aber in der Sache macht sie rüstig mit, und wenn man manchmal liest, was gewisse kommunistische Blätter gegen die Leute von der „Weltbühne“ auf dem Herrn haben, dann möchte man oft gern nachhelfen und gut zureden: Kinder, sagt es doch, ihr möchtet uns am liebsten Kulturbolschewisten nennen! Sagt es doch endlich!

Es handelt sich also um ein devastierendes Schlagwort, leicht zu handhaben von Demagogen und Ordnungswetzern, es doch endlich!

Es handelt sich also um ein devastierendes Schlagwort, leicht zu handhaben von Demagogen und Ordnungswetzern, von Kunst- und Straßrichtern. Wollen wir es näher bestimmen, so tapen wir allerdings im dicksten Flaster. Wenn der Kapellmeister Klempner die Tempel anders einbaut als der Kollege Furtwängler, wenn ein Maler in eine Abendröte einen Farbton bringt, den man in Hinterzimmer selbst am hellen Tage nicht wahrnehmen kann, wenn man für Geburtenregelung ist, wenn man ein Haus mit flachem Dach baut, so bedeutet das ebenso Kulturbolschewismus wie die Darstellung eines Kaiserschnitts im Film. Kulturbolschewismus betreibt der Schauspieler Chaplin, und wenn der Physiker Einstein behauptet, daß das Prinzip der konstanten Lichtgeschwindigkeit nur dort geltend gemacht werden kann, wo keine Gravitation vorhanden ist, so ist das Kulturbolschewismus und eine Herrin Stalin persönlich erwiesene Gefälligkeit. Kulturbolschewismus ist der Demokratismus der Brüder Mann, Kulturbolschewismus ein Musikstück von Hindemith oder Weill und genau so einzuschätzen wie das umständliche Verlangen irgend eines Verrückten, der nach einem Gesetz schreit, das gestattet, die eigene Großmutter zu beiraten. All das sind bezahlte oder freiwillige Hülfsdienste für Moskau. Jede bürgerliche Zeitung beinahe hat ihren kulturbolschewischen Nachwächter, der die heiligsten Güter der Nation mit der Stalllatze nach unerschütterlichen Fingerabdrücken abdruckt, wenn auch gottseidank nicht alle ihr Amt so torquemadhaft auffassen wie jener Fighting Paul von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, dieser alten Heulhure von einer ausgedienten Offiziers, die heute, inaktisch aufgebauert, eine zweite Jugend erlebt. Nur Marlene Dietrichs berühmte Spitzentönen im Blauen Engel sind bisher noch nicht kulturbolschewistisch genannt worden, und das wahrscheinlich nur, weil sie ihr von der Ufa selbst angemessen worden sind. Hätte sich die Konkurrenz solche Extravaganzen herausgenommen, so würde Herr Hunsong im „Lokalanzeiger“ längst nach der Polizei geschrieben und den baldigen Untergang der Weill infolge Sittenlosigkeit prophezeit haben.

Wenn heute von der Rednertribüne und in der Presse moralische Anschauungen verbreitet werden, die in einem schroffen Gegensatz zu denen der letzten hundert Jahre stehen, so hat das nichts mit einem sogenannten Sittenvorfall zu tun; wenn einige Millionen Menschen den § 218 beiseite wissen wollen, so heißt das nicht, daß Deutschland bis zum Ende seiner Tage in Lasterhaftigkeit verharren will. Das Laster hat sich noch niemals aus Rednerpult gestellt und für sich Propaganda gemacht, sondern immer das stichtische Dunkel gesucht. Der heimliche Exzess wird öffentlich immer nur sich

selbst verteidigen und niemals sein Privatvergnügen mit der Gloriole der Moral zu umgeben versuchen. Wenn aber in Massensammlungen eine Parole angesetzt wird, wie „Dein Körper gehört dir“, oder wenn für die Legalisierung der sogenannten Kameradschaftsbeziehung geworben wird oder für die Erleichterung der Ehescheidung, so hat sich die stichtische Anschauung der Volksmassen eben geändert. Neue Maximen suchen nach Anerkennung, ein Wendepunkt ist wieder da. Heute scheint alles auf dem Kopf zu stehen, morgen wird das eben noch Verpönte selbstverständlich sein. Faktisch aber tritt nur das ans Licht, was schon längst besteht, nicht die Menschen sind schlechter geworden, sondern die Gesetze. Sie sind zurückgefallen und müssen neu geformt, neu gefällt werden. Was hat das mit Bolschewismus, mit kommunistischen Lehren zu tun? Die dezidierten Antibolschewisten leben nicht anders, treiben es nicht anders. Der Bolschewismus ist um die besondere zeitgebundene Pointierung eines ewigen Prozesses, der auch dann nicht aufhört, wenn die Kulturbürokraten die Reaktion ihn nicht beachten und einmal eine Epoche lang keine denunziatorischen Namen für ihn zur Verfügung haben.

Heute ist dieser Prozeß wieder sehr offensichtlich, so ist Termin anberaumt, und wir alle sind in den verschiedensten Eigenschaften geladen. Die katholische Kirche aber hat auch den scheinbar sichersten, in Wahrheit aber gefährlichsten Platz ausgesucht: den des Staatsoberhauptes. Denn die Kirche hat im Laufe der letzten hundert Jahre wiederholt in den Prozeß eingegriffen und immer wieder ist sie vom Tribunal der Zeit desavouiert worden. Wie der heutige Papst für die Aufrechterhaltung dessen kämpft, was er die christliche Ehe nennt, so haben seine Vorgänger gegen die Zivilehe und gegen die weltliche Schule protestiert. Sie haben mit ihren lehrlichen und oft halbvolten Verwahrungen die Tatsache der fortschreitenden Säkularisierung des bürgerlichen Lebens nicht fortwachen können, sie haben nicht verhindern können, daß sich ein Staat nach dem andern von der Kirche getrennt hat. Die organisierte Religion ist nicht mehr stark genug, um eine Entwicklung von anonymen Triebkräften, die in sehr verschiedenartigen und sehr bunten Einzelheiten sichtbar werden, an ihren äußeren Erscheinungen zu packen und aufzuhalten. Wer könnte einem auseinanderwimmelnden Ameisenhaufen Einhalt gebieten? Die Kirche müßte wie so oft durch Geschwindigkeit ersetzen, um mit vermindertem Prestige aber doch noch lebend durch die Quarantäne des Jahrhunderts zu kommen. Die augenblicklich gelübte Methode, sich auf die Polizei zu stützen, ändert nichts Wichtiges, vermehrt nur die Zahl und die Entschlossenheit der offenen Gegner.

Nicht immer hat die Kirche sich gegen progressive Strömungen so feindlich, so ablehnend verhalten. Mindestens ihre vornehmsten Träger haben sich zu Zeiten oft mit dem neuen Geist verbunden. Wir brauchen nur der gewaltigen Päpste der Renaissance Erwähnung zu tun, die nicht nur als Kunstmeister sondern radikalen Zeitwandel Ausdruck gegeben, sondern auch als Politiker dazu beigetragen haben, die Gestalt einer werdenden Gesellschaft zu formen und das Mittelalter zu erschlagen. Clemens XIV. Ganganeli, war es, der als Geistesgenosse Voltaire die Forderung des Jahrhunderts der Aufklärung vollstreckte, den Jesuitenorden auflöste, wofür er einen dankigen Todes starb. Der bedeutendste Papst des vorigen Jahrhunderts, der Pius nono, hat wenigstens in seinen Anfängen mit den Liberalen und den Carbonariten, den Bolschewisten von damals, paktiert. Und Benedikt XV., der große Papst des Weltkrieges, ging mit Demokraten, Pazifisten und Freimaurern zusammen und erbat damit jenes hohe politische Ansehen der päpstlichen Kurie, wovon sie bis jetzt geizt hat. Wieviel von dem Kapital verwirrt ist, werden wir bald wissen, jedenfalls ist die katholische Kirche nicht so feindlich, so ablehnend, wie sie heute ist, werden wir bald wissen. Jedenfalls ist die katholische Kirche nicht so allein, so unipolar, so altförmlich, so sauer und — verzeihung! — so protestantisch gewesen wie heute.

Es ist herrlich primitiv, für unsere gegenwärtigen Wirrnisse den „Bolschewismus“ verantwortlich zu machen. Die tödlichen Verlogenheiten des Weltkapitalismus auf ein von Mäcken und seinen Sektoren ausgehecktes Komplott zurückzuführen zu wollen, zeigt nur, daß bei den Klägenden mit der Not nicht die geistige Kräfte wachsen. Überall wird heute der Vorrang der Ökonomie diskussionslos zugestanden, das ist die übermächtige Tatsache für alle Köpfe von gestern. Es handelt sich bei solchen Thesen nicht um die ewige Richtigkeit. Unter andern Umständen werden die Menschen auch wieder anders denken. Heute jedoch, wo Millionen, die eben noch auskömmlich lebten, nicht wissen, wo sie morgen das Brot hernehmen sollen, muß jedes übernommene geistige und sittliche Wertmaß schwanken und das, was gestern als unentbehrliche Kultur betrachtet wurde, dahinschmelzen wie Schnee. Die Zerserbolde, die den Zusammenbruch des Bürgertums mit Geschrei über Fäulnis und Zersetzung verlor, sollten nicht außer Acht lassen, daß Unabhängige aus dieser wirtschaftlich degradierten Schicht einen wahrhaft heroischen Existenzkampf führen und daß sie in der schrecklichen Guerilla um ein Existenzminimum Kräfte entwickeln, die viel sympathischer und als das traditionelle Bürgerbewußtsein, das seine Stellung als selbstverständlich annimmt und Privilegien fordert.

Die unbedingten Moralisten und Sittlichkeitsretter sind leider Gottes dort am stärksten vertreten, wo sie am wenigsten hingehören, nämlich an den Stellen, wo der geistige Niedergang dieser Zeit begünstigt und senziert wird. Dort tummeln sich vornehmlich Schwachköpfe, die nicht darüber hinwegkommen können, daß die Deutschen unter Hindenburg nicht mehr so richtig leben — wie damals, als Tacitus sie seinen Landsleuten unter die westhellen Nasen rieb. Wo tüchtige Hilfe am Platze wäre, kommen sie mit Untergangsprophezeiungen und künden das Ende des Vaterlandes. In der Stunde der Gefahr desertieren sie aus dem Bereich des kämpfenden Geistes in das platte aber sichere Land einer wahrlichen und verlogenen Moralität. Kein abgestempelter Patriot, der rheinische Franzosenfreund und fatalistische Kulturbolschewik Heinrich Haase ist es gewesen, der für den Glauben an Deutschland den stärksten dichterischen Ausdruck gefunden hat:

Deutschland hat ewigen Bestand!
— Es ist ein hergesundes Land!

(aus „Die Weltbühne“, 27. April 1907)

„Die Flagge, zu der ich mich bekenne, ist nicht mehr die schwarzrotgoldne Flagge dieser entarteten Republik, sondern das Banner der gereinten antifaschistischen Bewegung.“

(Carl von Ossietzky, 17.2.1933)

Carl von Ossietzky: Unbedingter Pazifist, scharfsinniger Kritiker preußisch-militaristischen Geistes und Handlens, glühender Streiter für die Einigung der Arbeiterbewegung. An den Band des Todes geschunden im KZ. Träger des Friedensnobelpreises. Auf dem Todeslager noch scharf bewacht von der Gestapo, starb am 4. Mai 1938.

Als konsequenter Antifaschist und Feind jeglichen Obrigkeitstaates selbstverständlich auch verfeindet im Adenauer- wie im Schmidt-Deutschland. Der seinerzeitige Hamburger CDU-Vorsitzende Rohmann war durchaus auf der Höhe seiner Zeit, als er 1963 die Teilnahme an einer Ossietzky-Gedenkfeier (welcher Schwachkopf hätte ihn nur eingeladen?) mit dem Bemerkten ablehnte: „In unserem Volk den Willen zur Verteidigung mit der Waffe zu stärken, das ist das Gebot der Stunde. Darum meine ich, daß der Pazifist Carl von Ossietzky uns heute nichts mehr zu sagen hat.“ Nicht weniger dem Zeitgeist entsprechend handelte die sozialliberale Landesregierung Niedersachsen, als sie 1975 den von Studenten und Professoren der Universität Oldenburg gefaßten Beschluß, diese Stätte in „Carl-von-Ossietzky“-Universität umzubenennen, ablehnte und die Entfernung des dennoch angebrachten neuen Namens mit Polizeigewalt durchsetzte. Der niederländische Journalist formulierte anlässlich dieses Vorgangs die Annahme: „daß für manchen Bundesrepublikaner der vor einer Generation verschiedene von Ossietzky noch lange nicht tot genug ist“ („Vrij Nederland“, 24.3.75). Nur eine der berühmten Ausnahmen, die die Regel bestätigen, ist es, daß nach langjährigem und engagiertem Einsatz von Hamburger Demokraten und Antifaschisten die Staats- und Universitätsbibliothek an seinem 45. Todestag, dem 4. Mai 1983, den Namen Carl von Ossietzky erhält.

Die Lektüre von Ossietzky's Artikeln, insbesondere aus seiner Zeit als Herausgeber der „Weltbühne“ in den Jahren 1925 bis 1933 machen deutlich, weshalb er auch vom „Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches“ (wie der BRD-Saat sich aufzufassen für angemessen hält) bestenfalls abgefeiert, um keinen Preis aber gewürdigt, also ernst und beim Wort genommen, wird.

Eine nach Inhalt und Ausstattung vorzügliche Auswahl von Ossietzky's Artikeln bringt sein Biograph Bruno Frei in dem Band „Rechenschaft — Publizistik aus dem Jahre 1913 - 1933“, der jetzt vom Aufbau-Verlag, Berlin und Weimar, neu aufgelegt worden ist. Die Auswahl enthält auf 300 Seiten über 60 (ungekürzte) Artikel, darunter 40 aus der „Weltbühne“. Diese Arbeiten, wenn auch stets von einem aktuellen Anlaß ausgehend, sind heute noch und zum nicht geringen Teile heute erst recht hoch zu lesen, da Ossietzky sich stets, über den Anlaß hinausgehend, in prinzipieller Weise zu Fragen des Pazifismus, Militarismus, des antifaschistischen Kampfes, der Einheit der Arbeiterbewegung, der Kritik an SPD und KPD äußert. Der Auswahl beigegeben ist ein rund hundertseitiger Anhang, der es in sich hat: Neben einer biographischen Skizze von Bruno Frei (nicht ganz frei von „Vernehmlichungsversuchen“ und einer manchmal etwas peinlichen Artroganz gegenüber einem Autor, dem „die komplizierten Probleme der Strategie und Taktik des Klassenkampfes... fremd“ waren), einer Zeittafel und einem Verzeichnis der erwähnten Zeitungen und Zeitschriften, das die politische Zuordnung der erwähnten Presseorgane ermöglicht, finden sich unter der schlichten Überschrift „Anmerkungen“ zu jedem der Aufsätze Erläuterungen von Vorgängen, Namen und Anspielungen, die heute nicht mehr (so ohne

dem der Aufsätze Erläuterungen von Vorgängen, Namen und Anspielungen, die heute nicht mehr (so ohne weiteres) verständlich sind. Das ganze, im vergleichsweise stabilen Pappband, für 12 (zwölf) Westmark! Eine der brillantesten Arbeiten von Ossietzky, seinen Aufsatz „Kulturbolschewismus“, eine prinzipielle Auseinandersetzung mit den Mechanismen des Antikommunismus, geben wir hier im Faksimile nach der „Weltbühne“ vom 21. April 1931 wieder. Wer hierin strockendweise eine Kritik der „geistigen Wende“ sieht, liegt nicht so falsch.

Z. Hamburg

Anmerkungen:

Ultramontane — Vertreter einer streng päpstlichen Gesinnung, die auch auf das politische Denken einwirkte. Wessen in königlich hannoverschen Junkerstiefeln — Anspielung auf den Anhänger des selbständigen Königreichs Hannover, das von Preußen unter Führung Bismarcks 1866 liquidiert worden war.
Cobmann — Paul Nikolaus Cobmann (1869 - 1941), nationalsozialistischer Schriftsteller und Publizist.
Wirth — Joseph Wirth, in der Weimarer Republik u. a. Finanzminister, Reichkanzler, Innenminister, torquemadhaft — verheerend verwüsten
torquemadhaft — Torquemada, Großinquisitor, der die spanischen Juden — gelaute wie ungelaute — zu Tausenden zum Scheiterhaufen verurteilte
Fighting Paul — Paul Fechter (1880 - 1968), reaktionärer Literaturkritiker und Mitarbeiter mehrerer großbürgerlicher Zeitungen, Herr Hunsong im „Lokalanzeiger“ — der im Scherf-Verlag, Berlin, erscheinende Berliner „Lokalanzeiger“ begründete die nationalsozialistische Generalliteraturpresse
Kulturbüro — Spitzname, Polizeidiener in Italien den Jesuitenorden aufzuheben — unter dem Pontifikat Clemens XIV. (1769 - 1774) wurde 1773 der Jesuitenorden aufgehoben. 1816 erfolgte seine Neugründung.
Pio Nono — Pius IX. (1846 - 1878) hatte nach seinem Amtsantritt gegläubte Verbindungen mit Anhängern der nationalen Einigung Italiens im Interesse der Stärkung der Macht des Vatikans ausüben zu können.
Benedikt XV. — Pontifikat 1914 - 1922. Der Papst wandte sich am 1. August 1917 mit einer Fidedenuncie an die kriegführenden Mächte. Ungenau ist dessen unilaterale Einseitigkeit der katholischen Kirche in den einzelnen Ländern die Kriegführung der jeweiligen imperialistischen Regierungen.
(Diesen Anmerkungen liegt zum Teil zugrunde der Apparat in „Carl von Ossietzky — Rechenschaft“, S. 572)

US-Offensive gegen Nicaragua

Was zählt sind die Absichten der USA

Die Gefechte im Nordwesten Nicaraguas zwischen den von Honduras aus eingedrungenen Konterrevolutionären und dem sandinistischen Volksheer dauern an. Die Verluste auf Seiten der Konterrevolutionäre scheinen so hoch zu sein (allein in den letzten beiden Wochen 197 Gefallene, 40 Verwundete und 50 Gefangene (1)), daß sie sich kaum auf längere Gefechte mit den Milizen oder dem sandinistischen Volksheer (EPS) einlassen, geschweige denn größere Ortschaften oder Gebiete besetzen können. Insofern kann von einem regulären Krieg nicht die Rede sein, wie es die Propaganda der konterrevolutionären FDN (Demokratische Streitkräfte Nicaraguas) glauben machen will: Über ihren Radio-Sender „13. September“ prophezeien sie das nahe Ende der „sandinistisch-kommunistischen“ Herrschaft.

Bundesdeutsche Medien — wie z.B. DIE ZEIT — greifen dankbar auf die „objektive Berichterstattung der Rebellen“ zurück und informieren über 10.000 Mann, die die FDN angeblich unter Waffen haben, „die Mehrheit von ihnen bereits im Lande, auf die Straße Null „Gewehr bei Fuß“ wartend. Der Zukunft habe unvermindert an.“ (2). DIE ZEIT behauptet auch „daß die Kampfmoral der neuen Gua-

Kampf im Norden Nicaraguas hat nichts mit dem „Unternehmen Schweinebucht“ gemein. Hier kämpfen Nicaraguenser, keine gedungenen Soldaten, für demokratische Ideale, die das Regime der Bevölkerung vorenthält.“ (3)

Natürlich weiß die Reagan-Administration, daß die Verbrechen der Somoza-Nationalgarde noch allzu im Gedächtnis der Nicaraguenser und der Weltöffentlichkeit präsent sind. Deswegen versucht sie durch das Lancieren bürgerlicher Oppositioneller in die politische Führungsspitze der FDN dieser ein „demokratisches“ Image zu verschaffen (6). Ein weiteres Zeichen für die militärische Schwäche der Konterrevolutionäre — trotz besserer Ausrüstung, Unterstützung durch ungefähr 100 nordamerikanische CIA-Agenten, die von Honduras aus auf nicaraguanischem Gebiet Operationen ausführen, und dazu noch einmal mehrerer hundert Agenten nicaraguanischer Nationalität, die ebenfalls von der CIA finanziert werden (7), und von der US-Luftwaffe gelieferten Logistik, die ihre Informationen bei regelmäßigen Aufklärungsflügen entlang der Grenze zwischen Nicaragua und Honduras gewinnen (8) — ist trotz alledem die Tatsache, daß sich die FDN immer noch hauptsächlich auf die gezielte Ermordung von Mitgliedern sandinistischer Organisationen, Funktionären der Agrarreform oder Organisatoren des Erwachsenenbildungsprogramms konzentriert.

Die Verstärkung der Überfälle von Costa Rica aus in den letzten Wochen, vor allem getragen von der UDN/FARN (9), soll die sandinistischen Streitkräfte auch an eine Südfront binden. Jedoch führte Uneinigkeit über das Vorgehen innerhalb der ARDE (Revolutionäre Demokratische Allianz) zu einer Abspaltung der militärischen Organisation UDN/FARN und zu deren Zusammengehen mit der FDN in Honduras. Alfonso Robelo und Eden Pastora vertreten eine „vorsichtiger“ Position, was die US-Regierung mit weniger finanzieller Zu-

schuß und militärischer Unterstützung, Funktionalen der Agrarreform oder Organisatoren des Erwachsenenbildungsprogramms konzentriert.

Die Verstärkung der Überfälle von Costa Rica aus in den letzten Wochen, vor allem getragen von der UDN/FARN (9), soll die sandinistischen Streitkräfte auch an eine Südfront binden. Jedoch führte Uneinigkeit über das Vorgehen innerhalb der ARDE (Revolutionäre Demokratische Allianz) zu einer Abspaltung der militärischen Organisation UDN/FARN und zu deren Zusammengehen mit der FDN in Honduras. Alfonso Robelo und Eden Pastora vertreten eine „vorsichtiger“ Position, was die US-Regierung mit weniger finanzieller Unterstützung, als die FDN in Honduras erhält (10). Robelo erklärte, daß für die „Befreiung“ Nicaraguas die Voraussetzungen noch nicht geschaffen seien, und daß der Kampf als Grundlage eines Volksaufstandes haben müsse und nicht eine Invasion von außen (11). Trotzdem kündigte Eden Pastora nun an, daß der Aufbau einer zweiten Front von Costa Rica aus abgeschlossen sei und er ab 15. April endgültig den bewaffneten Kampf aufnehmen wolle. Daraufhin verweigert ihn die Regierung Costa Ricas des Landes, was als Zeichen für die verbesserten Beziehungen Costa Ricas zu Nicaragua zu werten ist (12).

Verhandlungslösung?

Die von Nicaragua beantragte Debatte im UN-Sicherheitsrat ging am 29.3. ohne Beschlußfassung zu Ende. In der Gewißheit, daß die USA jede mühebe-

ge Resolution durch ihr Veto blockieren würden, hatte Nicaragua sich eher darauf konzentriert, den Weltchefsrat als Forum der Anklage gegen die US-Intervention zu nutzen. Da dies zu einer internationalen Isolierung der USA führte, kann die sandinistische Regierung die Debatte als einen Erfolg für sich verzeichnen. Die UNO-Delegierte der USA, Kirkpatrick, fand noch nicht einmal Unterstützung bei ihren europäischen Verbündeten. Lediglich das Verhalten des BRD-Botschafters Van Well zeigte, daß die angekündigte „Abstimmung“ der neuen bündelständischen Mittelamerika-Politik mit den „westlichen Sicherheitsinteressen“, wie sie von der USA definiert werden, bereits gut funktioniert. Er kritisierte die „Mißachtung der Menschenrechte“ in Nicaragua und forderte die sandinistische Regierung auf, „durch eine Politik der guten Nachbarschaft ein Glaubwürdigkeit zu gewinnen“ (13).

Zum Schluß der Debatte wurde angeregt, eine Konferenz der am Konflikt beteiligten Länder unter der Vermittlung des UN-Generalsekretärs Pérez de Cuellar durchzuführen.

Die von Nicaragua geforderten direkten Verhandlungen mit Honduras und den USA unter Beteiligung der Contadora-Staaten (14) wurden von beiden Ländern abgelehnt. Kommentar von Kirkpatrick: Die USA haben mit Nicaragua keine Fragen zu besprechen, die in einem zweitägigen Treffen angemessen behandelt werden könnten (FAZ 30.3.83). Honduras bestand zuerst auf einer Vermittlung durch die OAS (Organisation Amerikanischer Staaten), was für Nicaragua nicht akzeptabel war, da die OAS von jeher durch die USA manipuliert wird. Daraufhin bekam Honduras von seinem Führungsmann (US-Botschaft in Tegucigalpa) die Direktive, eine Regionalkonferenz unter Beteiligung von El Salvador, Guatemala und Costa Rica zu fordern.

Unter dem Druck der Contadora-Gruppe, hinter deren Initiative sich inzwischen auch Kuba, Grenada, Jamaika, Bolivien, Costa Rica und die Dominikanische Republik gestellt haben,

Ländern abgelehnt. Kommentar von Kirkpatrick: Die USA haben mit Nicaragua keine Fragen zu besprechen, die in einem zweitägigen Treffen angemessen behandelt werden könnten (FAZ 30.3.83). Honduras bestand zuerst auf einer Vermittlung durch die OAS (Organisation Amerikanischer Staaten), was für Nicaragua nicht akzeptabel war, da die OAS von jeher durch die USA manipuliert wird. Daraufhin bekam Honduras von seinem Führungsmann (US-Botschaft in Tegucigalpa) die Direktive, eine Regionalkonferenz unter Beteiligung von El Salvador, Guatemala und Costa Rica zu fordern.

Unter dem Druck der Contadora-Gruppe, hinter deren Initiative sich inzwischen auch Kuba, Grenada, Jamaika, Bolivien, Costa Rica und die Dominikanische Republik gestellt haben, haben die honduranische Regierung ihren Vorschlag am 11.4. vor der OAS (15).

Zwei Tage später sprach sich US-Außenminister Shultz noch einmal gegen Verhandlungen zwischen Honduras und Nicaragua aus und betonte die Notwendigkeit der Fortführung der militärischen Aktivitäten der USA in Mittelamerika. (15)

Die Außenminister Mexikos, Venezuelas, Kolumbiens und Panamas berieten nun eine regionale Friedenskonferenz vor. Ob sie aber angesichts der Haltung der US-Regierung, die Hauptdrahtzieherin des Konflikts, die Invasion stoppen können, ist sehr fraglich: Reagan und seine Falken setzen auf die militärische Karte!

Die „Stunde der Wahrheit“ im US-Kongress

Spätestens der Bericht zweier US-Journalisten von der „Washington Post“ und vom Nachrichtenmagazin „Newsweek“ über ihre Abenteuer bei einem Ausflug mit den Konterrevolutionären nach Nicaragua versetzte den US-Kongress letzte Woche in Aufruhr: Nun liegen allen Demos und Geheimhaltungen zum Trotz die konkreten Beweise vor, daß die Reagan-Administration entgegen den Zusagen des Kongresses auf den Sturz der sandinistischen Regierung mit Hilfe der CIA einer offenen Intervention hinarbeitet (16).

Der „Time“ (17) zufolge schien die Regierung durch die Enthüllungen überrollt worden zu sein, ohne eine Strategie bereit zu haben, um ihre schützenden Aktivitäten vor dem Kongress zu rechtfertigen. Die Strategen suchten der Öffentlichkeit und dem Kongress weder die Story von der kommunistischen Gefahr auf, die von Nic-



„Das ist die Domino-Schlange, von der L.B.J. verschluckt wurde.“ — Wer war denn L.B.J.? (aus „Intern. Herald Tribune“, 27.4.83). Die US-Presse zeigt wenig Sympathie für Reagans mittelamerikanische Abenteuer.

ragua ausgehe, und daß der (nie bewiesene) Wellenstrom von Managua für die salvadoranischen Guerrilleros nach wie vor anhalten würde. Diese Karte (Ost-West-Konflikt) spielt Reagan an allen Fronten aus, und er hat auch immer wieder Erfolg damit (so dumm und platt sie auch erscheint). Kaum ein Kongreßabgeordneter möchte sich auf die Seite der Sandinisten gestellt sehen, niemand möchte sich dem Verdacht aussetzen, gegen die Kommunisten zu wenig Härte walten lassen zu wollen (18).

So stand also nur noch zur Diskussion, ob die CIA-Geheimoperationen gegen die Sandinisten gegen zwei vom Kongreß verabschiedete „Gesetze“ verstößen. Es handelt sich zum einen um den Hughes-Ryan-Akt von 1974, der der CIA untersagt, die Regierung eines Landes zu stürzen, ohne (1) vorher die Zustimmung der nachrichtendienstlichen Ausschüsse im Kongreß erlangt zu haben. Zum anderen hatte der Kongreß angesichts immer neuer Gerüchte über das Treiben der CIA in Honduras vor wenigen Wochen den sogenannten Boland-Zusatz verabschiedet, wonach die CIA gegenüber Nicaragua nur soweit tätig werden darf, wie es für die Unterbindung des (angeblichen) Waffenflusses zwischen Sandinisten und salvadoranischen Guerrilleros notwendig ist (19).

Der Senator Goldwater und der rechts Flügel der Republikaner entschuldigen das Vorgehen der CIA damit, daß das Boland-Gesetz nur wohl für die amerikanische Regierung gelte, nicht aber für die Empfänger dieser Dollars (20). Jedoch um zu beweisen, daß sie nicht den Boland-Zusatz verletzt, wird die Reagan-Administration gezwungen sein, mehr Einzelheiten der Geheimoperationen preiszugeben, und gleichzeitig im Public-Relation-Bereich den besorgten US-Bürgern erklären, warum die USA das „moralische Recht“ haben, die nicaraguanischen Regimegegner zu unterstützen“ (Kirkpatrick, nach FAZ 15.4.83). Eine reale Einschränkung der CIA-Operationen gegen Nicaragua durch den Kongreß ist jedenfalls kaum zu erwarten.

In jedem Fall verspricht die Fortführung der derzeitigen Politik gegenüber Nicaragua viel Gewinn bei einem vergleichsweise bescheidenen Risiko. Die US-Regierung hofft, entweder das Ende der nicaraguanischen Revolution direkt über die jetzigen Intervention und alle begleitenden Destabilisierungsmaßnahmen (21) herbeiführen zu können, oder die Sandinisten durch diese Intervention dazu zu provozieren, Honduras anzugreifen, von dessen Territorium aus die Angriffe erfolgen, oder sich gar mit der Bitte um Militärhilfe an Kuba zu wenden. In beiden Fällen hätte die Reagan-Administration den dringend benötig-

ten Vorwand, um massiv und direkt eingreifen zu können. Internationalismus-Kommunisten KB Göttingen

Anmerkungen

1. Idee Nr. 132 vom 18.4.83
2. Die Zeit vom 8.4.83
3. Die „Repräsentanten der FDN waren der Jesuit Dr. Indalecio Rodríguez und der ehemalige Coca-Cola-Manager in Nicaragua, Adolfo Celero. Sie wurden u.a. auch in Portugal empfangen.“
4. FAZ vom 28.3.83
5. Die Zeit vom 8.4.83
6. In der Heritage-Studie von 1980 überlegen die zukünftigen Strategien der Reagan-Administration, wie die ehemaligen Nationalgardeisten am geschicktesten für ihre Ziele eingesetzt werden könnten. „Aber diese Milizen werden von den Menschen in Verbindung gebracht mit dem ehemaligen Staatsoberhaupt Somoza.“

KB Göttingen

Anmerkungen

1. Idee Nr. 132 vom 18.4.83
2. Die Zeit vom 8.4.83
3. Die „Repräsentanten der FDN waren der Jesuit Dr. Indalecio Rodríguez und der ehemalige Coca-Cola-Manager in Nicaragua, Adolfo Celero. Sie wurden u.a. auch in Portugal empfangen.“
4. FAZ vom 28.3.83
5. Die Zeit vom 8.4.83
6. In der Heritage-Studie von 1980 überlegen die zukünftigen Strategien der Reagan-Administration, wie die ehemaligen Nationalgardeisten am geschicktesten für ihre Ziele eingesetzt werden könnten. „Aber diese Milizen werden von den Menschen in Verbindung gebracht mit dem ehemaligen Staatsoberhaupt Somoza.“
7. vgl. AK 232 S. 17
8. Zu den 18 Mio. Dollars für CIA-Geheimoperationen gegen Nicaragua hat Reagan in den letzten Tagen nochmals 11 Mio. aus einem Geheimfond in das Unternehmen hineingepumpt. Idee Nr. 131 vom 8.4.83
9. vgl. FAZ vom 31.3.83
10. Am 4.4. fand in den nicaraguanischen Ort San Juan del Sur ein Treffen mehrerer Minister Nicaraguas und Costa Ricas statt, auf dem die bestehenden Spannungen zwischen beiden Ländern beseitigt wurden. Offiziell wurde die Freundschaft zwischen den Regierungen Costa Ricas und Nicaraguas, die auf eine Kursänderung der von USA getriebenen aggressiven Politik gegenüber Nicaragua dringt.
11. FAZ vom 31.3.83
12. Die Unterzeichneten des im Januar geschlossenen Abkommens von Contadora (Panama, Mexiko, Venezuela, Kolumbien und Panama) versuchen, eine eigene Friedensinitiative für Mittelamerika in Gang zu bringen. vgl. FAZ vom 13.4.83
13. FAZ vom 14.4.83
14. Der demokratische Kongreßabgeordnete Torricelli, der sich vor Ort über die Machenschaften seiner Regierung informiert hatte, kritisierte im Vergleich zu dem, was die Vereinigten Staaten gegen die Sandinisten unternahmen, bei der Invasion in der Schweinebucht „eine Strandparty“ gewesen. (FAZ vom 18.4.83)
15. Time vom 18.4.83
16. abds. S. 18. Ein Kongreßmitglied formuliert es so: „No member of Congress wants to be looked on as soft on Communism.“
17. Idee Nr. 131 vom 8.4.83
18. „Was zählt, sind nicht die Absichten der „Contras“, sondern die der USA. (Übersetzt aus „Time“ vom 14.4.83 S. 18)
19. Nach letzten Berichten amerikanischer Medien will die USA keinen Zucker mehr aus Nicaragua importieren; das bisher Nicaragua zustehende Quantum soll an Honduras übergehen. (Idee Nr. 131 vom 8.4.83)



VIETNAM II

IN DEN HAUPTROLLEN:

- ★ RONALD REAGAN ALS LYNDON JOHNSON
- ★ EL SALVADOR ALS SÜD-VIETNAM
- ★ ALS STARGAST: FIDEL CASTRO IN DER ROLLE VON HO CHI MINH

aus: „International Herald Tribune“, 27.4.83

Zwischen Revolution und Konterrevolution

Quellen
 Folgende Zeitungen und Informationsdienste wurden von Dezember 82 bis März 83 ausgewertet:
 Latin America Weekly Report (London)
 Latin America Political Report (London)
 Caribbean Control (Bridgetown)
 Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
 Frankfurter Allgemeine Zeitung (Frankfurt)
 Die Tageszeitung (Berlin/Frankfurt)
 El Die (Mexico)
 uno mas uno (Mexico)
 Bohemia (La Habana)
 Granma (La Habana)
 Le Monde Diplomatique (Mexico)
 El Pais (Madrid)
 Latin Americas Regional Report (London)

[illegible]

Kommandantin "Anna Maria" ermordet

Am 6.4. wurde die salvadorianische FMLN-Kommandantin Melida Anaya Montes in der nicaraguanischen Hauptstadt Managua feige und auf grausame Art ermordet. „Kommandantin Anna Maria“ war neben Cayetano Carpio die zweitwichtigste Führungspersonlichkeit der FPL (Volksbefreiungskräfte), einer der fünf Guerillaorganisationen in der FMLN. Bekannt wurde sie durch ihre langjährige Arbeit als Generalsekretärin der salvadorianischen Lehrergewerkschaft ANDES weiche in den 70er Jahren unter ihrer Führung zu einer der stärksten Organisationen der revolutionären Volksbewegung geworden war. Deswegen waren besonders die Mitglieder von ANDES dem Terror von Militär und paramilitärischen Organisationen ausgesetzt. Allein in den letzten drei Jahren wurden 309 Lehrer ermordet, 27 entführt und 24 sitzen im Gefängnis. Nach Verhaftung und Folter ging Melida Anaya Montes 1980 in den Untergrund und wurde zur populären „Kommandantin Anna Maria“. In Managua nahm sie seit einiger Zeit internationale diplomatische Kontakte für die FMLN wahr. Da sie ein „öffentliches Leben“ führte, war es für ihre Mörder einfach, ihre Wege und Wohnheiten zu beobachten und den Mord mit Präzision zu planen. Am Mittwochmorgen gegen 3.30h drang ein bewaffnetes Kommando — mit Kapuzen, Handschuhen und geräuschlosen Schuhen ausgestattet — in das „Schlafzimmer“ von „Kommandantin Anna Maria“ ein und knielte sie mit einem Bettuch. Bevor die Verbrecher sie mit einem Messer durch Kehle und Halswunde endgültig ermordeten — dem nicaraguanischen Innenminister zufolge „die Tat eines Experten“ — unterzogen sie sie einer grausamen Folter: Sie brachen ihr den Arm und brachten ihr mit einem Eispickel 82 Stichwunden bei.

Als Verantwortlichen für dieses Blutbad benennt eine nicaraguanische Ernister zufolge „die Tat eines Experten“ — unterzogen sie sie einer grausamen Folter. Sie brachen ihr den Arm und brachten ihr mit einem Eispickel 82 Stichwunden bei.

Als Verantwortlichen für dieses Blutbad benennt eine nicaraguanische Erklärung Rogelio Barzaga Recinos, die drittwichtigste Führungspersonlichkeit der FPL. Nach Bekanntwerden dieser Tatsache hat der Gründer der FPL, „Marcelo“ Salvador Cayetano Carpio, Selbstmord begangen. Der Mord und der Selbstmord haben in Stellungnahmen und Kommentaren der „TAZ“ zur Hinterfragung der Sinnhaftigkeit der Spendenkampagne „Waffen für El Salvador“ geführt. Beispielhaft sei dafür folgende Passage zitiert:

„Die Glaubwürdigkeit der FPL und der salvadorianischen Befreiungsbewegung insgesamt steht zur Debatte, ebenso wie die der westdeutschen Solidaritätsbewegung. Haben wir es uns zu leicht gemacht bei der Auseinandersetzung mit der Problematik von Revolution und Krieg in El Salvador? Viele, die die salvadorianische Revolution auf die eine oder andere Weise unterstützt haben, stehen jedenfalls vor den Trümmern ihrer bisherigen Motivationen und Identifikationen und müssen sich unheimlichen Fragen stellen“ (TAZ, 24.04.) Frei nach dem Motto: Für unsere rd. 3,3 Mio. DM Spendengelder können wir ruhig etwas mehr erwarten!

Zu den Vorgängen und den darauffolgenden Reaktionen der „TAZ“ drucken wir im folgenden eine Erklärung des Bundestreffens der El Salvador-Gruppen vom 23./24. April ab.

Die Vertreter der salvadorianischen Befreiungsorganisationen haben die Öffentlichkeit über die Umstände des Todes von Melida Anaya Montes und Carpio unterrichtet. Sie haben den Mord an Melida Anaya Montes scharf verurteilt und ihr ausdrückliches Interesse an der Aufklärung der Ereignisse erklärt.

Angesichts dieser Vorgänge in der Führungsspitze der FPL sowie der Reaktion der IZ zu diesen Vorgängen kommen wir auf Grundlage der uns bisher bekannten Informationen zu folgender ersten Stellungnahme:

Der Mord an der Kommandantin Anna Maria, der den Selbstmord des Kommandanten Marcelo zur Folge hatte, trifft uns als Solidaritätsbewegung schwer. Der Mord wurde durch das ehemalige Mitglied und bis zur Tat dritthöchsten Kommandanten der FPL, „Marcelo“, veranlaßt. Er ist heute in Nicaragua inhaftiert und wird dort vor Gericht gestellt werden.

Wir sind bestürzt über den Tod zweier Genossen. Wir empfinden Wut, aber auch Enttäuschung über die Tatsache, daß die Mörder Anna Marias aus den Reihen der FPL selbst kommen. Wir wissen, daß diese Ereignisse auch bei den Genossen der salvadorianischen Befreiungsbewegung große Betroffenheit auslösen.

Uns ist bewußt, daß daraus die Gefahr eines Rückschlages in der jetzigen Phase des Kampfes erwachsen ist. Für die Genossen der FDR/FMLN und auch für uns ergeben sich Fragen, deren Klärung notwendig ist. Wir fordern die Offenlegung und Untersuchung der genauen Umstände der Ereignisse. Dieser Mord bringt nur den Feinden der Revolution Nutzen. Um so dringender fragen wir nach den Ursachen dafür, daß die Auseinandersetzung innerhalb einer Befreiungsorganisation in einer solchen Tat zum Ausdruck kommen kann.

Dies stellt auch den Aufbau politischer Entscheidungsfindung zur Diskussion. Was hingegen nicht zur Diskussion steht, ist die Glaubwürdigkeit und Legitimation des Kampfes des salvadorianischen Volkes gegen wirtschaftliche, soziale, kulturelle, politische und militärische Unterdrückung. Dieser verdient und fordert unsere umfassende Solidarität in den Stadtteilen, Gewerkschaftsgruppen, Parteien und kirchlichen Organisationen bis hin zur Unterstützung des bewaffneten Kampfes durch die Aktion „Waffen für El Salvador“.

Die IZ kann die Diskussion über die Fortsetzung dieser Spendenkampagne aufwerfen, wir meinen aber, daß die IZ-Redaktion als Inhaberin des Kontos „Waffen für El Salvador“ nicht das Recht hat, über die Fortsetzung der Kampagne zu entscheiden, sondern daß dies die Sache der gesamten Solidaritätsbewegung mit El Salvador und aller derjenigen ist, die bisher ihr Geld auf dieses Konto überwiesen haben. Wir haben ein Interesse am Sieg der salvadorianischen Revolution, da dieser Sieg auch unserem Kampf gegen Imperialismus und Krieg hilft.

Imperialismus-Kommission, Göttingen

Der schleichende Krieg gegen Indochina

Anfang April gingen durch die Nachrichtenendungen wieder Filme, die Flüchtlingsströme aus Kambodscha nach Thailand zeigten. Offensichtlich gab es an der Grenze zwischen den beiden Ländern heftige militärische Auseinandersetzungen. Die Gründe dafür wurden auch genannt: Vietnamesische Truppen, die in Kambodscha stationiert sind, seien zu ihrer „Frühjahrsinszenierung“ gegen die entlang der Grenze operierenden Überreste der Pol-Pot-Armee („Rote Khmer“) und ihrer Verbündeten angetreten. Das wäre nichts Neues, da solche Operationen regelmäßig stattfinden. Neu war aber das massive Eingreifen der thailändischen Streitkräfte, insbesondere auch der Luftwaffe, in diese Kämpfe. Knapp zwei Wochen später wurden auch wieder heftige Auseinandersetzungen von der chinesischen Grenze gemeldet, die offensichtlich von chinesischer Seite gestartet wurden, um ihren Verbündeten, den „Roten Khmer“, Entlastung zu bringen.

Erinnerungen an 1979 werden wach: Damals hatten Aufständische in Kambodscha mit Hilfe vietnamesischer Truppen im Januar das mörderische Regime Pol Pots vernichtet. Mitte Februar waren daraufhin Hunderttausende chinesischer Soldaten zu einer „Strafaktion“ in Vietnam eingefallen. Anfang März mußten sie sich nach großen Verwüstungen, die sie unter der Bevölkerung angerichtet hatten, wieder zurückziehen, ohne ihr Ziel — den Abzug der vietnamesischen Soldaten aus Kambodscha — erreicht zu haben.

Seit dieser Zeit wird die Auseinandersetzung in und um Kambodscha auf verschiedenen Ebenen geführt. International ist die Regierung der Volksrepublik Kambodscha immer noch weitgehend isoliert. Außer den Ländern des „Dritten Welt“ haben keine anderen Länder nach ihr vor das gestürzte Regime der „Roten Khmer“ an. Im Fahrwasser der wieder stärker akzentuierten antikomunistischen Außenpolitik der USA ist diese Tendenz sogar noch steigend. So stimmten auf der letzten UN-Debatte über Kambodscha im Herbst 1982 90 Staaten für den Verbleib des Pol-Pot-Regimes in den Vereinten Nationen — 13 mehr als noch ein Jahr zuvor. Auf der im März in Delhi abgehaltenen Konferenz der „Blockfreien“ kam es zu heftigen Auseinandersetzungen über die Frage der Vertretung Kambodschas. Nur mit Mühe konnte erreicht werden, daß dessen Sitz nicht von den „Roten Khmer“ eingenommen wurde, sondern frei blieb.

Seit Jahren versuchen die Staaten Indochinas, zumindest mit ihren unmittelbaren Nachbarn zu einem friedlichen Zusammenleben zu kommen, da durch die ständige Unsicherheit der Wiederaufbau ihrer Länder erheblich behindert wird. Doch die Staaten der pro-imperialistischen ASEAN (Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien und die Philippinen) weigern sich strikt, mit der Regierung der Volksrepublik Kambodscha auch nur an einem Tisch zu sitzen. Um diese Schwierigkeiten auszuräumen, haben jetzt Vietnam und Laos den ASEAN-Staaten separate Verhandlungen (ohne Teilnahme der VR Kambodscha) angeboten. Unter den ASEAN-Staaten gibt es verschiedene Reaktionen auf dieses Angebot. Während der philippinische Außenminister es als Trick Vietnams abqualifizierte, wurde es von Vertretern Malaysias, Singapurs und Indonesiens als ein „Durchbruch“ bezeichnet („Süddeutsche Zeitung“, 18.3.83).

Thailand, wichtiges Hinterland der diversen reaktionären Widerstandsgruppen, lehnte das Angebot ebenfalls ab.

Inhaltlich hatten die Staaten Indochinas folgende Vorschläge gemacht: „Die drei indochinesischen Länder vertreten die Auffassung, daß es dringend erforderlich ist, die militärischen Aktionen an der kambodschanisch-thailändischen Grenze einzustellen, eine Lösung für das Problem der kambodschanischen Opfer zu finden und Frieden und Sicherheit in dieser Grenzregion wiederherzustellen. Sie erneuern den am 7. Juli 1982 von der Konferenz der Außenminister von Laos, Kambodscha und Vietnam in Ho-Chi-Minh-Stadt unterbreiteten Vorschlag hinsichtlich der Bildung einer Sicherheitszone an der Grenze zwischen Kambodscha und Thailand, und sie fordern Thailand eindringlich auf, um der Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität in dieser Grenzregion willen, darauf positiv zu reagieren. (...) Die drei indochinesischen Länder sind bereit, jeden Vorschlag zu prüfen, um Frieden und Sicherheit in der Grenzregion zwischen Kambodscha und Thailand wiederherzustellen, sowie auch jegliche Art einer internationalen Garantie, die für alle Parteien gleichermaßen annehmbar wäre. Die Volksrepublik Kambodscha begrüßt alle Bemühungen jeglicher Länder oder internationalen Organisationen, die aufgrund von freundschaftlichen Beziehungen zur VRK und zu Thailand diese beiden bei der Wiederaufstellung von Frieden und Stabilität an ihrer gemeinsamen Grenze unterstützen wollen“ (Radio Hanoi, 13.4.83), nach „Monitor Dienst“ vom 14.4.83). Gleichzeitig wurde ein Teilsatz vietnamesischer Truppen aus Kambodscha für Mai dieses Jahres angekündigt.

„Flüchtlingslager“ — Rekrutierungszentren des reaktionären Widerstands

Die hier im Fernsehen gezeigten Bilder kambodschanischer Flüchtlinge sollen den Eindruck vermitteln, die vietnamesischen Truppen griffen die im harmonischen Zivildes belegten Flüchtlingslager, die sich zu beiden Seiten der Grenze befinden an. Es ist aber bekannt, daß diese Lager von den diversen antikomunistischen Fraktionen Kambodschas kontrolliert werden.

Dabei handelt es sich einmal um die „Roten Khmer“ Pol Pots, die nach Angaben der bürgerlichen Presse 30.000 Kämpfer unter Waffen haben sollen und die dominierende Kraft des reaktionären Widerstands darstellen. Daneben fallen die ca. 7000 Mann der FNLPK unter Son Sann und Sihanouks 5000 Kämpfer der „Moulouks“ kaum ins Gewicht. Sie sind allerdings aus kosmetischen Gründen sehr wichtig, da eine offene und allseitige Unterstützung der Massenmörder Pol Pots sich in den Ländern des Freien Westens nicht gut machen würde.

„Flüchtlings- und Partisanenlager sind nicht voneinander getrennt und niemand weiß genau zu sagen, wie viele von den 200.000 Khmer, die in provisorischen Siedlungen entlang der Grenze leben, „Zivilisten“ sind, wie viele einer der drei Widerstandsfraktionen angehören und wie viele bewaffnete Guerilleros sind. Letztere haben wenig Interesse daran, diesen Zustand aufzuheben — verhilft er ihnen doch zu internationaler humanitärer Hilfe (oft zu Lasten von Frauen und Kindern), und unterstützt er überdies ihren Anspruch, nicht nur vom Exil aus zu kämpfen, sondern Teile der Bevölkerung und des Territoriums von Kambodscha zu kontrollieren“ („FAZ“, 8.2.83). Unverblumt berichtet ein thailändischer Offizier, daß „rund 3000 Leute des thailändischen Flüchtlingslagers Nong Samet“ verließen, „um sich im ‚befreiten‘ Kambodscha den Partisanen Sihanouks anzuschließen. Die Männer waren zuvor 15 Tage lang militärisch geschult und mit chinesischen Waffen ausgerüstet worden“ („SZ“, 23.2.83).

Das rückt auch die thailändischen Vorwürfe einer vietnamesischen „Invasion“ ins rechte Licht. Sollten vietnamesische Soldaten tatsächlich die (im übrigen kaum markierte) Grenze zu Thailand überschritten haben, als sie zurückweichende Widerständler verfolgten, rechtfertigt das keineswegs einen derart massiven Einsatz thailändischer Truppen, die laut eigenen Angaben sogar Napalm eingesetzt haben sollen.

Die USA haben inzwischen eine Luftbrücke eingerichtet, um Thailand verstärkt mit Militärmaterial zu versorgen. Diverse Raketen und Haubitzen sind bereits eingetroffen.

Vor einer Wende in der Indochina-Politik der BRD?

Die Bundesregierung hat natürlich „die Militäraktionen Vietnams im kambodschanischen Grenzgebiet und die Übergriffe auf Thailand verurteilt und die Regierung in Hanoi aufgefordert, die Kampfhandlungen einzustellen“ („SZ“, 8.4.83). Das war nicht anders zu erwarten. Schließlich anerkennt die Kohl-Regierung ebenso wie ihre Vorgängerin das Pol-Pot-Regime als legitime Vertretung Kambodschas. Interessant und dagegen Stimmen aus der Regierung nachstehenden Kreisen. So zielt die „FAZ“ im Herbst letzten Jahres nach der erneuten Niederlage der kambodschanischen Regierung vor der UNO durchaus zustimmend den vietnamesischen Außenminister, der „bei einem Besuch in Jakarta gelassen auf die Abstimmung in New York reagiert hat. Die Vertreter Taiwans seien 20 Jahre lang mit solch günstigen Ergebnissen nach Hause gefahren, sagte er, aber an der Situation Chinas habe das kein Jota geändert, im Gegenteil.“

„Auf die Abstimmung in New York reagiert hat. Die Vertreter Taiwans seien 20 Jahre lang mit solch günstigen Ergebnissen nach Hause gefahren, sagte er, aber an der Situation Chinas habe das kein Jota geändert, im Gegenteil. Und genauso wenig könnten UN-Voten für Pol Pot etwas in Kambodscha bewirken“ („FAZ“, 9.11.82).

Und während in den bundesdeutschen Medien die Lage der kambodschanischen Bevölkerung unter dem vietnamesischen Joch recht düster geschildert wird, sind im Hauptblatt des Kapitals erstaunliche Erkenntnisse zu lesen: „Zum erstenmal in mehr als zehn Jahren, auch das wird im Ausland oft vergessen, herrscht in Kambodscha Frieden, dürfen Männer und Frauen miteinander schlafen und essen, gehen Kinder zur Schule und in den buddhistischen Tempel, gibt es wieder amerikanische Bomber nach der Henkersknechte Pol Pots“ (ebenda).

Parallel dazu wird auch das Bild Vietnams als Vasall der Sowjetunion korrigiert. Anhand der wieder aufgenommenen sowjetisch-chinesischen Gespräche interessiert Interessengensätze in Bezug auf eine Regelung des Indochinaproblems zwischen der UdSSR und Vietnam vermutet. Anstatt wie bisher undifferenziert auf Vietnam einzuschlagen, empfiehlt die „FAZ“ ein taktisches Vorgehen in dieser Frage. „Selbstverständlich darf Vietnam für seine hegemonialen Missraten nicht auch noch belohnt werden. Aber muß man deshalb auch die deutlichen Signale, die seit einigen Monaten aus Hanoi kommen, geistig überhören? Kann man nicht mit einem Dialog unterhalb der in den Vereinten Nationen beschlossenen Maximalforderungen beginnen — zumal ein totaler Abzug der Truppen Hanois und die dann unvermeidliche Rückkehr Pol Pots und seiner Barbaren nicht nur die kambodschaner schreckt? ... Die Ernsthaftigkeit gewisser Offerten aus Hanoi können die Außenminister von ASEAN, der Europäischen Gemeinschaft, Amerikas, Japans, Australiens und Neuseelands auszuwerten versuchen, wenn sie im Juni zu ihrem jährlichen Dialog in Bangkok zusammenkommen“ („FAZ“, 8.4.83).

Warten wir's ab.

Außen-Kommission

<p>Leopold Lippert</p> <p>Das Teil verhandelt über das Leben im Untergrund</p> <p>gehe ich hin und probiere, wie es sich anfühlt, wie es ist, wie es sein sollte</p> <p>ISBN 3 7114 01 01 0</p>	<p>Medico</p> <p>Qualität mit dem Arznt</p> <p>Pharmazeutische in der Drogen Welt</p> <p>„Arzneimittel“ bringen für das Arznt in der Drogen Welt</p> <p>ISBN 3 7114 01 01 0</p>	<p>Medico</p> <p>Qualität mit dem Arznt</p> <p>Pharmazeutische in der Drogen Welt</p> <p>ISBN 3 7114 01 01 0</p>
--	--	---

Veröffentlichungen durch Vorausbestellung auf das Konto 2403 bei der Stadtsparkasse Frankfurt, oder schriftlich an:

medico international

Hauptstadt London, 107-199
8000 Frankfurt am Main (1)
Telefon (0611) 4907 20

OPEC: Von der Ölmacht zur Ohnmacht

Die Entwicklung der Ölpreise

Lagen die Rohölpreise bis Mitte der 70er Jahre noch in der Größenordnung von 10 Dollar pro Barrel (= 159 l), so waren vor allem die Jahre 79-81 durch einen starken Preisanstieg geprägt (hier sollen nur die Rohölpreise betrachtet werden; was staatliche Steuern und die Ölmultis durch immense Aufschläge noch zusätzlich daraus machten, um die bekannten Horrorspreise für Benzin etc. zu erzielen, ist ein Kapitel für sich). Anfang 1979 nahmen die OPEC-Staaten eine Preiserhöhung von 12,7 auf 14,5 Dollar/Barrel vor. Richtig in die Höhe schneit die Preise nach dem Sturz des Schahs; sie stiegen um bis zu 20 Dollar/b. auf einen Durchschnittspreis von etwa 30 Dollar/b. Durch den zeitweisen Ausfall der gesamten iranischen Förderung war diese Preiserhöhung aufgrund der gleichgebliebenen Nachfrage bei gesunkenem Angebot durchsetzbar. Die OPEC besaß 1979 noch einen Anteil an der Gesamtrohölförderung von 47,8 % (NZZ, 20.1.83). Die Tagesproduktion der OPEC-Länder, die auf dem Markt auch abgesetzt werden konnte, lag bei ca. 30,5 Mio. Barrel. Bereits damals zeigten sich Differenzen innerhalb der OPEC: Saudi-Arabien versuchte, den Preis auf einem nicht zu hohen Niveau zu stabilisieren, während Libyen, Algerien, Nigeria u.a. auf weitere Preiserhöhungen drängten, um die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Länder über die Öleinnahmen zu finanzieren. (Teilweise wurden die Preiserhöhungen auch schlicht durch den Verfall des Dollar, mit dem Ölrechnungen bezahlt werden, aufgefressen). Die Preise bewegten sich als Ausdruck der verschiedenen Interessen und Strategien zwischen 32 Dollar/b. (Saudi-A.) und bis zu 41 Dollar/b. (Libyen, Algerien, Nigeria). Dabei spielen allerdings auch unterschiedliche Ölqualitäten eine Rolle.

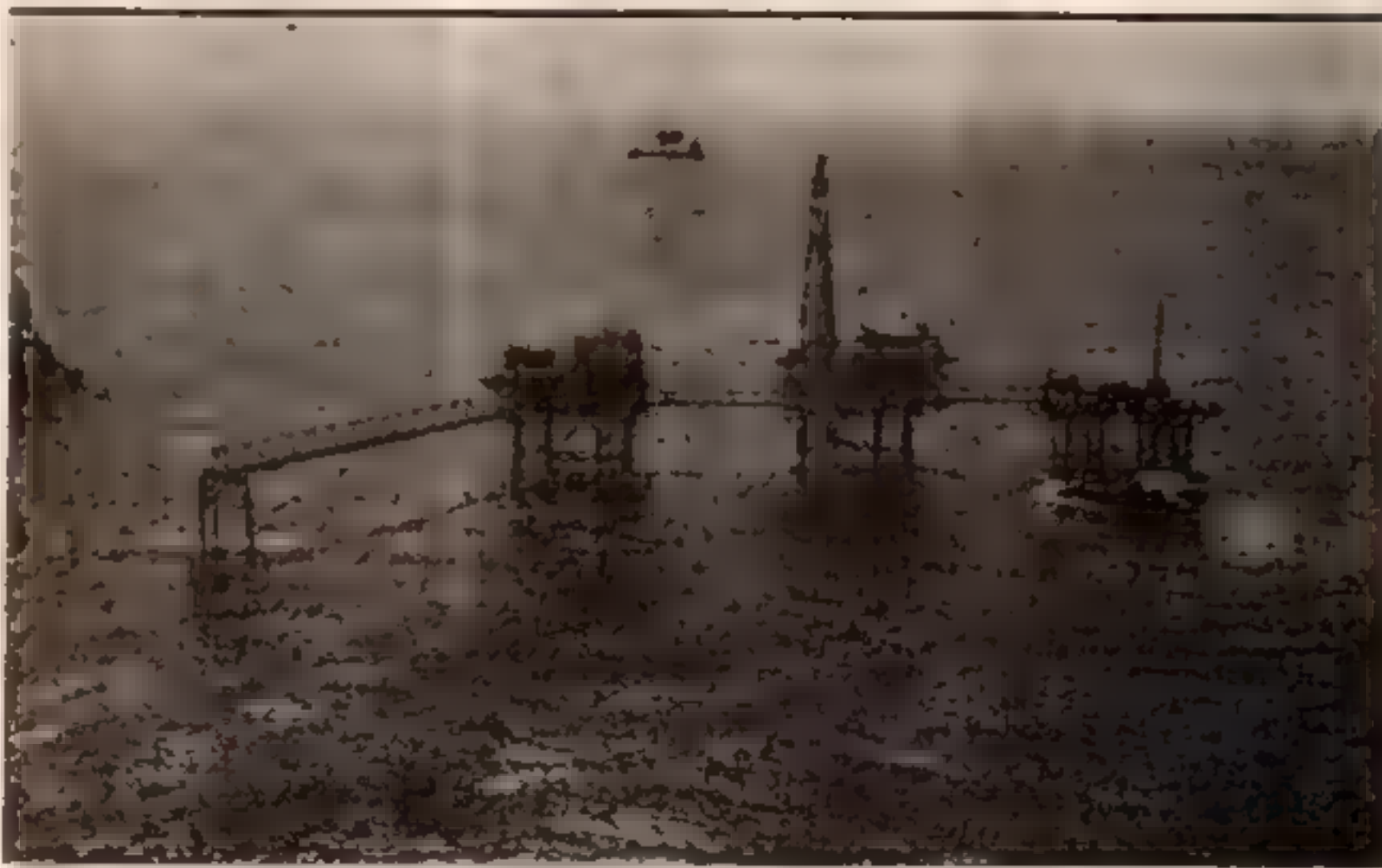
Die Wende

Bereits ein Jahr später setzte die Wende ein: es existierte jetzt ein Überangebot an Öl auf den Märkten, das etwa 2-3 Mio. Barrel/Tag betrug. Für dieses Überangebot gibt es mehrere Gründe:

Die Wende

Bereits ein Jahr später setzte die Wende ein: es existierte jetzt ein Überangebot an Öl auf den Märkten, das etwa 2-3 Mio. Barrel/Tag betrug. Für dieses Überangebot gibt es mehrere Gründe:

„Es liegt im Interesse der Industrieländer..., daß die Bedingungen geschaffen werden, damit die OPEC ihre Macht zur Festlegung der Ölpreise auf einem künstlich hohen Niveau verliert und niemals wiedergewinnt“ (1). Das schrieb bereits 1975 — nach der 1. „Ölkrise“ — der damalige US-Energieberater Thomas Enders. Nachdem 1979, bei der 2. sog. Ölkrise, nach dem Sturz des Schah-Regimes der Ölpreis erst recht in die Höhe geschraubt war, haben die Industrieländer inzwischen — 4 Jahre später — die Möglichkeit zum Ölpreisdiktat und zur Erpressung der OPEC-Staaten wiedergewonnen. Der OPEC-Öl-Markt ist so „zusammengedrückt“, formuliert wiederum Thomas Enders, daß der Mechanismus der OPEC zur Aufhebung der Produktionsquoten nicht mehr funktionieren könnte. Durch brachliegende Förderkapazitäten in Saudi-Arabien sollte eine Reihe von OPEC-Ländern in Zahlungsschwierigkeiten gebracht werden; ihre Kredite sollten durch transnationale Banken beschaffen werden, sodaß kleine Ölpreiserhöhungen für die keine finanzielle Erleichterung mehr bewirkten. Spätestens mit der letzten OPEC-Konferenz im Jahre 1982 sollte das Ziel erreicht werden: „Jetzt kehrt die Macht auf den Märkten zu den Industrieländern zurück“, schrieb der „Spiegel“ (am 5.4.83). Da wundert es nicht, daß die westliche Presse mit einem „Gottesschick“ reagiert, nachdem sich Mitte März die OPEC-Länder vorläufig noch über einen Ölpreis und Förderquoten einigen konnten. Ein drastisches Absinken der Preise könnte das Erpressungsinstrumentarium der Industrieländer schnell zerstören, die Förderung von Nordseeöl und anderen neuen Quellen wäre dann nicht mehr rentabel. Zudem könnten alle drastische Maßnahmen sehr schnell wie eine Laute am Palastverfall des Nahen Ostens wirken. Eigens für solche Zwecke ist ja inzwischen die „Schnelle Eingreiftruppe“ aufgestellt worden, die nach vollständigem Ausbau 400.000 Mann erreichen soll. Ebenso wie beim Öl sind hier hauptsächlich vorgesehene Stationärtruppen und Unterstützer des Imperialismus die Scheichtümer am Golf. In diesem Artikel soll das Abbröckeln des Einflusses des Ölkartells OPEC dargestellt werden.



1. Unter dem Stichwort „Weg vom OPEC-Öl“ hatten die Industrieländer sich seit 1973 verstärkt um die Erschließung anderer Ölquellen bemüht. „Die multinationalen Konzerne des Öls, Exxon an der Spitze, investierten kein Geld mehr in jenen Ländern der OPEC, die sie für politisch unzuverlässig hielten oder die ihnen die Anlagen enteignet hatten. Stattdessen investierten die Konzerne in die Öl- und Gasförderung aus der Nordsee, und stattdessen gab Präsident Reagan den Preis für US-Rohöl frei und animierte Big Oil zu hohen Investitionen im eigenen Land. Stattdessen begann Marktführer Exxon die Ölreserven aus dem Schiefergestein der Rocky Mountains.“ („Spiegel“, 5.4.82)

2. Massiver Ausbau anderer Energieträger wie Kohle, Erdgas, Atomenergie; der Anteil des Öls am Primärenergieverbrauch in der BRD sank von 47 % auf 44 % im Jahr 1981

3. Die in den Industrieländern propagierte Energiesparkampagne zeigte, unterstützt durch die wirtschaftliche Rezession (geringerer Industrieerzeugung und damit gesunkener Energieverbrauch) erste größere Erfolge. „Um 14 % ist seit 1979 der Ölverbrauch in den westlichen Industrieländern gesunken. Um 20 % ist er in der wie immer vorbildlichen Bundesrepublik Deutschland zurückgegangen... In der EO meckte der Mineralölverbrauch vergangenes Jahr um 8,5 % auf 418,2 Mio. Tonnen, der Import sogar um 15 %. Wegen des Verbrauchsrückgangs, aber auch wegen des Ausbaus der britischen Ölfelder, hat sich die Abhängigkeit der EG-Staaten von importierter Energie seit 1971 von 64 % auf 49 % ermäßigt.“ („Spiegel“, 5.4.82). 1982 soll er gar bei 44-45 % liegen. Die USA importieren inzwischen nur noch 6 Mio. Barrel/Tag, vorher waren es 9 Mio.; gesunken ist zudem der prozentuale OPEC-Anteil an den Importen. (3)

4. Das verstärkte Auftreten von Ölförderländern, die nicht der OPEC angehören, insbesondere Norwegen, Großbritannien und Mexiko: Der Weltmarktanteil der OPEC-Länder sank von 70 % auf inzwischen ca. 40 %. Nicht-OPEC-Länder fördern inzwischen 19,7 Mio. Barrel/Tag, alleine Mexiko, Norwegen und Großbritannien zusammen über 5 Mio. Barrel/Tag (NZZ, 18.12.82). Das sind immerhin 2 Mio. Barrel/Tag mehr, als die letzte von der OPEC vereinbarte Fördermenge von 17,5 Mio. Barrel/Tag

Um zu verhindern, daß sich das Überangebot an Öl voll auf die Preise niederschlug, reduzierten die OPEC-Länder schrittweise die Fördermenge. Diese lag 1981 bei 23,5 Mio. Barrel/Tag, also bereits 7,5 Mio. Barrel/Tag unter dem Stand von 1979, war damit aber immer noch 2-3 Mio. Barrel/Tag zu hoch. Die OPEC-Konferenz im Juni 81 beschloß eine weitere Senkung der Fördermengen um 10 % bei Richtpreisen von 36 Dollar/Barrel. Nur Saudi-Arabien lehnte diesen Beschluß rundweg ab und erhöhte gar seine Produktion um 800.000 Barrel/Tag, angeblich um die Ausfälle durch den iranisch-irakischen Krieg zu ersetzen, und dies zu einem Preis von 32 Dollar/b. („Spiegel“, 1.6.81). Dieser Allotrang der Saudis war insofern entscheidend, als Saudi-Arabien mit 10,3 Mio. Barrel/Tag mehr als 40 % des gesamten OPEC-Öls forderte und aufgrund dieser starken Stellung als einziges OPEC-Land zu umfassenden Markmanipulationen in der Lage ist.

„US-Präsident Ronald Reagan kann es sich inzwischen leisten, den Ölimport aus Libyen schlicht zu verbieten. Im Nachbarland Mexiko, das den Erdölpreis Ende Februar (82) um bis zu 2,5 Dollar senkte, ist leicht Ersatz zu holen. Shell, Gulf, Mobil, Texaco und Sociel, Hauptkunden des Öllandes Nigeria, haben ihre Rohölbezüge aus dem afrikanischen Staat erheblich gedrosselt. Das eigene Öl, etwa das aus der Nordsee, ist billiger zu haben und bringt Devisen in die Kasse des kontinentalen Großbritanniens. Das einzige

Kaiserreich Iran bietet Rohöl angeblich sieben Dollar unter dem OPEC-Preis von 34 Dollar/Barrel an.“ („Spiegel“, 5.4.82). Kurz, trotz sich jagender Konferenzen der Erdölstaaten waren Preisverfall und Konkurrenz der OPEC-Länder untereinander nicht zu bremsen.

Anfang 1983 lagen die Preise für Libyisches und algerianisches Öl bereits bei 31 Dollar/b., auf dem freien Markt in Rotterdam sogar noch einige Dollar niedriger. Eine Reihe von Ländern, u.a. Iran und Venezuela, produzierten erheblich über der ihnen zugewiesenen Menge: der Iran, um seinen Krieg finanzieren zu können, Venezuela, um den drohenden Staatsbankrott abzuwenden. Im Oktober 82 lag die Gesamtförderung der OPEC mit 19,5 Mio. Barrel/Tag um 2 Mio. Barrel über der vereinbarten Gesamtfördermenge (NZZ, 18.12.82), was aber trotzdem der niedrigste Förderstand seit 1973 war.

Differenzen in der OPEC

Immer offensichtlicher wurde unter diesem Druck, daß die OPEC eben kein Zusammenschluß von Ländern mit gleichen Interessen ist, der ausbreitend im Preteuerkrieg vielmehr erst auf dem Hintergrund der unterschiedlichen ökonomischen und politischen Interessen richtig verstanden wird.

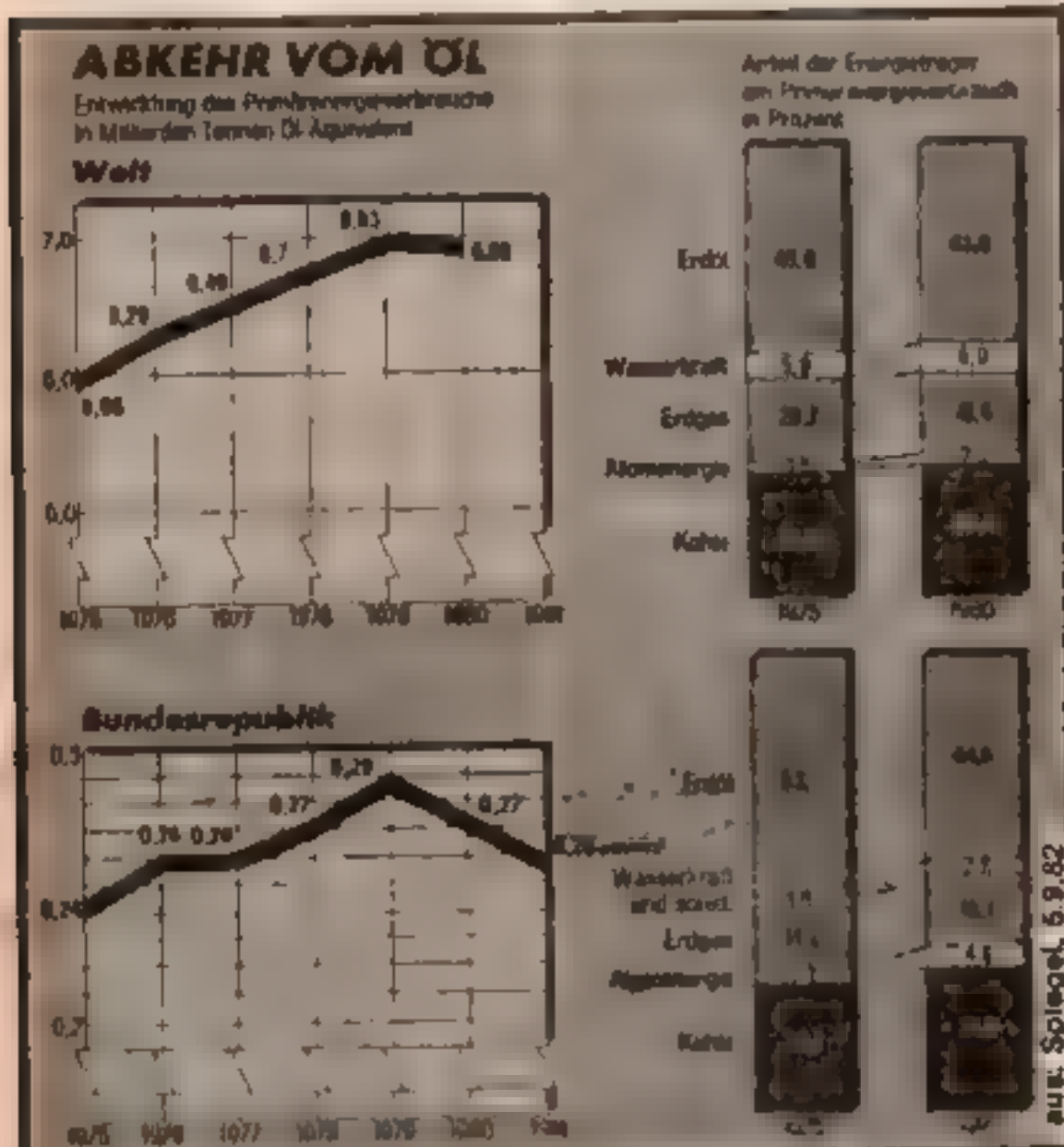
Orob lassen sich innerhalb der OPEC zwei Lager ausmachen. Auf der einen Seite stehen Länder, die eine möglichst hohe Ölproduktion bei hohen Preisen anstreben, um über die so erhaltenen Einnahmen v.a. Ausgaben in den eigenen Ländern finanzieren zu können, die sog. „high absorbers“.

Zu dieser Gruppe gehören Nigeria, Libyen, Venezuela, Indonesien, Irak. Die Lage dieser Länder wurde durch den Preisverfall enorm verschärft: Nigeria: die maximale Förderkapazität beträgt 2,4 Mio. Barrel/Tag; 1980 lag die Tagesproduktion noch bei 2 Mio. (NZZ, 22.2.83), mittlerweile ist sie auf 460.000 Barrel/Tag gesunken. Die fehlenden Einnahmen führten innerhalb kürzester Zeit zu einem so rapiden Abbau der Währungsreserven, daß das Land seine Importe auf die Hälfte drosseln mußte. Bei Öleinnahmen von 1 Mrd. Dollar/Monat wurden zuletzt Waren im Wert von 1,35 Mrd. Dollar importiert (faz, 24.2.83). Da teilweise die Importrechnungen nicht mehr bezahlt werden können, weigern sich die westlichen, vor allem bundesdeutschen Firmen, zu liefern, was sich wiederum erheblich auf die Situation des Landes niederschlägt. Libyen: hat inzwischen ebenfalls erhebliche Probleme bei der Begleichung seiner Importrechnungen in Milliardenhöhe („Spiegel“, 9/83). Allein der BRD-Export nach Libyen sank 1982 um eine halbe Mrd. DM (faz, 24.2.). Venezuela: mußte Devisenkontrollen einführen, um den Abfluß von Währungsreserven und damit die drohende Zahlungsunfähigkeit zu verhindern („Spiegel“, 9/83). Immerhin 78,5 % des gesamten Staatshaushalts stammen aus Ölexporten (NZZ, 18.2.). Das Land muß rund 1,9 Mio. Barrel/Tag fördern, um alleine die fälligen Zinsen für Kredite bezahlen zu können („FR“, 25.1.). Die alte OPEC-Quote lag bei 1,5 Mio. Barrel/Tag. Indonesien: Die staatliche Erdölfirma Pertamina befindet sich in erheblichen finanziellen Schwierigkeiten („Spiegel“, 9/83).

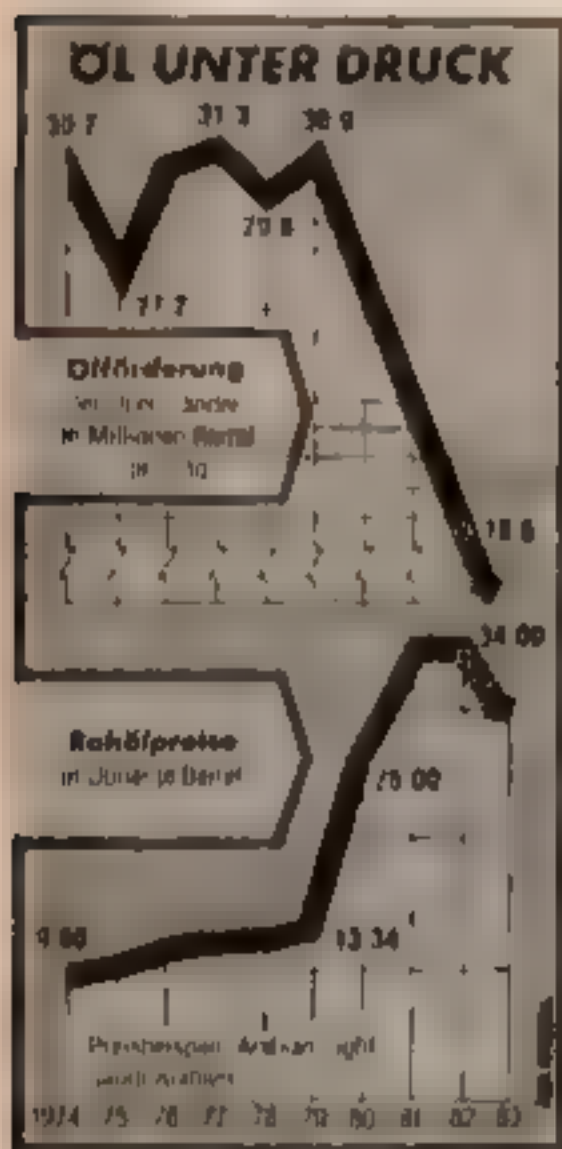
Demgegenüber stehen Länder, die nur einen geringen Teil der Erdöleinnahmen benötigen, um die finanzielle Abdeckung ihres eigenen wirtschaftlichen Verbrauches zu sichern. Zu diesen Ländern, mit zumeist geringer Bevölkerung und erheblichen finanziellen Ressourcen gehören Saudi-Arabien, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar und Oman (nicht OPEC-Mitglied).

Diese Länder sind unter sich noch im exklusiven „Ölfrat“ zusammengeschlossen. Aufgrund ihrer relativen Unabhängigkeit vom konkreten Ölpreis, sowie — v.a. im Falle Saudi-

Fortsetzung nächste Seite



Die 1. sogenannte Ölkrise wurde mit Kriegesgeschrei gegen die „Ölscheiche“ seitens der imperialistischen Propaganda geführt. Der Energieverbrauch, der bis dahin alle 10 Jahre sich verdoppelt hatte, stieg erheblich langsamer an. Durchschlagende Erfolge beim Energiesparen in den imperialistischen Ländern (Hauptverbraucher des Öls) wurde dann infolge der 2. „Ölkrise“ (1979) erzielt, obwohl die Propaganda seither auf niedrigeren Touren läuft. Vorneweg liegt die BRD beim Energiesparen.



aus Spiegel 31.1.83

Durch Sparmaßnahmen, aber vor allem durch die Erschließung neuer Ölfelder, die erst aufgrund des hohen Ölpreises rentabel wurden, sankte der OPEC-Öl-Anteil drastisch in den Keller.

Arabien — ihrer bedeutenden Fördermenge und ihres Einflusses auf die Ölpreismarkte — ist die wichtigste Ölförderung in der Lage.

„Von sämtlichen OPEC-Ländern können inzwischen nur noch Saudi-Arabien, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate und Indonesien ihre Ölproduktion manipulieren, ohne die eigene Finanzierungsbasis zu verlieren. Libyen, Iran, Irak, Kuwait, Nigeria, Algerien, Gabun, Venezuela und Ecuador fördern weniger, als sie fördern müssen. Die Produzenten Mexiko, Großbritannien und Norwegen — außerhalb der OPEC — sind dagegen nicht alleine auf Ölexporte angewiesen. Der Spielraum des Ölkartells begrenzt sich damit auf wenige Millionen Barrel pro Tag.“ (Spiegel, 3.4.83)

Die Rolle Saudi-Arabien

Eine nicht unerhebliche Rolle spielt die Anbindung der reichen Golfstaaten an die westlichen Industrienationen. Speziell von Saudi-Arabien ist bekannt, daß es eine wichtige Rolle im Nahostkonzept der USA spielt. Der Grad seiner militärischen Anbindung dokumentiert sich nicht alleine in der Stationierung von AWACS-Systemen, umfangreichen Waffenexportgeschäften und der RDP: „Alleine zwischen 1977

und 1979 wurden Waffenverkaufverträge zwischen den beiden Ländern (USA und Saudi-Arabien — Anm. d.

Verf.) in Höhe von 1,9 Milliarden (1977), 4,1 (1978) und 6,4 Milliarden Dollar (1979) vereinbart. Bis Ende 1979 war die Summe des von Saudi-Arabien angeforderten Militärmaterials schon auf insgesamt 22,2 Milliarden Dollar angestiegen. Hinzu kommt der Bau von Marinestützpunkten, Häfen, militärischen Flughäfen, Infanterie- und Artillerieeinheiten, Truppenunterkünften und medizinischen Versorgungswärten. Im September 1977 operierten vier verschiedene Abteilungen des Pentagon mit insgesamt 921 Militärangestellten in Saudi-Arabien. Es wurde geschätzt, daß bis Ende 1980, zusammen mit dem Luftwaffen-, Ausbildungs- und anderem Personal, das US-Militär insgesamt an die 100.000 Mann in Saudi-Arabien stationiert hatte.“ (4)

Zum anderen ist die wirtschaftliche Anbindung der Golfstaaten an den Westen sehr groß, ein erheblicher Teil der Ölgewinne wurde in den westlichen Industrieländern investiert.

„Ende 1979 beliefen sich die entsprechenden „Auslandsinvestitionen“ der OPEC auf mindestens 200 Milliarden Dollar. „Zu den schon kumulierten 200 Milliarden Dollar kamen 1980 und 1981 jeweils etwa 100 Milliarden hinzu, so daß sich das Vermögen der OPEC-Überschußländer im Ausland in nur zwei Jahren verdoppelte.“ (5)

V.a. die USA setzen dabei besonders auf Saudi-Arabien, um das OPEC-Kartell auch von innen her aufzuweichen. — Bereits auf der OPEC-Konferenz 1979 versuchte Saudi-Arabien, eine Preiserhöhung durch Algerien, Iran und Libyen zu verhindern. Das Ergebnis der Konferenz war das Abgehen von einem einheitlichen Ölpreis. Die Preise schwankten in der Folge zwischen 41 Dollar (Libyen) und 32 Dollar (Saudi-Arabien). Saudi-Arabien reagierte auf die Hochpreispolitik der anderen Länder durch eine höhere Förderung von 9,3 Mio. Barrel/Tag, was die anderen Länder zu Produktionsbeschränkungen zwang, um den Preis halten zu können.

— Als Ende 1980 durch den Ausbruch des Krieges die Produktion von Iran und Irak weitgehend ausfiel, erhöhte Saudi-Arabien seine Produktion um 800.000 Barrel/Tag, um eine mögliche Preiserhöhung durch Erhalten des Ölüberschusses zu verhindern.

— Auf der 60. OPEC Konferenz im April 1981 lehnte Saudi-Arabien die Vereinbarung, die Produktion generell um 10 % zu senken, ab. Sie machten ihre Zustimmung davon abhängig, daß sich die OPEC-Länder auf einen niedrigeren Preis einigten. Die Hochpreisländer mußten nicht nur ihre Preise um bis zu 2 Dollar/Barrel senken, sondern auch ihre Produktion teilweise erheblich einschränken: Algerien um 300.000 Barrel/Tag auf 700.000 (= 30 %), Libyen gar von 1,75 Mio. auf 800.000 Barrel/Tag, Nigeria von 2,1 Mio. auf 800.000 Barrel/Tag.

Exskalation des „Preiskriegs“

Exskalation des „Preiskriegs“

Vor diesem Hintergrund spielte sich der immer weiter eskalierende „Preiskrieg“ der OPEC-Länder ab, in den

die Industrieländer kräftig eingriffen.

Die erste OPEC Sonderkonferenz fand im Juli 1982 in Wien statt. Sie begann mit der Feststellung, daß sich keines der Länder an die vereinbarte Produktionsdrosselung um 10 % gehalten hatte und daß die Preise weiterhin sanken. Einige Länder, vor allem Iran, Irak und Libyen, forderten eine Art politischer Lösung, nämlich „die ihnen zustehenden Produktionsquoten zu Lasten der „reichen Ölländer“ wie Saudi-Arabien zu erhöhen“ (FR, 12.7.82), d.h. den „Reichtum“ gerechter zu verteilen. Der Vorschlag wurde von Saudi-Arabien abgelehnt und mit schlichter Erpressung beantwortet: „Das Land hat seine OPEC-Partner wiederholt vor einem Preisrückgang gewarnt, da es seine Förderung von gegenwärtig weniger als sieben Millionen Barrel auf zwölf Millionen Barrel pro Tag steigern könne. Dabei werde Saudi-Arabien der einzige Gewinner sein.“ (FR, 12.7.82)

Im Dezember 1982 schloß die nächste Runde. Die Gesamtproduktionsquote wurde zwar auf 18,5 Mio. Barrel pro Tag festgelegt, allerdings ohne eine Quotierung für die einzelnen Länder. Der Überschuß würde damit immer noch etwa eine Million Barrel betragen (az, 12.12.82).

Im Januar 1983 tagt erneut die OPEC-Konferenz; auf den freien Märkten liegt der Ölpreis inzwischen bei 27,5 bis 29 Dollar. Die Mehrheit unterstützt die Forderung Irans nach weiteren Produktionsbeschränkungen Saudi-Arabien, um den Preis zu halten. Das Überangebot wird auf zwei Millionen Barrel pro Tag geschätzt (FR, 24.1.83). In den Industrieländern wurden gleichzeitig vier Millionen Barrel pro Tag aus getarnten Lagerbeständen auf den Markt geworfen. Nigeria konkretisierte die Forderung: Die Saudis sollten von 7,5 auf 5 Mio. Barrel pro Tag drosseln. Der Iran, der zur Kriegsfinanzierung seine Produktion schrittweise wieder aufgenommen und ausgeweitet hatte (erheblich über die ihm zugewiesene Quote), hatte sein Öl schon billiger verkaufen müssen. Zusätzlich verschärfte wurde die Lage noch durch die westlichen Förderstaaten, die nicht der OPEC angehören: „Somit haben noch zahlreiche andere Länder auch außerhalb der OPEC ihre Produktion erhöht, und zwar vor allem Mexiko und Großbritannien.“ (NZZ, 20.1.83). Daß die Konferenz platzte, obwohl es bereits zu einer Einigung über die Fördermengen gekommen war, lag wiederum an Saudi-Arabien. Es forderte von Algerien, Libyen und Nigeria isolierte Preiserhöhungen um 1,5 bis 2 Dollar (über die existierende Preisdifferenz von 1,5 Dollar hinaus), um mit seinem eigenen Ölpreis konkurrenzfähig zu sein. Eine Forderung, die für die Länder, die ohnehin schon Absatzschwierigkeiten hatten, völlig unakzeptabel war. Die Golfstaaten kündigten umgehend an, ihre Förderung zu erhöhen und wenige Tage später den Preis um bis zu vier Dollar senken zu wollen. Alleine diese Drohung führte zu einem Preisverfall auf den Märkten von 1,5 bis 2 Dollar (az, 2.1.82).

Mitte Februar kündigte Großbritannien eine rückwirkende Preissenkung für Nordseeöl um 2 bis 4 Dollar pro Barrel und brachte den Markt damit völlig ins Rotieren (NZZ, 18.2.83), immerhin ein Preisrückgang von 10 %! „Der Zusammenbruch des Ölpreissystems hatte die gesamte britische Ölgemeinschaft BIOC mit einer Preissenkung um drei Dollar je Barrel ausgerechnet.“ (FR, 22.2.). Norwegen zog gleich nach, Mexiko kündigte ähnliche Schritte an. Nur drei Tage später mußte Nigeria seinen Ölpreis um stolze 5,5 Dollar auf 30,5 Dollar nach unten korrigieren, um so durch knappes Unterbieten des britischen Preises überhaupt noch etwas absetzen zu können. Nigerias Erdölminister Dikko kündigte an, „sein Land werde weiteren Preissenkungen für Nordseeöl sofort folgen“ (FR, 22.2.).

Eine neue Konferenzrunde war fällig, die Saudi-Arabien mit der Androhung einer hemmungslosen Dumping-Strategie eröffnete: Wenn es nicht zu einer Einigung käme, würden die Länder des Golfes ihre Preise um bis zu sieben Dollar senken (auf 27 Dollar) (az, 22.2.). In einzelnen Kommentaren wurde gar ein genereller Rückgang der Preise auf 20 Dollar prophezeit. Forderungen der „Hochpreisländer“ waren u.a.: Teilnahme Mexikos an den Verhandlungen, Reduzierung vor allem der saudischen Fördermenge; der Iran sprach sich strikt gegen jede Preissenkung aus.

Die tagelangen Verhandlungen der Ölländer in London haben das Zer-

brechen des OPEC-Kartells offenkundig gemacht. Inzwischen gefordert. Schon vor dem Zusammenstoß verlor symbolische Iran. So geschwächt ist die Macht der Ölgehaltigen, daß sie — wenn nicht offen, so doch stillschweigend — Unterstützung von Produzenten suchen, welche nicht dem 13-Länder-Kartell angehören. Fäden wurden daher gespannt zu Ländern wie Großbritannien, Norwegen und Mexiko“, jubelte die Frankfurter Rundschau (10.3.) und verkündete damit bereits einen Erfolg der Industrieländer. Der „Spiegel“ konstatierte: „Im März 1983 findet sich die OPEC, wenn auch auf unvergleichlich höherem finanziellen Niveau, fast in der gleichen Lage, in der sie in ihrem Gründungsjahr 1960 gewesen ist: Als loser Konglomerat in sich uneiniger Länder steht sie einem Block in sich einiger Partner gegenüber. 1960 sind es die Ölkonglomerate gewesen, dieses Mal ist es die ganze westliche Welt.“ (14.3.83).

Nach zwölfstündigen Verhandlungen kam es schließlich zu einer vorläufigen Einigung, die so aussieht:

— Der OPEC-Richtpreis wird von 34 auf 29 Dollar pro Barrel gesenkt, womit sich Saudi-Arabien voll durchsetzte. Mexiko kündigte an, seinen Preis dem der OPEC anzupassen zu wollen.

— Die Förderquoten wurden wie folgt aufgeteilt:

Fördermengen der OPEC

	Neue Quote	Alte Quote
Irak	1,8	1,8
Iran	2,9	1,8
Saudi-Arabien	7,5	6,18
Kuwait	1,0	0,8
Indonesien	1,25	1,8
Nigeria	0,75	0,8
Libyen	1,0	0,75
Algerien	1,3	1,3
Ägypten	0,3	0,3
Gabun	0,25	0,15
Katar	0,3	0,3
VAE	1,3	1,0
Venezuela	1,75	1,75
Gesamtförderung	17,50	17,50

(FR, 15.3.).

D.h. der Iran konnte eine Verdoppelung der ihm zuvor offiziell zugewiesenen Fördermenge durchsetzen; kleinere Erhöhungen erhielten Libyen, die Emirate, der Irak und Kuwait. Die Quote Saudi-Arabien wurde nicht offiziell festgelegt, „so soll seine Fördermenge entsprechend der Weltmarktsituation so festgelegt, daß die übrigen Länder ihre Mengen zu dem festgelegten Preis verkaufen können.“ (az, 16.3.). Damit wird die führende Rolle Saudi-Arabien bestätigt, das damit über die eigene Fördermenge zu Preismanipulationen in der Lage ist. Für's erste scheint der Preiskrieg gestoppt, wenn auch eine Reihe kleinerer Probleme wie etwa die Preisaufschläge für Qualitätsunterschiede, nicht geklärt wurden.

Ein Sieg des Imperialismus

Ein Sieg des Imperialismus

„Aus dem Hauptlieferanten von einst ... ist der Nebenlieferant für morgen geworden.“ (Spiegel, 14.3.). „Binnen vier Jahren, von 1979 bis 1983, hat sich die Macht am internationalen Ölmarkt gedreht. Das einst beherrschende Kartell OPEC kann seine Ware nicht mehr loswerden, seine Preise nicht mehr halten und ist in sich selbst kurzzeitig zerfallen.“ (ebd.).

Hauptergebnis dieses dreijährigen Kampfes ist zunächst die schlichte Tatsache, daß der Westen sich die Initiative auf dem Ölfeld zurückgeholt hat. Über mehrere Wege: Sparen, Ausbau alternativer Energieformen (AKW, Kohle), den Ausbau eigener Ölfelder (Norwegen, Großbritannien, indirekt auch Mexiko) ist er jetzt wieder voll und ganz in der Lage, den Ölpreis zu diktieren. Die OPEC ist als Kartell nicht mehr in der Lage, gegen den Westen gerichtete Interessen durchzusetzen. Die politische Spaltung der OPEC (s.Saudi-Arabien) verstärkt dies nur noch.

Hierin lag das Hauptinteresse der kapitalistischen Industrieländer, weniger in einer weiteren Senkung des Ölpreises. Im Gegenteil: In den letzten Wochen häuften sich gar die Stellungnahmen, die vor einem Preisverfall warnen: „Neue Quellen auf dem Ölmarkt nutzen aber keinem. Daß sinkende Ölpreise ihre Kehrseite haben, hat die bundesdeutsche Wirtschaft inzwischen schon deutlich zu spüren bekommen. Mit ihren schrumpfenden Einnahmen können die Förderländer eben auch hierzulande weniger Güter kaufen“ (FR, 15.3.). Die Entwicklungsbürokrat der BG warnten vor

den Gefahren, „die für die verschuldeten exportierenden Entwicklungsländer entstehen“ (FR, 4.3.).

Für die Sorgen der Industrieländer gibt es mehrere Gründe:

— „Bankiers und Ölmänner in den USA und in Westeuropa können sich über niedrige Ölpreise nicht so recht freuen. Die Banken hängen um Milliardenkredite, die sie im Vertrauen auf ständig steigende Ölpreise an Ölexportländer wie Mexiko, Venezuela und Nigeria gegeben haben“ (Spiegel, 28.2.83). Die „Iaz“ rechnete aus, was ein Preisverfall von 34 auf 25 Dollar pro Barrel für Folgen hätte: Er würde „in die Zahlungsbilanz Mexikos zusätzlich eine Lücke von 3 Mrd. Dollar pro Jahr reißen, bei Venezuela 3 Mrd., ebenso Indonesien, wobei die ersten beiden Länder von akuter Zahlungsunfähigkeit bedroht sind.“ (24.3.). Ähnliches gilt für Nigeria. Jede Preissenkung um einen Dollar bedeutet für Mexiko einen Einnahmeausfall von über 300 Mio. Dollar pro Jahr (FR, 19.2.). — Verbunden mit den sinkenden Ölpreisen wäre auch ein Rückgang westlicher Exporte in die Förderländer: Die Exporte aus der BRD nach Nigeria seien bereits fast zum Erliegen gekommen, schon 1982 seien sie um 1,2 Mrd. DM auf 3,7 Mrd. DM zurückgegangen. Im Export nach Libyen habe es einen Rückgang um 500 Mio. DM gegeben (az, 24.2.83).

— Stellt der Preis für OPEC-Öl zu stark, so wird die Förderung von Nordseeöl unrentabel: „Die teure Nordsee-Ölförderung ist nur bei hohen Ölpreisen rentabel.“ (FR, 2.2.). „Sinkende Ölpreise bedeuten in der Nordsee aber auch weniger Förderung, denn die gewaltigen Investitionen in diesem nur schwer zugänglichen Terrain „rechnen sich“ nicht mehr bei einem kräftigen Preisverfall; ganz zu schweigen von den inzwischen fast ausnahmslos zurückgestellten oder sogar ganz aufgegebenen Ölschiefer- oder Öl-sandprojekten in Nordamerika.“ (FR, 15.2.). Hinter der Forderung, die Industrieländer sollten „aus reinem Egoismus und unter Mißachtung kurzfristiger Vorteile alles tun, um den Ölpreis vor einem Sturz ins Bodenlose zu bewahren“ (ebd.) steckt letztlich nichts als kapitalistische Logik: Sinken die Ölpreise zu stark, funktioniert das System der Erpressung der OPEC nicht mehr.

Zu billiges OPEC-Öl würde nach den eheernen Gesetzen kapitalistischer Wirtschaft unweigerlich dazu führen, daß sich das OPEC-Öl wieder eine marktbeherrschende Stellung zurückerobern könnte. „Ein weiterer Preisverfall ... so warnte eine Ulf-Lantzke von der Internationalen Energieagentur in Paris, kann den Sparwille der Verbraucher rasch wieder brechen, die Entwicklung von Alternativen und Spartechnologien bremsen und zur nächsten Energiekrise führen. Der Sieg von 1983 wäre dann die Niederlage von 1984.“ (Spiegel, 5.4.82).

Aus genau dem gleichen Grund haben die Industrieländer zwar ein großes Interesse an einer Schwächung der Macht der OPEC, einer Verschärfung ben die Industrieländer zwar ein großes Interesse an einer Schwächung der Macht der OPEC, einer Verschärfung ihrer inneren Widersprüche (die sie dann ausnützen können), nicht aber an deren Zerfall: „Vor einem völligen Zusammenbruch der OPEC hat der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Shell, Hans-Georg Pohl, gewarnt. Man solle nicht über die derzeitigen Probleme frohlocken, denn „auf die Dauer kommen wir ohne die OPEC nicht aus“. Die weltweite Sicherung der Energieversorgung, die immer noch zur Hälfte auf Öl beruhe, erfordere Stetigkeit und Überschaubarkeit. Folgen eines OPEC-Zerfalls aber wären extreme Preissprünge sowohl aufwärts als auch abwärts, die sich kein Verbraucher wünschen könne.“ (FR, 21.2.).

Das jetzt erzielte Ergebnis der OPEC-Beratungen entspricht weitestgehend diesen Interessen der Industrieländer und ist von diesen über die verschiedensten Interventionen auch gezielte herbeigeführt worden. Oder — in den bereits eingangs zitierten Worten des ehemaligen US-Energieabministers Enders: „Es liegt im Interesse der Industrieländer, ... daß die Bedingungen geschaffen werden, damit die OPEC ihre Macht zur Festlegung der Ölpreise auf einem künstlich hohen Niveau verliert und niemals wiedergewinnt.“ (1).

Internationalismus-Kommision/KB Göttingen

Quellen:

- 1) A. Schubert, Erdöl, die Macht des Mangels, Wagenbach 1978, S.110
- 2) Moderne Zeiten 2/81 R. Oppermann, Zerbruch des OPEC?
- 3) ebd.
- 4) Schubert, S. 66-67
- 5) ebd. S. 157



Ölförderung in Saudi-Arabien

OPEC flüchtet

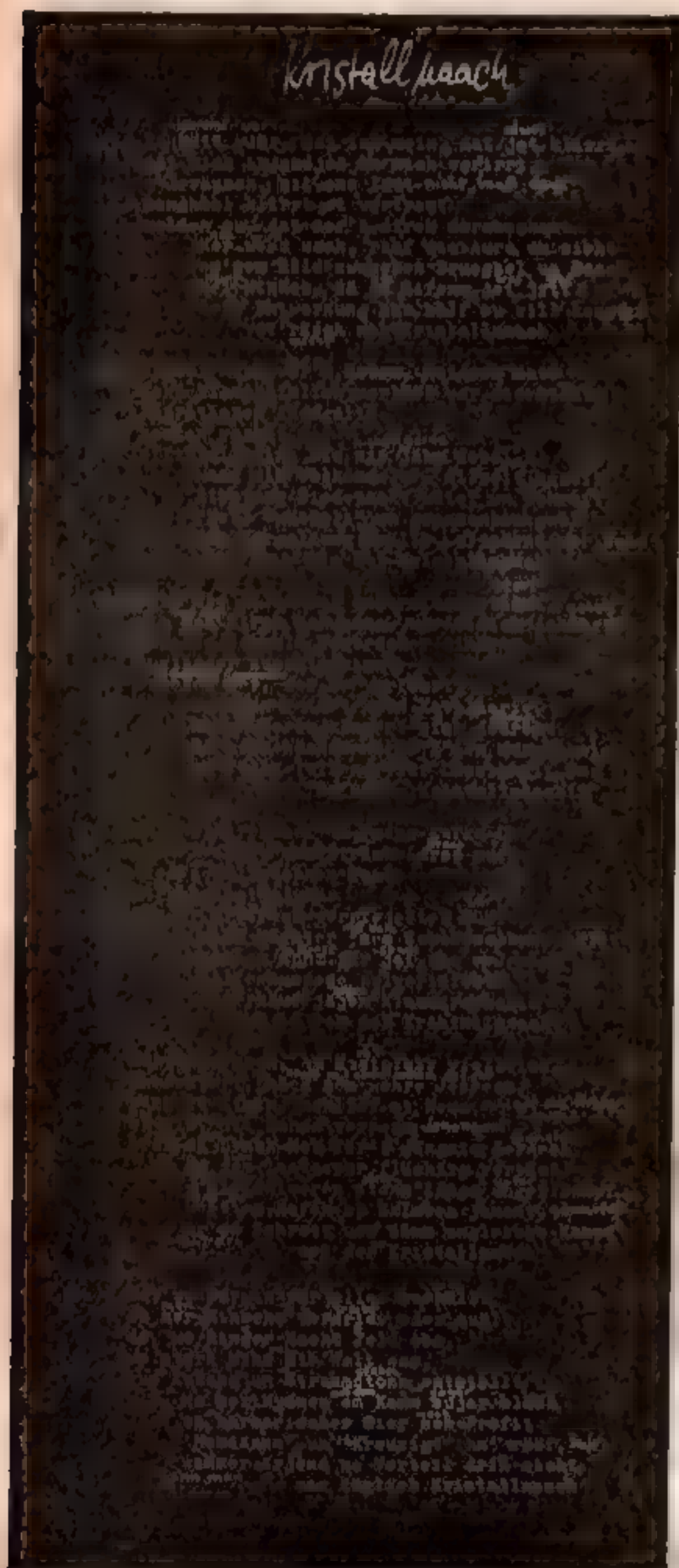
„Die tagelangen Verhandlungen der Ölländer in London haben das Zer-

„Rockmusik ist für mich 'ne Sache ohne Heuchelei“

Aber die Leute kommen von weit

2 x Refrain:

Pflanz uns bloß mit hai hoch an,
sieh mir doch durchschneid' dich, wenn wir
daß wir nit on all-^{höchsten} feindlichen Dapperer stehn
Mir hoch mit ihra lila als dem Hofe
mit dem, mit ihr die Minde, ich will
on dem, mit ihr freud lila doel.
^{grat hat}



her, wie müssen spielen ... Du kannst das den Leuten sonst auch gar nicht erklären. Insgesamt haben wir drei Auftritte dieser Tour abgesagt, weil dem „Major“ fast der Kopf geplatzt war, Starnhöhlenverleierung. Wir haben versucht, wie es nur geht, über Presse und über Rundfunk die Erklärung zu geben. Trotzdem krieg ich noch böse Briefe deswegen. Ich versteh' nicht, warum die Leute nicht verstehen können, daß man nicht spielen kann, wenn man definitiv krank ist.

Björn: Da gibt es doch sicher eine große Erwartungshaltung, daß BAP präsent zu sein hat?

Wolfgang: Paß auf, ich will jetzt nicht schwarz malen. Alles, was mit BAP bei uns negativ abläuft, was wir von den Leuten verblüffelt kriegen — auch über die Preise — das ist weitaus weniger, als wir gedacht haben. Wir haben gedacht, wir kriegen einen reingewürgt sondergleichen, wenn wir die Plattenfirma wechseln von einer alternativen zur EMI. Das mußten wir machen, das mußten wir einfach machen.

Björn: Von der bürgerlichen Presse ist das nicht kritisiert worden. Aber viele linke Leute — soweit sie sich überhaupt mit Rock-Kultur auseinandersetzen — haben zumindest, was den Firmenwechsel angeht, einige Fragen. Nur — sie benutzen ihre Presse nicht.

Wolfgang: Die Kritik, die wir kennen, ist ungeheuer zahm ausgefallen. Hat'm wir nie gedacht. Dann haben wir gedacht, wir kriegen furchtbar einen rein, wegen des Schlagzeugerwechsels. BAP hat den Schlagzeuger nicht zu wechseln! Die Kritik ist ausgefallen! — Die

Leute haben es verstanden!

Klaudia: Vielleicht ist das nur ein Zeichen dafür, daß der Wechsel nicht eure Kompaktheit nach vorne raus beeinträchtigt hat. Der Schlagzeuger wird als Person nicht so in Erscheinung treten. Und für die Leute, die den Wechsel registriert haben, war das dann wohl auch nicht so wichtig, zumal sich ja sonst nichts verändert hat, auch der Zusammenhalt der Gruppe blieb.

Wolfgang: Die Leute nehmen uns eigentlich schon zu viel ab. Ich hab' manchmal auf der Bühne das Gefühl, ich könnte da sehr demagogisch vorgehen. Das will ich natürlich nicht. Im Gegenteil, ich muß da sehr aufpassen...

Björn: Was das mit ein Grund, bei der „Grünen Raube“ nicht mitzumachen?

Wolfgang: Das war aber nicht der einzige Grund. Eriena sag' ich mir, wir machen ein halbes Jahr lang „Grüne Raube“. Zweitens hatten wir sowieso keine Zeit. Die Tournee lief ja zur gleichen Zeit. Und drittens hab' ich mir an einem Tag auch nicht verkneifen können, schnell hinzufallen und meine vier Stücke zu spielen. Und dann hab' ich mich unheimlich gefreut, daß ich doch dabei war — es war ein gutes feeling da drin. In dem Moment kam ich mir auch ziemlich blöde vor mit meinen Bedenken, ich könnte die Leute manipulieren. Später kam ich mir blöde vor am Abend nach 20 Uhr am 6. März, als es hieß, die Grünen seien nicht drin. Und die CDU/CSU hatten die absolute Mehrheit... Ich hatte einen Kioß im Hals, Tränen in den Augen, stand auf der Bühne und mußte

die ersten paar Stücke singen. Ich denk': Jeden Moment mußte anfangen zu heulen — und das wollt' ich nicht. Wir mußten auf die Bühne und müden spielen — ohh, das war die schwärzeste Gegend überhaupt. Aber die Leute, die da waren, das waren die guten Leute. Und wirklich — ohh, was das ein Gefühl. Und wie wir dann das Konzert zu Ende hatten, und wir gingen zwischen den Zugaben raus — dahinten hatten die Roadies inzwischen Fernsehen geguckt — da sagten die Roadies uns: Keine absolute Mehrheit, die Grünen sind drin! Wir zurück auf die Bühne, das angelegt, und dann ging natürlich 'ne Feier in der Bude los.

Björn: Was Du so erzählst, läßt die Behauptung zu, ihr versucht kritisch demgegenüber zu sein, was ihr den Leuten vermittelt?

Wolfgang: Ja!

Björn: Ein NDR Redakteur hat Euch öffentlich kritisiert, daß ihr ein so wichtiges und ernstes Thema, wie die sogenannte „Kristallnacht“ in Rockmusik verpackt.

Wolfgang: Was soll ich denn sonst machen? Rockmusik machen ist für mich 'ne Sache ohne Heucheln! Wenn ich einen Text mache, dann mache ich den mit der Musik, die ich gut finde.

Klaudia: ...und die Deinem Gefühl entspricht.

Wolfgang: ...und sonst überhaupt nix! Ich werd' den Teufel tun, und werd' mir irgendwas überlegen, was kulturell höherstehend ist. Ich mach' das, was mir an kulturellen Mitteln zur Verfügung steht. Das hab' ich mit meinen Bildern so gemacht, das mach' ich mit meinen Texten. Ich bin ungeheuer froh, daß ich mit Leuten zusammen in der Band spiele, die musikalisch weit aus mehr drauf haben als ich. Wir können's halt zusammen umsetzen, und darüber bin ich ungeheuer froh.

Ich hab' früher hobbymäßig in einer Band gespielt, die wollten immer ungeheure Schlaubeitungen machen. Die wollten furchtbar ichlaue Musik machen. Es besteht keine Verpflichtung, ichlaue Musik zu machen. — Da ist eine Einschränkung: Man kann sagen, man muß es machen. Es muß ein Fortschritt in der Kultur erreicht werden!

Klaudia: „Kristallnacht und ihre Umseizung.“ Da waren wir vorher schon mal. Müssen wir an diesem Punkt die Linken erziehen?

Wolfgang: Also, erziehen — nein, man muß Bedenkzeit einräumen.

Klaudia: Ich finde, „erziehen“ ist das richtige Wort. Du mußt doch manchmal Sachen machen, die so ungewöhnlich sind, daß Du um sie kämpfen mußt.

Wolfgang: Also, erziehen — da möchte ich doch bedenken, das kommt in' falschen Hals!

Wolfgang: Also, erziehen — da möchte ich doch bedenken, das kommt in' falschen Hals!

Klaudia: „Erziehen“ im Sinne von „raufahren“.

Wolfgang: Mir ist lieber, Du ersetzt „erziehen“ durch „Bedenkzeit einräumen“.

Klaudia: O.K., ich meine das konkret aufs Bühnenverhalten und „Rockstars“ bezogen. Wenn man es schafft, auf der Bühne Schwächen auch zuzugeben und den Leuten auch deutlich zu machen, daß man sie auch braucht; wir geben unser Bestes, und ihr helft uns — dann ist das gut.

Wolfgang: ...solange das nicht zum Spruch wird, ja!

Klaudia: Darum geht es aber. Die meisten Rockmusiker verhalten sich da doch sehr klischeehaft: Die „Stars“ sind oben, und das Publikum ist unten...

Wolfgang: ...aber ich glaube, das können wir doch überwinden. Ehrlichkeit heraus...

Klaudia: Mir ist es eigentlich schon egal, warum es kommt. Ich bin nicht mehr bereit, lang zu fragen, woher und warum es wohl dazu kommt. Ich lehn' das ab! Von daher find' ich es unheimlich gut, daß es Musiker und Musikerinnen gibt, die es schaffen, diesen Rockstar-Image zu durchbrechen.

Wolfgang: Ich muß auf dieser langen Tournee aufpassen, daß bestimmte Sachen nicht zum Spruch werden. Daß es dann doch mal passiert, hat damit zu tun: Das ist gestern gut angekommen, das bring' ich heute nochmal. Aber

wenn man sich selbst kontrolliert, dann — glaub' ich — kann man es im Griff halten. „Ne Zeit lang hab' ich, wenn das Publikum wirklich gut war — bei den leisen Stücken sehr aufmerksam, bei den Abrockstücken tierisch drauf — dann hab' ich den Leuten gesagt, ihr wart gigantisch. Ihr habt toll reagiert, mal laut, mal leise... Dann hab' ich mich aber dabei ertappt, daß ich das auch mal irgendwann bei einem Konzert gesagt habe, wo die Leute absolut nur Stroh waren, nichts gerafft haben. Danach kam ich mir absolut beschissen vor: Genau das wolltest'e nicht. Seit dem bring' ich den Spruch überhaupt nicht mehr. Das ist dann 'ne andere Art von Verkrampfung...

Björn: Darf ich nochmal auf den Firmenwechsel zu sprechen kommen? Ihr habt eine „alternative“ Plattenfirma (Eigelstein) verlassen und seid einen Vertrag mit dem Großkonzern Elekrola/EMI eingegangen. Warum?

Wolfgang: Ohne den hätten ihr uns in Hamburg gar nicht kennengelernt! Unsere dritte LP ist bei der EMI rausgekommen und damit auch über den Kölner Raum hinaus. Davor hatten wir einen Auftritt im LOGO in Hamburg. Die Typen hatten Spaß, daß wir so blöde waren, dahin zu kommen — und die Bude war halb leer. Die hatten keine Plakate von uns aufgehängt. Allerdings kannte man den Eigelstein-Leuten nicht verubeln, daß die sauer waren. Sie haben viel für uns gemacht, aber es hatte seine Grenzen. Wir waren im persönlichen mit den Eigelsteinern sehr zufrieden. Wir haben viel zusammen geackert — nette Leute!

Wir haben bei der EMI — und das ist wichtig — tierisch gute Verträge machen können, dadurch, daß wir zwei Platten gemacht hatten, die sich im Kölner Raum sehr gut verkauft haben. Aber eben nach außen leider nicht. Als wir dann sagten, wir müssen aus dem Kölner Raum raus, wenn wir davon leben wollen — und wir müssen davon leben können, um es auch gut zu machen — konnten wir bei EMI den Vertrag aushandeln, der uns alle Freiheiten läßt. Die hören von uns 'ne Platte zum erstenmal dann, wenn wir das Studio verlassen haben. Das müssen sie dann auch pressen.

Klaudia: Wie ist das eigentlich mit Euren Dialekten? Es ist für mich z.B. unheimlich schwer, eure Texte zu verstehen. Wie macht ihr das bei Live-Auftritten? Erklärt Du die Stücke?

Wolfgang: Das ist die Sprache, die ich spreche. Seit ich rumkämpfe, singe ich so. Dann merkten wir, daß es in Wuppertal, dann in Stuttgart und dann später in Hamburg ging. Warum sollten wir das ändern? Mittlerweile sprechen von den 14 Leuten auf der Tour vier Leute kölsch. Es ist nicht wichtig!

Bei den Konzerten ist das so, daß ich erstmal davon ausgehe, daß irgendjemand diese ganzen Platten gekauft haben muß und von daher sich „drauf vorbereitet“ hat. Und dann gibt es Stücke, die sind neu. Die behalten wir nicht erst bis zur nächsten LP zurück. Jemand diese ganzen Platten gekauft haben muß und von daher sich „drauf vorbereitet“ hat. Und dann gibt es Stücke, die sind neu. Die behalten wir nicht erst bis zur nächsten LP zurück. Die Dinge erkläre ich dann auch, die könnte sich ja keiner zuhause anhören.

Oder Stücke, die wir nie auf Platte draufgetan haben, erkläre ich. Oder die Stücke, die mißverstanden worden sind, zu denen ich noch mal was sagen will. Zur „Kristallnacht“ will ich immer noch mal was sagen. Dazu sag' ich auch immer nochmal was!

Osternabend war 'ne gute Si ja. „Nochmal was dazu zu sagen“! Wir haben in einer Halle gespielt, wo die NPD am 1./2. Oktober ihren Bundesparteitag abhielt — in Kattingbostel — in der Medienarkhule.

Björn: Bei irgendeiner Gelegenheit hast Du Dich sehr kritisch den Bots gegenüber geäußert? Immerhin haben die Bots zum Zeitpunkt der großen internationalen Anti-AKW-Großdemos viele belebende Elemente in die deutsche linke Rockkultur eingebracht?

Wolfgang: Das ist eine schwierige Sache, die ich da zu erklären habe. Auf der einen Seite denke ich, daß die Bots sehr laute Typen sind, die was Gutes machen wollen mit dem, was sie machen. Auf der anderen Seite denk' ich mir, das sind alles keine Rockmusiker. Ich mag ihr Saxophon sehr... Ich bin momentan bemüht um eine aufbauende Kritik zur nächsten Bots-LP. Ich möchte, daß das besser wird. Aber eigentlich sind sie doch Jazzer. Leider springt kein Funke über. Sie sind so geprägt von dem händeringenden „Wir wollen doch das Beste“, und so ich glaub', die meinen das eigentlich zu gut und sind nicht mehr in der Lage, irgendwo mal was zu machen, wo sie einfach mal einen rausrotzen. Oder sich mal 'nen Scheiß drum kümmern, ob sie auf ihrer ganzen Platte nur vordergründig politische Stücke drauf haben, oder ob sie auch darüber singen, daß sie auch mal gerne ficken, verflucht...!

Ich kann als Rockmusiker nicht rumlaufen mit einer Liste, wo draufsteht, „Mensch, Scheiß — wir haben immer noch kein Stück zur Jugenddarstellung“. „Wo ist der saure Regen, Leute? Ich hab' jetzt hier drei Stunden in eurem Konzert gestanden. Der saure Regen war ja gar nicht auf eurer Liste.“... Und das ist Bots. Vor lauter gutem Willen. Wir kriegen jeden Tag etwa 10 Angebote, daß wir Solidaritätskonzerte machen sollen. Wir machen, was möglich. Wir machen was, so wenn wir können, jetzt machen wir eins. Wenn wir total dahinterstehen, dann bemühen wir uns, die größten Dinge zu nehmen. Ostermontag haben wir die Tour abgesagt, weil wir in Dortmund auf der Abschlußkundgebung vom Ostermarsch spielen, danach geht's weiter mit der Tour hier oben. Einmal, weil wir denken, wir wollen zeigen, daß wir dahinterstehen. Wir können einfach nicht überall spielen, wo ein Jugendzentrum geschlossen wird. Das können wir einfach nicht! Wir können nicht 14 Leute durch die Gegend karren, in einem Saal spielen, wo 200 Leute reinpassen, und es stehen 3000 Menschen vor der Tür, die nicht reinkommen. Die 200 drinnen haben großen Spaß und 3000 draußen... Die Relationen stimmen da nicht mehr. Wir nehmen doch das Ding auf uns, daß wir ein halbes Jahr durch ganz Deutschland fahren und spielen...





Fortsetzung von S. 1

Diese Auffassung geht häufig mit dem weiteren Irrtum einher, in der Zeit der Weimarer Republik vor allem die „goldenen zwanziger Jahre“ zu sehen, die „roaring twenties“, eine „liberale Periode“, die sich durch „kulturelle Vielfalt“ auszeichnet; von einer „Weimarer Renaissance“, einer „modernen Renaissance“ gar ist gleich bei mehreren Historiographen dieser Periode die Rede; eine britische Kulturzeitschrift beklagte eine „verlorene Renaissance“.

„Politische Kräftekonstellationen und gesellschaftliche Strukturen der Republik zeigen indes bereits“, hält H.A. Walter, einer der bedeutendsten und politisch klarsichtigsten Erforscher der Exilliteratur, dem entgegen, „daß das Verhältnis des Staates zum kulturellen Überbau nur bedingt und partiell liberal sein konnte. Die Revolution von 1918 war nicht zu Ende geführt, sie war abgewürgt worden. Die überkommenen Verhältnisse des Klassenstaates blieben unangestastet. Jeder mehr als formale Änderungsversuch, jede andere als bloße Schönheitskorrektur wurde verhindert. Diese revolutionäre „Halbheit“, wie Heinrich Mann sie später genannt hat, trug den möglichen Rückschlag bereits in sich, und es wäre höchst eigenartig, wenn die unausgefochtenen politisch-gesellschaftlichen Konflikte nicht auch das kulturelle Leben mitbestimmt und geprägt hätten.“ (2, 34)

Diese und ähnliche Klarstellungen haben den Mythos von den „goldenen zwanzigern“ nicht entkräften können. „Seine Zählbarkeit“, schreibt der Theaterwissenschaftler Bruno Fischl, „ist ein Indiz für die sozialpsychologisch wichtige Funktion, die er erfüllt: indem in ihm die braunen Anzeichen des Kommenden, die den goldenen Schein der Zwanziger trübten könnten, unterschlagen sind, bestärkt er indirekt den Glauben von der Zufälligkeit, ja Naturhaftigkeit der nationalsozialistischen Machtübernahme.“ Dieser Mythos sei nicht nur eine „in die Vergangenheit projizierte Wunschphantasie“, sondern zugleich „Medium einer problemlosen Vergangenheitsbewältigung“, die eine Auseinandersetzung mit den Ursachen des Faschismus

sen Vergangenheitsbewältigung“, die eine Auseinandersetzung mit den Ursachen des Faschismus scheinbar überflüssig macht und ein Erkennen möglicherweise ähnlicher Entwicklungen in der heutigen Zeit wesentlich behindert (3, 891).

Die „Machtergreifung“ (wie Goebbels — 1 — den Vorgang euphemistisch nannte) allgemein wie die Bücherverbrennung im besonderen sind nur zu begreifen (und ähnliches Geschehen ist nur zu verhindern) aus der Kenntnis der politischen Entwicklung der Weimarer Republik, die hier — beschränkt auf ihre Kulturpolitik — dargestellt werden soll. — Der zweite Teil dieses Artikels (im AK 234) wird die „Aktion wider den undeutschen Geist“ (die unmittelbare Vorbereitung der Bücherverbrennung) und die Geschehnisse am 10. Mai 1933 selbst darstellen.

Kulturbolschewismus

Die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 (Teil 1)

lers Heinrich Vogeler in Worpawode zu schließen. — Im Februar und Juni werden Gedichte von Johannes R. Becher konfisziert, im August wird er unter der Anklage des „literarischen Hochverrats“ verhaftet. — Gegen Prof. Theodor Lessing, der in einem Artikel die Unfähigkeit Hindenburgs zur Bekleidung des höchsten deutschen Staatsamtes nachwies, wird eine massive Kampagne geführt, in deren Verlauf er körperlich angegriffen und schließlich amnestiert wird. — Gegen Zuckmayers harmlose Komödie „Der fröhliche Weinberg“ werden insgesamt 63 Theaterskandale von Korporations-Studenten inszeniert, die sich in der Gestalt eines nationalistisch-antisemitisch dramatisierenden Assessors getroffen sagen. — Berta Lask Drama „Thomas Münzer“ wird beschlagnahmt.

1924: Die preußische Landesregierung will die Fresken Heinrich Vogelers, die er an seinem der Roten Hilfe als Kinderheim übergebenen Hause angebracht hatte, entfernen. Aufgrund von Protesten werden die Fresken „nur“ verhängt. — Der sowjetische Film „Panzerkreuzer Potemkin“ wird mehrfach verboten. — Bartócs Oper „Der wunderbare Mandarin“ wird nach der Premiere in Köln auf Anweisung des Oberbürgermeisters Adenauer verboten. — Weitere Gedichte von Becher werden beschlagnahmt. — Die Reichsregierung verabschiedet „ein „Schulz- und Schundgesetz“. Thomas Mann qualifiziert es als einen Vorwand, „um sich durchschlagende Machtmittel gegen den Geist selbst und seine Freiheit zu sichern“.

1927: Berta Lask wird wegen ihrer Stücke „Leuna 1921“ und „Giftgas über Berlin“ über Sowjetrußland der „Vorbereitung des Hochverrats“ angeklagt. — Kurt Klabers Novellenband „Barrikaden an der Ruhr“ wird verboten. Sein Verleger wird als „Hochverräter“ vom Reichsgericht gestellt und verurteilt. Ebenfalls des „Hochverrats“ angeklagt werden Buchhändler, die dieses Buch — oder Gedichte von Becher —

Reichsgericht gestellt und verurteilt. Ebenfalls des „Hochverrats“ angeklagt werden Buchhändler, die dieses Buch — oder Gedichte von Becher — verkauft haben. — Der „Völkische Beobachter“ kommentiert das Erscheinen von O.M. Grafs Roman „Wir sind Gefangene“ mit einer Todesdrohung.

1928: Zwei sexualwissenschaftliche Werke des Berliner Stadtarztes und Sexualpädagogen Max Hodann werden verboten.

H.A. Walter hebt, bezogen auf diese Jahre, hervor, daß „Polizei, Justiz und andere Institutionen von Reich und Ländern weit aktiver waren als die Anhänger der politischen Rechten.“ (2, 38).

Mit der Verschärfung der allgemeinen, wirtschaftlichen wie politischen Krise nimmt der „politische Justizmißbrauch gegen Intellektuelle“ (Walter, S. 43) noch ganz erheblich zu, es häufen sich nunmehr auch die Attacken und Störaktionen der Nazis.

Chronik 1929 - 1932

1929: Der deutsch-sowjetische Film „Salamander“ wird verboten. — Der nationalsozialistische Schriftsteller Arnold Bronnen qualifiziert auf einer Tagung seine dort versammelten Kollegen — darunter Arnold Zweig, Döblin, Loerke, Glaeser, von Molo, Theodor Däubler, Hermann Kasack — als eine „schamlose Zunft verantwortungsloser, dem eigenen Volk entfremdeter, keiner Rasse, keiner Landschaft verpflichteter Literaten“ (2, 44).

Dem Haß des Weimarer Staatsapparats auf die im weitesten Sinne linken Schriftsteller entsprach seine Liebe zu rechten Krawallmachern wie Bronnen: Die Forderung nach seiner Entlassung vom unter Staatsaufsicht stehenden Berliner Rundfunk bleibt folgenlos, ebenso folgenlos wie sein ein Jahr zu-


 28
27

Der Stahlhelm zieht vorüber

(aus: Karl Rössing, Mein Vorurteil gegen diese Zeit, 1926)

Der Stahlhelm zieht vorüber

(aus: Karl Rössing, Mein Vorurteil gegen diese Zeit, 1926)

vor veröffentlichter Freikorps-Roman „O.S.“, in dem er Morde und Grausamkeiten verherrlichte und die Republik verhöhnte. — Lampels Schauspiel „Giftgas über Berlin“ wird verboten. — Vom Herbst dieses Jahres an werden in den folgenden fünfzehn Monaten fünfundsiebzig kommunistische Journalisten zu Haftstrafen verurteilt.

1930: Die sozialdemokratische (l) geführte „Volksbühne“ veranlaßt die Absetzung einer Hindemith-Oper an der Kroll-Oper. — Thomas Manns „Deutsche Ansprache“ wird zum Ziel einer faschistischen Provokation unter Führung Arnold Bronnens. Klaus Mann: „Die gekränkte deutsche Ehre erhob sich von ihrem Sitz und ließ belösende Töne hören“ — dies ist das „Signal für eine faschistische Agitation von bis dahin nicht gekanntem Ausmaß“ (2, 46). — Nazis inszenierten einen Skandal gegen die Verfilmung von Remarques „Im Westen nichts Neues“; der Film wird nach der Premiere „aus Gründen nationalen Prestiges“ verboten. — Nazis werfen Stinkbomben bei der Frankfurter Aufführung von Brecht/Weills „Mahagonny“. — An acht Universitäten erhalten die Nazis die Mehrheit in den studentischen Vertretungen. — Allen in Berlin werden in diesem Jahr acht Juden ermordet und achtundsechzig zum Teil schwer verletzt.

1931: Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin verbietet die alljährliche Feier an dem von Mies van der Rohe geschaffenen Revolutionsdenkmal. — Eine Reizitation Erika Manns vor einer Frauenorganisation wird von Nazis auseinandergeknüpft. (Verlage und Veranstalter lösen daraufhin mit ihr bereits eingegangene Auftritts- und Veröffentlichungsverträge!). — Zuckmayer wird nach der Uraufführung seines „Hauptmann von Köpenick“ zur Zielscheibe nationalistischer Hetze. — Brechts Schauspiel

„Die Mutter“, das ungehindert laufen konnte, solange es in einem „feinen Theater“ gespielt wurde, wird verboten, als es in einem Arbeiterviertel aufgeführt werden soll. — Der kommunistische Dichter Erich Weinert wird verhaftet und wegen „subversiver“ Schallplatten vor Gericht gestellt; der Prozeß wird wieder eingestellt, die Platten aber werden verboten und neun öffentliche Auftritte Weinerts werden untersagt. — Daga Wertows Film „Enthusiasmus“ wird verboten. — Marchwitas „Sturm auf Eisen“ und Neukrantz „Barrikaden am Wedding“ werden verboten. — Carl von Ossietzky wird wegen eines „Weltbühnen“-Artikels, in dem auf die (unter Umgehung des Versailler Friedensvertrages betriebene) geheime militärische Zusammenarbeit zwischen der Reichswehr und der Sowjetunion hingewiesen wurde, aufgrund des „Verrats militärischer Geheimnisse“ (nach einem Gesetz vom 3. Juni 1914) zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt. — Mithilfe einer „Presse-Notverordnung“ werden im ersten Halbjahr vierundvierzig kommunistische Zeitungen und Zeitschriften für insgesamt 1.043 Tage verboten. „Kommunistische Autoren oder Werke mit kommunistischer Tendenz“, schreibt H.A. Walter, „wurden am härtesten oft genug von sozialdemokratischen Mandatsträgern verfolgt, was mit deren Erbitterung über die KPD-Parole von der „sozialfaschistischen“ SPD nur teilweise zu erklären ist.“ (2, 63) — Thomas Mann wird vom „Völkischen Beobachter“ als „eine schreibende Mischung zwischen Indianern, Neger, Mauren und weißer Teufel was sonst noch“ angepöbelt. — Theodor Plivier, Arnold Zweig, Erika Mann, Lion Feuchtwanger und andere erhalten faschistische Drohbriefe.

1932: Der Film „Kuhle Wampe“ von Brecht/Dudow/Ottwalt wird ver-

boten und erst nach einer Reihe von Schnittfreigegeben. — Weinert wird wegen seines Gedichts „Ein Ochse malt sich“ wegen Beleidigung der Reichswehr angeklagt. — Dem Pazifisten Gumbel, der u.a. die Fememorde aufgedeckt hatte, wird einer antisemitischen Äußerung wegen Lehrverbot an der Heidelberger Universität erteilt, was seiner faktischen Ausschaltung aus dem deutschen Hochschulwesen gleichkommt. Gumbel geht in die Emigration. — Im „Völkischen Beobachter“ erscheint eine Auflistung von Schriftstellern, die als „Repräsentanten einer dekadenten Niedergangsperiode“ bezeichnet werden. Für den Fall der faschistischen Regierungsübernahme wird ihr Verbot angekündigt. Die Genannten waren sämtlich Autoren von Büchern, die ein knappes Jahr später verbrannt wurden. — Das „Bauhaus“ in Dessau wird aufgelöst. — Polizei verbietet das Treffen des „Schutzverbandes deutscher Schriftsteller“ anlässlich des 30. Todestages von Emil Zola. — Ludwig Renn wird wegen „literarischen Hochverrats“ verhaftet.

Literarischer Hochverrat

Wie nun „Hochverrat“ in „literarischer“ Weise zu betreiben ist, inwiefern ein Gedicht, per Schallplatte verbreitet, oder ein Drama, öffentlich aufgeführt, „literarisch hochverräterisch“ Charakter sind, darüber ist nur zu rätseln. Nachvollziehen läßt sich nur noch anhand der zu uns gekommenen Berichte und Akten, wo und wie diese Anklage angewendet wurde.

Der Schauspieler Rolf Gärner hatte 1924 auf einer von KPD und kommunistischer Jugend veranstalteten Gedenkfeier revolutionäre Gedichte vorgetragen. Der Staatsgerichtshof sah hierin „Vorbereitung des Hochverrats“ und verurteilte den Angeklagten zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis sowie einer Geldstrafe.

1924 verurteilte der Staatsgerichtshof den Buchhändler Ulrich wegen „Vorbereitung des Hochverrats“ zu einem Jahr Gefängnis, weil er in seiner Buchhandlung neben zwei Dritteln allgemeiner auch ein Drittel sozialistischer und kommunistischer Literatur führte. In der Urteilsbegründung wird befunden, daß der Umstand allein, daß neben allgemeinen auch kommunistische Schriften verkauft werden, noch kein hochverräterisches Unternehmen darstelle. „Der Angeklagte hat vielmehr die Schriften zu dem Zwecke in dem Bestand der Buchhandlung gehabt, um durch den Vertrieb die Ziele der Kommunistischen Partei, die ihm bekannt waren, zu fördern.“ (5, 244) Was sich aus seiner Mitgliedschaft in der — nicht verbotenen und im Parlament vertretenen! — KPD ergab —

der Kommunistischen Partei, die ihm bekannt waren, zu fördern.“ (5, 244) Was sich aus seiner Mitgliedschaft in der — nicht verbotenen und im Parlament vertretenen! — KPD ergab — Die „Denkschrift linksgerichteter Verleger“ kommentiert das Urteil: „Also der Verkauf revolutionärer Schriften ist nicht strafbar, wenn er aus kaufmännischen Gründen erfolgt, wird aber mit Gefängnis geahndet, wenn die Gewinnung des Verkäufers der Ideologie der verkauften Schriften entspricht.“ (5, 244).

Wolfgang Heine, von 1918-20 Justiz- und Innenminister in Preußen, dem rechten Flügel der SPD angehörig, schrieb über „Die Buchhändler- und Druckerprozesse vor dem Reichsgericht“ im April-Heft 1927 der „Justiz“: „Jeder weiß, daß die Teilnehmer an dem Hiltenschen Umsturzversuch auf das glimpflichste davongekommen, teilweise freigesprochen, die meisten gar nicht angeklagt worden sind. Die Prozesse bringen uns fortgesetzt zum Bewußtsein, daß Organisationen gebildet sind und z.T. in irgendwelchen Formen bestehen ... Ihr Wirken war von schauerlichen Verbrechen begleitet, deren sich die mehr oder weniger Beteiligten heute noch zu rühmen wagen. Was bedeutet neben der Gefahr dieses selbstbewußten Staatsverbrechens die lahm literarische Propaganda, die der Kommunismus seit Jahren treibt? — Aber die Kommunisten werden dafür verurteilt, und andere werden, wenn nicht ein handfestes vollendetes Verbrechen dazu zwingt, nie auch nur angepackt.“ (5, 245).

Im Juni 1926 verurteilt das Reichsgericht den Schriftleiter Fritz Rau wegen „Vorbereitung des Hochverrats“ zu neun Monaten Gefängnis und Geldstrafe. Rau hatte in der von ihm verantwortlichen redigierten „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ eine Rezension des Lenin-Films „Srin Mahatma“ veröffentlicht. Aus der Urteilsbegründung: „Das alles ist in die Form der Bekehrung gekleidet, nicht in die Form der

Fortsetzung nächste Seite

Chronik 1925 - 1928

Was gegenüber schlechthin allen progressiven Äußerungen in Literatur und Kunst seitens der Weimarer Republik von reaktionärer Beamenschaft und Justiz, unterstützt von der politischen Rechten und einem Großteil der von ihr kontrollierten und gesteuerten Presse praktiziert wurde, das war, schreibt H.A. Walter, „ein Klassenkampf von oben, war Teil gesellschaftlicher Unterdrückung“ (2, 36).

Eine — höchst unvollständige — Chronik (4).

1925: Polizei versucht, das Kinderheim der Roten Hilfe im Haus des Ma-

Fortf. von vorheriger Seite

unmittelbaren Aufforderung zum revolutionären Handeln ... wohl aber ist eine Absicht deutlich erkennbar, im Leser ... die Gedanken auf eine künftige Revolution einzuleiten ... (S. 246) Thomas Mann, der auch schon zuvor gegen ähnliche Äußerungen der Göttinger Justiz öffentlich protestiert hatte, qualifizierte es anlässlich dieses Urteils als „absolut unstatthaft, die Propagierung der (kommunistischen) Idee, ohne daß die Aufforderung zu irgendeiner konkreten Handlung vorliegt, rechtlich als die Vorbereitung zum Hochverrat aufzufassen.“ (S. 246).

Dem Bergmann und Arbeiterdichter Kurt Kläber, der in literarischen Skizzen die Kämpfe des Ruhrproletariats geschildert hatte, wurde vom Amtsgericht Berlin-Schöneberg angelastet, er habe sich der „Aufreizung zum Klassenhaß und zum Ungehorsam gegen Gesetz und zu strafbaren Handlungen“ schuldig gemacht. Weshalb der übergeordnete Staatsgerichtshof noch einen zulegen mußte und Kläbers Schriften wegen „Vorbereitung des Hochverrats“ 1925 beschlagnahmte. Der Oberreichsanwalt ließ sich durch politische Äußerungen von Oerhart Hauptmann, Hermann Hesse, Alfred Kerr, Käthe Kollwitz, Thomas Mann und vielen anderen namhaften Schriftstellern, die das Fehlen einer aufrichtigen Tendenz untertrieben und die literarischen Qualitäten der Skizzen hervorhoben, nicht davon abhalten, das Beschlagnahmeverfahren durch ein Strafverfahren gegen den Verleger der Schriften zu krönen.

Theodor Heuss, in seinen jungen Jahren noch ein wahrer Liberaler, kommentierte in der „Frankfurter Zeitung“: „Die Verantwortung für die innere Freiheit des deutschen Schrifttums ist es, die uns zwingt, mit allem Ernst gegen die Haltung einer Rechtsprechung Einspruch zu erheben, die mit Beschlagnahme und Verhaftung ein Regime für geistige Bewegungen gedenkt zu haben glaubt.“ (S. 247)

Das Reichsgericht verurteilte 1927 den Verlagsprokuristen Schallke vom „Verlag der Jugendinternationale“, in dem Kläbers Schriften enthielten waren, wegen — wie gehabt — „Vorbereitung des Hochverrats“ zu einem Jahr Festung und Geldstrafe. Überdies mußten die Schriften selbst und die zu ihrer Herstellung verwendeten Druckplatten als vernichtet werden. Die „Vossische Zeitung“ (27.2.27) referierte die Urteilsbegründung: Der Strafsatz habe „den Gedanken irgendeiner Knebelung des regulären Vertriebs von wissenschaftlichen, künstlerischen oder unterhaltenden Werken weit von sich (gewissen). Eine Sache für sich sei es aber, wenn in politisch erregten Zeitläufen eine bestimmte Gemeinschaft Literatur ins Volk werfe, die mit deutlich erkennbarer unaufrichtlicher Absicht gegenwartswortende oder Geschicknisse aus naher Vergangenheit gestalte.“ (S. 248). Der sozialdemokratische „Vorwärts“ sprach, in der Praxis allerdings folgenlos, von einem „unerträglichen Gesinnungsterror“ (S. 249).

Im Bereich von Literatur und Publizistik, schreibt H.A. Walter aus der Zeit (S. 250)

Im Bereich von Literatur und Publizistik, schreibt H.A. Walter aus der Zeit (S. 250)

Es gab nicht nur, wie H.A. Walter behutsam formuliert, „kein nennenswertes Äquivalent in der Bekämpfung der politischen Rechte“, diese Rechte konnte sich — auch im Bereich der Kulturpolitik — der Förderung nicht zuletzt der „republikanischen“ Instanzen erfreuen.

Der „Fall Grosz“: George Grosz und sein Verleger Wieland Herzfelde standen 1928 — zu Zeiten der Weimarer Republik mittlerweile zum dritten Male — vor Gericht. Diesmal war Grosz der „Gotteslästerung“ angeklagt (eine Anklage übrigens, die jährlich — I — rund vierhundert Mal erhoben wurde). Er hatte in einer antimilitaristischen Zeichnung den gekreuzigten Jesus mit einer Ösmaske dargestellt. Der Prozess wackelte über mehrere Instanzen und drei Jahre hin. Grosz wurde schließlich freigesprochen, die Zeichnungen und Druckplatten aber vernichtet werden. Zur selben Zeit war in Julius Streichers antisemitischem Hetzblatt „Der Stürmer“ der gekreuzigte Christus im Rahmen einer sog. politischen Karikatur dargestellt worden. Die Polizeidirektion Nürnberg-Fürth verfügte das Verbot dieser Ausgabe des „Stürmer“, das Reichsgericht hob es wieder auf. Robert M.W. Kempner, seinerzeit Justiziar im Preu-



Die alte Garde zieht vorbei
Sturm Karl Rading. Mehr Verbot gegen diese Zeit, 1929.

Buchen Innenministerium und nach dem Zweiten Weltkrieg stellvertretender Hauptankläger der USA im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess, merkte 1931 dazu an: „Jetzt hat das Reichsgericht zum ersten Mal eine Entscheidung gefällt (...), die von der bisherigen Rechtsprechung abweicht. Ein widerliches Hineinzerren Christi, des Gekreuzigten, in den Parteilampf hat der 4. Strafsenat nicht als Beschönigung oder Verächtlichmachung, nicht als mißbräuchliche Symbolbenutzung angesehen. Die Verbotsvorgabe der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth gegen das nationalsozialistische Wochenblatt „Der Stürmer“ wurde deshalb aufgehoben. Die Gegenüberstellung mit dem Reichsgerichtsurteil im Gotteslästerungsprozess George Grosz bedarf keines Kommentars, sie spricht für sich selbst.“ (S. 253)

Es mag nach dieser (äußerst kleinen!) Auswahl einschlägiger Fälle schon nicht mehr besonders verwundern, daß auch musikalische Darbietungen als „staatsgefährdend“ verboten wurden: Die „Rote Hilfe“ wollte im Dezember 1925 in München einen Konzertabend zur Unterstützung politischer Gefangener und ihrer Angehörigen geben. Die Polizeidirektion München verfügte ein Verbot, weil dieser „Konzertabend ... wie alle kommunistischen Veranstaltungen ... Fortführung des direkten Klassenkampfes, d.h. des Bürgerkriegs und die gewalttätige Beseitigung der derzeitigen Staatsverfassung“ sei (S. 254).

Kulturbolschewismus

Während solchermaßen die Weimarer Staatsmaschine antimilitaristische und sozialistische Kulturbestrebungen niederdrückte, damit gleichzeitig den angenehmen Nebeneffekt der Einschüchterung bürgerlich-progessiver Kulturschaffender erziele, machte sich die NSDAP parallel zu ihrem Ausbau als Massenpartei in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre daran, im Kulturbereich Gruppen und Schichten zu erreichen, die dem Faschismus sonst nicht unmittelbar nahe standen. Diese Kreise wurden erfolgreich mit Schlagworten wie „Kampf um eine deutsche Kunst und Kultur“ gegen den „Terror des Kulturbolschewismus“ angesprochen.

Selbst August 1927 wurde unter Führung Alfred Rosenberg — Schriftleiter des „Völkischen Beobachters“, 1946 in Nürnberg hingerichtet — eine „Nationalistische Gesellschaft für deutsche Kunst“ gegründet, die dann, nachdem

sie sich der Unterstützung „führender Persönlichkeiten“ versichert hatte, im Januar 1929 unter der „überparteilich“ gemeinten Bezeichnung „Kampfbund für deutsche Kultur“ erstmalig an die Öffentlichkeit trat. Ein Aufruf gab bekannt: „Ein Kampfbund für deutsche Kultur ist geschaffen worden durch einen umfassenden Zusammenschluß von Kräften des schöpferischen Bewusstseins, um in letzter Stunde zu retten und zu neuem Leben zu erwecken, was heute zutiefst gefährdet ist: Deutsches Seelenleben und sein Ausdruck im schaffenden Leben, in Kunst und Wissen, in Recht und Ethik, in geistigen und charakterlichen Werten.“ Zweck des „Kampfbundes“ sei, „inmitten des heutigen Kulturverfalls die Werte des deutschen Wesens zu verteidigen und jede artfremde Äußerung kulturellen deutschen Lebens zu fördern. Der Kampfbund setzt sich als Ziel, das deutsche Volk über die Zusammenhänge zwischen Rasse, Kunst und Wissenschaft, sittlichen und politischen Werten aufzuklären“ (S. 1601)

In dem vom „Kampfbund“ herausgegebenen Aufsatz „Die Geisteswende“ wird präzise beschrieben, wogegen der Streich geführt werden soll (wir beschränken uns auf die Wiedergabe von Suchworten): „... schillernde Volksführer, die heute in der sog. Weltpresse Neger- und Mulattenkultur als die höchsten Errungenschaften der Jetztzeit aufzufächeln wagen ... zusammengeballter Abfall der Weltstädte und das dort herrschende intellektuelle Untermenschentum ... Asphalt-Feulletonismus ... internationalistische, an ihrem Volkstum Verrat übbende Gelehrte ...“. Zu wahren hingegen seien: der „Wert des Deutschen ... ein allgemein-völkisches, staatliches und kulturelles Ideal ... blutmäßig gebundenes Volkstum ... unwegsamer Born eines Schöpferischen ... Erstwert des blutgebundenen Volkstums ... seitlich-russische Substanz der deutschen Nationen ... germanische Lebensgestaltung und ehemalig germanisches Rechtsempfinden ... blutgebundene deutsche Kräfte ...“ (S. 174 ff.)

Der wabernde Wahrheitsgehalt der Zielerklärungen ist unterzeichnet von rund fünfzig „Persönlichkeiten“, größtenteils Hochschullehrer und Träger sonstiger akademischer Titel, die sich „bereit erklärt (haben), den Kampf um deutsche Geistesfreiheit und Schöpfungsmöglichkeiten zu eröffnen“ (S. 176)

Schon drei Monate nach der (offiziellen) Gründung arbeiteten 25 verschiedene Ortsgruppen. „Gleich einem Netz“, schreibt die Historikerin Hildegard Brenner, hatte der „Kampfbund“ „seine Stützpunkte aber ganz Deutschland gezogen“ und „arbeitsfähige Fachgruppen sowie kultur- und spe-

ziell kulturpolitische Kader herangebildet ... die in den künftigen Aktionszentren ihre reichsdeutsche Aufgabe erwarteten“ (S. 1699).

Diese Vorarbeit ermöglichte es der NSDAP nach der Machtübernahme, auch auf kulturpolitischem Gebiet die Faschisierung (im NS-Jargon: „Gleichschaltung“) fast reibungslos zu vollziehen.

Antideutsches Toben

Aus den formulierten Zielen des „Kampfbund“ geht hervor, daß künftig jeder nicht zumindest „völkische“ Kulturschaffende bekämpft und vernichtet werden sollte.

In diesem Sinne betrieben die der Rechten zuzurechnenden Schriftsteller „eine unaufhörliche, scharfe, an nationalistische und antisemitische Instinkte appellierende Polemik vor allem gegen bürgerlich-humanistische Positionen in der Literatur“ (S. 1723).

Gestartet wurden diese Angriffe u.a. in der Zeitschrift „Die schöne Literatur“ (ab 1931: „Die neue Literatur“) unter der Leitung des Nazi-Barden Will Veiper (wenngleich die Zeitschrift selbst kein Organ der NSDAP war!).

Ziel der Angriffe sind vor allem Thomas Mann, Erich Kästner, Kurt Tucholsky, weiterhin die „zersetzende Kriegsliteratur“ und Lion Feuchtwanger, der in seinem Roman „Erfolg“ (der weithin von den Buchhändlern boykottiert wurde) „alles Deutsche in einer schmierigen und widerlichen Weise bespuckt“ habe (Dez. 1930, S. 125).

Tucholsky hatte zusammen mit dem Meister der Fotomontage, John Heartfield, beim „Neuen Deutschen Verlag“ das satirische Buch „Deutschland, Deutschland über alles“ herausgegeben. Auf die Zusammenstellung von Fotos und Fotomontagen mit Tucholsky-Texten eingehend, jault „Die schöne Literatur“ getroffen auf: „Mit wahrer Meisterschaft übt (Tucholsky) alle Tricks, die heute bei einer gewissen Sorte von Literaten beliebt sind und die alle ungefähr so vorfinden, daß sie alles Deutsche gewissermaßen aus der Lokusperspektive betrachten, auch von dort unten fotografieren und dann hohnlachend auf diese Produkte hinweisen, als sei das Deutsche von einer anderen Seite gar nicht zu betrachten und als habe es sonst keine Funktionen als fäkalische“.

Sodann kommt „Die schöne Literatur“ zum Eigentümlichen. „Ein infernalisches Verfahren, geboren aus dem wilden und raffinierten Haß einer aus alter Ghettoempörung von eigenen Minderwertigkeitsgefühlen geschüttelte Rasse ... Der Charakter dieser Typen — nicht etwa aller Juden — ist durch jahrtausendelange Ghettoerziehung geprägt und zu Schmiegsamkeit, schließlich Schläue und geiziger Menschenerkenntnis erzogen worden ... Wuchernder Schläue und geiziger Menschenerkenntnis erzogen worden ... Wir werden auf jeden Antisemitismus gern verzichten, aber wir machen die Gerechten unter den Juden darauf aufmerksam, daß sie sich nicht wundern dürfen, wenn das antideutsche Toben jüdischer Literaten — das weit toller sich gebärdet als jemals der wildeste Judenpöbel — selbst die geduldigsten Deutschen in der Notwehr zu einem Antisemitismus zwingt, der dann Gerechte wie Ungerechte hinwegfegt wird ... Ein großer Teil der jüdischen Rasse scheint etwas in sich zu haben, was nicht eher ruht, als bis es die Präge bekommt, die es verdient“ (März 1930, S. 1277).

In der 1962 (I) in der BRD erscheinenden Übersicht „Literarische Zeitschriften 1910 — 1933“ ordnet der Autor Fritz Schlau „Die Schöne Literatur“ der Gruppe „Neuzeitliche literarische Blätter“ zu und schreibt über die Rubrik „Unsere Meinung“, aus der das obige Zitat stammt: hier „kritisiert der Herausgeber kulturelle und kulturpolitische Mißstände des Tages“ (S. 123).

Negerkultur

Bei den Wahlen zum thüringischen Landtag am 8. Dezember 1929 erhielt die NSDAP 11,3% der Stimmen (1927: 4,3%) und war damit nach SPD und Liberaler Volkspartei (LVP) zur drittstärksten Partei geworden. Bürgerliche Rechtsparteien und NSDAP bildeten eine Regierungskoalition, die NSDAP war damit erstmals an einer Landesregierung beteiligt. Der Koalitionsbil-

dung vorangegangen war, wie A. Hitler in einem Brief schrieb, eine „Industriellenversammlung (...) zu der alles, was in der mitteldeutschen Wirtschaft überhaupt eine Rolle spielt, nach Weimar gekommen war“; es sei „gerade von dieser Seite ein sehr scharfer Druck“ auf die bürgerlichen Rechtsparteien ausgeübt worden, „die NSDAP in die Regierung einzubeziehen (S. 1933). Die Faschisten erhielten wunschgemäß das Innen- und das Volksbildungsministerium (Hitler „... in meinen Augen die beiden in den Ländern für uns wichtigsten Ämter“), die von dem Teilnehmer des Hitler-Putsches 1923, Dr. Wilhelm Frick (1946 in Nürnberg hingerichtet), übernommen wurden.

Die Faschisten waren damit — ersten wichtiges Ergebnis — „legal“ geworden und konnten — zweites Ergebnis — im Kleinen durchgezieren, was sie nach der angestrebten „Machtergreifung“ durchzuführen gedachten. In diesem Rahmen war für Frick die Kulturpolitik ein wichtiges Betätigungsfeld: „Mehr noch als die politischen Maßnahmen“, schreibt Karl-Heinz Hille in ihrem Aufsatz „Die ‚Machtergreifung‘ auf der Probebühne, 1930“, ließen sich die Maßnahmen auf den Gebieten Kultur und Kunst „geschickt propagandistisch einsetzen und dienten so der Schaffung einer faschistischen Massenbasis, die gerade durch die die kleinstädtischen Schichten angesprochen, mobilisiert und, dermaßen radikalisiert, in die ‚Bewegung‘ integriert werden konnten: Schichten, die traditionell dem „Kulturbolschewismus“ der Weimarer Republik skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden. Diese allgemeine „Kulturabwehrgegnung“ mußte nur in die „richtigen“ Bahnen gelenkt werden, und schon früh hatten die Nazis erkannt, welchem riesigen Potential sie nur noch die politische Hebelkraft zu geben brauchten“ (S. 204).

Wenige Tage nach seinem Amtsantritt, am 5. April 1930, ließ Frick in seiner Eigenschaft als Innenminister und Volksbildungsminister eine „Bekanntmachung: Wider die Negerkultur für deutsches Volkstum“ veröffentlichen, die faktisch eine Verschärfung der Gewerbeordnung war und die Theaterzensur ermöglichte. Aus der Einleitung: „Seit Jahren machen sich auf fast allen kulturellen Gebieten in steigendem Maße fremdartige Einflüsse geltend, die die stämmigen Kräfte der deutschen Volkstums zu unterwühlen geeignet sind. Einen breiten Raum nehmen dabei die Erzeugnisse ein, die, wie Jazzband und Schlagermusik, Negerlieder, Negergesänge, Negerstücke, eine Verherrlichung des Negerstums darstellen und dem deutschen Kulturrempfinden ins Gesicht schlagen“ (S. 210) (Man flüchte nicht in Gelächern! Dieser in einem offiziellen Amts- und Nachrichtenblatt veröffentlichte und von zwei Ministern unterzeichnete Erlaß wollte seinerzeit ernst genommen werden und wurde — was schlimmer ist — ERNST genommen (S. 11)).

„Mit geradezu stürmischer Gewalt brach sich der Gestaltungswille Fricks“, schreibt rückblickend der Nazi-Historiker Fabricius 1933, „auf kulturschreibend rückblickend der Nazi-Historiker Fabricius 1933, „auf kulturellem, volkserzieherischem und nationalpolitischem Gebiet Bahn“ (S. 204).

Auf der Strecke blieben: Das Bauhaus. Die progressiven, auf die Integration von Theorie und Praxis abzielenden Strukturen wurden zerschlagen. Der völkisch-faschistische Architekt Paul Schultze-Naumburg wurde als Leiter eingesetzt. Fast alle bisherigen Lehrer wurden entlassen, mit ihnen ging der größte Teil der Schüler. Schultze-Naumburgs Ziel war, wie er es formulierte, „das Bekenntnis zum höchsten deutschen Menschen“ in sein Streben gelte einem „Deutschland von lichter Heile und Klarheit und mit Bauwerken, deren Züge Ausdruck der nordischen Seele“ sind (S. 206 f.)

Das Selbstverwaltungsrecht der Universität Frick berief, gegen den Einspruch von Rektor und Senat, den „Rassenforscher“ H.F.K. Günther an den neu eingerichteten „Lehrstuhl für menschliche Züchtungskunde“ (später verbrämend: „Lehrstuhl für Sozialanthropologie“) genannt) der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. Frick konnte sich hierbei des Beifalls der größtenteils faschistisch eingestellten Studentenschaft sicher sein, vor der er am Vorabend der Antrittsvorlesung von Günther äußerte: „In Deutschland herrscht seit zwölf Jahren das organisierte Untermenschentum. Die Herrschaft der Minderwertigen ist die notwendige Folge des korrupten parlamentarisch-demokratischen Systems“ (S. 205).

Es blieb weiter auf der Strecke künstlerische Ausgestaltung des Volkshaus (im Werkstatthaus des (ehemaligen) Bauhaus. Der (laut „Deutsche Kunst korrespondenz“) „Vorkämpfer rassen

Fortsetzung nächste Seite

Schildbürger

Schüler in Hannover
 (Der Vater: Rathenau, 1926)

Ing.-AG Engineering

Deutschland

Mögen andre von ihrer Schande
sprechen
Ich spreche von der meinen

O Deutschland, bleiche Mutter!
Wie starrst du brennend
Unter den Völkern.
Unter den Befleckten
Fallst du auf.

Hörst du die Rufen, die aus deinem
Haus dringen, lachst man.
Aber wer dich sieht, grüßt nach dem
Mörder.
Wie beim Anblick einer Räuberin.

O Deutschland, bleiche Mutter!
Wie haben deine Bühnen dich
zugerichtet
Daß du unter den Völkern sitzt
Ein Gespött oder eine Furcht!

© Brecht, 1933

Gute Unterhaltung wünschen wir Ihnen
heute bei
Helmar Kipphardt
Bruder Eichmann
(Programmheft des
Staatstheaters Darmstadt, 1983)

Die Deutschen, auch die deutsche Linke, tun sich schwer mit der Aufarbeitung ihrer (bzw. ihrer Väter/ Mütter) Vergangenheit. Ein bemerkenswertes Zeugnis darüber, wie selbst erklärte Antifaschisten zur Rettung der deutschen „Ehre“ beitragen — und sei es auch nur, indem sie bemerken, daß die „Endlösung der Judenfrage“ ein Grauel, aber schließlich nicht das einzige Grauel auf dieser Welt sei —, legte Helmar Kipphardt mit seinem letzten, kurz vor seinem Tod im November 1982 fertiggestellten Stück ab: „Bruder Eichmann“. Kipphardt, das muß vorangestellt werden, hat das Stück in der Münchner Uraufführung nicht mehr sehen können, er konnte auch den Proben nicht mehr beiwohnen, er hatte also keine Möglichkeit mehr einzugreifen und sich selbst zu korrigieren. So ist das Stück mittlerweile zum Selbstläufer geworden: Von der Kritik wird es aus den unterschiedlichsten Gründen (dazu unten) verrissen; die Theater waren erst begeistert auf die Aufführungsrechte, mittlerweile haben Köln und Hamburg sie bereits zurückgegeben; der Theaterverlag Ute Nyssen (bei dem die Rechte liegen) wacht eifrig darüber, daß das Stück nur so auf die Bühne kommt, wie er es für angemessen hält; das Publikum ist — wohl auch aus den unterschiedlichsten Gründen — begeistert.

»Bruder Eichmann«

»Bruder Eichmann«

Kern des Dramas sind die Verhörprotokolle Eichmanns; aus den über 3000 Protokollseiten der über 275 Stunden sich hinziehenden Vernehmung Eichmanns durch den israelischen Hauptmann Avner Less hat Kipphardt die seiner Meinung nach wichtigsten Informationen, den Sprachduktus Eichmanns, die Situation des Inhaftierten, herausgefiltert. Dokumentartheater der kargsten Sorte: Zwei Personen sitzen in einer Zelle und sprechen auf Band. Doch die Eichmann-Protokolle allein genügen Kipphardt nicht, er versteht sie als Basis-Material für ein weitergefaßtes Thema: Sein Ziel war es zu zeigen, „daß der Mensch einerseits das Objekt der Fremd- und Individualgeschichte ist, die er andererseits selbst macht“. Seine Beschäftigung galt der „Eichmann-Haltung als bürgerlicher Haltung, ihrer Entwicklung in Vergangenheit und Gegenwart“ (Kipphardt 1967, zit. nach: Klauschen Leilaon zur deutschsprachigen Gegenwartsliteratur, Kapitel Kipphardt, S. 9). Also montierte Kipphardt zwischen die Verhörschnitte das, was er Analogieszenen nannte: Szenen, mit denen er meinte, „Eichmann-Haltungen“ in anderen Zusammenhängen aufgespürt zu haben. Seine Auswahl wirkt dabei recht beliebig: es geht um den Atombombenabwurf auf Nagasaki, Folterung von Kollaboranten in Italien, die Stammheim-„Selbstmorde“, Versuche an Frauen durch die IG Farben, den Alptraum eines israelischen Soldaten, der sich in Gestapo-Uniform palästinensische Häuser durchsuchen sieht, die Massaker von Sabra und Chatila.

Die vorgeführten Personen: Polizisten, Bomberpiloten, Biologen, Mediziner, Soldaten, Priester — Eichmanns Bruder? Eichmann, ein Internationalist? Ein Italiener, US-Bürger, Israeli?

Bruder Eichmann

— im Libanon?



Brennfoto von der Münchner Uraufführung

Kipphardt legt das nahe. Belegt wird es nur unzureichend. Die Fragwürdigkeit des Unterfangens soll am Beispiel dreier Szenen aufgezeigt werden.

In der 8. Szene fragt der israelische Verhöroffizier Less Eichmann nach seinen Besuchen in den Vernichtungslagern. Eichmann berichtet von Abscheu, den er angesichts der Massenvernichtung von Juden empfunden habe, besteht aber darauf, nicht für die Tötungen verantwortlich gewesen zu sein, nicht einmal etwas damit zu tun gehabt zu haben. „Wir hatten nie, nie, nie, nicht auf dem Gebiet“, lacht er die Tötungen verantwortlich gewesen zu sein, nicht einmal etwas damit zu tun gehabt zu haben: „Wir hatten nie, nie, nie etwas mit der Tötung zu tun, wir hatten nur die Konzentrierung zu tun“ (Bruder Eichmann, Reinbek 1983, S. 55). Im übrigen hätten Verantwortung und Wissen nur die „befehlgebende Ebene ... aufwärts vom General“ gehabt. Das ist ein authentischer Bericht, Kipphardt behält den umständlich-bürokratischen Sprachstil des Beamten Eichmann bei, dokumentiert seinen Versuch, durch vorgebliche Unkenntnis bzw. Unzuständigkeit den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Die Szene endet mit Eichmanns Feststellung: „Birkenau waren die Vergasungsanlagen. Ich kann das heute auch nicht hören, Herr Hauptmann, auch damals nicht und weiß nicht, warum das immer wieder mir aufgetischt wird, ich konnte es auch nicht abwenden.“ (S. 61).

In Szene 9 treten dann auf ein Jäger, Betriebsführer der IG Farben-Industrie, der in der Nähe von „Werk Auschwitz“ in eine Jagd pachten möchte (offensichtlich ein authentisches Dokument); b) eine alte Jüdin, die das KZ, in dem sie eine Kapo-Funktion wahrgenommen hatte, überlebte: „... und ich, die ich dies überlebte, überlebte mich nicht“; c) ein (ebenfalls authentischer) Briefwechsel zwischen IG Farben und KZ-Auschwitz wegen Menschenversuchen; d) eine deutsche Frau 1983, die in gekachelten Räumen nach Spuren der Massenvernichtung sucht, e) ein israelischer Soldat, der träumt: „Ich habe eine schwarzglänzende Uniform an, die Uniform der Gestapo, ich sehe die Abzeichen, Totenkopf und SS... Ich durchsuche ein Araberdorf“ (S. 66). Authentische Dokumente wechseln ab mit fiktiven Szenen, der Zeitbogen reicht von 1940 bis 1983, es geht um Deutsche und Juden. Bemerkenswert dabei ist, daß die beiden Juden Täter

sind: als Kapo der Deutschen die Frau, als fiktiver Gestapo-Angehöriger der junge Mann. Einziges Opfer ist die an Deutschland leidende deutsche Frau, die durch die gekachelte Landschaft der heutigen BRD Irrt und Spuren des Massenmordes sucht. Die beiden anderen Deutschen sind Altnazis, beide in gehobenen Positionen, beteiligt an Medizinverbrechen, nicht explizit an der Ausrottung der „jüdischen Rasse“. Zufall? Die Judenaustragung, die von Deutschen durchgeführte und geplante „Endlösung“ wird durch diese „Analogieszenen“ veranschaulicht. Zufall? Die Judenaustragung, die von Deutschen durchgeführte und geplante „Endlösung“ wird durch diese „Analogieszenen“ veranschaulicht.

In Szene 10, dem zweiten Gespräch zwischen Eichmann und der Psychiaterin Frieda Schilch, wird dessen Dienststellung, seinem Verhältnis zu seiner „Arbeit“, dem verwaltungsähnlichen Massenmord an Juden, nachgespürt. Hier hat seine für den Prozeß so wichtige Selbsteinschätzung: „Es wird heute von mir verlangt ein Gigant, ich aber war ein Angestellter“ — ihren Platz. Und zum Antisemitismus-Vorwurf: „Eichmann: (ich verstehe darunter) Daß man die Juden haßt. Ich habe die Juden nicht gehaßt, schon von Kindheit nicht. Streicher haßte, ich nicht, ich erstrebte die Genehmigung meiner Vorgesetzten die politische Lösung“ (S. 68). Da taucht ein „Bruder Eichmann“ auf — welche Deutschen würden auf die Frage, ob sie Antisemiten seien bzw. gewesen seien, nicht ähnlich antworten? Im Stück geht die Passage unter, bleibt bestenfalls eine kurze Randbemerkung. Das ist anscheinend nicht der Bruder, nach dem Kipphardt gesucht hat. Welchen Bruder er wirklich meint, wird am Ende des Stückes erschreckend deutlich.

Der Teil II spielt nach dem Prozeß in Eichmanns Todeszelle, die Berufung Mufti zwar noch, ohne Aussicht auf Erfolg jedoch, wie sowohl Eichmann als auch den Zuschauern klar ist. In diesem zweiten Teil gibt es nur noch einen Komplex mit fünf Analogie-Spielen: In vier Kurzacten tritt Ariel Sharon als Täter, als „Endlöser der Palästinenserfrage“, auf; in einer Szene wieder das Opfer, in diesem Fall eine in Westberlin lebende, mit einem Deutschen verheiratete Palästinenserin, die die verstorbene Leiche ihres Mutter aus den

Trümmern Beiruts hervorzieht. Wieder tritt Israel als Täter auf, vom israelischen Prozeß gegen die Massaker kein Wort, und wieder eine mit Deutschland sehr eng verbundene Frau als Opfer.

Eichmanns Gegenpart auf diesen letzten fünfzig Seiten bildet ein fiktives kanadisches Priesterpaar, dessen verquere Missionierungsversuche vor allem bewirken, daß Eichmann zum Sympathieträger werden muß. Die letzten Sätze beschreiben dann minutiös die Hinrichtung und die Eindrücke, die Priester Hull dabei hatte: „Ich bestaune, daß dies die Leiche Adolf Eichmanns sei. Die Tür des Ofens wurde aufgemacht, und ich erinnere mich, wo ich den Ofen, die Laufschienen, das Gestell gesehen hatte. Auf Fotos der Nazi-Krematorien in den Vernichtungslagern.“ (a.a.O., S. 159). Eichmanns Prozeß ein israelischer Racheakt, um Eichmann das zuzufügen, was er Millionen Juden angetan hat?

Solche Fragen bleiben besser unbeantwortet. In jedem Fall aber ist deutlich, daß dieser „Bruder Eichmann“, wie Kipphardt ihn in seinem Stück auftreten läßt, geeignet ist, Mitleid zu kasieren. Bestenfalls werden seine Verbrechen relativiert (durch die falsch angelegten Vergleiche), schlimmstenfalls verharmlost. Die Möglichkeiten gerade für ein deutsches Publikum, die Analogieszenen, in denen Juden auftreten, als Entschuldigung für eigenes Versagen zu benutzen, sind groß: Ihr habt doch auch nichts gegen die Massaker in den Palästinensernestern getan, eure Funktionäre haben im Dritten Reich schließlich selbst mit den Deutschen kollaboriert, die haben wie Eichmann auch nur ihre Pflicht getan. Eichmann, kann mit dem Zeigefinger gedankelt werden, ist vor allem over Bru.

Wenn dem Stück dann als Motto noch das Pascal-Zitat „Niemand ist man so vollständig und so gut das Böse, als wenn man es mit gutem Gewissen nur“ vorangestellt wird, tut das ein übriges. Als ob Eichmann mit gutem Gewissen gehandelt hätte. Er selbst sagte in dem Prozeß aus, daß er die Vernichtungsaktionen nicht hätte mitmachen können. Ihm wäre schlecht geworden, als er die Massengräber gesehen habe. Gutes Gewissen? Wohl kaum. Eichmann hatte gar kein Gewissen, hat gewöhnlich, zur Förderung der

eigenen Karriere und aus Freude an der eigenen Organisationsfähigkeit, Juden konzentriert, die Züge für die Vernichtungslager organisiert und bereitgestellt und eifrigst darüber gewacht, daß ihm niemand in seine Gebiete hinein-gepfuscht

Mythos und Realität

Kipphardt baut Assoziationsketten auf, die die Frage auch nach dem Realitätsgehalt der als dokumentarisch behaupteten Verhörszenen aufkommen lassen. Auffällig ist, daß die Verhörsatmosphäre zwischen Avner Less und Adolf Eichmann in dem Stück fast entspannt wirkt. Verständnissvoll versucht auch die Psychiaterin Schilch, Eichmanns Sozialisationsbedingungen zu erfahren, und gentlemanlike, ohne eine Spur von Verachtung oder Abscheu, verschafft ihm Gefängnisdirektor Ofer alle nur möglichen Halfterleichterungen. Bei Kipphardt liest sich das etwa so: „Less: Als idealistischer Beamter hat er (Eichmann) sich als einen Menschen gesehen, der ein Opfer vollzieht ... und 1945 war er plötzlich um sein Lebenswerk betrogen, hatte er für nichts gearbeitet“ (S. 83). Less erzählt Eichmann auch in fast privatem Tonfall von der eigenen Verfolgung: „Eichmann: Wenn man sich hier jetzt gegenüber sitzt: Entsetzlich. — Wenn ich mir erlauben darf, wie haben Sie selbst überlebt? Less: Ich flüchtete als junger Mann nach Frankreich und wurde Damenfriseur. Ehe ich nach Palästina kam und hier Polizist wurde. Ich fühle mich noch heute schuldig, überlebt zu haben. Obwohl gerade ich das Unglück anziehe, eigentlich“ (S. 36).

Vergast zu werden — ein schicksalhaftes Unglück? Im Nachwort zu „Das Eichmannprotokoll“ (Hrsg. J.v. Lang, Berlin 1982) äußert sich der tatsächliche Avner Less zu seinen Eindrücken von Ex-Obersturmbannführer Adolf Eichmann: „Ich weiß nicht mehr, was ich erwartet hatte — wahrscheinlich einen Nazi, wie man ihn aus Filmen kannte: groß, blond, mit stechenden blauen Augen, ein brutales Gesicht, das herrsche Arroganz ausstrahlte. Doch nun stand plötzlich ein ganz gewöhnlicher Mensch vor mir, (...). Diese Normalität ließ mich seine leidenschaftlichen Aussagen noch bedrückender empfinden, als ich aus den Dokumenten erwartet hatte. (...) Seine Aussagen und Dokumente ließen klar erkennen, mit welcher kaltem Raffinement und mit wieviel Verschlagenheit er die Ausrottung der Juden geplant und durchgeführt hatte (...). Bis etwas aus den Dokumenten bewiesen war, stritt er alles ab. (...) Wenn das nicht weiterhalf, bezeichnete er sich als kleines Rad und schob jede Schuld auf Vorgesetzte oder Untergebene. (...) Mich empörte dabei am meisten, daß Eichmann ganz offensichtlich kein Gefühl hatte für das Ungeheuerliche seiner Verbrechen, und daß er auch Schuld auf Vorgesetzte oder Untergebene. (...) Mich empörte dabei am meisten, daß Eichmann ganz offensichtlich kein Gefühl hatte für das Ungeheuerliche seiner Verbrechen, und daß er auch nicht die geringste Spur von Reue empfand“ (Eichmannprotokoll, S. 263 ff.). Explizit erwähnt Less, daß er Eichmann in den Verhören über sein und seiner Familie Schicksal nicht mehr erzählt habe, als daß sie in den Osten deportiert worden seien.

Was also bezweckt Kipphardt durch die von ihm vorgenommene Veränderung in der Gesprächsatmosphäre? Less und Eichmann werden einander näher gebracht, da sprechen nicht Mörder und Verfolger miteinander, sondern zwei Staatsdiener. Was Kipphardt Eichmann durch die Auswahl und Montage der Verhörprotokolle zugelegt, Gesprächsbereitschaft, teilweises Eingeständnis einer Schuld, Aussagebereitschaft, möglicherweise sogar Läuterung (siehe weiter unten FAZ-Kritik) ist der Ansicht von Less über Eichmann diametral entgegengesetzt. Nicht nur das Verhältnis Eichmann — Less ist bei Kipphardt zugunsten Eichmanns verschoben, Kipphardt hat Less und Ofer auch einen selbsternannten nachlässigen Sprachgebrauch untergeschoben: In Szene 18 wird Eichmann ein Film aus den KZs vorgeführt. „Ofer: Es sind nicht nur Juden, es sind auch Zigeuner dabei.“

Eichmann: Zigeuner? Less: Was war eigentlich der Grund, daß man auch die ganzen Zigeuner vernichtet hat? (S. 107). Achilllosigkeit? Es ging nicht um Dinge, um „Sachen“ der Juden und Zigeuner, es ging um ihr Leben. „Die ganzen Zigeuner“ klingt nach halben Hühnchen und Viertelpfundern ... In Avner Less' Nachwort zum Eichmannprotokoll findet sich als Bemerkung: „Er (d.h. Eichmann) sprach ein grausiges Deutsch“.

Fortsetzung nächste Seite

Der spezielle Eichmann

Die Dimensionen und damit auch die Konsequenzen der nationalsozialistischen „Endlösung der Judenfrage“ scheinen Kipphardt bei Abfassung des Stückes nicht klar gewesen zu sein. Dazu Hannah Arendt in ihrer Abhandlung über die „Banalität des Bösen — Eichmann in Jerusalem“: „Erst als das Naziregime erklärte, das deutsche Volk dulde nicht nur keine Juden in Deutschland, sondern gedächte, das jüdische Volk überhaupt vom Erdboden verschwinden zu lassen, trat das neue Verbrechen hervor, das Verbrechen an der Menschheit im eigentlichen Sinn. (...) Die Verdrängung verleiht die Gebührende der Nachbarn, während der Völkermord einen Angriff auf die menschliche Mannigfaltigkeit als solche darstellt“ (H.A., Eichmann in Jerusalem, Reinbek 1978, S. 318). Und ähnlich schätzt auch der jüdische Psychologe Bettelheim in seinem Buch „Erziehung zum Überleben“ die „Endlösung“ ein: „Denn die Juden befinden sich ebenfalls in dem irrigen Glauben, der Nazismus sei lediglich die allerschlimmste Welle der bislang erlittenen Antisemitismus. Daher reagierten sie mit Methoden, die ihnen auch in der Vergangenheit geholfen hatten zu überleben.“ Im deutschen Faschismus führten diese Reaktionen zur Vernichtung. An dieser speziellen und besonderen, verwaltungsmäßig geplanten und systematisch durchgeführten Vernichtung der Juden mitschuldig zu sein, sie wesentlich ermöglicht zu haben, unterscheidet den speziellen Adolf Eichmann von allen Analogiefiguren aus der Nachkriegszeit, die Kipphardt auftreten läßt. Kipphardt zieht also nicht auf den speziellen Eichmann ab; das Umfeld seiner Taten, sein Funktionieren und dessen Zusammenhang mit der „Endlösung“ wird dafür viel zu ungenau untersucht. Die Verhörprotokolle sind eben Theaterstück, nicht mit Zusatzmaterial aus der Zeit des deutschen Faschismus erweitert und ergänzt. Für ein Stück über den speziellen Eichmann wäre auch die Darstellung des Prozesses und vor allem die Beschreibung von Eichmanns Leben in Argentinien unverzichtbar gewesen. Dort nämlich pflegte der Obersturmbannführer a.D. regen Kontakt mit anderen Nazis allerhöchster Sorte: der KZ-Arzt Josef Mengele war darunter, der als Richard Bauer getarnte Martin Bormann, häufige Besucher waren Stuka-Flieger Rudel, der Regisseur Prof. Ritter, Schlagerkomponist Peter

Darstellung seines Lebensendes wirkt natürlich mitleidisch und sichert ihm ein ziemlich hohes Maß an Zuschauer-sympathie. Bei den Analogiefiguren hat Pesel alle, die in Zusammenhang mit Israel stehen, weggelassen; alle Vertraulichkeiten zwischen Eichmann und Less wurden ausgeräumt und auch die Schlußansprache des Priesters Huli, in der dieser Eichmanns Verbrennung in Zusammenhang mit den KZ-Krematorien bringt, weggelassen. Eichmann wurde, und das stellt sich im Verlauf des Abends als Schwäche heraus, von Georg Martin übertrieben naturalistisch gespielt: so entstand das (unvollständige) Portrait eines neurotischen Zwangscharakters, das — selbst wenn es dem tatsächlichen Eichmann entsprechen hätte — doch keine Aufführung rechtfertigen würde. Ein Bruder war dort nicht zu entdecken, im Gegenteil: die These von den Irwinigen Nazis wurde so unterstützt. Wie im Zoo: schaut mal, so sind die...

Eindrücklich war eine Analogieszene, in der ein schmalerer Conferencier vor farbig-glitzerndem Vorhang Türkenwägen an den Mann brachte, aufdringlich, ekelhaft: „Was ist der Unterschied zwischen einer weißen Linie und einem Türken? Die weiße Linie darf nicht überfahren werden.“ Ein geblendetes Gedächtnis und dann ein Schlußwitz ins Publikum (der allerdings im Kipphardtstück nicht enthalten ist): „Was ist der Unterschied zwischen Juden und Türken? Die Juden haben hinter sich Tschühah!“ Hier stimmte der Zusammenhang am ehesten. Im zweiten Teil halfen aber alle Bemühungen der Darmstädter nicht: Eichmann in der Todeszelle war eine tief bedauerliche Figur. Das (im Sinn des Wortes) Allerletzte war der Schlußapplaus. Bei dem Tutti (als alle Schauspieler sich verbogen) moderates Klatschen, als dann der Darsteller des Eichmanns allein auf die Bühne lief: tosender Beifall, „Bravo“-Rufe (und das sicher nicht wegen der eher mäßigen Schauspielereileistung!). Eichmann in der BRD 1983 — ein Bühnenheld!

Die Pressereaktionen

„... der Versuch, das Irrationale, Grausame am deutschen Faschismus zu verstehen...“ („konkret“, 2/83). Nein, gemeint ist nicht der geplante und bürokratisch durchgeführte Verwaltungsmassensmord, sondern der „Handwerkerstolz“ (konkret) Eichmanns, seine „Eichmann-Haltung“... die nicht nur zu Auschwitz führte, sondern auch zu Hiroshima, My-Lai, die in das Inferno des Atomkrieges führen könnte“ (konkret) — von Juden in der einseitigen Stückbesprechung kein Wort, dafür aber die Feststellung: „Weil das Ungeheuerliche, das es zu untersuchen gilt, in dem Untersucher selbst entdeckt wird, (wird) die Untersuchung bei Kipphardt immer zugleich Selbstuntersuchung, Erkenntnis zur Selbstzerstörung“. Bezogen wird das auf den Verhörführer Avner Less... Sein Bruder „Eichmann“?

Die FAZ ist da anderer Meinung. „Kein Zweifel, daß sich der Gefangene Eichmann vom Täter Eichmann unterscheidet: (...) er hat auch einiges gelernt“ (FAZ, 24.1.83). Schlecht ist das Stück nach Georg Hensels Meinung aus einem ganz anderen Grund: „Bei den Sowjetrussen kann der Neurologe Kipphardt seinen „Bruder Eichmann“ nicht ermitteln, nicht im Archipel GULAG und nicht in Afghanistan“ (FAZ). Und wenige Sätze vorher zur Endlösung: „Über Leben und Tod entscheidet keine Schuld, nur die Zugehörigkeit zu einer Rasse (?! — bei der FAZ ohne Anführungszeichen — Anm. AK). Das ist allenfalls zu vergleichen mit den Massenliquidationen während der bolschewistischen Revolution: sie wurden allein mit Zugehörigkeit zu einer Klasse begründet“ (FAZ). „Bruder Eichmann“ — ein Schüler Lenin? Die ZEIT der Gräfin Donhoff rettet Deutschlands Ehre besonders deutlich: „Bruder Eichmann, Bruder Sharon“ (fettgedruckte Überschrift), „Denn Eichmann könnte jeder (preisen) sein: Die Eichmanns gibt es überall (und nicht nur in Deutschland)“. Das mußte einfach mal gesagt werden...

Aber es gab auch eine andere Stimme. „Kein Bruder Eichmann“ ist die Titelgeschichte von „Theater heute 3/83“, und Peter von Becker spart nicht mit Deutlichkeiten: „Zu sprechen ist von einer sehr skandalösen Auf-führung (in München — Anm. AK) und einem fatalen Theaterstück. (...) Eichmann, so muß man's denken, ist auch ein Jedermann, weil in den meisten Menschen eher ein Mitläufer steckt (...). Diese Einsicht aber (...) ist banal. Und sie wirkt am konkreten Gegenstand des Stückes undifferenziert und gänzlich autoritär“ (Th.h. S. 1 bis 3).

Die Inszenierung in Darmstadt

Im Gegensatz zu München, wo nach allen mir zugänglichen Berichten der „Bruder Eichmann“ als Melodram gespielt wird, hat der Regisseur der Darmstädter Inszenierung, Jens Pesel, versucht, die schlammigen Mühlgriffe Kipphardts zu reinigen und aus „Bruder Eichmann“ ein Anklagestück zu machen. Das entscheidende Handicap dabei war vorherzusagen: Eichmann hat kein Gegenüber, er ist die allein tragende Figur des Stückes und ... er wird am Ende hingerichtet. Die münchener

Zur Geschichte des Antisemitismus

Teil 3

Im Zeitalter der Reformation



Pogrom im Frankfurter Judenviertel 1614

Pogrom im Frankfurter Judenviertel 1614

Zu Beginn des 16. Jahrhunderts häufen sich die Judenverfolgungen aus einzelnen deutschen Territorien und Städten. Zwischen 1492 und 1519 werden die Juden aus Mecklenburg, Brandenburg, Württemberg, Kärnten, der Steiermark und Salzburg ausgewiesen, ebenso aus den Städten Magdeburg, Halle, Nürnberg, Köln, Oberrhein, Regensburg, Rothenburg ob der Tauber. Aus fast allen größeren Städten Deutschlands sind die Juden zu Beginn des 16. Jahrhunderts verschwunden. Nur in Frankfurt am Main, in Worms und in Prag existiert noch ein größerer Ghetto. Straßburg und Augsburg gestalten den Juden, sich tagsüber in der Stadt aufzuhalten. „Abends gegen 6 Uhr, wird vom Turm des Straßburger Münsters das Judenhorn geblasen, das die Juden zum Verlassen der Stadt auffordert“ („Die Juden als Minderheit in der Geschichte“, Hrsg. Bernd Martin u. Ernst Schulz, dtv 81, S. 112). Seit 1348 („Schwarzer Tod“) ziehen ständig Juden über Prag und Krakau, oder Kalisch und Posch, nach Polen. Andere wanderten nach Italien aus oder noch weiter bis in die Türkei, wo der Sultan Juden aus aller Welt herbeirief. In dieser Zeit, in der sich Ansätze des Frühkapitalismus in Deutschland herausbilden, gehörte die breite Mehrheit der Juden in Deutschland vorwiegend einem „Kleinbürgertum“ an, das mehr oder weniger am Rande des Existenzminimums lebte.

Vom offenen Handel und dem Zunftwerk waren sie ausgeschlossen, ebenso wurde ihnen der Erwerb von Grundbesitz, der Ackerbau ermöglicht hätte, verweigert. Die große Mehrheit lebte von nicht zunftlich gebundenem Warenhandel, von Vieh- und Getreidehandel und den Produkten des Dorfhandwerks, vom Trödel mit Gebrauchswaren, vom Geldhandel und der Pfandschleiße. Ihre häufigsten Geschäftspartner waren die kleinen Bauern und Handwerker. Waren sie dabei auch nicht die Einzigen, die Zinsen für geliehenes Kapital verlangten, so war doch der Judenhaß zu Beginn des 16. Jahrhunderts nicht nur religiös, sondern auch wirtschaftlich begründet. Dies läßt sich an den Forderungen der Bundschuhbewegung und der deutschen Bauernkriege nachweisen. Die ersten Forderungen der Bundschuhbewegung lauteten: „Verbot des Zins-

nehmens — Vertreibung der Juden und Aufhebung des bischöflichen Offizialates“ (ebda. S. 114). Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts wurde den Juden weiterhin Bodenerwerb und Eintritt in die Zünfte verweigert. Gleichzeitig wurden sie stets gezwungen, jedes Recht käuflich zu erwerben, ob Aufenthaltsrecht oder Berufsausübung und ähnlich mehr. Immer wieder ausgewiesen, verdankten die Juden ihr Überleben der Vielgliedrigkeit des Reiches, den verworrenen Herrschaftsverhältnissen und der Konkurrenz der Fürsten und Städte untereinander. Wurden sie aus einer Stadt verwiesen, wurden sie in einer anderen wieder aufgenommen, wobei sie stets der Willkür von Kaiser, Fürsten und Städten unterworfen blieben. (Siehe hierzu auch die beiden bisher erschienenen Teile dieser Serie, Teil I „Von der Antike bis zu den Kreuzzügen“, AK 231, Teil II „Die Juden im Mittelalter“, AK 232).

Luther und die Juden

Luthers Stellung zu den Juden ist nicht stets die gleiche gewesen. Die frühesten Äußerungen Luthers zur Judenfrage finden sich in einem Brief an Spalatin (1514); seine letzte Predigt (1546), kurz vor seinem Tode, schloß mit einer Warnung der Christen vor den Juden.

Luthers erste Stellungnahme zur Judenfrage (1514) bezog sich auf den Streit zwischen dem Dominikaner Johannes Pfefferkorn und dem Humanisten Johannes Reuchlin. Der zum Christentum „bekehrte“ ehem. Jude Pfefferkorn veröffentlichte in den Jahren 1507 - 1509 im Auftrag des Kölner Ordens eine Reihe von Schmähschriften. Der Talmud enthalte Beleidigungen Christi und der Jungfrau Maria; die Juden seien „Bluthunde“, die sich vom Schwitze der Christen-Arbeit nähren; ihnen sollten die Kinder weggenommen werden, um sie zu taufen. Das Volk solle gegen sie aufstehen und die Fürsten sollten sie verjagen. Schließlich erhielt Pfefferkorn von Kaiser Maximilian das Recht, die Bücher der Juden zu beschlagnahmen und zu vernichten. Der Humanist und Hebraist Reuchlin wandte sich dagegen, wie dann die meisten deutschen Humanisten, u.a. Ulrich von Hutten. Luther

stellte sich in dieser Auseinandersetzung auf die Seite Reuchlins, sprach sich also gegen die Bücherverbrennung aus. Seine damalige Begründung war jedoch relativ „unhumanistisch“: Die Bekämpfung der Juden sei sinnlos, sie seien ein hoffnungsloser Fall, man könne sie nicht bekehren.

Die Kölner Inquisitoren sollten sich besser um sündhafte Christen bemühen, da bestünde immerhin noch eine Chance. Ausführlich beschäftigte sich Luther mit dem Judenproblem in der ersten großen Psalmenvorlesung von 1513/1516 („Dictata super Psalterium“) und der Römerbriefvorlesung von 1516/1517. Seine Hauptthesen: Die Juden seien von Gott verworfen und litten unter seinem Zorn, weil sie seinen Sohn gekreuzigt hätten. Beweise dieses göttlichen Zorns: die Zerstörung des Tempels, die Zerstreuung der Juden, ihr vergebliches Warten auf einen Messias. Das Strafgericht habe sie aber nicht gebessert, sondern nur noch weiter verstockt. Dieser bekannten mittelalterlichen Argumentation fügte Luther allerdings ein neues Element hinzu: Die Juden seien kein einmaliger Fall in der Weltgeschichte, vielmehr sündeten sie auf einer Stufe mit den Häretikern und den Scheinchristen. Diese drei Gruppen hätten eine Gemeinsamkeit: Alle drei wollten ihr Heil aus eigener Kraft herbeizwingen und ihre eigene Gerechtigkeit durch das Befolgen des Gesetzes aufwiegen; sie alle erkennen sich nicht als Sünder, sie verschmähen die ihnen von Gott in Christus angebotene Gerechtigkeit. Der Unterschied zwischen den Juden und den beiden anderen Gruppen bestünde lediglich in der Intensität: die Juden verkörperten den Unglauben und die Selbstgerechtigkeit des Menschen in einer besonders extremen Form.

Ob damit Luther den Judenhaß antastete, ist fraglich; vielmehr wollte er anscheinend zeigen, daß die sogenannten „Scheinchristen“ nicht besser als die Juden seien. Das gleiche Motiv findet man in der Römerbriefvorlesung: dort wendet sich Luther gegen die christliche Selbstgefälligkeit, die den Splitter im Auge des anderen sieht, aber nicht den Balken im eige-

Fortsetzung nächste Seite

nen. Unter Berufung auf die alte Kirche fordert Luther in beiden Dokumenten das Recht der freien Religionsausübung für Juden — freilich nur, bis sie die Nutzlosigkeit ihrer Zeremonien selber begreifen würden. Eine Zeit lang vertritt Luther sogar ausgesprochen jüdenfreundliche Ideen, so in seinem Traktat „Daß Jesus Christi ein geborner Jude sei“ (1523). Dort verurteilt er den Judenthum mit kräftigen Worten, wie sie seit Jahrhunderten kaum einer für die Juden gesprochen hatte. „Unsere Narren, die Päpste, Bischöfe, Sophisten und Mönche haben bisher also mit den Juden verfahren, daß, wer ein guter Christ war gewesen, hätte wohl mögen ein Jude werden. Und wenn ich ein Jude gewesen wäre und hätte solche Tölpel und Knebel den Christenglauben regieren und lehren sehen, so wäre ich eher eine Sau geworden als ein Christ. Denn sie haben mit den Juden gehandelt, als wären es Hunde und nicht Menschen. Und wenn wir gleich hoch und rühmlich, so sind wir dennoch Heiden und die Juden von dem Geblüt Christi, wir sind Schwäger und Fremdlinge, sie sind Blutsbrüder, Vettern und Brüder unseres Herrn“ (nach Ismar Elbogen/Leonore Sterling, „Die Geschichte der Juden in Deutschland“, EVA 1966, S. 90).

Dieses Traktat wurde weit verbreitet; noch im Jahre 1923 kam es zu neun Auflagen. Die Juden knüpften entsprechend große Hoffnungen an Luthers Lehre. Die Marranen (zwangsbekehrte spanische und portugiesische Juden) in Antwerpen schickten die Schrift an die von der „Heiligen“ Inquisition bedrohten Glaubensbrüder und Schwestern in Spanien, „damit sie mögen Trost und Hoffnung daraus schöpfen“ (ebda., S. 91).

Nach 1523 entstanden in Deutschland viele kleine Sekten. Zwischen 1523 und 1526 folgten zahlreiche Bilderverbrennungen durch Norddeutschland, Livland und die Schweiz. Zu deren Rechtfertigung diente die Berufung auf das mosaische Gesetz, das die Bilder verbietet. Fast der gesamte sogenannte „linke“ Flügel der Reformation lehnte Luthers Rechtfertigungslehre ab. Sie hielten an der Überzeugung fest, daß der Mensch einen freien Willen besitzt und daß gute Werke unabtrennbarer Teil eines heilbringenden echten Glaubens sind („Die Juden als Minderheit in der Geschichte“, S. 120). Die Antirationalisten (Gegner der christlichen Trinitätslehre) rechtfertigten tendenziell den Monotheismus der jüdischen Lehre. In Schlesien begann eine Täufergruppe den jüdischen Sabbat einzunehmen statt des christlichen Sonntags. In seinem „Brief wider die Sabbather und einen guten Freund“ (1538) polemisierte Luther gegen das jüdische Gesetz. Genauso wie dieses erste anti-jüdische

Traktat sind wohl auch die drei letzten anti-jüdischen Pamphlete Luthers „Von den Juden und ihren Lügen“, „Vom Schem Hamphoras und vom Geschlecht Christi“, „Von den letzten Worten Davids“ (sämtlich 1543) durch die Missionserfolge der Juden bei den Täufern in Mähren ausgelöst worden. In der weithin bekannt gewordenen Schrift „Von den Juden und ihren Lügen“ gibt Luther zunächst den Rat, mit Juden nie in eine Diskussion einzutreten. Im ersten Teil der Schrift werden alle Ruhmestitel der Juden widerlegt (Abkunft von Abraham; Beschneidung, mosaische Gesetzgebung, Besitz des Landes Kanaan). Im zweiten Teil trägt Luther seine Vorschläge zur Behandlung der Juden vor: Man sollte ihre Synagogen verbrennen, ihre Bücher beschlagnahmen, man sollte sie zur Zwangsarbeit verurteilen bzw. sie aus den Ländern austreiben.

Nach allerlei schauerlichen Geschichten über die Juden („der leibhaftige Teufel“) unterbreitet Luther insgesamt sieben Vorschläge an die Obrigkeiten: „Erstlich, das man ihre Synagogen oder Schule mit Feuer anstecke und, was nicht verbrennen will, mit Orden überheufe und beschütte, das kein Mensch ein Stein oder Schloche davon sehe aniglich. Und solches sol man thun, unserem Herrn und der Christenheit zu ehren damit Gott sehe, das wir Christen seien. Zum anderen, das man auch ihre Häuser des gleichen zerbreche und zerstöre. Denn sie treiben eben dasselbige drinnen, das sie in ihren Schulen treiben. Dafür mag man sie etwa unter ein Dach oder Stiel thun, wie die Zigeuner, auff das sie wissen, sie seien nicht Herren in unserem Lande. Zum dritten, das man ihnen nehme all ihre Beschneidung und Thumidisten, darin solche Abgötterei, Lügen, Fluch und Lasterung gelehrt wird ... Zum vierten, das man den Juden das Geld und Straße ganz und gar aufhebe ... Zum fünften, das man ihnen alle Bierschafft und kleinot an Silber und Gold, und lege es bereit zu verworren. Zum sechsten, das man den jungen, stricken Juden und Jüdinnen in die Hand gebe fligel, eis, kerst, spaten, rocken, spindel und lasse sie je brot verdienen im schwewe der naten“ („nach „Die Juden als Minderheit in der Geschichte“, S. 125). Am besten für alle sei es, bei „gemeiner Klugheit der anderen Nationen“ zu bleiben und sie für immer aus dem Lande zu jagen. „Denn wie gehöret Gottes Zorn ist groß über sie, daß sie durch sanfte Barmherzigkeit nur ärger und ärger, durch Schärfe aber weniger besser werden. Drum immer mag mit ihnen“ (nach „Die Geschichte der Juden in Deutschland“, Ismar Elbogen, Leonore Sterling, EVA '66, S. 94).

Die meisten deutschen und schwedischen Reformatoren votierten in der Judenfrage ähnlich wie Luther, abgesehen von den oben erwähnten jüdenfreundlicheren Tönen beim sog. „linken Flügel“ der Reformation, so zum Beispiel der Täuferführer Melchior Hoffmann. Ebenso gab es im Lager des evangelischen Rationalismus vereinzelt jüdenfreundliche Stimmen. Der Gegner Calvins, Sebastian Castellio, lehnte die Judenverfolgung ab. Allen in allem hatten Luthers anti-jüdische Pamphlete keine unmittelbare Auswirkung. Trotz Luthers Vernichtungsplänen lebten im 16. und 17. Jahrhundert weiterhin Juden in vielen deutschen Städten und Fürstentümern; in Norddeutschland entstanden große neue jüdische Gemeinden. Die Juden beschäftigten sich bald im Großhandel, im Juwelen- und Edelmetallhandel und schließlich stiegen einige von ihnen zu „Hofjuden“ auf.

Jüdische Führung in Deutsch-

Schladan („Fürspreh“) und sogenannter „Bejehlhaber der Juden-schaft im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation“ war damals Rabbi Josef von Rosheim im Elsaß (1478-1534). Diesen Titel verdankte Josef (oder Josel) seinem tapferen Eintreten für die jüdischen Gemeinden und seinem hohen Ansehen bei Bauern und Bürgern, bei städtischen Räten, Fürstentümern und in der kaiserlichen Kanzlei. Josef von Rosheim trat aus eigener Verantwortung als Fürsprecher und Bittsteller, als Ankläger oder Verteidiger während der Reichstage auf. Er verhandelte mit Maximilian, Karl V. und Ferdinand, mit Bischofen und Städten. 40 Jahre lang durchwanderte er immer wieder das gesamte Territorium des Reiches, um Ritualmordprozesse niederzuschlagen und Juden vor der Folter zu bewahren. Im humanistischen Geiste glaubte Josef von Rosheim an ein gleiches Recht aller Menschen auf Erden. Sein Entwurf einer „ehrbaren Ordnung und Saizung“ für die Judenenschaft (1530) schloß mit der Bitte an sämtliche Stände des Reiches, die Juden nicht zu vertreiben, „den wir auch menschen, von Gott den allmächtigen auf der irden zu wohnen geschaffen, bei euch und mit euch zu wohnen und handeln“, und in seinen Eingaben an die königlichen Kommissare standen seine, das göttliche Recht beschworen, „Das Erdreich ist frei und von Gott, unser aller Schöpfer, den Menschen zum Trost und zur Nutznehmung übergeben“ (zitiert nach Ismar Elbogen, Leonore Sterling, „Die Geschichte der Juden in Deutschland“, EVA '66, S. 98).

Er erkannte auch die unheilvolle Wechselwirkung von Wucher, Erpressung und Verfolgung — das „Joch“ des Zinsgeschäfts. „So man uns das selbige schwere Joch abtut, wollten wir leichter von solchen lassen, dann eiliche Völker, die kein Spruch oder Fug haben zu wuchern“ (aus seiner „Trost-schrift an seine Brüder wider Bocer Buchlern“, zit. nach „Geschichte der Juden in Deutschland“, S. 98).

1530 gelang es ihm, Kaiser Karl V. von der Unsinngkeit des Spionageverdachts gegen Juden im letzten Türkenkrieg zu überzeugen. Gegen Luthers „Von den Juden und ihren Lügen“ verfaßte Josef eine Verteidigungsschrift an den Straßburger Magistrat und erreichte auch ein Verbot. Nach seinem Tode ließ zunächst die Aktivität der jüdischen Führung in Deutschland wieder nach. Anfang des 17. Jahrhunderts wurde nach dem Vorbild der Landtage versucht, in Deutschland eine zentrale Verwaltung ins Leben zu rufen. 1603 trat in Frankfurt/M. ein Rat von Deputierten und Weisen fast aller jüdischen Gemeinden zusammen. Diese Rabbiner-Versammlung beschloß eine Absichtserklärung zur landesweiten Einigung der deutschen Juden, die Einführung einer speziellen Steuerklasse, die Überwachung von Handelsgeschäften und Wirtschaftsmoral, schließlich Prüfungsbestimmungen für das Rabbinat-Diplom (siehe hierzu Ben-Sasson, „Geschichte des jüdischen Volkes“, Band II, S. 369-371).

Die Juden im Territorialstaat

Mitte des 16. Jahrhunderts wurden die Juden aus Bayern, aus der Oberpfalz, aus dem Bistum Bamberg und vielen anderen Orten (siehe weiter oben) ausgewiesen. An anderen Orten wie in der Pfalz oder Sachsen war ihre Existenz bedroht. Zu einer vollständigen Vertreibung, wie sie damals in England,



Aus einer polemischen Flugschrift zum Streit zwischen Pfefferkorn, der alle jüdischen Bücher verbrennen lassen will, und seinem Gegner, dem Humanisten und Hebraisten Reuchlin. Gezeigt wird, wie Pfefferkorn (links) dem doppelzünftig dargestellten Reuchlin den Stuhl wegnimmt.

Spanien oder Frankreich stattfand, kam es aber in Deutschland nicht. Dafür spielten die Zersplitterung des Reiches und die vielfältigen Interessen eine zu große Rolle. So konnten beispielsweise die Juden aus Regensburg sich unter dem Schutz des Herzogs von Bayern jenseits der Donaubrücke wieder niederlassen. Nach der Vertreibung aus den Bischofsstädten duldeten die Bischöfe die vielfach doch im Bereich ihrer Bestürmer. Sie saßen meistens in der Nähe der Städte und erhielten Erlaubnis, sich dort befristet zur Erledigung ihrer Geschäfte aufzuhalten.

In Frankfurt waren seit dem Scharpen Tod ab 1360 wieder Juden aufgenommen worden auf der Grundlage eines Vertrags, der ihre Rechte und Pflichten, insbesondere aber auch ihre Abgaben genauestens regelte. Dieser Vertrag, die „Sättigkeit“, wurde zu Beginn mit jedem einzelnen Juden auf sehr kurze Frist, später wenigstens auf drei Jahre geschlossen. Ab 1434 wurde der Vertrag nicht mehr mit dem einzelnen sogenannten „Familienvorstand“, sondern mit der Gesamtheit (damals etwa 20 Familien) vereinbart.

Die Verbote wurden mit der Zeit immer zahlreicher; eine Kleiderordnung wurde auf Drängen des Erzbischofs von Mainz eingeführt (die Männer sollten einen grauen Kreis, die Frauen graue Streifen an ihren Kleidern tragen). 1460, auf Drängen des Kaisers und der Kirche, wurden die Juden aus ihren bisherigen Wohnstätten in ein besonderes Judenquartier eingesperrt. Dieses „Neu-Agypten“ (Volksmund) war durch drei Tore von der übrigen Stadt abgeschnitten. Das Judenquartier führte eine völlige Trennung der Bevölkerung herbei: Kein Christ durfte in ihm, kein Jude außerhalb seiner Mauern leben. Es wurde verboten, daß mehr als zwei Juden nebeneinander gingen, zeitweise wurde ihnen der Zutritt überhaupt zur übrigen Stadt verweigert. Die einzige Straße des Judenviertels wurde schnell immer knapper: den 100 Juden, die man um 1500 in 14 Häusern dort zählte, bot das Ghetto anfangs noch genügend Platz. Im Laufe des 16. Jahrhunderts wuchs die jüdische Bevölkerung aber zusehends: 1610 lebten dort schätzungsweise 3 000 Menschen. In Frankfurt klagten die Zünfte über Mißwirtschaft, Geldabwertung und Arbeitslosigkeit. Sie forderten bei der Kaiserwahl 1612 unter anderem die Beschränkung der Judenzahl in Frankfurt sowie die Herabsetzung des ihnen erlaubten Zinsfußes. Die Unzufriedenheit unter den Handwerkern wurde immer größer; schließlich brach im August 1614 der sogenannte Fettmilch-Aufstand aus, genannt nach seinem Anführer, dem Lebkuchenbäcker Vinzenz Fettmilch. Sie plünderten die Judengasse, erschlugen alle, die sich verteidigen wollten, und trieben die Überlebenden aus der Stadt. Fettmilchs Triumph dauerte aber nicht lange: der Kaiser ließ den Rädelsführer hängen, die Stadt wurde zum Schandenerzatz verurteilt, die Juden 1616 in einem feierlichen Aufzug und unter kaiserlichem Geleit in die Stadt zurückgebracht. Eine wichtige Neuerung war, daß der Kaiser den Juden das Frankfurter Wohnrecht für alle Zeiten verbürgte — wobei er allerdings gleichzeitig die zulässige Bewohnerzahl auf nur 30 Familien festsetzte.

Ähnliche Ereignisse spielten sich zu dieser Zeit in Worms ab.

Luther und das III. Reich

Die anti-jüdischen Ideen Luthers wurden im späten 19. Jahrhundert zu neuem Leben erweckt durch Theodor Fritsch, der in seinem „Antisemitismus-Katechismus“ (1. Auflage 1887, 30. (1) Auflage 1931) unter dem Titel „Handbuch der Judenfrage“) Luther als Gewährsmann für seine antisemitischen Forderungen anführte. Im verstärkten Maße wurde Luthers Polemik gegen die Juden nach dem 1. Weltkrieg von der „völkischen Bewegung“ aufgegriffen, von Mathilde Ludendorff und dem „Tannenberg-Bund“, von dem NS-Gauleiter in Thüringen, Artur Dietrich, und von der Deutschen Glaubensbewegung.

Auch die nationalsozialistischen Kampfbücher „Der Stürmer“ und „Völkischer Beobachter“ wiesen mehrfach auf Luthers Judenfeindschaft hin. Deutsche Christen beriefen sich auf Luther, um evangelische Pfarrer jüdischer Abstammung zu suspendieren oder, um 1938, aus dem Reich zu entfernen.

„...immer zahlreicher; eine Kleiderordnung wurde auf Drängen des Erzbischofs von Mainz eingeführt (die Männer sollten einen grauen Kreis, die Frauen graue Streifen an ihren Kleidern tragen). 1460, auf Drängen des Kaisers und der Kirche, wurden die Juden aus ihren bisherigen Wohnstätten in ein besonderes Judenquartier eingesperrt. Dieses „Neu-Agypten“ (Volksmund) war durch drei Tore von der übrigen Stadt abgeschnitten. Das Judenquartier führte eine völlige Trennung der Bevölkerung herbei: Kein Christ durfte in ihm, kein Jude außerhalb seiner Mauern leben. Es wurde verboten, daß mehr als zwei Juden nebeneinander gingen, zeitweise wurde ihnen der Zutritt überhaupt zur übrigen Stadt verweigert. Die einzige Straße des Judenviertels wurde schnell immer knapper: den 100 Juden, die man um 1500 in 14 Häusern dort zählte, bot das Ghetto anfangs noch genügend Platz. Im Laufe des 16. Jahrhunderts wuchs die jüdische Bevölkerung aber zusehends: 1610 lebten dort schätzungsweise 3 000 Menschen. In Frankfurt klagten die Zünfte über Mißwirtschaft, Geldabwertung und Arbeitslosigkeit. Sie forderten bei der Kaiserwahl 1612 unter anderem die Beschränkung der Judenzahl in Frankfurt sowie die Herabsetzung des ihnen erlaubten Zinsfußes. Die Unzufriedenheit unter den Handwerkern wurde immer größer; schließlich brach im August 1614 der sogenannte Fettmilch-Aufstand aus, genannt nach seinem Anführer, dem Lebkuchenbäcker Vinzenz Fettmilch. Sie plünderten die Judengasse, erschlugen alle, die sich verteidigen wollten, und trieben die Überlebenden aus der Stadt. Fettmilchs Triumph dauerte aber nicht lange: der Kaiser ließ den Rädelsführer hängen, die Stadt wurde zum Schandenerzatz verurteilt, die Juden 1616 in einem feierlichen Aufzug und unter kaiserlichem Geleit in die Stadt zurückgebracht. Eine wichtige Neuerung war, daß der Kaiser den Juden das Frankfurter Wohnrecht für alle Zeiten verbürgte — wobei er allerdings gleichzeitig die zulässige Bewohnerzahl auf nur 30 Familien festsetzte.“

E. KB-Gruppe Frankfurt

Wegen Dauerbelastung hoher Schreibmaschinenverschleiß. Wer kann mit einer unverwundlichen Zweit- oder Drittmachine weiterhelfen? Angebote an Postlagerkarte 032 776 B 8000 Frankfurt 1 (Foto nicht erforderlich).



Pfefferkorn's Schrift „Der Juedenspiegel“, 1508, verlangt Beschlagnahme jüdischer Bücher und fordert zur Judenvertreibung auf. Das Titelblatt verspottet Zeremonien des jüdischen Kults. Christi Blut fließt in ein Taubock, während vom Teufel geleitete Juden ihre Kinder beschneiden.

Zdenek Hejzlar

Polnische "Erneuerung" ohne Illusionen

"Politik bedeutet mühsames, langsames Hartholen mit Leidenschaft und Umsicht zugleich."
Max Weber

"Aufgabe der Politik ist es, mit größtmöglicher Wahrscheinlichkeit vorherzusehen, was unter den gegebenen Umständen die anderen tun werden."
Bismarck

Wir drucken im folgenden einen Artikel aus den „Listy“-Blättern nach, in dem Zdenek Hejzlar eine Bilanz der politischen Entwicklung zieht. Die „Listy“-Blätter erscheinen als „Zeitschrift der tschechoslowakischen vorkommunistischen Opposition“ in der BRD und stehen personell wie inhaltlich in der Tradition des Prager Frühlings. Zdenek

Hejzlar hat eine bewegte Vergangenheit: Seit 1945 Mitglied des ZK der KPC, d.h. der tschechoslowakischen Kommunisten; 1951 ausgeschlossen, 1968 rehabilitiert und während des Prager Frühlings Parlamentsmitglied und Intendant des Rundfunks. Der Artikel Hejzlar ist ausgesprochen interessant, nicht nur, weil er von

einem Vertreter einer sich sozialistisch verstehenden Strömung der osteuropäischen Opposition kommt, sondern vor allem weil sich Hejzlar um eine wirkliche Einschätzung bemüht, die die Kritik an der Solidarnosc nicht überspart.

J./Hamburg



Zdenek Hejzlar

Im Sommer 1982 nahm das polnische Militärregime einige Erleichterungen an den Repressionsmaßnahmen des "Kriegszustandes" vor, hauptsächlich auf wirtschaftlichem und administrativem Gebiet. In Polen gibt es Menschen, die keine Lakaien des Regimes sind, aber dennoch glauben, daß mit solchen Schritten möglicherweise die Voraussetzungen für einen Ausweg geschaffen werden könnten. Sie glauben, der fortschreitende Niedergang und Zerfall der Wirtschaft - im ersten Halbjahr 1982 ist das Nationaleinkommen um 15, die Industrieproduktion um 10 und der Lebensstandard um 25 bis 40 Prozent gesunken - werde das Regime zwingen, Reformen durchzuführen, die später nicht mehr rückgängig gemacht werden könnten, und die neue Situation in der ökonomischen Sphäre werde allmählich auch die politische Sphäre positiv beeinflussen. Das ist natürlich eine ganz unreduktierte Vorstellung, und die Zukunft wird zeigen, ob die Hoffnung nicht eitel war.

Von Dezember 1981 bis Juli 1982 wurden aus der polnischen kommunistischen Partei an die 100.000 Mitglieder und Funktionäre ausgeschlossen, und Tausende Grundorganisationen wurden aufgelöst. Auch die Säuberung und Militarisierung aller Apparate ging weiter, und die Unfähigkeit der eingesetzten Offiziere in Angelegenheiten der Produktion, der Kultur und der Verwaltung wurde deutlich. Nicht nur der passive, sondern auch der aktive Widerstand der Bevölkerung gegen das Militärregime war sehr breit. Man schätzt, daß in der ersten Hälfte 1982 im Land an die 1500 verschiedene illegale Zeitungen und Flugblätter in hoher Auflage herausgekommen sind, und besonders im Mai nahmen die Straßendemonstrationen und die örtlichen Streiks ein großes Ausmaß an. Zugleich hat sich gezeigt, daß das Militär- und Polizeiregime über Mittel verfügt, Demonstrationen zu unterdrücken und illegale Tätigkeiten nach aufzudecken. Auch Erniedrigung und Ohnmachtgefühl gehören daher zum Bild

legale Tätigkeiten nach aufzudecken. Auch Erniedrigung und Ohnmachtgefühl gehören daher zum Bild der polnischen Situation. Die katholische Kirche erwähnte indirekt, aber unzweifelhaft zur Zurückhaltung. Auch die illegal wirkenden Zentren der "Solidarnosc" boten dem Regime im Austausch für eine Amnestierung der Internierten und Verurteilten eine Art Wehrerlaubnis an. Die aggressive Haltung des Regimes, die sich Mitte August, nach Janzelskis Besuch bei Brezhnev auf der Krim, noch verstärkte, verleiht jedoch die Hoffnung auf die Eröffnung eines Dialogs über einen Ausweg aus der Krise. Der Appell des Sejms im August für eine "nationale Versöhnung" blieb natürlich ohne Widerhall. Er war als Alibi - vor allem an die Adresse der Regierenden im Westen gerichtet. Darin fehlte faktisch alles, was zumindest eine partielle Garantie dafür dargestellt hätte, daß die sogenannte "nationale Versöhnung" nicht auf das alte neue Modell der als "Transmissionariaten" der kommunistischen Partei dienenden Frontorganisationen hinauslaufen würde. Aufgrund des Kräfteverhältnisses, das im Dezember 1981 durch den Schlag gegen die unabhängigen Bewegungen und Organisationen entstanden ist, kann ein solches Modell der polnischen Gesellschaft zwar aufgezwungen werden, sie wird es aber nicht akzeptieren. Positive Kompromißvorschläge, wie sie in den beachtenswerten Dokumenten der Gruppe "Erneuerung und Zukunft" im April, des "Gesellschaftlichen Beirats des polnischen Primas" im Mai und der Beiratsgruppe der Warschauer "Solidarnosc"-Organisation im Juni gemacht wurden, haben beim Janzelski-Regime keine öffentliche Reaktion ausgelöst. Der verdeckte Kampf zwischen den "Gemeindigen" und den "Rachschützigen" innerhalb der Partei- und Staatsführung, der in den auf dem Juli-Plenum des ZK der PVAP vorgenommenen personellen Veränderungen Ausdruck fand, ist jedoch unentbehrlich geblieben, und damit auch die endgültige Form der polnischen "Normalisierung". Die plumpe Propaganda gegen "konterrevolutionäre Elemente", die Weigerung, über eine Wiederaufnahme der legalen Tätigkeit der "Solidarnosc" zu verhandeln, die Vorbereitung eines Prozesses gegen Vertreter des KOR, die Gewaltanwendung gegen Unmutsäußerungen der Bevölkerung sowie die Demonstration militärischer und polizeilicher "Starts

und Entschlossenheit" Ende August erinnerten leider an den Sommer und Herbst 1969 in der Tschechoslowakei. Das Polen der achtziger Jahre ist jedoch nicht die Tschechoslowakei der siebziger Jahre und die Geschichte wiederholt sich nur selten.

Hohe Empörung ist sterblich

Eine kaltsblütige Analyse dessen, was 1980-1981 in Polen geschah, ist immer noch schwierig und schmerzhaft. Die Gewalt des Militärregimes überschattet alle anderen Aspekte der Entwicklung und fordert vor allem Protest und Verurteilung heraus. Die Exponenten und Organisationen der "Erneuerungsbewegung" sind jetzt propagandistisches Verleumdungsgegenstand, wie sie zum Beispiel des "Rude pravo" unter dem Titel "Wer Polen in den Abgrund getrieben hat" veröffentlichte - als ob nicht sonnenklar wäre, daß Polen von einem unfähigen und korrupten Regime an den Rand des Abgrundes gebracht wurde. Die zu Unrecht Beschuldigten und Verfolgten brauchen vor allem Verteidigung, Hilfe und internationale Solidarität, nicht Kritik ihrer Schwächen, Fehler und Irrtümer. Ohne eine solche Kritik ist jedoch keine Analyse möglich.

Es ist nur natürlich, daß die Internierten oder in den Untergrund gedrängten Vertreter der polnischen demokratischen Bewegung sich vor allem auf Diskussionen und Polemiken über die Taktik des Widerstands unter den neuen Bedingungen konzentrierten. Das Kräfteverhältnis, zu dem es Ende August und Anfang September auf den Straßen der polnischen Städte gekommen ist, hat sicherlich neue Elemente in diese Situation eingeführt. Die erwähnten Dokumente vom Frühjahr enthalten nicht nur Forderungen und Vorschläge für unvermeidliche Kompromisse, mit denen das Regime, die "Solidarnosc", die Kirche und die ganze polnische Öffentlichkeit einen Ausweg aus der Krise suchen könnten, sondern auch die erste einheitliche Kritik an den Schwächen und Fehlern der "Erneuerung" vor dem 13. Dezember

die erste einheitliche Kritik an den Schwächen und Fehlern der "Erneuerung" vor dem 13. Dezember 1981. Das Dokument des "Gesellschaftlichen Beirats" der Kirche, das den Standpunkt Erzbischof Glempes ausdrückt, konstatiert in der - im allgemeinen positiv bewerteten - Tätigkeit der "Solidarnosc" einen Mangel an Entschlossenheit bei der Durchsetzung einer Politik der Verständigung statt der Konfrontation und einen Mangel an Sinn für Zusammenarbeit mit dem Ziel, dem wirtschaftlichen Niedergang des Landes Einhalt zu gebieten. Das Dokument der Warschauer "Solidarnosc" kritisiert unter anderem den Mythos von der Überlegenheit einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten, den Mythos von den "großen Schlägen" mit der Illusion schneller und leichter Veränderungen und den Mythos von der "Gefährlichkeit jeder Einschaltung in das System". Die unvermeidliche Differenzierung der Ansichten über die Strategie und Taktik, die die Niederlage nicht abwenden konnte, hat schon begon-

nen. Die ausländischen Versuche einer Bewertung der polnischen Entwicklung reichen bisher zum größten Teil nur bis zu gestimmter Empörung über den übermächtigen Widerstand des sowjetkommunistischen Regimes gegen eine demokratische Transformation. Über die Unfähigkeit des Regimes, die gesellschaftlichen Widerspruch anders zu "lösen" als durch deren Unterdrückung mit Machtmitteln, und über die Gendarmenrolle der Sowjetunion in den sogenannten "sozialistischen Gemeinschaft" unterjochter Staaten. Die Empörung ist gewiß berechtigt und hat auch Bedeutung für die Aufklärung über den Sowjetkommunismus und die Politik der UdSSR - sofern es darüber auch irgendwelche Illusionen gibt.

Für die Bewertung - und Stimulierung - der realen Emanzipationsmöglichkeiten in den Ländern des Sowjetkommunismus ist eine solche Empörung jedoch recht sterblich. In der Politik der polnischen Machtheute und in der Einstellung Moskaus zum polnischen Demokratisierungsprozeß hat sich im wesentlichen nichts geändert, was den Sowjetkommunismus und die sowjetische Politik im sogenannten "Ost Europa" nicht schon früher gekennzeichnet hätte. Das war und ist das bekannte "Terrain", auf dem im Schlacht geschlagen werden muß, und dem mühsame Ziele, Strategie und Taktik sich anpassen

Wiederholte und verstärkte "Anklagen gegen das Terrain" sind nicht sehr nützlich. Das gleiche gilt von überwachten Schlußfolgerungen und Urteilen.

"Polnische Erneuerung" gegen "Prager Frühling"

Im "Svedectvi" Nr. 66/1982 schreibt Pavel Tigrid, das Wichtigste an der polnischen Entwicklung sei der gewaltige Beweis der Unmöglichkeit, "nachtsilnische Regime dauerhaft zu reformieren, zu demokratisieren, ja auch nur zu humanisieren". Doch es geht nicht darum - und ist nie darum gegangen -, ob es möglich ist, diese Regime "dauerhaft zu reformieren und zu demokratisieren". Reformen - ebenso wie Umwälzungen und Revolutionen - sind ja nicht Ziel, sondern Mittel. In den Ländern des sogenannten "realen Sozialismus" geht es seit jeher darum, mit welchen Mitteln unter den gegebenen internationalen, sozialen und machtpolitischen Bedingungen die Überwindung der undemokratischen Regime ohne Gewalt und Katastrophen eingeleitet und vorangetrieben werden kann. Da unter diesen Bedingungen nur Romantiker von einem "Sprung ins Reich des Überflusses und der Freiheit" träumen können, bleibt die Orientierung auf Reformen trotz temporärer schmerzlicher Niederlagen die einzig sinnvolle. Was ist eigentlich die Alternative dazu, und wer unterstützt sie? Die Durchsetzung von Reformen - und deren Verteidigung und Entfaltung - ist und bleibt natürlich eines der schwierigsten politischen Probleme unserer Zeit und ist nur in Krisen und unter dem starken Druck allgemeiner Unzufriedenheit möglich. Die Krisen werden jedoch immer häufiger und die Unzufriedenheit immer größer. Die Formen, in denen diese Unzufriedenheit sich artikuliert, werden von Fall zu Fall sicherlich sehr unterschiedlich sein. Ein dysfunktionaler Radikalismus wird jedoch wahrscheinlich immer die Erfolgschancen verringern, weil ein solcher Radikalismus

schon seit langem ein dysfunktionaler Radikalismus ist. Ein dysfunktionaler Radikalismus wird jedoch wahrscheinlich immer die Erfolgschancen verringern, weil ein solcher Radikalismus Reformen unmöglich macht.

In den Jahren 1980-1981 existierten in Polen zweifellos die Voraussetzungen zur Durchsetzung zwar nicht unbegrenzter, aber doch sehr bedeutsamer demokratischer Reformen. Durch das Scheitern von Gierks Politik in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre war das Regime außerordentlich geschwächt. Es war relativ leicht, das Regime in die Defensive zu drängen und damit in eine Situation, in der es Reformen nicht ablehnen konnte. Die Forderung demokratischer Veränderungen wurde von der Arbeiterklasse getragen und wurde unterstützt von der mächtigen katholischen Kirche, mit der das Regime schon seit zwei Jahrzehnten die ideologische Macht im Lande teilte. Eine derart günstige Situation konnte in keinem anderen Land des Sowjetblocks entstehen.

Im Interesse der historischen Gerechtigkeit ist jedoch festzustellen, daß die Chancen für die Durchsetzung demokratischer Reformen in Polen zwar außerordentlich waren, aber auch nicht größer als in der Tschechoslowakei Ende der sechziger Jahre. In der CSSR war es gelungen, eine bisher einzigartige Kräfteverteilung innerhalb der herrschenden kommunistischen Partei herbeizuführen, und das war eine Situation, deren Bedeutung für die Einleitung eines Reformprozesses kaum hoch genug einzuschätzen ist. Die damit verbundenen Einschätzungen gingen nicht über die durch die historische, geopolitische und soziale Situation der Tschechoslowakei in den sechziger Jahren gegebenen Begrenzungen hinaus. Versuche, die tschechoslowakische und die polnische Einleitung eines Emanzipationsprozesses abzuwägen oder gar gegeneinander zu stellen, sind unangebracht und zeugen von sehr ungenügendem Verständnis für die Realität der Länder des Sowjetkommunismus. Jeder der beiden Entwicklungstypen war bedingt durch die Besonderheiten des jeweiligen Landes, der Situation und des Zeitpunktes und konnte nicht frei "gewählt" werden, beide ermöglichen die Einleitung von Veränderungen, aber keiner von beiden garantiert ohne weiteres deren konfliktlose Entwicklung und Verteidigung. Der tschechoslowakische "Erneuerungspro-

zeß" schützte besser vor einer übermäßigen Polarisierung der Kräfte in einer Gesellschaft voll von Widersprüchen und konnte daher die einheimischen konservativen Kräfte leichter neutralisieren. Er mußte durch eine ausländische Militärintervention zerschlagen werden, doch erwies sich die tschechoslowakische Gesellschaft dann als relativ leicht "normalisierbar" - auch deshalb, weil die politische Krise nicht von starken sozialen Spannungen begleitet war. Die polnische "Erneuerung" institutionalisierte schneller eine unabhängige Repräsentation des neuen Pluralismus, vor allem die mächtige "Solidarnosc". Das war faszinierend, aber die Entfaltung und Verteidigung der erzwungenen Veränderungen wurde dadurch nicht gesichert. Es wurde keine Differenzierung und Neutralisierung der Machtapparate erreicht, und ein Gegenschlag mit "einheimischen Kräften" war möglich. Das wirtschaftliche Chaos und die soziale Spannung machten eine restaurative "Normalisierung" fast unmöglich - jedenfalls viel schwieriger, als sie in der Tschechoslowakei der siebziger Jahre war.

Der reale Raum der Veränderungen

Jedermann weiß, daß die Möglichkeiten von Systemveränderungen in den Ländern des "realen Sozialismus" drastisch eingeschränkt sind durch den amerikanischen Hegemonismus - wenn wir die jugoslawische oder die chinesische Terminologie verwenden. Jedermann weiß auch - wenn gleich man es im Feuer der Emotionen oft vergißt -, daß diese Schranke nicht durch einen frontalen oder unmittelbaren Angriff beseitigt werden kann. Die sowjetische Hegemonie in jenem Teil Europas ist ein anerkanntes Element des internationalen Nachkriegssystems und damit eine der Säulen des europäischen "Gleichgewichts". Das "Ergebnis von Jalta" - wie

LISTY

dieses System umgewandelt werden kann - kann zwar kritisiert und problematisiert, in historisch absehbarer Zeit aber kaum geändert werden. In einer fernen Zukunft ist eine Änderung selbstverständlich möglich - nicht dauert ewig -, jedoch nur als Teil einer Änderung des gesamten internationalen Systems. Und das ist ein komplizierter, langwieriger Prozeß, besonders in einer Situation, in der es notwendig und vielleicht auch möglich ist, zu hoffen, daß ein Krieg zwischen den Supermächten als Mittel zu einer solchen Änderung ausgeschrieben bleibt. Nach einem solchen Krieg wären Probleme der nationalen Souveränität, der demokratischen Systeme und der Menschen und Bürgerrechte wahrscheinlich bedeutungslos.

Der Gürtel von ihr kontrollierter Staaten zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer - besonders die mitteleuropäischen Staaten unter ihnen - ist für die Großmachtkonzepte der UdSSR ein so wichtiges Ergebnis des Zweiten Weltkriegs, daß man jede Verletzung dieses Gürtels als die letzte aller Konsequenzen betrachten muß, zu denen eine sowjetische Regierung genötigt werden könnte. Die Illusionen über die Möglichkeit einer solchen Notlage führen nur zur neuerlichen Enttäuschung darüber, daß die Regierungen und Nationen der "freien Welt" anders handeln, wenn sie ihre außenpolitischen Interessen verfolgen. Dazu wird in Europa nämlich stets nicht nur Vorsicht gehoben, um ein Vakuum zu vermeiden, das die Sowjetunion verlocken könnte, es "auszufüllen", sondern auch die Notwendigkeit, sich fortwährend um eine friedliche Koexistenz mit der

Fort. von vorheriger Seite

braucht, daß die Führung der "Solidarnosc" das Verständnis und die Unterstützung eines Teils der radikalisierten Öffentlichkeit verloren habe und daß ein Eingehen auf eine "nationale Versöhnung" vom Regime mißbraucht worden wäre. Da aber die einzige Alternative zu diesen Gefahren die Konfrontation war, wäre das Zusammenwirken doch die kleinere Gefahr gewesen. Sie hätten zumindest die Möglichkeit einer weiteren - wenn auch vielleicht schwierigen - Teilnahme am Spiel geboten. Für einen gewaltsamen Sturz des Systems waren die Voraussetzungen keinesfalls gegeben. Sowjetische Panzer standen an der Grenze und auch im Land selbst. Statt einer halbblütigen Einschätzung der zuspitzten Lage herrschten jedoch die Emotionen, und Leute von der "Solidarnosc" begannen von der "Unvermeidlichkeit einer Konfrontation" zu sprechen - angesichts dessen, daß Aussicht auf einen positiven Ausgang bestand. Viele - darunter auch Lech Wałęsa und Jacek Kuron - erkannten offenbar die Ausweglosigkeit einer solchen Überspitzung, trotzdem setzten sie nicht ihre ganze Autorität ein, um ihr entgegenzuwirken.

Die Theorie der "Parallelstrukturen" und die Weigerung, auch innerhalb des Systems zu wirken, zeigten im konkreten politischen Prozeß ihre Schwächen. Wenn selbst ein so profunder Kenner des Sowjetkommunismus wie Rudolf Bahro diese Theorie immer noch als einzig mögliche Anleitung zu oppositionellem Handeln ansieht, schneidet auch er sich die "europäische" Wirklichkeit nach den Bedürfnissen der Bewegung vor, der er in der BRD angehört. Er vergißt die Lehre von der Unvergleichbarkeit der Verhältnisse im "Osten" und im "Westen", eine Lehre, die er in seiner großen analytischen Arbeit "Die Alternative" vor einigen Jahren selbst gezogen hat.

Eine neue Situation?

selbst gezogen hat.

Eine neue Situation?

Die demokratischen Kräfte der polnischen "Erneuerung" haben mit einer Reihe von Illusionen, Fehlern und Irrtümern selbst zu ihrer zehnjährigen Niederlage beigetragen. Diese Feststellung mindert selbstverständlich nicht die Verantwortung des Regimes und Moskaus für die Verewaltung der polnischen Gesellschaft und schmälert nicht die Größe der inneren Wiedergeburt dieser Gesellschaft. Diese hat unter anderem bewiesen und bewahrt noch immer, daß die Bedrohung der nationalen Identität und Vitalität in den unterdrückten Ländern des Sowjetblocks noch nicht so weit gegangen ist, wie manche pessimistischen Beobachter glauben.

Die Diskussion über die Schwächen und Fehler der demokratischen Bewegung in Polen in den Jahren 1980 und 1981 ist jedoch notwendig für die Belehrung aller jener, die zu anderer Zeit und an anderem Ort vor ähnlichen Problemen stehen werden. Das braucht durchaus nicht so lange zu dauern, wie es manchmal scheinen mag. Vor allem in Polen selbst kann sich immer noch zeigen, daß man mit den Mitteln einer Militärdiktatur nicht lange regieren kann und daß die Tiefe der Krise des Regime zu Lösungen zwingen wird, die zwar den Vorstellungen der Jahre 1980-1981 nicht entsprechen mögen, aber trotzdem gewisse Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Es wird dann darauf ankommen, ob die demokratischen Kräfte Positionen finden, von denen aus sie diese Möglichkeiten nutzen können.

Was die anderen Länder des Sowjetblocks angeht, muß nicht unbedingt das eintreten, was wir nach dem Dezember 1981 gefürchtet haben: daß die Regime sich verhärteten, daß die sowjetische Kontrolle der inneren Verhältnisse in den Blockstaaten verstärkt wird, daß Stagnation und Unbeweglichkeit sich vertiefen. Nicht nur die Lage in Polen, sondern auch die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten - jetzt vor allem in der UdSSR - enthalten eine so große Spannung in der Gesellschaft dieser Länder und in ihrem Blocksystem, daß nur immer neue Krisen zu erwarten sind. Unter diesen Umständen kann niemand vorhersehen, welche Folgen das Ableben Leonid Brezhnevs haben wird. Überall - sogar in der UdSSR und der Tschechoslowakei - zeigen sich heute schon nicht nur soziale Spannungen, sondern auch erste Anzeichen einer bisher überaus vorurteiligen und halböffentlichen Debatte über die "Unvermeidlichkeit von Veränderungen". Schon dieses Eingeständnis allein könnte allmählich zu einer neuen Qualität werden. Es ist sehr wahrscheinlich, daß wir an der Schwelle einer neuen Situation stehen, die auch neue und unerwartete Möglichkeiten einer Emanzipation eröffnen könnte, besonders in den mitteleuropäischen Blockstaaten. Um eventuelle neue Möglichkeiten erfolgreicher nutzen zu können als die bisherigen, wird es offenbar notwendig sein, daß die kritischen und oppositionellen Kräfte, die ihre Strategie und Taktik unter den Bedingungen der unbeweglichen siebziger Jahre entwickelt haben, "manches vergessen und manches dazulernen".

Die "Linky" erscheint bei
INDE X e.V.
Postfach 410511
5000 Köln/Rh.

3. Delegiertenkonferenz des BWK

1980 kritisierte der KBW seine Abkehr von „traditionellen“ imperialistischen Einschätzungen ein und stellte endgültig die Weichen in Richtung „Vaterlandsverteidigung“. Gleichzeitig vollzog er eine Kehrtwende in seiner um 1976 praktizierten Strategie der „Entscheidungsentscheidungen“ und in der Frage der Eigenkandidatur bei Parlamentswahlen. (vgl. AK 212).

Als Folge verlor er 700 von 2.200 Mitgliedern. Ein Großteil der Abgewanderten gründete den „Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK) mit der Zeitung „Politische Nachrichten“.

Der BWK versteht sich als Wähler des KBW-Programms und fordert die Vorbereitung auf den bewaffneten Aufstand, mit dem man dem drohenden Krieg zuvorkommen müsse.

Heute verfügt der BWK nach wie vor über ca. 550 Mitglieder vorwiegend in Norddeutschland, Bayern und Baden-Württemberg. Als positives und auch weitausreichendes Ergebnis der Abspaltung vom KBW kann heute der eindeutige Bruch mit der Politik der „Vaterlandsverteidigung“ gelten. Zentraler Gegenstand von Agitation und Propaganda des BWK sind die revolutionären Ambitionen des BRD-Imperialismus nach „Rückeroberung der Ostgebiete“, die, so die Einschätzung des BWK, im wesentlichen über einen konventionellen Krieg und die darauf basierenden ideologischen Vorbereitungen durchgesetzt werden sollen.

Zu seiner 3. Delegiertenkonferenz am 1.-2.4.83 hatte der BWK ein Programm der KB, der anarchistischen Freien Arbeiter-Union (FAU), der trotzkistischen GIM, der KPD/ML, der MG und der MLPD (ex-KABD) eingeladen und ihnen Rederecht gewährt. Zentrales Thema der Konferenz war ein Antrag des ZK des BWK zur „Zusammenarbeit der Revolutionären Sozialisten nach den Bundestagswahlen“.

Gefordert wird in diesem (einstimmig verabschiedeten) Antrag ein engeres Zusammenwirken der Organisationen, „die den unversöhnlichen Interessengegensatz von Bourgeoisie und Proletariat behaupten“, insbesondere, um in theoretischen Fragen weiterzukommen. Vorgeschlagen wird ein gemeinsames Theorieorgan, eventuell im Rahmen einer der bestehenden Zeitschriften.

Voraussetzung sei die Einigung auf ein knappes politisches Redaktionsstatut. Letztlich solle über die Ausarbeitung eines politischen Programms, „die Verbindung der bestehenden Organisationen in einer Partei“ ermöglicht werden. Bezüglich der Grün-Alternativen heißt es, daß ihre Parteidbldung ein erfolgreicher Vorgang sei. Soweit sich die Frage der Zusammenarbeit stelle, ziele die Politik des BWK darauf, „die Grün-Alternativen in ihren Gegensätzen zur Kapitalistenklasse zu bestärken, ihre Tendenz zum Nationalismus und die dazugehörige Mißachtung von Interessen der Arbeiterklasse über zu bekämpfen“.

In den Erläuterungen dieses Antrags wird der Erfolg der Grün-Alternativen auf das ursprüngliche Anwachsen lohnabhängiger Mittelschichten und deren Tendenz zur Ausbildung spezieller Interessen und einer eigenen politischen Perspektive erklärt. Diese Perspektive sei geprägt von Feindschaft gegenüber der Kapitalistenklasse und von Vorbehalten gegenüber der Arbeiterklasse, der gegenüber jedoch auch Interessenverbindungen bestünden, beispielsweise im Kampf gegen die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat.

Die Geschichte der diversen sozialistischen Parteigründungen der letzten 10-15 Jahre ist für den BWK lediglich eine Begleiterscheinung des Parteibildungsprozesses der Grün-Alternativen. Sie stellt sich ihm dar als ein „unablässiges Bemühen, die völlige Einnahme in den Grün-Alternativen Parteibildungsprozeß zu verhindern, gemischt mit dem Bestreben, diese Bewegung als eigentlich kommunistische auszugeben und damit die sog. Führung zu erringen“.

Mit der Konstituierung der Grün-Alternativen in einer Partei, die in der Tradition der APO stehe und die Kräfte von damals ebenso wie die abgespaltenen und aufgelösten Teile ehemaliger sozialistischer Gruppierungen umfasse, sei dieser etwa 15-jährige Diskussionsprozeß abgeschlossen. Nunmehr seien die Kommunisten „durch die Gewalt der Umstände zur Konzentration auf die Interessen der Arbeiterklasse ebenso gezwungen, wie sie vorher im laufenden Parteibildungsprozeß der lohnabhängigen Mittelklassen befangen waren. Dies, sowie „Elemente von Festigung“ innerhalb der übrigen bliebenen sozialistischen Bewegung und im Verhältnis zur Arbeiterbewegung deuten darauf hin, daß neue, bessere Voraussetzungen zur Bildung einer revolutionären Partei des Proletariats bestehen. Sowie zu den Überlegungen des BWK, deren vorläufiger Charakter die BWK-Sprecher/innen unterstrichen.

Der zukünftige revolutionäre Block...?

Auf recht wenig Gegenliebe stießen die im BWK-Antrag formulierten Vorschläge bei den Vertretern der anderen anwesenden Organisationen (in der Frage der Einschätzung der Grün-Alternativen kam es nicht zur Debatte): Die MLPD „entlarvte“ das Bemühen des BWK um gemeinsame Fort-

schritte in theoretischen Fragen als „Konzept für die Entfaltung des Liquidatorientums“. Im schriftlichen Schlussantrag wurde der „unversöhnliche Gegensatz“ der BWK-Vorschläge zum Aufbau der revolutionären Arbeiterpartei (d.h. MLPD) „herausgearbeitet“ und fortwährender Kampf gegen diesen „liquidatorischen Sprengsatz“ angekündigt. Die MG lehnten ein gemeinsames

Theorieorgan ab mit der Begründung, einen Großteil der anstehenden theoretischen Fragen bereits gelöst zu haben. Ihr Interesse konzentrierte sich auf die Verbreitung der eigenen Schlußeinheiten. Man strebe deshalb gemeinsame (organisationsinterne) Veranstaltungen mit dem BWK ebenso wie die Unterstützung spezieller MO-Aktivitäten durch andere Organisationen an.

Die GIM zeigte sich mehr an „programmatischen Erörterungen“ als an einer Theoriezeitschrift interessiert. Auch seitens des KB wurden Bedenken gegen eine weitere Zeitschrift erhoben, zumal der hier angesichts offene Meinungstausch selbst in den bestehenden Organen der als Herausgeber vorgesehenen Organisationen bislang sehr kurzgehandelt wurde.

An einer Mitarbeit interessiert zeigte sich allein die FAU (die allerdings auf der Konferenz zu verstehen gab, daß sie bereits die Auflösung ihrer Organisation eingeleitet habe) und die KPD/ML, seit langem die engste Bündnispartnerin des BWK, deren theoretische Qualitäten allerdings beim BWK selbst umstritten sein dürften. Deutlich wurde in jedem Fall, daß die Übernahmung in der Behauptung eines „unversöhnlichen Interessengegensatzes von Bourgeoisie und Proletariat“ durch diverse Organisationen und das ernsthafte Bemühen um eine gemeinsame theoretische Auseinanderset-

zung (für die es zunächst keiner neuen Organe bedarf), zwei völlig verschiedene Schuhe sind. Selbst wenn dies in der Frage der Zusammenarbeit linker Organisationen das einzige Resultat der BWK-Delegiertenkonferenz gewesen sein soll, war es eine nützliche Konferenz.



Kommunique der Zentralen Komitees von BWK und KPD

Kommunique der Zentralen Komitees von BWK und KPD

1. Die Zentralen Komitees von BWK und KPD, die auf einer gemeinsamen Sitzung die Kandidatur des Bündnisses revolutionärer Sozialisten zur vorgezogenen Bundestagswahl am 6. März 1983 beschlossen hatten, trafen sich am 16. April erneut zu einer gemeinsamen Sitzung, um den Wahlausgang und die Kandidatur des Bündnisses revolutionärer Sozialisten zu erörtern.

2. Die gemeinsame Wahlkommission von BWK und KPD hat sofort nach dem 6. März in einer gemeinsamen Erklärung zum Ausgang der vorgezogenen Bundestagswahl 1983 Stellung genommen. Die Zentralen Komitees von BWK und KPD stimmen den dort getroffenen Einschätzungen zu.

3. Darüberhinaus stellen die Zentralen Komitees von BWK und KPD fest: Der politische Anspruch, mit dem BWK und KPD mit dem Bündnis revolutionärer Sozialisten zur Bundestagswahl angetreten sind, kann seine Glaubwürdigkeit nur behalten, wenn BWK und KPD ernsthaft prüfen, wie auch unter den Bedingungen der Möglichkeit besteht, die politischen Aufgaben, die sich das Bündnis in seiner Wahlplattform gestellt hat, gemeinsam zu lösen.

4. Das Bündnis revolutionärer Sozialisten wolle einen Beitrag zur Frontbildung gegen die Reaktion leisten. Der Wahlkampf hat die Notwendigkeit einer solchen Frontbildung mit größter Deutlichkeit gemacht. BWK und KPD sehen hier nicht nur eine besondere Notwendigkeit, sondern auch die realistische Möglichkeit einer weiteren Zusammenarbeit.

a. In der gemeinsamen Erörterung der politischen Fragestellungen, die im Hinblick auf die Frontbildung gegen die Reaktion unter den gegebenen politischen Verhältnissen existieren und von den revolutionären Sozialisten beantwortet werden müssen, Vordringlich erscheint uns hier die Erarbeitung einer korrekten Einschätzung der gegenwärtigen Rolle der SPD in Fortführung dessen, was dazu in der Wahlplattform bereits festgestellt worden ist.

b. In der verstärkten praktischen Zusammenarbeit im Kampf gegen die Reaktion. Hier existiert bereits insofern eine gemeinsame Tätigkeit von BWK und KPD, als beide Organisationen die Volksfront unterstützen. Der Wahlausgang unterstreicht die Notwendigkeit, dies unbedingt fortzusetzen.

5. Die Kandidatur des Bündnisses revolutionärer Sozialisten zur Bundestagswahl 1983 hat bewiesen, daß heute eine Zusammenar-

bek revolutionärer Sozialisten - aber konkrete Aktionseinheiten heraus - möglich ist.

a. Indem BWK und KPD - wie die gemeinsame Wahlplattform zeigt - trotz bestehender Differenzen doch in wesentlichen Fragen der Strategie und Taktik gemeinsame politische Aussagen treffen konnten, die - zumindest in ihrer Substanz - keinen Kompromiß darstellen, sondern der Programmatik von BWK und KPD entsprechen. (Z.B. betreff der Frontbildung gegen die Reaktion, betreff der Unterstützung des Kampfes für die unmittelbaren Forderungen der Arbeiterklasse, betreff einer revolutionären Kritik am Kapitalismus, betreff der Kritik an der Gesellschaftsordnung in den Ländern des Warschauer Pakts, betreff grundsätzlicher Aussagen über den Sozialismus.)

b. Indem BWK und KPD in der Lage waren, auf dieser Grundlage - zumindest in gewissem Umfang - eine gemeinsame Politik zu entwickeln, wie die drei gemeinsamen Wahlinfos zeigen, und auch gemeinsame Aktivitäten durchzuführen.

c. Dabei überschauen wir keineswegs, daß in vielen Fragen keine Übereinkunft gefunden, andere bisher noch gar nicht erörtert wurden.

6. Durch die Erfahrung des Bündnisses revolutionärer Sozialisten ist theoretisch und praktisch in Frage gestellt, ob die historisch gewachsene Konkurrenz der revolutionären Sozialisten der BRD tatsächlich politisch und ideologisch zwingend und damit auch im Interesse der Arbeiterklasse ist. Andererseits ausge- drückt muß man heute nicht ernsthaft fragen, ob tatsächlich für den Kampf um den Sozialismus wesentliche Bestandteile der Politik der verschiedenen revolutionären sozialistischen Kräfte die Einheit dieser Kräfte in einer Partei verhindern? Handelt es sich dabei nicht vielleicht um Differenzen, die zwar durchaus bedeutsam sind, der Einheit der revolutionären Sozialisten in einer Partei aber keineswegs entgegenstehen?

Die Zentralen Komitees von BWK und KPD sind bereit, die Frage, ob die Einheit der revolutionären Sozialisten in einer Partei möglich ist, ernsthaft zu prüfen. BWK und KPD sind unbedingt dafür, das mit möglichst vielen revolutionären sozialistischen Kräften gemeinsam zu tun.

Um eine Verbesserung ihrer Arbeit auf Grundlage ihrer jeweiligen Programmatik zu erreichen, vereinbaren die Kommunistische Par-

tei Deutschlands (KPD) und der Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) was folgt:

a. Die Zentralen Komitees von KPD und BWK führen in halbjährlichem Abstand gemeinsame Beratungen durch.

Zeitpunkt und Tagesordnung der nachfolgenden Beratung werden von der gemeinsamen Versammlung beschlossen.

Eine Erweiterung der Tagesordnung oder eine Veränderung des Zeitpunktes kann einvernehmlich zwischen den ZKs von KPD und BWK beschlossen werden.

b. Zum Zwecke der Vorbereitung der Tagesordnung bildet die gemeinsame Versammlung Projektgruppen. Die Arbeitsergebnisse dieser Projektgruppen sollen den Mitgliedern der ZKs spätestens 14 Tage vor der gemeinsamen Sitzung zugehen.

c. Die Leitung der gemeinsamen Beratung obliegt einem Präsidium. Das Präsidium der gemeinsamen Beratung

- nimmt zwischen den Beratungen die Ergebnisse der Projektgruppen entgegen

- stellt bei Änderungswünschen hinsichtlich Termin und Tagesordnung die Einverständlichkeit zwischen beiden Bündnissen her

- regelt die Frage der Veröffentlichung der Ergebnisse der gemeinsamen Versammlung

- berichtet über die Ergebnisse der vereinbarten gemeinsamen Tätigkeit der Parteien.

d. Die gemeinsame Versammlung hat für denkbar, daß an ihren Beratungen Gäste teilnehmen. Sie beauftragt ihr Präsidium zu prüfen, ob seitens von Organisationen des revolutionären Sozialismus ein solcher Wunsch besteht.

e. Für die nächste gemeinsame Versammlung beschließt sie als Termin den Herbst 1983 und zur Tagesordnung die Punkte, die folgen:

- Themenschwerpunkte für die geplante theoretische Zeitschrift im Hinblick auf die Klärung wesentlicher programmatischer Fragen unter Rückblick auf die von den jeweiligen Organisationen bereits genannten Schwerpunkte der theoretischen Arbeit

- Erörterung einer gemeinsamen Erklärung zu der Aufgabenstellung im gewerkschaftlichen Kampf (Lohnenkampf, Intensivierung der Arbeit, Arbeitslosigkeit), wie sie im Herbst aktuell sein wird,

- Erörterung einer gemeinsamen Erklärung gegen die Kriegsvorbereitungen der BRD in der gegenwärtigen Weltlage

Köln, 16.4.1983

aus: „Politische Berichte“, 23.4.83

Das BTW-Ergebnis hat in der Linken zu unterschiedlichen Reaktionen und Einschätzungen geführt, die sich zum Teil aus den folgenden Bemerkungen ableiten lassen. Während der KJ den sozialen Kollaps und die NATO-„Nachrüstung“ mit dem Wahlergebnis für faktisch vollzogen hält, retten sich die Mitglieder der DKP in die nächste atomwaffenfreie Koalition; die GIM-Leitung steht in einer in der „Was tun“ vom 7.4.83 veröffentlichten Erklärung trotz der Niederlage des 6. März die wesentlichen Auseinandersetzungen noch vor uns.

Die wirtschaftliche Ausgangslage

Der „Aufschwung“-Wahlkampf kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die BTW zum Zeitpunkt der schwersten wirtschaftlichen Krise seit 1929 — 32 stattfand. Dies spiegelt sich sowohl im Niveau der industriellen Produktion (1976 = 100, Febr. 83 = 100,6; nach „FAZ“, 14.4.83), im Fall der Profitrate (vgl. Wolf in: „konkret“ 4/83) als auch in einer anhaltenden Verdrängung der Arbeitslosigkeit in drei Jahren und dem gesunkenen Masseneinkommen wider. Vor diesem Hintergrund werden zwei Varianten der wirtschaftlichen Entwicklung in den kommenden Jahren diskutiert:

1. Die Fortsetzung der Krise, möglicherweise beschleunigt durch einen Bankenkrach, der den direkten Weg in die wirtschaftliche Depression und einen verschärften Anstieg der Arbeitslosigkeit in den kapitalistischen Industrieländern weisen würde (vgl. „Was tun“/wt, 7.4.83; Mandel in: „Inprekorr“ 148; Wolf, a.a.O.).
2. Ein neuer, schwacher Aufschwung im Laufe dieses Jahres, dessen geringe Wachstumsraten nicht zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit führen würden (vgl. Schuko des KB, „Struktur, Strukturveränderungen und Krise der BRD-Wirtschaft“). Es würde sich „um einen ‚Aufschwung‘ handeln, der — wie die vorausgegangen 1971 — 73 und 1976 — 79 — alle Widersprüche der spätkapitalistischen Produktion neu und auf einer höheren Stufenleiter herausreifen lassen und zum Aufbrechen bringen wird. Die Krise, der wir unter diesen bestmöglichen Bedingungen für 1986 oder 1987 entgegenstehen, würde dann nochmals tiefer und schärfer sein“ („wt“, 7.4.83).

Eine wesentliche Rolle für die weitere Wirtschaftsentwicklung und für die Konkurrenz der drei imperialistischen Zentren USA, Japan und BRD spielt die Anwendung neuester Technologie in den Bereichen der NC-Werkzeugmaschinen, Computer, Roboter und der Büroautomation. Die Bevölkerung wird die weiteren Produktivitätsfortschritte als Abbau von Arbeitsplätzen erleben: Bis 1990 werden ca. 4 Mio. Arbeitslose prognostiziert (nach: Schuko, „Neue Technologie und Krise“). Diese „weitgehende Ausschaltung des Einsatzes lebendiger Arbeit aus dem produktiven Bereich ist jedoch mit der Existenz kapitalistischer Produktionsverhältnisse — also unter ca. 4 Mio. Arbeitslose prognostiziert (nach: Schuko, „Neue Technologie und Krise“). Diese „weitgehende Ausschaltung des Einsatzes lebendiger Arbeit aus dem produktiven Bereich ist jedoch mit der Existenz kapitalistischer Produktionsverhältnisse — also unter

tionalstaaten durch die Erzielung von Extraprofiten infolge eines zeitweisen Technologievorsprungs der entgegen-gesetzte Effekt entstehen kann“ (Wolf o.D., 80f.).

Gegenüber dieser Tendenz ergreifen die Kapitalisten Gegenmaßnahmen, die bereits „rein ökonomisch“ durch die Wirkungen der Krise vorgezeichnet sind, nichtdestotrotz aber bewußt politisch durchgesetzt werden müssen: Dazu gehört insbesondere die Senkung der Masseneinkommen durch Lohnsenkung, um so die Mehrwertrate zu erhöhen, und die Entlastung des Staatshaushalts von den Sozialabgaben, die in den imperialistischen Staaten zugleich mit einer Ausweitung des „Erzatzmarktes“ Rüstungsproduktion verbunden ist.

Diese Gesamtsituation der kapitalistischen Ökonomie und die sich für die Bourgeoisie ergebenden Anforderungen bilden „den Beginn einer neuen historischen Krise der bürgerlichen Gesellschaft — mit allen Implikationen, die diese gerade auch im politischen Bereich mit sich bringt“ („wt“, 7.4.83). Damit ist gemeint, daß die Durchsetzung der kapitalistischen Interessen zu einer politischen Instabilität, zu heftigeren Klassenkämpfen in den Metropolen führen muß, weil die Senkung der Masseneinkommen nicht auf Dauer kampflos hingenommen werden wird. Wenn man bedenkt, daß die Ausgangsposition der BRD im Dreikampf mit den USA und Japan unterschiedlich und z.T. recht zurückhaltend beurteilt wird (vgl. Wolf o.D.; Schuko, „Neue Technologie und Krise“; „FR“, 16.4.83; „FAZ“, 9.4.83), kann das durchaus heißen, daß gerade die BRD-Imperialisten in den kommenden Jahren besonders scharfe Angriffe auf die Arbeiterklasse vornehmen werden. Das wird die Einbindung der Arbeiterklasse in das vorhandene System zumindest erschweren.

Der Nährboden für eine faschistische Massenbewegung

Wir tun m.E. gut daran, die Entwicklungsmöglichkeiten dieser „Nicht-Integration“ in beide Richtungen zu betrachten. Der Spielraum der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften wird enger werden, doch muß daraus nicht eine zwangsläufige Linkswendung der Massen folgen, sondern Dauerarbeitslosigkeit, Entwurzelung und Verarmung können zugleich die „Rohmasse“ für eine echte faschistische Massenbewegung liefern, die etwas anderes als die „Massenbasis für eine rechte Politik“ (AK 229) wäre, die Wirkung der Massen liegen, sondern Dauerarbeitslosigkeit, Entwurzelung und Verarmung können zugleich die „Rohmasse“ für eine echte faschistische Massenbewegung liefern, die etwas anderes als die „Massenbasis für eine rechte Politik“ (AK 229) wäre, die wir genau jetzt haben.

Zur Klärung der Begrifflichkeiten und Verständigung über den zentralen Inhalt des Faschismus sei hier aus Trozki's Schrift „Was nun?“ (1932) zitiert: „Der Faschismus ist ein besonderes Staatssystem, begründet auf der Ausrottung aller Elemente proletarischer Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft. Die Aufgabe des Faschismus besteht nicht allein in der Zerschlagung der proletarischen Avantgarde, sondern auch darin, die ganze Klasse im Zustand erzwungener Zersplitterung zu halten ... Es heißt, eine selbständigen und freiwilligen Organisationen zu zertrümmern, eine Stützpunkte des Proletariats zu zerstören und die Ergebnisse eines dreiviertel Jahrhunderts Arbeit der Sozialdemo-

krate und der Gewerkschaften zu vernichten. Denn auf diese Arbeit stützt sich in letzter Instanz auch die Kommunistische Partei.“ (69). „Durch die faschistische Agentur setzt das Kapital die Massen des verdummten Kleinbürgertums in Bewegung, die Banden deklariert demokratisierter Lumpenproletariat und all die zahllosen Menschenverderben, die das gleiche Finanzkapital in Verzweiflung und Elend gestürzt hat. Vom Faschismus fordert die Bourgeoisie ganze Arbeit: hat sie einmal die Methoden des Bürgerkriegs zugelassen, will sie für lange Jahre Ruhe haben. Und die faschistische Agentur, die das Kleinbürgertum als Prellbock benutzt und alle Hemmnisse aus dem Wege räumt, leistet diese Arbeit bis zum Ende. Der Sieg des Faschismus führt dazu, daß das Finanzkapital sich direkt und unmittelbar aller Organe und Einrichtungen der Herrschaft, Verwaltung und Erziehung bemächtigt: Staatsapparat und Armee, Gemeindeverwaltungen, Universitäten, Schulen, Presse, Gewerkschaften, Genossenschaften. Die Faschisierung des Staates bedeutet nicht nur die Mussolinisierung der Verwaltungsformen und -verfahren — auf diesem Gebiet sind die Veränderungen letzten Endes zweitrangig — sondern vor allem und hauptsächlich die Zerstörung der Arbeiterorganisationen, Zurückwerfung des Proletariats in amorphem Zustand, Schaffung eines Systems tief in die Massen dringender Organe, die eine selbständige Kristallisation des Proletariats unterbinden sollen. Darin besteht das Wesen des faschistischen Regimes“ (81; Hvhg. von mir — d.V.).

Wir befinden uns weder in diesem Zustand der Faschisierung des Staates, noch setzt die Bourgeoisie als Klasse bereits auf die Faschisten. Der Linken nun zu empfehlen, die Kohl-Regierung „als Durchgangsstadium und Vorreiter einer möglichen Krise und neuer faschistischer Verhältnisse zu entfernen“ (AK 226), ist eher verwirrend und wird so aus gutem Grund nicht befolgt (die vielen schlechten Gründe, die bei weitem überwiegen, sind in diesem Zusammenhang nicht wichtig). Die wirkliche faschistische Gefahr liegt m.E. tatsächlich in dem Gemisch von ökonomischer Verarmung, politischer Radikalisierung und Ausländerhass, in dem die Nazis ihre Anhänger rekrutieren könnten. Wenn's denn schon historische Analogien bzw. Vergleiche dazu sein sollen: Die heutige Zeit gleicht (nach außenpolitisch) 1928/29 eher als 1932 oder 1933.

Das BTW-Ergebnis: eine Niederlage, aber keine entscheidende

Unbestritten ist das BTW-Ergebnis eine politische Niederlage gewesen, doch „diese Niederlage resultiert ... aus dem Ergebnis von Wahlen ... Sie ist nicht Ergebnis gesellschaftlicher Kämpfe. Diese Kämpfe stehen erst vor uns“ (wt, 7.4.83). In der verzerrten und vereinfachenden Kommentierung des Bürgerkriegs liest sich das so: Wahrscheinlich wird die Koalition überall da, wo die beiden Partner weit auseinander sind, nichts tun. Das bedeutet in der großen Mehrheit der Fälle: es bleibt dann beim heutigen Zustand, den SPD und FDP in den siebziger Jahren geschaffen haben. Keine Aussicht also, daß wir die emanzipatorischen Reformen wieder-

heerungen eingerichtet ... haben“ („FAZ“, 17.3.83). Eine ebenfalls einseitige Überbetonung, allerdings in die andere Richtung, leistet sich der Kommentar in AK 231, der Sozialabbau und Verschärfung des Abtreibungsparagraphen, den Vollzug der atomaren und konventionellen „Nachrüstung“ als „endgültig unter Dach und Fach“ betrachtet, und der sich in die Behauptung versteigt, „ein Erfolg der SPD“ hätte „immerhin eine winzige Chance offengehalten“. Wie das? Und gibt es jetzt nicht einmal eine kleine Chance des Widerstandes und des Erfolgs? Kl. bekräftigt in AK 232 die Position des Kommentars, indem er die politische Dummheit der Massen zu beweisen versucht; seine inhaltlich berechnete Schlusspolemik gegen die DKP bleibt hohl, weil sie die Perspektivlosigkeit des KB nicht verhehlen kann. In dem fast unumstrittenen AK-231-Kommentar wird das Setzen auf den außerparlamentarischen Widerstand und neue Klassenauseinandersetzungen als „Phrasen“, „krampfhaftes Phantasterei und Realitätsverlust“ bezeichnet, was Kl. durch sein Zahlenmaterial in AK 232 zu unterstreichen sucht.

Der Wert des Zahlenmaterials für die Einschätzung politischer Entwicklungsmöglichkeiten und gesellschaftlicher Dynamik darf m.E. nicht zu hoch angesetzt werden. Da ist zunächst zu berücksichtigen, daß die „Umfrageopfer“ vereinzelt sind, daß sie in solch einer Situation ihren staatsbürgerlichen Aufzug anlegen und ihre Antworten zwischen eigener Meinung und äußerer Erwartung plazieren. Die Schizophrenie der Antworten, des Bewußtseins, spiegelt die Schizophrenie des Seins: Die BRD befindet sich in der NATO, die den Atomkrieg vorbereitet, was zwar wenig verlockend, aber scheinbar unabänderlich ist (und selbst die Kommunisten wissen „keine Perspektive“). Abschließend zu diesem Abschnitt eine grundsätzliche Bemerkung: Die Kräfte der Linken, der Arbeiterklasse, werden immer durch Wahlen nur unzulänglich wiedergegeben, werden auch nicht in erster Linie darüber, sondern über Straßen- und Betriebsmobilisierung entwickelt. — Wie hätten ähnliche Umfragen wohl 1912 im zaristischen Rußland geseht? Warum haben die Bolschewiki 1917 nicht auf weitere Wahlen gesetzt, sondern auf die Mobilisierung der Massen?

Kurz vor dem Krieg?

Selbst die Durchsetzung der atomaren „Nachrüstung“ muß nicht unmittelbar zum nächsten Krieg führen. Wir können

Kurz vor dem Krieg?

Selbst die Durchsetzung der atomaren „Nachrüstung“ muß nicht unmittelbar zum nächsten Krieg führen. Wir können m.E. den Imperialisten sowohl ein eigenes Überlebensinteresse wie eine rationale Kriegsplanung unterstellen. Unter rationaler Kriegsplanung verstehe ich das Setzen auf eine militärische „Zwischenlösung“ im Sinne eines konventionellen Blitzkrieges und Überfalls auf die DDR, Polen und die CSSR, der mit der atomaren Option gekoppelt wäre (vgl. AK 232). Daß die westdeutsche Bourgeoisie auf diese Lösung, die mit dem Risiko des atomaren Infernos verbunden ist, setzt, habe ich die diversen anderen Varianten der Krisenlösung probiert wurden, halte ich für unwahrscheinlich. Außerdem muß die Herrichtung der Bereitschaft zum Angriffskrieg, zu Unterdrückung und Terror dem Krieg ebenso vorausgehen wie die Ausschaltung der Friedensbewegung. Dennoch ist Schönfärberei ganz

fehl am Platz. Eine für die Imperialisten nachteilige Entwicklung des neuen ökonomischen Wettrenns mit den USA und Japan, die Ausweitung der Rüstungsproduktion, die den Zugriff auf die Masseneinkommen notwendig machen würde, die Zuspitzung der politischen Auseinandersetzungen könnten das Gemisch abgeben, in dem die westdeutsche Bourgeoisie auf Faschismus und Krieg setzt. Ohne Klassenkampf und Bürgerkriegsmethoden wird das allerdings nicht gehen.

Ein möglicher und wahrscheinlicher Vollzug der „Nachrüstung“ bliebe noch nicht unbedingt, daß die „Überlebensfrage“ (Kl., AK 233) zu unseren Ungunsten beantwortet sein würde; eine Niederlage im Kampf gegen die Klasseninstellung würde eine schwere, unvergleichlich härtere Niederlage als das BTW-Ergebnis sein, weil sie das Ergebnis eines realen gesellschaftlichen Kräftemessens wäre. Es ist eine denkbare Variante, daß bereits diese Niederlage die gleichen politischen-moralischen Folgen haben könnte wie die Niederlage des deutschen Proletariats 1933, und die oppositionellen Kräfte nicht in der Lage wären, sich von dem Schlag zu erholen. Diese Gefahr wird vergrößert, wenn die Herbst-Auseinandersetzungen fälschlicherweise zu dem entscheidenden Konflikt hochstilisiert werden.

Berufsoptimismus als Perspektive?

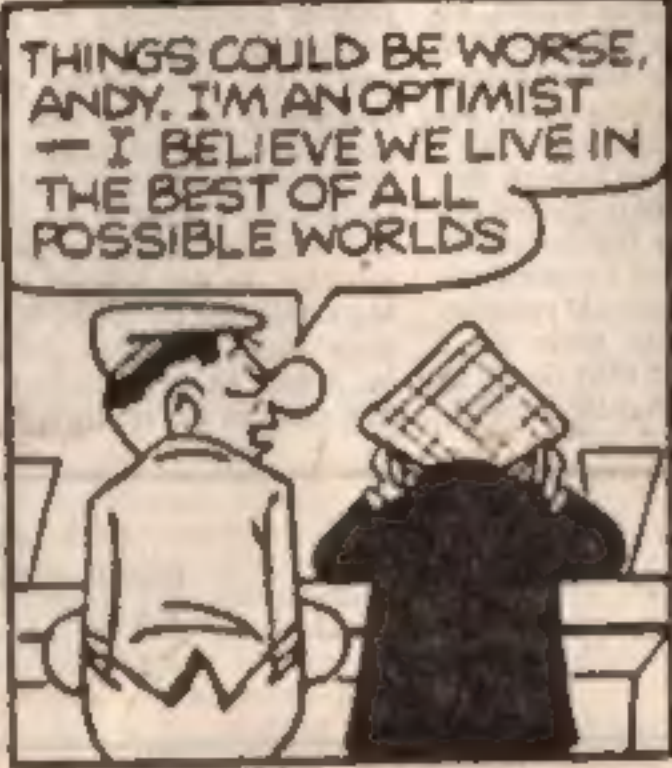
Sicher nicht; meine Einwände gegen die AK-Berichterstattung sind nicht gegen eine verhaltene Skepsis gegenüber unseren Möglichkeiten gerichtet, sondern gegen das einseitige Starren auf die Pläne und Kräfte des Kapitals, gegen eine mechanistische Auslegung des BTW-Ergebnisses und die daraus folgende Propaganda der Hoffnungslosigkeit. Es bedarf keiner kommunistischen Organisation, um Weltuntergangsstimmung zu verbreiten. Die Existenzberechtigung des KB liegt in seiner Fähigkeit, den realen Gang der gesellschaftlichen Entwicklung zu analysieren, Einfluß auf die Kräfte zu nehmen, die im Widerspruch zur Kriegspolitik des Imperialismus stehen, die nächsten Etappen auf dem Weg zum Sozialismus zu weisen. Die Kritik, das alles seien unrealistische Phrasen, trifft nicht mich, sondern die Kritiker. Entweder haben wir dann keine (oder eine andere? welche?) Existenzberechtigung oder wir schaffen sie uns neu. Der erste Schritt sollte eine realitätsrichtige Bestimmung der aktuellen Etappe und aller in ihr wirkenden Kräfte sein.

fo./Bremer

Anmerkung der Redaktion

Es soll nicht verschwiegen werden, daß fo. die Tendenz unseres Kommentars nach der Bundestagswahl (AK 231) falsch wiedergibt. fo. schreibt: „... einseitige Überbetonung ... leistet sich der Kommentar in AK 231, der Sozialabbau und Verschärfung des Abtreibungsparagraphen, den Vollzug der atomaren und konventionellen „Nachrüstung“ als „endgültig unter Dach und Fach“ betrachtet, und der sich in die Behauptung versteigt, „ein Erfolg der SPD“ hätte „immerhin eine winzige Chance offengehalten“. Wie das? Und gibt es jetzt nicht einmal eine kleine Chance des Widerstandes und des Erfolgs?“ Lediglich bezüglich der (atomaren) „Nachrüstung“ heißt es im Kommentar, daß deren „Vollzug“ nunmehr „unter Dach und Fach“ sei. Und lediglich auf die (atomare) „Nachrüstung“ bezog sich im Kommentar die Aussage, daß ein „Erfolg der SPD“ „immerhin eine winzige Chance offengehalten hätte“. Gerade an diesem Punkt scheint fo. keine andere Meinung zu vertreten als der Kommentar. Oder sollten wir ihn so sehr mißverstehen haben?

ANDY CAPP



Alfred Schröder: Ein konservativer Erdrutsch?

Das Wahlergebnis des 6. März und die Reaktionen der kommunistischen Presse

Im 100. Todesjahr von Karl Marx ist die demokratische und Arbeiterbewegung in Westdeutschland an einen neuen Tiefpunkt ihrer Entwicklung gekommen. Dies ist der Eindruck, den man unwillkürlich gewinnt, liest man die Kommentare und Leitartikel der kommunistischen und linken Zeitungen zu dem Wahlergebnis des 6. März. Der „Arbeiterkampf“ sieht eine „klare Mehrheit“ in der Bevölkerung „für neue Atomreaktoren, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Ausländerhetze“ (1). Dementsprechend empfiehlt der Kommentator all jenen, die in Zukunft ganz sicher gehen wollen, „über die Auswanderungsmöglichkeiten zu studieren“ (2). Die KPD, die zusammen mit dem BWK selbst kandidierte, spricht von einer „schweren Niederlage“, die Linke und Arbeiterbewegung erlitten hätten, und von einem eindeutigen „Sieg für die politische Reaktion“ (3). Die MLPD sieht kurz nach ihrer Parteigründung die „ultrarechte CDU/CSU“ im „Aufschwung“ und einen deutlichen Rückgang der Massenbasis der SPD (4).

Ein gewisser politischer Katzenjammer ist in der gesamten linken Presse nicht zu übersehen. Das Wahlergebnis des 6. März kam für die Mehrheit der Linken unerwartet, sowohl was die Höhe des Wahlerfolges der CDU/CSU und der FDP betrifft, als auch die Magerkeit des Ergebnisses für SPD und Grüne. Die Wahlen in Hessen und Hamburg hatten Hoffnungen erzeugt auf jene neuen Mehrheiten, von denen Willi Brandt sprach, und die politisch links von den Unionsparteien angesiedelt seien. Diese neuen Mehrheiten waren es, die die Phantasie und Politik der verschiedensten Organisationen beflügelten und bestimmten. Dabei kam der Versuch, diese Mehrheiten klassenanalytisch zu erfassen und somit auch Kenntnisse über ihre politische Stabilität zu gewinnen, beträchtlich zu kurz. Der Wunsch — und nicht die Analyse der gesellschaftlichen Kräfte —, mit diesen neuen Mehrheiten die geplanten Raketenstationierungen zu verhindern und neuen Bewegungsraum für die demokratischen und kommunistischen Kräfte in unserem Land zu gewinnen, wurde — wie fast immer in den vergangenen Jahren — zum Vater der Politik.

So nimmt es nicht Wunder, daß für viele Linke der Einzug der Grünen Partei ins Bonner Parlament nicht nur der einzige Lichtblick dieser Wahlen war, sondern diese Partei auch zunehmend zum Bezugspunkt ihrer Aktivitäten wird. So erklärt die Zeitschrift „Kommune“ in ihrem Editorial nach der Wahl „die Politik der Grünen zur Sache der ganzen Linken“ und ebenso zu ihrer eigenen Sache (5). So bestärkt der Wahlausgang des 6. März viele in ihrer Wahl „die Politik der Grünen zur Sache der ganzen Linken“ und ebenso zu ihrer eigenen Sache (5). So bestärkt der Wahlausgang des 6. März viele in ihrer Abwendung von der Arbeiterbewegung und in ihrem Engagement für die „neuen sozialen Bewegungen“ und ihre politische Partei, die Grünen. War es nicht — zumindest großen Teilen der Presse nach — die Arbeiterschaft, die den Wahlerfolg der Unionsparteien al-

als ein Wunschtraum Franz Josef Strauß und der Linken? Haben die Kommunisten in Westdeutschland überhaupt noch eine andere Perspektive, als die Politik der Grünen zu ihrer eigenen Sache zu machen?

Eine Analyse des Wahlergebnisses ermöglicht Antworten auf diese Fragen. Die These vom Erdrutsch hin zu den Unionsparteien spielt sich aus dem Vergleich des Wahlergebnisses mit dem von 1980. Damals kandidierte Franz Josef Strauß und erzielte mit 44,3 % ein ähnlich schlechtes Wahlergebnis wie Rainer Barzel 1972 (44,9 %) nach dem versuchten Sturz Willy Brandts. Beides waren Ausnahmesituationen für die Unionsparteien, in denen es ihnen durch die jeweilige politische Konstellation oder ihren Spitzenkandidaten nicht möglich war, ihre traditionelle Anhängerschaft zu mobilisieren. Bei der Wahl z.B. 1976 gab es diese Irritationen für die Unionsparteien nicht. Ein Blick auf das Wahlergebnis der Unionsparteien von 1976 und 1983 verdeutlicht, was von der These des konservativen Erdrutches hin zu den Unionsparteien zu halten ist.

	1976	1983	1980
Wahlbeteiligung	90,7 %	89,1 %	88,6 %
CDU/CSU	48,8 %	48,8 %	44,5 %
FDP	7,9 %	7,0 %	10,6 %
SPD	42,6 %	38,2 %	42,9 %
Grüne	-	5,6 %	1,5 %

Bei all diesen Wahlen konnte die Union ein deutliches Mehr an Erststimmen gegenüber dem in der Statistik ausgewiesenen Zweitstimmenergebnis erzielen, sodaß ein Stimmensplitting zugunsten der FDP bei diesen Wahlen zu verzeichnen war. (Besonders 1980, als die FDP in Norddeutschland beträchtlich auf Kosten der CDU zulegte). Richtig bemerkt deshalb die ZEIT in ihrer Wahlanalyse: „Dieser Erfolg der Union ist durch die totale Ausschöpfung ihres Anhängerpotentials möglich geworden: Einen großen Zulauf neuer Anhänger hatte sie nicht nötig. So hat sich das konservative Wahlerpotential am 6. März insgesamt nicht vergrößert; nichts läßt sich auf den manchmal zitierten 'konservativen Trend' schließen“ (6).

Von ähnlicher Qualität wie die Theorie des Erdrutches hin zu den Unionsparteien ist die von Geißler und Strauß noch in der Wahlnacht aufgestellte Behauptung, daß die Arbeiterschaft der SPD nicht nur den Rücken gekehrt hätte, sondern sich für die Unionsparteien entschieden hätte. Daß die Unionsparteien traditionell einen nicht zu unterschätzenden Stimmblock aus der Arbeiterschaft besitzen, muß vorweg festgestellt werden. Hier ist auf die Tradition der katholischen Zentrumspartei und der mit ihr verbundenen christlichen Arbeitsverbände zu verweisen, die in den Unionsparteien und den mit ihr zusammenhängenden „gelben“ Gewerkschaften wie den katholischen Arbeiterbünden (KAB) bis in die heutige Zeit fortleben. Daß Teile der Arbeiterschaft den Unionsparteien ihre Stimme geben, ist somit für die Wahlanalyse nichts Neues. Was neu sein soll an dem letzten Wahlergebnis, ist das Abwandern eines namhaften Teils von SPD-Stammwählern aus der Arbeiterschaft hin zu den Unionsparteien. Nur hält diese Behauptung der Analyse nicht stand. Es fällt bei der Betrachtung des Wahlergebnisses im einzelnen bereits auf, daß die Verluste der SPD in ihren traditionellen Hochburgen am geringsten sind, so in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen und im Land Nordrhein-Westfalen. Nur erlaubt diese Betrachtung noch keine genaueren Aussagen, welche Schichten der Lohnabhängigen der Sozialdemokratie den Rücken gekehrt haben und wohin sie gewandert sind. Deutlicher wird dies in einer Studie, die das Amt für Statistik und Stadtforschung in Duisburg zur Bundestagswahl vorlegte. Aus der Zusammenfassung dieser Analyse sind für uns folgende Punkte interessant:

- Die SPD hat ... im Ruhrgebiet weniger verloren als im Bundesdurchschnitt.
- Die Arbeiter sind nicht in Scheren von der SPD weg- und zur CDU hingelaufen.
- Die höhere Wahlbeteiligung kam eher der CDU zugute.
- Die FDP hat im Ruhrgebiet überdurchschnittlich viel verloren.
- Und:
- Die Gewinne der Grünen liegen im

Ruhrgebiet unter dem Durchschnitt“ (7).

Die Behauptung, daß die Arbeiter nicht in Scheren von der SPD weg- und zur Union hingewandert seien, wird von den Verfassern dieser Studie folgendermaßen erklärt: „In der Tat legte die CDU gegenüber 1980 um 4,9 vH zu. Bei einem Vergleich muß jedoch beachtet werden, daß die Partei damals weit unter ihren Möglichkeiten abschnitt. Die Kandidatur von Strauß führte dazu, daß die FDP zu Lasten der CDU über ihr Potential hinaus dazugewann. Es ist also sinnvoller, die Wahl 1983 mit der Wahl 1976 zu vergleichen. Dabei ergibt sich, daß der Zuwachs der CDU im Revier bei 1,6 vH liegt. Dies ist ein Beleg dafür, daß das Wahlergebnis auf keinen Fall als Einbruch in die Stammwählerschaft der SPD, also in die Arbeiterschaft, gewertet werden kann.“ Die Gewinne der Union kämen „vor allem aus den gemischten Wohngebieten. Aber auch aus Arbeiterwohnheimen, die bürgerlich zu werden beginnen. Gerade in Schichten, die die SPD in den letzten Jahren für sich gewonnen hatte, bei

lung in den kommenden Landtagswahlen nicht fortsetzen würde. Ohne feste Stammwählerschaft gibt es kein dauerhaftes Überleben für die FDP.

Dies sieht bei der Grünen Partei anders aus. Ins Auge fällt bereits der gegenüber der FDP geringe Unterschied zwischen Erst- und Zweitstimmen. Der für eine kleine Partei relativ hohe Anteil an Erststimmen verdeutlicht, daß die Grüne Partei einen nicht unbedeutlichen Teil an Stammwählerschaft bereits gewonnen hat. So kommentiert die ZEIT in ihrer Wahlanalyse richtig: „Die beste Chance für stabile Wähleranteile haben jetzt die Union und die Grünen: Sie können auf Anhänger und Wähler mit festem Wertgefüge zählen“ (9).

Unklarheiten gibt es noch immer über die Wählerstruktur der Grünen Partei. Beispielhaft dafür sind die Anschauungen Joscha Schmiers (KBW): „Dagegen wird die These bestätigt, daß es sich bei den Grünen objektiv und, was jedenfalls ihre Wählerschaft betrifft, auch subjektiv um eine Partei von Lohnabhängigen handelt, die sich weniger in ihrer Zusammensetzung und der Zusammensetzung ihrer Wähler qualitativ von der Sozialdemokratie unterscheidet als vielmehr in ihrer Politik, indem sie die Inhalte der verschiedenen gesellschaftlichen Bewegungen aufnimmt und konzeptionell zu ordnen versucht“ (10). Diese Definition enthält nicht, sondern verschleierte den Kern des Problems. Gehen wir von der Zusammensetzung der Mitgliedschaft wie der Wählerschaft aus, so können wir die Mehrzahl der im Bundestag vertretenen Parteien als Parteien der Lohnabhängigen bezeichnen. Dies trifft auf die CDU ebenso zu wie auf die SPD oder die Grünen. Das von Schmiers gewählte Raster ist zu grob, um die Unterschiede in der Sozialstruktur sowohl der Mitgliedschaft wie der Wählerschaft dieser Parteien zu erfassen. Lohnabhängig — das ist der Industriearbeiter ebenso wie der Beamte, der leitende Angestellte wie der Verkäufer im Kaufhaus. Lohnabhängig sind somit — die Familienangehörigen mit eingerechnet — rund 80 % unserer Bevölkerung. Wer dem Unterschied in den Sozialstrukturen der Parteimitglieder wie der Wählerschaft auf die Spur kommen will, der muß etwas feinere Maßstäbe anlegen (siehe dazu den Artikel „Wechsel in Bonn und neue Mehrheiten“, in AK 228 und 229, sowie „Ende einer Epoche“, in: „Aufsätze zur Diskussion“ 20). Was die Grüne Partei betrifft, so läßt sich zu diesen Lohnabhängigen durchaus Genaueres sagen. „Die Grünen haben sich mit ihrem Wahlergebnis wohl endgültig als vierte (oder dritte) politische Kraft auf allen politischen Ebenen der Bundesrepublik etabliert. Sie stützten sich in vier (oder dritte) politische Kraft auf allen politischen Ebenen der Bundesrepublik etabliert. Sie stützten sich in Großstädten auf junge, eher aus bürgerlichen Elternhäusern stammende, gut ausgebildete Anhänger mit postmaterialistischen Werthaltungen. Ihre relative Bedeutung wird sich bei kommenden Wahlen (bei denen die allgemeine Wahlbeteiligung stets geringer ist) noch sehr viel stärker zeigen“ (11). Nicht anders kommentiert die Duisburger Wahlanalyse die Wahlergebnisse der Grünen. Das Wahlergebnis „liegt im Revier nur niedriger als im Bundesdurchschnitt. Daß sie überhaupt an die 3 Prozent kommen, ist für uns schon eine Überraschung, besonders, weil die Grünen auf lokaler Ebene kaum eine Rolle spielen, ihre Kandidaten in den Wahlkreisen völlig unbekannt sind und sie auch fast über keine Organisation verfügen. Sie bilden jedoch eine sehr geschlossene Gruppe mit einem ziemlich einheitlichen Lebensbild. Sie werden nicht als Organisation gewählt, sondern wegen der Werte, die sie vermitteln. Bezeichnenderweise erzielen sie in der Gruppe der 18 bis 25-Jährigen, und dort vor allem bei Menschen mit höherer Schulbildung, die größten Zugewinne, nämlich ein Plus von 8,7 Prozent“ (12). Die Erfolge der Grünen sind bisher an Städte und hier besonders an Universitätsstädte gebunden. Dominiert das flache Land, so in den Grünen der Einzug in die entsprechenden Landesparlamente noch immer verwehrt. In den Städten sind es zwei Merkmale, die die grüne Wählerschaft auszeichnen: zum einen der relativ hohe Anteil an jugendlichen Wählern, zum anderen der relativ hohe Bildung-

stand. Das Wählerpotential der Grünen lag somit bei diesen Bundestagswahlen genau dort, wo es auch in den letzten Landtagswahlen auszumachen war: in den neuen Mittelschichten und keineswegs in der Arbeiterschaft. Der hohe Anteil jugendlicher Wähler widerlegt diese These nicht und ist keineswegs Garant für einen klassenübergreifenden Charakter der grünen Wählerstruktur. Konkret ist das nicht der Fall, weil auch diese Jungwähler durch einen überdurchschnittlichen Bildungstand gekennzeichnet sind, womit auch eine gewisse soziale Zuordnung zukünftig gegeben ist; allgemein ist dieses Argument untauglich, weil die Jugend sich generell dadurch auszeichnet, eine Avantgarderolle bei sich entwickelnden politischen Bewegungen zu spielen. Ein hoher Anteil jugendlicher Wähler verhindert darum keineswegs eine sozial-spezifische Bestimmung einer politischen Partei.

Schmiers These von der Identität der Mitglieder- und Wählerstruktur von SPD und Grünen hat eine ebenso falsche wie verhängnisvolle Konsequenz. Sie unterstellt die Möglichkeit, den „Parteibildungsprozess des Proletariats“ aus der Grünen Partei und Bewegung heraus zu entwickeln. Somit wird es dann logisch, daß die parlamentarische Arbeit der Grünen nicht nur zur Sache der gesamten Linken, sondern auch der Kommunisten wird, wie die „Kommune“ in ihrem bereits zitierten Editorial feststellt. Nur sind die Lohnabhängigen, die der Grünen Partei ihre Stimme geben, halt weder sozial noch politisch jene Kräfte, die den Parteibildungsprozess der Arbeiterklasse vorantreiben. Dieser muß sich vielmehr in Kritik an den theoretischen Grundlagen und den politischen Zielsetzungen der Grünen Partei vollziehen. Dies heißt nicht, daß die Kommunisten heute nicht überall dort zusammen mit den demokratischen und fortschrittlichen Kräften der Grünen Partei agieren sollten, wo dies irgend möglich ist. So war es auch falsch und ein typisches Merkmal des Sektierertums der alten ML-Bewegung, daß KPD und BWK auf einer selbständigen Kandidatur bestanden und daß die MLPD nach einer Menge von Winkelsprüngen zum Wahlboykott aufrief. Die Stimmabgabe zugunsten der Grünen Partei war unter den gegebenen politischen Verhältnissen eine richtige Entscheidung für die kommunistischen Kräfte, um so den fortschrittlichen und demokratischen Kräften der „neuen sozialen Bewegungen“, die durch die Grüne Partei repräsentiert werden, eine parlamentarische Vertretung zu ermöglichen. So richtig diese konkrete politische Unterstützung war und wohl auch in Zukunft noch sein wird, so fehlerhaft ist es, die grundsätzliche theoretische Unterstützung war und wohl auch in Zukunft noch sein wird, so fehlerhaft ist es, die grundsätzliche theoretische und strategische Divergenz zwischen der Grünen Partei und der kommunistischen Bewegung zu vernachlässigen. Eine solche Politik führt zur Selbstauflösung der noch verbliebenen kommunistischen Organisationen und ist damit auch dauerhaft kein Gewinn für die fortschrittliche Bewegung in Westdeutschland.

Das Wahlergebnis weist hier den Kommunisten eine andere Aufgabenstellung zu. Es ist zustande gekommen durch Wahlbewegungen sowohl in der Arbeiterschaft wie in den neuen Mittelschichten. Die Verluste der Sozialdemokratie in der Arbeiterschaft gehen hauptsächlich auf deren Wahlenthaltung zurück. In den neuen Mittelschichten hat die Sozialdemokratie nach rechts an die Union verloren und nach links an die Grüne Partei. Die neuen Mehrheiten links von der Union, die man im Winter 82/83 erhoffte, waren aber gerade Mehrheiten, die von diesen neuen Mittelschichten sozial und politisch hegemonisiert waren (siehe dazu „Aufsätze zur Diskussion“ 20, S.53). Dies verdeutlicht, daß es keinerlei Stabilität für diese „linken“ Mehrheiten gibt, ohne die politische Bewußtwerdung des Kerns der Arbeiterschaft. Hier liegt die eigentliche politische Aufgabe der Kommunisten, die heute hauptsächlich in theoretischer, aber auch bereits in Ansätzen in politischer Abgrenzung von der Grünen Partei anzugehen ist.

Anmerkungen

- (1) Arbeiterkampf Nr.231, S.1
- (2) ebd.
- (3) Roter Morgen Nr.10/83, S.1
- (4) Rote Fahne Nr. 8/83, S.2
- (5) Kommune Nr.3, S.4
- (6) ZEIT Nr.11/83, S.8
- (7) WAZ v. 14. März 1983
- (8) ebd.
- (9) ZEIT Nr.11/83, S.8
- (10) Kommune Nr.3, S.7
- (11) ZEIT Nr.11/83, S.8
- (12) WAZ v. 14. März 1983

	1980		1983	
	Erstst.	Zweitst.	Erstst.	Zweitst.
FDP	7,2 %	10,6 %	2,8 %	7,0 %
Grüne	-	1,5 %	4,1 %	5,6 %

cherte, und sind nicht heute in der Tat die „neuen sozialen Bewegungen“ die Hauptkraft im Kampf gegen Raketenstationierungen und Abbau demokratischer Rechte? Das Wahlergebnis scheint all jene zu bestätigen, die mit ihrer Kritik an der Arbeiterbewegung und Industriegesellschaft die Abkehr vom Marxismus vollzogen haben oder vollziehen. Der Song hin zur Grünen Partei wird auch ohne die Bemühungen der „Kommune“ in der Linken anhalten. Der politische Katzenjammer über den Ausgang der Wahlen wird diesen Song bestärken.

Wie ist der Wahlausgang jenseits der Bitterkeit und Enttäuschungen, die die Leitartikel und Kommentare der zitierten Zeitungen wiedergeben, einzuschätzen? Gab es einen Erdrutsch hin zur CDU/CSU? Waren es die Stimmzeiten der Arbeiter, die der Wende nach rechts die parlamentarische Legitimität besorgten? Und das „parteiologische Ende“ der FDP — war dies nicht mehr

Levis Reformismus und seine Renaissance

Im AK 232 erschien von dem Genossen Jürgen der Artikel: „Zum 100. Geburtstag von Paul Levi. Der Erbe von Rosa Luxemburg“. In diesem Artikel wird unkritisch das politische Wirken von Paul Levi nachgezeichnet.

Politische Wandlungen oder Schwankungen werden stillschweigend übergangen, nicht bewertet und schon lange nicht vom kommunistischen Standpunkt aus kritisiert.

Paul Levi hat in der Zeit von 1915-20 sicher sehr Verdienstvolles geleistet. Dies gilt sowohl für seine Tätigkeit in der „Zimmerwälder Linken“, d.h. sein revolutionärer Kampf gegen den imperialistischen Krieg, und später für seine Arbeit im Spartakusbund und der KPD, d.h. hier sein entschiedener Kampf gegen den Sozialchauvinismus der SPD und die Wankelmütigkeit der linken USPD. Für uns ist diese Zeit auch im positiven Sinne sehr lehrreich.

Im Negativen lehrreich dagegen ist sein Bruch mit der KPD und sein Wechsel in das Lager der SPD, zu den Schlachtern der Novemberrevolution. Heute rückblickend Levi unter diesen Umständen als „Erben Rosa Luxemburgs“ zu bezeichnen, ist makaber; mit „revolutionärer Haltung“ hatte das nichts zu tun, dafür umso mehr mit Inkongruenz für eine bürgerliche Politik.

Die von Jürgen aufgeworfenen Fragen der Organisationsform hatte Levi für sich eindeutig im Sinne eines spontanistischen und individualistischen Konzepts gelöst, und als Antwort auf die Frage, wie man in den Zentren des Imperialismus die Illusion in die SPD zerlegt, bietet er das Aufgeben in diesen Illusionen an.

Wir wollen das im folgenden darstellen.

Spontanität und Partei

Wie kommt Levi zu der merkwürdigen Einschätzung, daß die Parteigründung 1903 wichtig gewesen wäre, nicht aber 1918, mitten in der Novemberrevolution? Eine kommunistische Partei kann „nicht spät genug gegründet werden“, „wenn die Massen bereits in revolutionäre Aktionen eingetreten sind“ (AK 232). Begründet wird das von ihm folgendermaßen: „Denn sind die Massen einmal in der revolutionären Bewegung begriffen, so ist ihr geistiger Umstellungsprozeß ein so ungeheuer rascher, werden bestehende Parteiprogramme und bestehende Parteinstellen so rasch über den Haufen geworfen, daß jeder Tag, den die Kommunisten länger in der Partei (gemein sind SPD, USPD) bleiben und so den Revolutionierungsprozeß der Parteimitglieder mitführen können, ein Gewinn ist.“ (AK 232).

Das ist konfus und widersprüchlich und offenbar Levis eigene schwankende Haltung, denn leider hat uns Jürgen eine wichtige Aussage von Levi verheimlicht. So schrieb Levi im gleichen Artikel auch folgendes: „Rückschauend müssen wir noch einmal die Frage prüfen: War es gut, daß die Kommunistische Partei gegründet wurde? Wir beantworten diese Frage heute wie ehedem müssen wir noch einmal die Frage prüfen: War es gut, daß die Kommunistische Partei gegründet wurde? Wir beantworten diese Frage heute wie ehedem“.

Das hat auch Levi getan. Für ihn haben z.B. in der Märzaktion die Bedingungen, besonders die „ausschlaggebende Mehrheit unter dem Proletariat, völlig gefehlt“. Er bezeichnete die Märzaktion als eine „bakteriologische, eklektische, halb marxistische, halb opportunistische Grundhaltung der Aktion“, eine „völlige Verleugnung aller marxistischen Stellung der Kommunisten zu den Massen.“

Lukacs' Einschätzung war diametral entgegengesetzt. Er bezeichnete dieselbe Aktion als den „Weg, der das deutsche Proletariat zur wirklichen revolutionären Handlung führt.“

Levi hat den Zusammenhang (in seiner ganzen Vielfältigkeit) zwischen Massenaktionen und der Notwendigkeit der Organisation, zwischen spontaner Erhebung und der Zentralisation der Kräfte, der Bedeutung des bewußten Elementes in ihrer Rückwirkung auf die Massenaktionen nicht ausreichend begriffen.

Seine Vorstellungen über die Rolle der Partei und deren Taktik während revolutionärer Kämpfe war im wesentlichen opportunistisch. Eine Partei muß auch in der Lage sein, die Initiative zu ergreifen.

Das hat Levi nicht verstanden. Sein Wegmarken in die SPD ist so, auch unter dem Gesichtspunkt des Organisationsmodells, nur folgerichtig. Noch 1927 sprach die SPD (Kautsky) vom „allmählichen Hinüberwachen“ in den Sozialismus, von der Übernahme des Staatsapparates durch die Arbeiterklasse. Hilferding jammerte über das „Unglück des Bolschewismus“, und daß es doch ein großes Unglück gewesen sei, „daß der Sieg der Bolschewiki vor dem Sieg der demokratischen Revolution in Deutschland kam“ (SPD-Parteitag in Kiel, 1927).

te ihre Ansicht über den Massenstreik im wesentlichen aus der Analyse der Klassenkämpfe in Rußland, aus der sie Schlußfolgerungen für Deutschland zog.

Während der Massenaktionen fällt der „Leitung“ die Aufgabe zu, dem Kampf die Richtung zu geben, die Bewegung politisch zu führen.

O. Lukacs nahm zu den Märzereignissen 1921 Stellung (s. AK 232) und kritisierte die Überschätzung der Kraft und Zielgerichtetheit einer revolutionären Aktion, die „zwangsläufig zu einer immer weiteren Steigerung“, zu weiterer Revolutionierung führe, wie Luxemburg und in ihrem Gefolge auch Levi formuliert hatten.

Die Massenaktionen entstehen, so Luxemburg, spontan, als quasi automatische Folge der Wirtschaftskrise. Die Bedeutung der Partei liegt darin, daß die Tätigkeit der Taktik der Partei „nie unter dem Niveau der tatsächlichen Kraftverhältnisse steht, sondern vielmehr diesem Verhältnis voraussetzt“. Die Partei ist hier zwar eine beschleunigende, vorwärtstreibende Kraft, aber nur innerhalb einer Bewegung, die sich — letzten Endes — unabhängig von ihrer Entscheidung abspielt, in der sie deshalb keineswegs die Initiative ergreifen kann.

Lukacs weist darauf hin, daß die „Naturgesetze“ der kapitalistischen Entwicklung zwar in die Krise hineinführen, den Weg hinaus aber nicht zeigen können. Massenaktionen, so Lukacs, brechen spontan aus, als Abwehrkämpfe gegen einen wirtschaftlichen oder politischen Vorstoß der Bourgeoisie, und hören spontan auf, wenn ihre unmittelbaren Ziele erfüllt sind oder als aussichtslos erscheinen. Sie haben also ihren „naturgesetzmäßigen“ Verlauf beibehalten. (Revolution und Gegenrevolution, 1976, S. 246).

Lukacs meinte fast, daß es eben keine „naturgesetzlichen Notwendigkeiten“ beim Ablauf revolutionärer Ereignisse gebe, die die Steuerung und auch die Initiierung von Massenaktionen durch eine zentrale Organisation überflüssig machen würden. Das Warten auf die spontanen Massenaktionen sei ein „quietistischer Wunderglauben“.

Gerade opportunistische Theoretiker wie Kautsky z.B. wiesen auf die nicht gegebenen Bedingungen, die fehlenden Voraussetzungen usw. hin, wenn es um Massenaktionen bzw. deren Abwürgen ging.

Das hat auch Levi getan. Für ihn haben z.B. in der Märzaktion die Bedingungen, besonders die „ausschlaggebende Mehrheit unter dem Proletariat, völlig gefehlt“.

Er bezeichnete die Märzaktion als eine „bakteriologische, eklektische, halb marxistische, halb opportunistische Grundhaltung der Aktion“, eine „völlige Verleugnung aller marxistischen Stellung der Kommunisten zu den Massen.“

Lukacs' Einschätzung war diametral entgegengesetzt. Er bezeichnete dieselbe Aktion als den „Weg, der das deutsche Proletariat zur wirklichen revolutionären Handlung führt.“

Levi hat den Zusammenhang (in seiner ganzen Vielfältigkeit) zwischen Massenaktionen und der Notwendigkeit der Organisation, zwischen spontaner Erhebung und der Zentralisation der Kräfte, der Bedeutung des bewußten Elementes in ihrer Rückwirkung auf die Massenaktionen nicht ausreichend begriffen.

Seine Vorstellungen über die Rolle der Partei und deren Taktik während revolutionärer Kämpfe war im wesentlichen opportunistisch. Eine Partei muß auch in der Lage sein, die Initiative zu ergreifen.

Das hat Levi nicht verstanden. Sein Wegmarken in die SPD ist so, auch unter dem Gesichtspunkt des Organisationsmodells, nur folgerichtig. Noch 1927 sprach die SPD (Kautsky) vom „allmählichen Hinüberwachen“ in den Sozialismus, von der Übernahme des Staatsapparates durch die Arbeiterklasse. Hilferding jammerte über das „Unglück des Bolschewismus“, und daß es doch ein großes Unglück gewesen sei, „daß der Sieg der Bolschewiki vor dem Sieg der demokratischen Revolution in Deutschland kam“ (SPD-Parteitag in Kiel, 1927).

Levi und die Sozialdemokratie

Interessant ist, wie Jürgen die Stellung Levis zur Sozialdemokratie darstellt. Die Fragestellung sowohl für Jürgen wie auch für Levi ist brw. war: Wie kann die Revolution in den Zentren des Imperialismus siegen, wo der bürgerliche Staat und die Illusionen in die Sozialdemokratie viel stärker sind als in Rußland? (AK 232).

Die Lösung, die Levi anbot, bestand nicht darin, gegen die Illusionen, die die Arbeitermassen in die Sozialdemokratie hatten, entschieden anzukämpfen, sondern darin, ihnen Stück für Stück nachzugeben, um dann später diesen Illusionen selber vollständig zu erliegen. Imposant ist vor allem das Tempo der Wandlung Levis vom Revolutionär zum sozialdemokratischen Reformisten. Noch Ende 1920 bestimmte Levi als führender Funktionär die politischen Einschätzungen der KPD und stimmte mit der Linie der KI überein. So hieß es z.B. im Entwurf des Aktionsprogramms der VKPD: „Die Sozialdemokraten, die Ebert und Scheidemann, die treuen Diener des Imperialismus im Weltkrieg, die Verhüter des Sozialismus und Bekämpfer der Revolution bis zuletzt, und die unabhängigen Führer vom Schlage der Haase-Dittmann, die den Imperialismus durch Verständigung zu nehmen gedachten und denen vor der Revolution grüßte; sie wurden von der Geschichte aussersehen, die bürgerliche Republik zu begründen.“ (Die Internationale, Jg. 2, Heft 26, S. 11).

Weiter wird im Entwurf des Aktionsprogramms ausgeführt: „Die VKPD bekämpft die mehrheitssozialistische und unabhängige Partei als die Vorposten der Bourgeoisie im Lager des Proletariats selbst. Sie kämpft mit den proletarischen Massen, die in diesen Parteien organisiert sind, überall da, wo sie sich feindlich gegen den bürgerlichen Staat und die kapitalistische Unternehmungsklassen wenden.“

(...) Die kommunistische Partei ist die fortschrittlichste, zielklarste, energiegelteste, revolutionäre Vorhut des Gesamtproletariats. Zum Unterschied von den menschenwissenschaftlichen Parteien, den Mehrheitssozialisten und Unabhängigen, vertritt sie nicht die Sonderinteressen der Arbeiteraristokratie oder kleinbürgerlicher Arbeiterschichten gegenüber dem Gesamtproletariat (...). Zum Unterschied im besonderen von der Unabhängigen Partei leugnet sie, daß Kompromisse mit der Bourgeoisie Etappen auf dem Wege zur proletarischen Diktatur sein können. Die unabhängige Partei weicht den unvermeidlichen Zusammenstößen mit dem bürgerlichen Staat aus feiger Furcht vor dem Bürgerkrieg und vor dem wirtschaftlichen Chaos immer wieder aus.“ (ebd., S. 25). Und ebenso war Konsens: „Die sozialistisch demokratische Republik bereitet den Offiziersputsch in die offene bürgerliche Republik vor.“ (...) Gestützt auf die Arbeiteraristokratie und das Kleinbürgertum, vertritt Nostke das Henkerwerk für die Bourgeoisie.“ (ebd., S. 12). Diese schroffe Frontstellung zur SPD und zu den schwankenden zentralistischen Elementen in der USPD war Allgemeingut in der KPD, sie entsprang den schmerzlichen und blutigen Erfahrungen des Klassenkampfes.

Wie gesagt, zu diesen Einschätzungen stand Levi bis Ende 1920 nicht in Widerspruch. Das gilt auch für die „21 Bedingungen“, die der 2. KI-Kongreß im Juli/August 1920 beschlossen hatte und die die Aufnahme in die KI regeln sollten. Danach sollten „die reformistischen und Zentrumsleute“ aus den verantwortlichen Posten der Parteien, die der KI angehörten, „entfernt“ und durch „bewährte Kommunisten“ ersetzt werden. „Die Parteien, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünschen, sind verpflichtet, den vollen Bruch mit dem Reformismus und mit der Politik des ‚Zentrums‘ anzuerkennen und diesen Bruch in den weitesten Kreisen der Parteimitgliedschaft zu propagieren. Ohne das ist eine konsequente kommunistische Politik nicht möglich.“ (...) Die Kommunistische Internationale vermag sich nicht damit abzufinden, daß opportunistische Parteien, wie sie jetzt durch Turati, Kautsky, Hilferding, Hilquit, Longuet, Mac Donald, Modigliani u.a. repräsentiert werden, das Recht haben sollen, als Angehörige der 3. Internationale zu gelten.“ (J. Braunthal, Geschichte der 3. Internationale, Bd. 2, Hannover 1963, S. 558/59). Wie wir sehen, irrt der Genosse Jürgen, wenn er behauptet, daß Levi „ein Verfechter einer recht pluralistischen Partikonzepktion“ (AK 232) war. Zu diesem Zeitpunkt war er noch voll mit Lenin's Bedingungen einverstanden, die auf eine klare politische, ideologische und organisatorische Trennung von den linksdrapierten Spielarten des Sozialdemokratismus abzielten.

Im Übrigen, das muß hier kurz erwähnt werden, war Levi selber nicht gerade unbewandert im Umgang mit den „blauquisten Organisationsprinzipien“. Zumindest dann nicht, als es gegen den linksradikalen, anarcho-syndikalistischen Parteiflügel ging. Hier scheute er sich durchaus nicht, die ganze Macht der „Zentralgewalt“ einzusetzen und die KPD zu spalten, und zwar so, daß sie die Hälfte ihrer Mitglieder verlor. Dabei hatte er noch keine Bedenken, daß die KPD zu einem „Verschwörerzirkel“ werden könnte, oder daß „Spaltungen nicht vorgenommen werden können auf Resolutionen, sondern Spaltungen nur vorgenommen werden können auf politischen Erleben hin“ (Levi, s. AK 232). Der Vollständigkeit halber fügen wir noch hinzu, daß „Moskau“ diese mechanische Handhabung der Organisationsprinzipien nicht billigte, die abgespaltenen Anarcho-Syndikalisten (die sich in der Kommunistischen Arbeiterpartei KAPD organisierten) in die KI aufnahmen, und von der KPD eine intensive politische Auseinandersetzung mit der KAPD forderte, was den Unwillen Levis hervorrief. (vgl. Radek, Die Krise in der VKPD, in: Die Internationale, Jg. 1921, S. 73). Nicht ohne Spott bemerkt Radek, daß Levi selber erst kurz vorher die richtigen Positionen in der Gewerkschaftsfrage bezogen hatte.

„Pluralist“ jedoch wurde Levi, als es galt, die 21 Bedingungen in der Praxis gegen Rechts durchzusetzen. Levi zeigte damit recht anschaulich, daß die Fragen des Parteaufbaus nicht abstrakt zu betrachten sind: Nach links war Levi prinzipienfest und unerbittlich, nach rechts strebte er die Öffnung an.

Als „zweifelhafte“ betrachtet es Jürgen, daß die zentralistischen Führer wie die Sozialchauvinisten Kautsky und Hilferding, (der später Finanzminister in der Weimarer Republik wurde), nicht in den Kreis der Kommunisten aufgenommen wurde. Man spürt hier bei dem Genossen das Bedauern über die Engstirnigkeit „der (meist russischen) Komintern-Führer“, denn nach Rechts hätte man die Bewegung verbreitern können, vorausgesetzt, man hätte die 21 Bedingungen gelockert. Was in Deutschland „zweifelhafte“ war, das war in Italien nach Ansicht von Jürgen „verhängnisvoll“. Hier führte das „Hineinstampfen“ der KI-Führer (und natürlich nur das) dazu, daß die KPI eine „kleine, aber feine Minderheit“ in der Arbeiterbewegung wurde. Sicherlich, wer mit dem Gedanken kokettiert, mit Kautsky und Hilferding in einer kommunistischen Organisation zusammen zu arbeiten (was wohl Kautsky und Hilferding zu dieser farnosen Idee gesagt hätten?) und sich der ganzen Ungeheuerlichkeit noch nicht einmal bewußt ist, der muß natürlich auch energisch dafür eintreten, daß die italienischen Reformisten gleicher Couleur in die KI kommen. Daß die SPI, in der Kommunisten und Reformisten in einer Partei verschmolzen waren, sich den Beschlüssen des 2. Kongresses der KI nicht fügte, sondern sie zu sabotieren versuchte, war jedenfalls für Levi nicht entscheidend. Vergeben hatte Levi (der selber am SPI-Kongreß teilnahm) auch seine eigene Meinung, die er noch kurz vor dem Kongreß äußerte: daß man alles unternehmen müsse, um die SPI zur Ausführung des Beschlusses der KI zu be-

wegen, d.h. zur entschlossenen Trennung von den Reformisten, und daß im Falle einer Weigerung der Bruch nötig sei. Seine Meinung änderte Levi ausschließlich unter dem Eindruck der Mehrheitsverhältnisse auf dem SPI-Kongreß. Daß die überwiegende Mehrheit gegen die KI und für die Reformisten gestimmt hatten, brachte ihn zu der Überzeugung, daß die kommunistischen Parteien nur entstehen können auf „dem Wege des organischen Wachstums und des gemeinsamen Erlebens und Kampfs solcher Massen“ (vgl. Radek, a.a.O., S. 75-77). Und bitte, Notorische Opportunisten à la Turati und Beschlüsse der KI her, und wenn die Massen Illusionen in den bürgerlichen Staat und die Sozialdemokratie haben, dann müssen wir unsere Partei eben öffnen, nicht so starr prinzipienfest sein, damit die Opportunisten und mit ihnen die Masse auch zu uns kommen können. Die Bewegung ist dann zwar verschwommen, dafür aber breit, und das ist doch wohl die Hauptsache, nicht wahr?

Daß das „organische Wachsen“ nicht unbedingt zum Ziel führt, sondern im Gegenteil zum Reformismus, das werden wir gleich noch an Levi sehen. Besonders dann nicht, wenn man das „organische Wachsen“ so allgemein in daher sagt, was es doch konkret um die politische Auseinandersetzung und Entscheidung zwischen Kommunismus und Reformismus ging. Der Fehler, den Levi beging und den Jürgen übernimmt, ist, daß die Notwendigkeit der Organisation der Revolutionäre einerseits und die Arbeit unter den sozialdemokratisch beeinflussten Massen andererseits verwechselt und vermischt wird. Die 21 Bedingungen der KI zielten in der Tat darauf ab, die Kommunisten von den Opportunisten organisatorisch zu trennen, was nicht gleichbedeutend damit ist, die politische Arbeit unter den sozialdemokratischen Massen einzustellen. Es war gerade einer der schwersten Fehler in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, daß die Revolutionäre diese Trennung von den Reformisten erst viel zu spät vollzogen. Aber immerhin, man hatte diesen Fehler ja korrigiert und Levi auch, jedenfalls in der Zeit 1915-1920. Und die wichtigste Erfahrung der Revolutionsjahre 1918/19 war doch, daß die deutsche Revolution viel zu wenig an revolutionärer Organisation baute. Das gilt nicht nur für den technischen Parteiparat, sondern auch für die politisch-ideologische Ausrichtung, und daß durch „organisches Wachsen“ allein überhaupt nichts erreicht wurde. Aus sich selber heraus entwickelt die Arbeiterklasse kein kommunistisches Bewußtsein, und besonders dann nicht, wenn man bedenkt, daß die SPD über eine ausgezeichnete, wirkungsvolle Organisation verfügte. In der SPD und mit der SPD (oder ähnlichen Reformisten) konnten die Arbeitermassen natürlich niemals das „gemeinsame Kämpfen“ erleben (auch das war Levi in besseren Zeiten bekannt); das funktionierte nur dann, wenn von außen eine revolutionäre Organisation auf diese Massen einwirkte.

Durch die Vorgänge um die KAPD war das Verhältnis Levis zur VKPD

wenn von außen eine revolutionäre Organisation auf diese Massen einwirkte.

Durch die Vorgänge um die KAPD war das Verhältnis Levis zur VKPD und zur KI gespannt. Ausgeschlossen wurde Levi, nachdem er die Märzaktion der KPD 1921 als „Bakunisten-Putsch“ bezeichnet hatte. Wir wollen hier nicht die ganzen detaillierten Umstände erörtern. Im Grunde ging es um die unterschiedliche Einschätzung der damaligen Situation. Die KPD sprach davon, daß die Arbeiterbewegung in der Offensive sei; sie bereitete den Aufstand vor und versuchte ihn durchzuführen. Lenin verurteilte diese Einschätzung der KPD als „falsch und unsinnig“. Jedoch erklärte Lenin auch eindeutig: „Die Defensive von Hunderttausenden Arbeitern (...) als ‚Putsch‘ und sogar als ‚Bakunisten-Putsch‘ zu bezeichnen, ist schlimmer als ein Fehler, ist eine Verletzung der revolutionären Disziplin. Da Levi dem noch die und die Disziplinverstoße hinzugefügt hat, (...) hat er Strafe verdient und ist zu Recht mit Ausschluss bestraft worden.“ (LW, Ergänzungsband 1917/23, S. 330). Lenin hatte empfohlen, den Ausschluß Levis zu befristen und ihn wieder aufzunehmen, wenn er sich im Laufe dieser Frist „loyal“ verhalten würde. Nun, das hat Levi nicht getan. Seine opportunistischen Fehler hat er kultiviert und zum System erhoben. Seine versöhnliche Haltung zu den reformistischen Führern, seine Kapitulation vor den Illusionen der Massen in die Sozialdemokratie entwickelte er konsequent fort, bis zur Aufgabe der eigenen kommunistischen Position. Jürgen rechnet Levi hoch an, daß er „erstmal Einheitsfrontangebote an die SPD gemacht“ habe. Levi war zwar nicht der Einzige in der KPD, der für die Einheitsfrontpolitik kämpfte, aber

Fortsetzung nächste Seite

Forta. von vorheriger Seite

richtig daran ist sicherlich, daß er einen ganz besonderen Hang zu dieser Art der Politik hatte. Nur, auch hier kam es auf die richtige Handhabung dieses politischen Mittels an, denn Einheitsfronttaktik an sich besagt noch nichts. Die Frage ist: Wird die Einheitsfronttaktik revolutionär oder opportunistisch angewandt. Den Genossen Jürgen tangiert das anscheinend nicht. Allzu unkritisch gibt er nur einige Beispiele an.

1. Das Verhalten während des Kapp-Putsches im März 1920. Hier kopierte die KPD-Zentrale die Haltung der Bolschewiki während des Kornilow-Putsches 1917. Die KPD bot der SPD/USPD-Regierung die Tolerierung (loyale Opposition) an, unter der Bedingung, daß man gemeinsam den Putsch der Militärs zurückschlägt. Diese Taktik war zwar durchaus richtig, nur erhielt sie bei der KPD einen opportunistischen Zungenschlag. In seinem Buch „Der linke Radikalismus ...“ kritisierte Lenin die falsche Charakteristik der SPD/USPD-Regierung, die von der KPD als sozialistisch bezeichnet worden war. Lenin definierte sie als „bürgerlich-kapitalistische“ Parteien. Genauso wandte sich Lenin entschieden gegen die beschönigende Darstellung der „bürgerlichen Demokratie“ unter der SPD/USPD-Regierung (vgl. LW, Bd. 31, S. 97/98). In dieser Erklärung der KPD schimmerten in der Tat die Illusionen in den bürgerlichen Staat und die SPD durch.

2. Bezeichnend ist Jürgen's Lob für die Levi'sche Einheitsfronttaktik in Sachsen und Thüringen 1923. Das Hinterherhinken hinter der SPD, das Abgeben der eigenen Initiative und das daraus resultierende Verschlafen der damaligen revolutionären Situation wird zum non plus ultra hochstilisiert. Die von ihm gepriesene Einheitsfront führte dazu, daß man kämpflos die Reichs-exekutive gegen die „Arbeiterregierung“ in Sachsen hinnahm. Zwar war man diesmal nicht auf

„Bakunin-Putsch“-Kurs, dafür stand man aber einheitlich mit der SPD den Angriffen der Reaktion passiv gegenüber. Die KPD hatte ihre selbständige Rolle aufgegeben und schielte nur noch auf das Verhalten der linken SPD-Führer. Dafür war der KPD freilich diesmal das Lob Levis sicher. Wie sagte er: „Hier nun, in Sachsen und Thüringen, verbinden sie sich und ihre Politik mit dem bestehenden.“ (AK 232).

Levi, der so sprach, wußte, wovon er redet, denn er hatte die Einheitsfronttaktik sozusagen perfektioniert. Da Kautsky und Hilferding wegen der 21 Bedingungen nicht in die KI durften, ging er schließlich zu ihnen in die USPD. „Der Erbe von Rosa Luxemburg“, wie Jürgen ihn nennt, Seite an Seite mit den Henkern Noske und Co. Wahrlich ein breites Bündnis und wahrscheinlich ein Produkt des von Levi propagierten „organischen Wachstums“ und des „politischen Erlebens“.

„Auch nach seinem Übertritt zur SPD im September 1922 versuchte Levi, seiner revolutionären Haltung treu zu bleiben.“ Diese Rechtfertigung durch Jürgen ist einfach erschlagend. Und da sage noch einer, Levi hätte das Problem der Befreiung der Massen von den Illusionen in die SPD nicht überzeugend gelöst, wo doch trotz alledem, bei Jürgen die vage Hoffnung bleibt, daß Levi, wenn er nicht gestorben wäre, den Schritt aus der SPD vielleicht doch noch geschafft hätte? Aber mit dieser vagen Hoffnung allein kann und will sich Jürgen nicht begnügen, denn immerhin war Levi mit „revolutionärer Haltung“ acht Jahre in der SPD. Jürgen führt an, daß Levi immer die Politik der SPD kritisiert hatte, sei es nun die Rechtsentwicklung, den Panzerkreuzerbau — und sicherlich auch die blutige Zerschlagung der 1. Mai-Demonstration 1929 durch seinen Parteigenossen Zorgebel. Fügen wir noch von uns aus hinzu. Aber wieso sollte so etwas auch vereinbar im Sinne der gemeinsamen Parteizugehörigkeit, mit der Haltung eines „Revolutionärs“ sein? ...

he. + pe., Göttingen

Zur Diskussion:

Schluß mit dem Einknasten von Kindern und Jugendlichen

„Im Dezember 1971 sahen Fernsehzuschauer im amerikanischen Bundesstaat Massachusetts ungewöhnliche Bilder. Der Leiter des Jugendstrafvollzugs (...), Dr. Jerome Miller, zerstückte mit einem Vorachlaghammer Otter und Schlösser der Arrestzellen im geräumigen Jugendgefängnis von Shirley. Ehemalige Insassen beteiligten sich hammernd an der Aktion.“ (1).

Denn radikale Schritte gegen das Unrecht Jugendknast, die ergangen werden können durch weitere Beispiele aus dem skandinavischen Bereich, sind leider aus unserer heimischen Sphäre nicht zu berichten. Im Gegenteil. Für den Neubau eines geschlossenen Hauses und der Errichtung einer „Beobachtungs- und Einzelhaftstation“ auf der Hamburger Knaastinsel Hahnöfersand für Jugendliche werden sage und schreibe fast 18 Millionen DM ausgegeben. (2)

Vor nicht allzu langer Zeit sind wieder Jugendliche von der Knaastinsel Hahnöfersand geflohen. Das ist eigentlich nichts Ungewöhnliches, denn solange es Gefängnisse gibt, solange gibt es auch immer wieder Menschen, die diesem unmenschlichen Knastsystem zu entfliehen versuchen. Nur wenigen gelingt es. Meist können sie sich allerdings nicht lange „draußen“ halten und werden relativ schnell wieder festgenommen, um dann erneut eine Strafe während der Strafe zu bekommen: Arrest.

Ungewöhnlich allerdings ist, mit welcher Aufmerksamkeit die CDU diese Fluchtversuche in letzter Zeit verfolgt und wie sehr sie hier versucht, auf dem Rücken einiger Gefloher, für einen noch schärferen Strafvollzug einzustreiten.

Wir wollen diese Vorhaben unsererseits zum Anlaß nehmen, im Interesse aller eingekerkerten Kinder und Jugendlichen und aller, denen dies noch bevorsteht, unsere Forderung nach Abschaffung von Jugendarrest- und Jugendhaftanstalten zu erläutern.

Fachgruppe Knast und Justiz/GAL-Hamburg

Welche Jugendlichen kommen in den Knast?

Am Stichtag 31.3.1980 waren 6490 Jugendliche und Jungerwachsene eingeknastet. Hiervon ca. 300 Jugendliche in Hamburg. Man kann sich vorstellen, wieviel Jugendliche in einem Zeitraum von 7 Jahren (dies ist der Zeitraum, in dem ein Jugendlicher als Jugendlicher verurteilt wird) durch die Knäste geschleust werden. Wie die Knäste allgemein, macht auch der Jugendknast eine ausgeprägte Klassenjustiz deutlich. In den Anstalten sitzen nicht die Töchter von Schloß- und Burgbesitzern, sondern die Anstalten sitzen nicht die Töchter und Söhne der Herren aus dem Management oder den Chefetagen, der Industrie, auch nicht die Kinder der Rechtsanwälte, Ärzte oder Lehrer.

Es sind die Kinder aus den Beton-Ghettos: Steilshoop, Marmelmannsborg, Osterhof Born, Billstedt/Horn etc. In jeder Stadt gibt es diese Ghettos.

Die Jugendlichen stammen meist aus zerrütteten Arbeiter-Familien, oft haben sie ihre Kindheit in Heimen verbringen müssen. Sie wachsen also in einer sehr lieblosen Umgebung auf, meist ohne jegliche Zuwendung, oft genug verstoßen, bei jeder Kleinigkeit mit Repressionen belegt. Liebe, Verständnis, Vertrauen sind den meisten von ihnen nur selten entgegengebracht worden.

Angeachtet der hohen Arbeitslosigkeit, die hauptsächlich Familien trifft, in denen die Eltern ungelernzte Arbeiter und Arbeiterinnen sind, leiden Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden und nur unzureichend Freizeitmöglichkeiten haben, doppelt. Die in ihrer Umgebung und Familie erlebte Perspektivlosigkeit hinsichtlich Arbeit und sinnvoller Freizeit- und Lebensgestaltung führt neben einer massiven materiellen und sozialen zu einer psychischen Verelendung, deren Ausdruck oftmals Kriminalität, häufiger noch Alkoholismus und illegaler Drogenkonsum ist.

Die Antwort des Staates hierauf ist mehr Repression in Form von mehr Polizei (Zivilpolizisten, die sich speziell der Jugendkriminalität widmen). Ein besonders lehrreiches Beispiel für diese Vorgehensweise hat uns die Verfolgung der Punks am Spritzenplatz und die Vertreibung der Punks aus dem Karthausviertel in Hamburg gezeigt.

Warum werden diese Jugendlichen straffällig?

Durch die häuslich schlechte Situation sind die Jugendlichen natürlich meist auch noch „die Versager“ in der Schule. Da es sie weder in der Schule, noch zu Hause, noch im Heim hält, zieht es sie auf die Straße zu den anderen Jugendlichen, denen es ähnlich geht. Hier können sie sich ein bißchen wohlfühlen, vielleicht sogar manchmal auch verstanden fühlen, für ein paar Stunden den häuslichen Krach, die Heim-schikane vergessen.

Die ersten krummen Dinger sind dann auch oft sogenannte „Mutproben“, wo die Jugendlichen sich Anerkennung (endlich einmal!) wenigstens bei den Kumpels holen. Wenn mensch überall der Versager ist, aber hier ist man/frau endlich wert! Mal die Jung- oder Mädchen einladen zu ner Sprizetour mit nem schnellen Flitzer? Oder überhaupt, wie die staunen würden,

wenn ich so einen heißen Ofen hätte. Und einen ausgeben muß man doch auch mal. Aber woher die Kohle nehmen? Und endlich auch mal so 'ne dufte Jacke haben, wie der Typ von nebenan.

Vielleicht spielt dann im weiteren auch Alkohol eine große Rolle. Alkohol, diese legale Droge, an der der Staat Millionen verdient, und mit der die Leute, weil sie keine andere Möglichkeiten wissen, ihre Probleme herunterzuschlucken. Nun ist hinreichend bekannt, daß der Alkoholismus gerade auch unter Jugendlichen in den letzten Jahren erschreckend zugenommen hat.

Auch unter Jugendlichen in den letzten Jahren erschreckend zugenommen hat. Es ist insgesamt abzusehen, daß mit höherer Arbeitslosigkeit, mit Lehrstellenknappheit, mit Sparmaßnahmen gerade in sozialen Bereichen die soziale Verelendung noch größer wird und damit auch die Kriminalität zunimmt.

Dagegen wird dann folgendes Mittel angewandt: Den Menschen wird nicht geholfen, sondern sie werden eingesperrt.

Für viele Leute ist polizeiliche Jugendpolitik und Jugendarrest und Jugendknast etwas sehr Verschiedenes. Wir meinen jedoch, daß staatliche Jugendpolitik, die sich massiv der Polizei als Ordnungs- und Sozialisationsfaktor bedient, das Knastsystem auf den ganzen Jugendsektor ausdehnt. Über die Präsenz der Polizei an den Treffpunkten der Jugendlichen wird nicht nur das staatliche Gewaltpotential demonstriert, sondern zugleich die reale Chance, mit dem Staat in Konflikt zu geraten und damit möglicherweise auch im Knast zu landen, für viele Jugendliche erst zu einer realistischen Größe.

Knast, ein geeignetes Mittel dagegen?

Mit dem Einsperren wird nun gerade der Grund, weshalb die Jugendlichen straffällig geworden sind, verstärkt. Hier wird genau das getan, was die Jugendlichen schon immer erfahren mußten: bestraft!

Und hier wird auch der Anfang für ihre zukünftige Knastkarriere sein, denn die meisten schaffen es nicht wieder — einmal in den Fängen der Justiz — sich aus ihren Klauen zu befreien. Wenn Du mal ne Akte hast, dann wirst Du sie nicht wieder los. Die Jugendlichen kommen in einem Alter, in dem Knast, in dem sich ihre Persönlichkeit erst entwickelt. Dies ist das Alter in dem zu entscheiden ist, welchen Beruf mensch später ausüben will und erlernt, in dem mensch Beziehungen knüpft, die sehr bedeutend und prägend sein können und häufig auch mit einer weiteren Perspektive verbunden sind. Die Jugendlichen beginnen, sich stärker mit ihrer Umwelt auseinanderzusetzen, es entwickeln sich Standpunkte, Ideale etc.

Im Jugendknast nun herrscht eine strenge Hierarchie. Das Faustrecht ist bestimmend. Wer zuerst ruhaut, hat die Macht. Und wie ein Spiegel von draußen findet hier die ganze Unterdrückungspalette statt. Wer mehr Geld hat, kauft sich Knacksis, die ihm die Zelle putzen, macht Geschäfte auf Kosten der anderen. „Schlimm ist ja nicht, daß Erziehung nicht stattfindet. Schlimm ist, daß die Kasernierung in einer Lebensphase, in der sich die Persönlichkeit erst noch entfaltet, die Menschen stark beeinflusst. Zur Bewä-

hrung, zum Erwerb von Manipulationstechniken gegenüber Mimen-schen, zur Unterdrückung von Emotionen, zur Verhärtung gegenüber dem Schicksal anderer, zu Selbsthaß und Selbstmitleid, zur Einschätzung der Gesellschaft als System der Ungerechtigkeit usw. Aus dieser Erfahrung mit sich selbst und mit anderen resultieren Menschen mit Haftschäden, die irreparabel sein können und dann eine allgemeine Gefahrenquelle darstellen. Und man kann den Haftgeschädigten nicht einmal abverlangen, daß sie ihre im Knast erlernten Verhaltensweisen kontrollieren sollen.“ (1).

Darüberhinaus ist der Knast natürlich eine vorzügliche Quelle, sich über die verschiedensten Methoden des Einbruchs, Autoknackens etc. auszutauschen.

Der Knast isoliert die Jugendlichen von „draußen“, trennt sie von Beziehungen, nimmt ihnen noch mehr Selbstwertgefühl, nimmt ihnen jede Entscheidung ab und macht sie damit unselbständig bzw. läßt sie nicht selbständig werden.

Alternativen

In Hamburg wurde 1981 die geschlossene Heimerziehung abgeschafft. Wir meinen, dies war ein Schritt in die richtige Richtung. Dieser Weg muß konsequent weitergegangen werden.

Wenn wir von Alternativen reden, dann wollen wir keinen „besseren“ oder moderneren Knast und wir wollen auch keine Hintertürchen, daß z.B. nach Abschaffung der geschlossenen Heimerziehung Jugendliche vermehrt in U-Haft genommen werden. Wir

wollen, daß es mittlerweile genügend Argumente gibt, die belegen, daß Knäste ihren Resozialisierungs- bzw. (für Jugendliche) Erziehungsanspruch nicht einlösen können. Einsperren löst keine Probleme, sondern schafft nur noch zusätzlich neue. Im Grunde handelt es sich bei dieser Erkenntnis um eine Binsenweisheit, die jeder „Praktiker“ aus dem Vollzug nur bestätigen kann. Wir verlangen, daß endlich mit der Lüge aufgehört wird, daß Resozialisierung, bzw. Erziehung und Behandlung in den Knästen stattfindet oder doch wenigstens potentiell realisierbar wäre.

Wir wollen stattdessen: Neben der Abschaffung der Jugendstrafanstalten und der sofortigen Schließung der Jugendarrestanstalt Wandsbek die große Wende. Eine Wende in der Jugend- und Sozialpolitik, in der Aufwendungen im Jugendfreizeitbereich nicht mehr als Luxus für gute Zeiten begriffen werden, sondern als Notwendigkeit, um Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, in dieser Gesellschaft und unter diesen Verhältnissen sich eine Lebensperspektive aufbauen zu können. Wer zugestimmt, daß die Lebensverhältnisse der Jugendlichen für ihr „abweichendes Verhalten“ wie Kriminalität verantwortlich sind, muß sich schon mal daranmachen, diese Verhältnisse in Angriff zu nehmen. Wir denken, daß z.B. die Bereitstellung von leerstehenden Häusern für Jugendliche eine Möglichkeit ist, neben der Schaffung von Wohnraum durch eigenes Tun kollektiv selbständiges Leben zu lernen.

Die Sach- und Personalmittel, die gegenwärtig im Jugendstrafvollzug verpulvert werden, wären in überbetrieblichen Ausbildungsstätten, in der Bereitstellung von Jugend- und Freizeitzentren, in der Schaffung von Möglichkeiten für selbstverwaltete Wohngemeinschaften im Stadtteil, für Beratungs- und Hilfsangebote im Stadtteil von Sozialarbeitern, die als Partner der Jugendlichen arbeiten und unabhängig von Justiz und Polizei sind, allein sinnvoll angelegt.

Wenn die Jugendlichen Möglichkeiten haben, sich irgendwo wohlfühlen, akzeptiert und gebraucht zu werden, wenn ihren Bedürfnissen nach finanzieller Unabhängigkeit, d.h. Arbeit, nach Freizeitgestaltung und Kontakt nachgegangen wird, dann wäre der Knast schon deshalb überflüssig, weil es dann kaum noch straffällige Jugendliche geben würde.

(1) Aus: Schumann/Voß/Papendorf, in „Freiheit statt Strafe“, Hrsg. H. Ortner
(2) GAL-Anfrage, Bürgerschaftsdruckache 10/409

Fachgruppe Knast und Justiz/GAL

Arbeiterkampf

Abonnement

für Leser,

die sich etwas mehr

Zeitung zutrauen

Absenden:

.....

.....

Ich/wir wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

☐ Halbjahresabo DM 33,— ☐ Förderabo DM 50,—

☐ Jahresabo DM 60,— ☐ Förderabo DM 100,—

☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der Hamburger Satz- und Verlagskooperative Postalscheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203

☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar

Ort, Datum

Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Hamburg, den von mir/uns zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres Girokontos.

Kto. Nr.

Kto.-Inhaber bei der BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen

..... den

(Unterschrift)

An die Hamburger Satz- und Verlagskooperative

Udenallee 4

Postfach 7685

2000 Hamburg 19

Bitte mit der Schreibmaschine ausfüllen